

Für Menschenrechte

Veröffentlichungen des Referates  
für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung  
der Vereinten Evangelischen Mission

Band 7/2

# Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in West-Papua

*Soziale Realität und politische Perspektiven*

HERAUSGEBER  
EVANGELISCHE KIRCHE IM RHEINLAND

IN ZUSAMMENARBEIT MIT  
DER EVANGELISCHEN KIRCHE VON WESTFALEN, DEM WELTKIRCHENRAT,  
DER VEREINTEN EVANGELISCHEN MISSION, MISEREOR,  
SÜDWIND, WEST-PAPUA-NETZWERK

REDAKTION: DR. THEODOR RATHGEBER

Übersetzungen vom Englischen ins Deutsche:  
Dr. Theodor Rathgeber  
und Hans-Martin Thimme (Theo van den Broek, Abschnitte 1 und 2).  
Koordination des Studienprojektes: Uwe Hummel



foedus-verlag

© 2006

foedus-verlag

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung und Satz: *j.s.*

Printed in Germany

ISBN 3-938180-02-1

### **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



# Inhaltsverzeichnis

Einführung: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in West-Papua. Ein rechtlicher und politischer Rahmen für einen Dialog. THEODOR RATHGEBER	7
West-Papua und das Recht auf Selbstbestimmung. Eine Herausforderung an die Menschenrechte WILLY MANDOWEN	31
Die Kultur der Papua im Wandel. Bedrohung durch Modernisierung – Jawanisierung und Diskriminierung SIEGFRIED ZÖLLNER	45
Frauen in Papua. Anmerkungen zu grundsätzlichen Fragestellungen einer im Wandel begriffenen Gesellschaft HERMIEN RUMBRAR, THEODOR RATHGEBER	101
Vom Recht der Papua auf ihre natürlichen Ressourcen und ihr Anteil an der modernen Wirtschaft AGUS SUMULE	107
Indonesiens Wirtschaft auf einen Blick THEODOR RATHGEBER	135
Anmerkungen zu den wirtschaftlichen Aktivitäten der Streitkräfte in Indonesien THEODOR RATHGEBER	139
Soziale Aspekte in Papua THEO VAN DEN BROEK	143
Schlussfolgerungen und Empfehlungen THEODOR RATHGEBER	233
Häufig gebrauchte Abkürzungen und Begriffe	241
Zu den Autoren	243

# Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in West-Papua

*Ein rechtlicher und politischer Rahmen für einen Dialog*

THEODOR RATHGEBER

## Einführung

West-Papua (ca. 422.000 km<sup>2</sup>) stellt fast ein Viertel der indonesischen Landmasse dar (etwa 1,9 Mio. km<sup>2</sup>)<sup>1</sup> und ist reich an natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Erdgas, Gold, Kupfer und Wald. Im Zuge der Entstehung der Republik Indonesien stand die territoriale Integration von über 17.000 Inseln – die sich über 5.000 km erstrecken – im Vordergrund der indonesischen Politik. Für Papua (in diesem Buch auch: West-Papua) bedeutete dies schlicht den Übergang von einer zur anderen Fremdherrschaft; nach der Kolonisierung durch die Niederlande unter die Herrschaft Indonesiens. Diese übte vorwiegend das Militär aus, das den Wunsch der einheimischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung zu unterdrücken suchte<sup>2</sup>.

Im Laufe der Zeit und mit Entdeckung der Ressourcen in Papua nahm der wirtschaftliche Faktor der Integration für die Zentralregierung in Jakarta eine ebenso große Bedeutung an<sup>3</sup>. So bedeutsam, dass eine groß angelegte Umsiedlung nach Papua aus anderen Landesteilen Indonesiens geplant war, um die administrative und politische Kontrolle festzuschreiben. Tatsächlich veränderte die ‚Transmigrations‘-Politik die Zusammensetzung der Papua-Bevölkerung deutlich. Machten 1960 nicht einheimische Bewohner Papuas etwa 2,5 Prozent der damals geschätzten 736.000 Einwohner aus, wuchs dieser Teil bis heute auf etwa 40 Prozent der Gesamtbevölkerung von 2,387 Mio. an (in Indonesien lebten 2003 etwa 235 Mio. Menschen). Vor allem in städtischen Gebieten nimmt die Bevölkerung eine signifikant ‚indonesische Gestalt‘<sup>4</sup> an, was nicht nur die soziale Dynamik der Gesellschaft bestimmt, sondern auch Zweifel über die Zukunft der einheimischen Papuas aufkommen lässt.

1 Die Gesamtfläche beträgt ungefähr 5,2 Mio. km<sup>2</sup>; davon sind 60 Prozent Wasser.

2 Zu Einzelheiten vgl. Willy Mandowen in diesem Buch.

3 Die Freeport Mine – eine Tochter der US-Firma Freeport MacMoRan – ist eine der größten Gold- und Kupferminen auf der Welt, ebenso einer der wichtigsten Steuerzahler Indonesiens und dominiert die Wirtschaft der Provinz; s. auch Agus Sumules Artikel in diesem Buch.

4 Zu Einzelheiten vgl. Siegfried Zöllner und Theo van den Broek in diesem Buch.

Stichwortartig ist so der historische Kontext beschrieben, der die heutige Situation in Papua umreißt. Die vorliegende Untersuchung unternimmt den Versuch, die wichtigsten Fakten in Bezug auf Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kulturen in Papua und die Beziehungen zu Indonesien zu erläutern. Über die reine Information hinaus versteht sich die Studie auch als Beitrag zum aktuellen Prozess der Konfliktbearbeitung und bietet eine spezifische Herangehensweise für die Analyse und den Diskurs der Selbstbestimmung an. Es handelt sich zwar um heikle Sachverhalte, was jedoch ein Grund mehr ist, einen konzeptionellen Rahmen zu erarbeiten, der – nach unserem Verständnis – den Akteuren und Parteien eine Plattform sowie Instrumente anbietet, der ihren Interessen gerecht wird und aus der Sackgasse herausführt. Inwieweit dies gelingt, mögen die Akteure und Leser entscheiden.

## Der politische Kontext

Die Regierungen in Jakarta trachteten immer danach, den Zugang zum Reichtum der Provinz zu sichern sowie den politischen Entscheidungsprozess in Papua zu dominieren. Dazu stützten sie sich vor allem bis 1998 auf das Konzept des autoritär verfassten Einheitsstaates. In dieser Zeit erschöpften sich die Methoden der Konfliktbewältigung in Repression und Diskriminierung. Eine erkleckliche Anzahl militärischer Operationen sollte den Widerstand bewaffneter Gruppen brechen, aber auch die Zivilbevölkerung Papuas einschüchtern und die Gestaltung einer Papua-Identität unmöglich machen – mit verheerenden Resultaten für die indigenen Völker Papuas, die viele Opfer und die Zerstörung ihrer sozialen und politischen Infrastruktur zu beklagen hatten. Die diskriminierende und ungerechte Politik der indonesischen Regierung gegenüber West-Papua verweigerte der einheimischen Bevölkerung die grundlegenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte. Alle Beiträge dieses Buches bringen diese Verweigerung nachdrücklich zum Ausdruck und zeigen, wie die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen – von größter Bedeutung für die Zukunft Papuas – willkürlich zuungunsten der Papuas verteilt wurden; soweit überhaupt ein Teilen stattfand.

Der autoritäre und auf den Einheitsstaat fixierte Ansatz, der Papua als Trophäe des nationalistischen Triumphs behandelte, führte andererseits zu einem eher stärkeren Identitätsbewusstsein auf Seiten der Papuas und deren Wunsch nach Unabhängigkeit. Aus Sicht der Integrationsbemühungen waren die indonesischen Antworten auf den Widerstand der Papuas während der Ära der ‚Neuen Ordnung‘ also eher kontraproduktiv. Der unerwartete politische Spielraum von Ende 1998 bis Ende 2000 bot dann den Beweis, wie wenige der einheimischen, indigenen Bevölkerung Papuas sich eine Zukunft der Provinz innerhalb Indonesiens überhaupt vorzustellen vermochten. Mit dem Sturz von Präsident Suharto 1998 stiegen die Hoffnungen,

dass die soziale und kulturelle Vielfalt Indonesiens endlich angemessen in der staatlichen Politik Berücksichtigung finden und mit einem auf zivilen Mitteln und Dialog begründeten Ansatz behandelt würde. Dies steht immer noch aus. Ebenso wenig ist dabei die historische und moralische Verantwortung der Vereinten Nationen für diese Situation in Angriff genommen worden. Die vorliegende Studie zeigt, dass die internationale Komponente in der Konfliktbewältigung und Gestaltung der Zukunft Papuas keine bloße historische Angelegenheit sondern von höchst aktueller Bedeutung ist.

Die Regierungen der Übergangszeit seit Ende 1998 hatten bereits einige Schritte unternommen, um vom autoritären Regierungsansatz zu einer mehr demokratischen, offeneren und partizipativen Regierungsführung zu gelangen; so durch die Bemühungen, das Land zu dezentralisieren<sup>5</sup>. Die verfassungsgebende Versammlung in Jakarta verabschiedete etwa das Regierungsdekret Nr. IV/1999, das den Vorläufer für das Gesetz zur Sonderautonomie für Papua bildete (Nr. 21/2001)<sup>6</sup>. Die damalige reformorientierte Regierung hatte das Gesetz zur Sonderautonomie geschaffen, um West-Papua potenziell in die Lage zu versetzen, bei Wahrung der territorialen Integrität Indonesiens die eigenen Angelegenheiten entsprechend eigener Normen zu regeln.

Die Sonderautonomie wird allerdings auch als Antwort einer schwachen, im Übergang befindlichen Regierung auf die Forderungen aus Papua interpretiert. Die Papuas forderten die Unabhängigkeit ein und spielten eine signifikante Rolle bei der Ausformulierung des Gesetzentwurfes. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass in der darauf folgenden Zeit Teile der Zentralregierung die Umsetzung der Autonomiegesetze wieder zu torpedieren versuchten. Es war dem jüngst gewählten Präsidenten Indonesiens, Susilo Bambang Yudhoyono, vorbehalten, ausdrücklich die Zusage zu geben, dass er Indonesien in ein Land des Friedens, der Demokratie, Toleranz, sozialer Gerechtigkeit überführen und die Achtung der Menschenrechte garantieren will. In seiner Einführungsrede im Dezember 2004 wies er außerdem darauf hin: „...die Brüder und Schwestern in Papua leben immer noch in Furcht“. Eine seiner Prioritäten bestehe daher in der friedlichen Konfliktlösung für Papua; das Gleiche soll für die Provinz Aceh gelten.

Darüber hinaus wurde Indonesien in Anerkennung des seit 1998 eingeleiteten Reformprozesses zum Vorsitzenden der 61. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission (2005) gewählt. Dieses Vertrauensvotum verband sich mit der Erwartung, dass Indonesien den begonnenen Demokratisierungsprozess fortsetzen werde. Mehrere hohe Repräsentanten Indonesiens bekräftigten gegenüber der Menschenrechts-

5 So u.a. Gesetz Nr. 22/1999 und Gesetz Nr. 25/1999 während der Präsidentschaft von Habibie.

6 Dasselbe geschah in Bezug auf die Provinz Aceh mittels Gesetz Nr. 18/2001.

kommission die Verpflichtung der Regierung, Demokratie, Rechtsstaat, religiöse Toleranz, Frauenförderung, Entwicklung für alle sowie die Menschenrechte umzusetzen. Letzteres dadurch, dass die Internationalen Übereinkommen über zivile und politische Rechte (Zivilpakt) sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt / WSK-Rechte) ratifiziert werden sollten<sup>7</sup>. Im Vergleich zur repressiven Regierungsführung gegenüber Papua in den vergangenen mehr als 30 Jahren bedeutet dies ein vielversprechendes Prinzip für die Zukunft eines der größten Nationen der Welt. Wenn jemals von einem Fenster der Gelegenheit die Rede sein konnte, um unter relativ freien Bedingungen über den politischen Status von Papua zu diskutieren, dann jetzt.

Allerdings gilt es auch, die bis heute sichtbaren Spuren der alten militärischen Ordnung in Rechnung zu stellen. So ist es wahrscheinlich, dass Demokratie, Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte in Indonesien nur allmählich Fuß fassen werden. Sowohl politisch als auch wirtschaftlich spielt Indonesiens Militär eine immer noch bedeutsame Rolle; gerade in der Verteidigung eigener Interessen<sup>8</sup>. Wenngleich, formal gesehen, das Militär seine Stellung in Politik und Wirtschaft und u.a. die Sitze im Parlament aufgeben musste. Faktisch jedoch holte sich das Militär in der Regierungszeit von Präsidentin Megawati Sukarnoputri ab 2001 die Macht stückweise zurück, und die territoriale Kommandostruktur von der Dorfebene bis zu den Konfliktregionen verleiht dem Militär eine zentrale Stellung in der Regierung. So bestimmen die Militärs weiterhin die Sicherheitspolitik in Papua und Aceh. Außerdem erzwingen die politische Ökonomie der Sicherheitskräfte sowie die symbiotischen Beziehungen mit den Ressourcen abbauenden Unternehmen – vor allem Freeport – geradezu ein institutionelles Eigeninteresse, solche Gebiete als Konfliktzonen aufrecht zu erhalten.

Einen weiteren Hinweis auf die fortdauernde Mächtigkeit des Militärs gibt die Behandlung der Offiziere, die der Verletzung von Menschenrechten angeklagt sind. Die Verhandlungen zu schweren Menschenrechtsverletzungen etwa in Ost-Timor führten dazu, dass Offiziere und Soldaten trotz deutlicher Beweislage straffrei ausgingen<sup>9</sup>. Der Freispruch für das Militär, in keine Menschenrechtsverletzungen ver-

7 Eröffnungsstatement des indonesischen Botschafters in Genf, Makarim Wibisono, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der 61. Sitzung der Menschenrechtskommission, Genf, 14. März 2005; Statement des indonesischen Außenministers Hassan Wirajuda bei gleicher Gelegenheit am 15. März 2005.

8 Vgl. Appendix VI zu Agus Sumules Artikel.

9 Das Prinzip der Straffreiheit für Militärs wurde beim Ad-hoc-Tribunal für Menschenrechte deutlich, das Verletzungen von Menschenrechten 1999 in Ost Timor behandeln sollte. Im Juli 2004 nahm der Oberste Gerichtshof ohne nähere Begründung die Verurteilung von vier hohen Offizieren zurück, die für schuldig befunden worden waren, in die damaligen Gewalttaten verwickelt gewesen zu sein. Ein anderes Beispiel betrifft die Untersuchung des



wickelt zu sein, war wiederum Bedingung dafür, dass die Kooperation mit den USA wieder aufgenommen werden konnte. Diese war seit den Gewalttaten auf Ost-Timor im Jahr 1999 unterbrochen. Die Straffreiheit der Militärangehörigen lässt Mutmaßungen wachsen, dass weitere Missbräuche in den Unruheprovinzen Aceh und Papua vorgezeichnet sind. Die Befürchtung greift um sich, das Militär könnte die an zivilen Maßnahmen orientierte Politik einmal mehr unterlaufen und wieder Zustände herbeiführen, wie sie während der ‚Neuen Ordnung‘ der Suharto-Zeit der Fall waren.

Gleichwohl stiegen in Bezug auf Papua die Erwartungen, dass die neue Regierung von Präsident Yudhoyono in der Lage wäre, den Wunsch der einheimischen Bevölkerung Papuas nach mehr Selbstbestimmung aufzunehmen. Wenngleich es offensichtlich ist, dass auch diese Regierung die territoriale Integrität Indonesiens aufrecht erhalten muss, und insofern innerhalb der Regierung ein Balanceakt notwendig ist. So ist es einerseits kein Zufall, dass die Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie weit davon entfernt ist, auch nur annähernd seinem Anspruch gerecht zu werden. Andererseits bedeutet es einen Meilenstein in der Frage der Nationenbildung, gemessen an der bisherigen Geschichte der Region.

## **Mechanismen zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung**

Die Autorität der Regierung in Jakarta ist machtvoll aber fragil. Sie ist in der Lage, die Befehlsgewalt in Papua auszuüben, stützt sich dabei aber nach wie vor überwiegend auf Zwang und befördert damit die Opposition, die sie eigentlich unterbinden will. Umgekehrt füllen die Abhandlungen über Methoden und Modelle zur Führung von Übergangsgesellschaften ganze Bibliotheken und verweisen – stichwortartig – insbesondere auf Kriterien wie gute Regierungsführung, Dezentralisierung, Partizipation, historische Wahrheit und Versöhnung, Unabhängigkeit der Justiz und Rechtsstaat oder die Entwicklung unter ausdrücklicher Berücksichtigung der Stellung der Frauen. Im Kontext der Erfahrungen indigener Völker mit Selbstorganisation stehen ebenfalls einige Erkenntnisse zur Verfügung, die für die aktuelle Situation in Indonesien von besonderem Belang sein könnten. Im Sinne einer gelungenen

Mords an zwei Lehrern aus den USA in der Nähe der Freeport Mine 2002. Die Untersuchung der indonesischen Polizei ergab deutliche Fingerzeige auf die Verwicklung des indonesischen Militärs in den Mord. Dies veranlasste die US-Regierung, auf die Hinzuziehung von FBI-Beamten in die Untersuchung des Falls zu drängen, um eine Vertuschung zu verhindern. Im Juni 2004 ließen sich die USA jedoch vernehmen, es gäbe keinen Hinweis auf eine Verwicklung des Militärs und präsentierten statt dessen Anthonius Wamang, ein Mitglied der Befreiungsbewegung OPM, als Tatbeteiligten. Die Ankündigung wie auch die zweifelhafte Begründung stießen auf starke Kritik von Menschenrechtsgruppen in Papua.

Praxis folgen zwei Anschauungsbeispiele, die als Wegweiser dienen, wenngleich sie nur bedingt übertragbar weil in einem anderen geopolitischen Zusammenhang und unter unterschiedlichen Bedingungen zustande gekommen sind.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten intensiver Verhandlungen kam der in Kanada lebende Teil der Inuit mit der dortigen Bundesregierung überein, einen neuen Bundesstaat zu gründen. Dieser ist so zugeschnitten, dass er von den Inuit selbständig regiert werden kann. Sie benötigen natürlich bei Wahlen die notwendige Mehrheit der Stimmen und Sitze. Da die Inuit aufgrund des Zuschnitts bislang jedoch mit Abstand die Mehrheit der Bevölkerung stellen, ist es äußerst wahrscheinlich, dass sie auf absehbare Zeit die Regierungsgeschäfte des neuen Bundesstaates auch tatsächlich führen. Der neue Bundesstaat namens *Nunavut* wurde 1999 aus der Taufe gehoben. Außerdem wurden drei weitere Provinzen, die letzte Anfang 2005, mit dem Ziel eingerichtet, den Inuit eine weitgehende Selbstregierung ihrer Länder zu ermöglichen. Die territoriale Integrität Kanadas bleibt davon unberührt, während die Landrechte der Inuit gewahrt werden. Ihnen wird ebenso eine prinzipielle, wenngleich nicht exklusive Verfügung über die dort befindlichen Ressourcen zugestanden. Andere Ureinwohner Kanadas zeigen sich allerdings skeptisch gegenüber dieser Art Übereinkunft. Sie beharren auf der Anerkennung ihrer Rechte als ‚Souveräne Nationen‘, niedergelegt in historischen, rechtsgültigen Verträgen<sup>10</sup>. Damit soll keine Sezession betrieben sondern ein weitergehender Anspruch auf Landrechte und Bodenschätze geltend gemacht werden. Die Inuit hingegen folgen einem eher pragmatischen Ansatz und vertrauen auf ihre Fähigkeit, die gleichen Rechte in Verhandlungen mit Regierung und Firmen durchsetzen zu können. Insgesamt gehört eine derartige Staatsreform zwar zu den Ausnahmen, sie zeigt jedoch die möglichen Optionen für Formen der Selbstbestimmung<sup>11</sup>.

In Lateinamerika haben sich mittlerweile fast alle Länder zu pluri-kulturellen Gesellschaften erklärt. Einige änderten ihre Verfassung, um Land- und Autonomie-rechte auf indigenen Territorien festzuschreiben. Dies verpflichtet streng genommen die Regierung, die nationale Gesellschaft in der Weise zu organisieren, dass die Lebensentwürfe indigener Gemeinschaften auch faktisch umsetzbar bleiben müs-

10 Diese Verträge wurden zwischen den First Nations (Indigenen Völkern) und der französischen oder britischen Kolonialmacht abgeschlossen. Sie erkennen die First Nations als souveräne Vertretungen entsprechend dem damaligen Völkerrecht an. Zur weiteren Information über diese und andere Verträge s. Miguel Alfonso Martínez (1999); *Study on treaties, agreements and other constructive arrangements between States and indigenous populations*. United Nations Sub-Commission on Human Rights, E/CN.4/Sub.2/1999/20.

11 Einen Überblick über Autonomiemodelle zur möglichen Konfliktbearbeitung in Sachen Selbstbestimmung mit Bezug auf Indonesien bietet Hans-Joachim Heintze (2003); *Territorial Autonomy: A possible solution of self-determination conflicts?* In: Friedrich-Ebert-Foundation et al. (Hg.); *Autonomy for Papua. Opportunity or Illusion?* Berlin 2003, S. 35-63

sen. All diese Erfolge beruhen auf einer Kombination von intensiv geführten Debatten und Verhandlungen sowie der gleichzeitigen sozialen Mobilisierung der indigenen Bevölkerung und nicht zuletzt des internationalen Echos auf die Reformen. Dies hat auf Seiten der indigenen Völker einen hohen Grad an Organisationsfähigkeit und Ausbildung zur Voraussetzung<sup>12</sup>.

Solche Erfolge könnten anregend sein. Sie könnten als Referenz für einen Nationalen Dialog in Indonesien dienen und einen Prozess in Gang setzen helfen, der Konsultationen und eine multilaterale Entscheidungsfindung als Alternative zur bisherigen Konfliktlösung zur Grundlage hat, um den tief wurzelnden Konflikt um Papua auf friedliche Weise zu lösen. Die einheimische Bevölkerung Papuas hat ihre fortdauernde Absicht bereits ausgesprochen, Papua als ‚Land des Friedens‘ zu proklamieren, trotz der kriegerischen Situation und deren psychischen Wirkungen auf die beteiligten Seiten. Daher ist es so wichtig, dass etwa die Sonderautonomie aus dem Jahr 2001 ernsthaft umgesetzt wird, die begründete Hoffnungen für eine konstruktive Überwindung der Vergangenheit geweckt hat. Demgegenüber wurden 2001 der Provinz Papua zwar etwa 1,2 Billionen Rupiah<sup>13</sup> zur Verfügung gestellt, um das Gesetz in die Praxis umzusetzen. Davon kam bei den Menschen jedoch kaum etwas an. Ihr Leben blieb davon unberührt, und einige Teile der Gesellschaft verarmten sogar; statt – wie erhofft – endlich in den Genuss des natürlichen Reichtums Papuas zu kommen. Leider lässt auch die neue Regierung von Präsident Yudhoyono Zweifel an der Umsetzung der Sonderautonomie aufkommen. Statt sich auf deren Realisierung zu konzentrieren, verfolgt die Regierung nach wie vor die äußerst umstrittenen Pläne der Aufteilung der Provinz Papuas in mehrere Provinzen. Die darüber entstandene Unruhe der Papuas könnte selbst der wirtschaftlichen Entwicklung West-Papuas einen Rückschlag versetzen.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Lateinamerika scheint eine internationale Beteiligung zur Unterstützung der Regierung angebracht, auf die Interessen der indigenen Bevölkerung einzugehen. In Bezug auf Papua liegt es nahe, dabei auf die erwähnten beiden Pakte – Zivil- und Sozialpakt – zurück zu greifen, die für die dortige politische Situation zentrale Begriffe und Entwürfe zur gesellschaftlichen Gestaltung zur Verfügung stellen. Die beiden Pakte postulieren Entwicklung im Sinne der Selbstorganisation und Selbstbestimmung; wenngleich innerhalb der Grenzen des Staates, der die Übereinkommen ratifiziert. Beide Übereinkommen bestärken die Rechte der armen und marginalisierten Bevölkerung, um ihre Teilhabe

12 Einen Überblick dazu bieten Heidi Feldt et al (Hg.) [2003]; *Ein anderes Amazonien ist möglich*. Universität Kassel, Lateinamerika-Dokumentationsstelle, oder GTZ (Hg.) [2004]; *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn

13 Etwa 1,2 Milliarden Euro; eine auch für indonesische Verhältnisse unvorstellbar große Summe.

an der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungsfindung zu ermöglichen; insbesondere dort, wo die Entscheidungen des Staates direkt mit ihnen zu tun haben.

Beide Übereinkommen enthalten Begriffe und auf Rechtsnormen beruhende Vorschläge zur Gestaltung der Gesellschaft sowie ihrer Institutionen, die auch in der Debatte um Papua eine zentrale Rolle spielen. WSK-Rechte stellen ein reichhaltiges Instrumentarium zur Verfügung, um auf der Grundlage einer international abgestimmten Sprachregelung die Entwicklung einer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umgebung zu fördern, die den selbstbestimmten Lebensentwürfen und der dazu notwendigen Infrastruktur entspricht. Die Ansprüche aus den beiden Pakten versetzen die Rechtssubjekte – also etwa die einheimische Bevölkerung Papuas – in die Lage, die Kriterien und den Grad des Wandels ihrer Gemeinschaft überwiegend selbst festzulegen. Die WSK-Rechte gehen außerdem davon aus, dass menschliche Werte nicht allein eine Frage des Geldes sein und dass das Leben nicht zur Ware degenerieren sollte. Die WSK-Rechte betonen die Würde des Menschen und setzen die entsprechende Priorität, um Bedingungen für ein würdevolles Leben zu schaffen. Wirtschaft und Politik sollten demnach eine dienende Funktion haben, um den Menschen ein ‚gutes Leben‘ zu ermöglichen, auf Nachhaltigkeit beruhende, gerechte und partizipative Gemeinschaften zu fördern sowie den lebensfördernden Zustand der Erde zu erhalten.

Von besonderem Interesse in Bezug auf Papua und Indonesien ist gleichfalls, dass die Interpretation und Umsetzung der Normen beider Pakte nicht allein der Verantwortung und Definitionshoheit der nationalen Beteiligten anheim fällt. Ein Wort mitzureden haben auch die zuständigen Vertragsorgane der Vereinten Nationen; im Fall der WSK-Rechte etwa der Fachausschuss in Genf (s. weiter unten). Die auf rechtlichen Standards beruhende Wirkkraft der beiden Pakte legt außerdem nahe, die Streitschlichtung bevorzugt und verlässlich über zivile Mittel und den Dialog zu suchen. Vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte Papuas ist diese Form der Streitschlichtung schon ein Wert an sich.

Es bleibt natürlich den Beteiligten in Papua und Indonesien überlassen, welche Instrumente zur Konfliktbearbeitung sie auswählen und als angemessen erachten. Ebenso wenig sollten die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) in ihrer Reichweite überschätzt oder idealisiert werden. Gleichwohl lässt sich die vorliegende Studie von der Annahme leiten, dass die beiden Übereinkommen – und gerade der Sozialpakt – einen Verhandlungsrahmen bieten, um mittels standardisierter Rechtsnormen einen polarisierten Konflikt mit internationalen Implikationen zu einer Lösung zu bringen. Die Reichweite und programmatische Ausrichtung des Menschenrechtsstandards offeriert u.E. eine Plattform gerade auch für den politischen Dialog.

## Überblick über die WSK-Rechte

An dieser Stelle soll nicht auf Einzelheiten zur Geschichte und Struktur der WSK-Rechte eingegangen<sup>14</sup> aber betont werden, dass der Sozialpakt die rechtsverbindliche Überführung der in den Artikeln 22 bis 27 niedergelegten Normen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darstellt. Alle drei Standards – die Erklärung der Menschenrechte sowie der Zivil- und Sozialpakt – werden auch als *Bill of Human Rights* bezeichnet; d.h. stellen das Grundgerüst der Menschenrechte dar. Die beiden Pakte wurden von der Menschenrechtskommission ausgearbeitet und von der UN-Generalversammlung 1966 verabschiedet. Nachdem Ende 1975 mindestens 35 Staaten die Pakte ratifiziert hatten, traten sie entsprechend den Vorgaben<sup>15</sup> drei Monate später, im Januar 1976 in Kraft. Bei Erscheinen des Buches haben 151 Staaten den Zivilpakt und 148 Staaten den Sozialpakt ratifiziert. Indonesien hat die Ratifizierung in naher Zukunft in Aussicht gestellt. Die USA haben den Sozialpakt bis heute nicht ratifiziert.

Die WSK-Rechte sollen gegen Ausbeutung schützen und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der sozialen Wohlfahrt des Staates garantieren. Die Vertragsparteien des Sozialpakts sind nach Artikel 16 und 17 gehalten, periodisch (d.h. hier alle fünf Jahre) einen Bericht an die Vereinten Nationen zu übermitteln<sup>16</sup>. Der Bericht gelangt letztlich zum Fachausschuss des Komitees für die WSK-Rechte mit Sitz in Genf, dem die Überwachung dieses Menschenrechtsstandards obliegt. Der Bericht soll die von der Regierung ergriffenen ‚Maßnahmen‘ sowie den Fortschritt bei der Umsetzung beschreiben, damit die Rechte auch faktisch zur Geltung kommen. Der erste Bericht erläutert daher in der Regel die Überführung des Paktes in die einschlägigen Abschnitte der nationalen Gesetzgebung. Die nachfolgenden Berichte konzentrieren sich auf die Umsetzung in die Wirklichkeit der Menschen.

Die WSK-Rechte unterstreichen die Verantwortung der Regierung, ein Mindestmaß an Unterstützung für die Teilhabe am sozialen Leben zu garantieren, wenngleich sich dies wiederum nach den Möglichkeiten des jeweiligen Staates bemisst (Artikel 2):

*2.1. „Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftlicher und technischer Art, unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maß-*

14 Zu Details über den Sozialpakt sowie zu anderen internationalen Übereinkommen in Sachen Menschenrechte s. u.a. die Website des Hochkommissariats für Menschenrechte [www.ohchr.org](http://www.ohchr.org).

15 Artikel 27 Absatz 1 im Sozialpakt

16 Die Berichte müssen an den UN-Generalsekretär geschickt werden, der sie an den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) zur Beratung weiterleitet.

*nahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.*<sup>17</sup>

WSK-Rechte wurden lange Zeit als 'soft law', d.h. im Vergleich zu den zivilen und politischen Rechten als weniger präzise darstellbar behandelt. Die Vorgaben in Art. 2.1. – ‚unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten‘ sowie ‚nach und nach‘ bis zur vollen Verwirklichung – schienen dem Vertragsstaat einen Spielraum entsprechend seinen Kapazitäten zu belassen, den er nach Gutdünken ausfüllen konnte. Demgegenüber wurde angenommen, dass etwa das Verbot der Folter keinen Raum für Interpretationen lässt. Allerdings gaben die jüngeren Diskussionen über die Zustände in Guantánamo und Abu Ghraib (von den USA geführte Gefangenenlager auf Kuba bzw. im Irak) zu erkennen, dass auch der vermeintlich präzisere Zivilpakt je nach Umständen ebenfalls eine eher idealistische Konstruktion darstellt, der sich die Wirklichkeit ebenfalls nur annäherungsweise angleicht. Unabhängig davon wurde im Bereich des Sozialpakts in den vergangenen 15 Jahren ein differenziertes Verständnis von der juristisch-technischen Präzision des Normenkatalogs entwickelt. Auch wenn einige Wissenschaftler und UN-Mitgliedsstaaten nach wie vor auf den vermeintlich weichen Kern der WSK-Rechte abheben, um u.a. eine Hierarchie der Menschenrechtsstandards zu bewirken und die Schlagkraft der WSK-Rechte zu schwächen.

Um die WSK-Rechte aus dem Geruch des ‚soft law‘ zu befreien, setzten die Vereinten Nationen zunächst einen Fachausschuss ein, gebildet aus 18 unabhängigen Experten, der die Maßnahmen der Vertragsstaaten überprüfen und begutachten sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte eine aus weisungsgebundenen Diplomaten bestehende Arbeitsgruppe die Umsetzung kontrolliert. Es wird nicht überraschen, dass dieses Prüfsystem insbesondere in Zeiten des Kalten Krieges eher für ideologische Scharmützel sorgte und die kritische Befassung mit einem Staat aus dem gleichen Blocksystem eher verhinderte.

Zum zweiten ging der Fachausschuss rasch dazu über, die wesentlichen materiellen WSK-Rechte mit Kommentaren im Sinne von Leitlinien für deren Umsetzung auszustatten. Diese „Allgemeinen Kommentare“ (General Comments) – vergleichbar Gerichtskommentaren – umfassten im Jahr 2005 insgesamt 15 Einlassungen, um den materiellen Gehalt des Menschenrechtsstandards möglichst präzise zu kennzeichnen; etwa bei Nahrungssicherheit, Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheitsversorgung, Wohnen, erzwungene Umsiedlung, Ausbildung oder Behinderte. Auf der Grundlage der Kommentare und nach eingehender Beratung des Staatenberichts teilt der Fachausschuss seine ‚abschließenden Beobachtungen‘ über Fortschritte und Mängel bei der Umsetzung mit. Diese Beobachtungen werden wieder-

17 Deutsche Übersetzung zitiert nach Tomuschat, Christian (Hg.) [2002]; Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz. Bonn: UNO-Verlag, 2. erw. Auflage, S. 45

rum häufig von Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft des betreffenden Landes genutzt, um ihre Regierung öffentlich auf ihre noch ausstehenden Verpflichtungen hinzuweisen.

Zum dritten entwickelte der Fachausschuss einen Stufenplan für den Umsetzungsprozess, der den Spielraum der Regierung bei der Verwirklichung relativ exakt bestimmen lässt. Der Stufenplan verpflichtet die Vertragsstaaten, zuallererst dafür zu sorgen, dass die staatlichen Einrichtungen die WSK-Rechte achten und einhalten; indem etwa Justiz und Exekutive eine entsprechende normative Pflicht auferlegt bekommen. In einem nächsten oder auch parallelen Schritt ist der Vertragsstaat gehalten, die WSK-Rechte vor Verletzungen durch Dritte zu schützen; etwa die Respektierung des Rechts auf Arbeit oder freier gewerkschaftlicher Organisation seitens privater Unternehmen. Schließlich fordert eine dritte Stufe vom Vertragsstaat, Beweise zu erbringen, aus denen die faktische Gewährleistung des Rechts etwa auf angemessene Gesundheitsversorgung oder kostenfreien Grundschulunterricht hervorgeht.

Viertens hat sich der Fachausschuss die Möglichkeit geschaffen, mit dem Vertragsstaat auf der Grundlage der Kommentare und des Stufenplans eine Zielvereinbarung (Benchmarks) abzuschließen, die die ‚Ausschöpfung aller Möglichkeiten‘ zum Inhalt hat. Solche Zielvereinbarungen unterliegen einer genauen Überprüfung, und die Ergebnisse werden mit dem Vertragsstaat eingehend besprochen. Dieser Rahmen stellt also akkurate Verfahren und Mechanismen zur Umsetzung und Überprüfung der WSK-Rechte zur Verfügung, die sowohl die Möglichkeiten des Staates berücksichtigen und gleichwohl abgestuft und insofern präzise dessen politisches Handeln bestimmen lassen.

Fünftens ist der Fachausschuss dazu übergegangen, die notorische Säumigkeit der Vertragsstaaten gegenüber ihren Berichtspflichten aufzugreifen. Eine durchgängige Kritik am Berichtssystem bei den Vertragswerken bezieht sich auf die Annahme, die Vertragsstaaten würden ihrer Berichtspflicht freiwillig nachkommen. Einige Staaten setzen dies auch so um, aber eine Vielzahl von Staaten zeigt sich unwillig oder nachlässig und stellt damit den Prüfmodus in Frage. Dutzende von Vertragsstaaten hinken weit hinter dem Zeitplan hinterher, andere haben in mehr als zehn Jahren nicht einmal einen einzigen Bericht vorgelegt. Eine erste Maßnahme, dem entgegenzutreten, bestand darin, die säumigen Staaten beim Namen zu nennen und z.B. auf einer Liste auf der Website der Vereinten Nationen öffentlich kenntlich zu machen. Eine andere Maßnahme sieht die Beurteilung der WSK-Rechte in einem Vertragsstaat auch ohne Staatenbericht und anhand anderweitiger Dokumente vor; etwa Zeugnisse anderer UN-Organen zum Schutz der Menschenrechte oder sogenannte ‚Schattenberichte‘ seitens Nichtregierungsorganisationen.

Schließlich schlug der Fachausschuss im Jahr 1993 die Einführung eines Zusatzprotokolls zum Sozialpakt vor, das ein Individualbeschwerdeverfahren vorsieht, um

die Bestimmungen der WSK-Rechte besser in operative Schritte umsetzbar und den Anspruchnehmern direkter verfügbar zu machen<sup>18</sup>. Dieses Zusatzprotokoll würde jede einzelne Person in die Lage versetzen, ihre Beschwerde über ein verletztes WSK-Recht direkt an den Fachausschuss zu richten und diesen offiziell berechtigen, sich mit der Beschwerde zu befassen. Momentan fließen solche Angaben lediglich informell in die Beratungen und Anmerkungen des Ausschusses ein. Der Fachausschuss selbst legte 1997 eine entsprechend ausgearbeitete Vereinbarung der UN-Menschenrechtskommission zur Beratung vor. Seitdem wird dort darüber diskutiert. Nicht wenige Mitgliedsstaaten der Menschenrechtskommission – darunter Länder der Europäischen Union wie Schweden – äußern Vorbehalte gegenüber diesem Mechanismus. Eine solche Individualbeschwerde erhöht natürlich die Anzahl an Kritiken an der Regierungsführung, was keine Regierung gerne eingeht.

Das Übereinkommen zu den WSK-Rechten besteht aus 31 Artikeln, unterteilt in eine Präambel und fünf Abschnitte. Artikel 1 des Sozialpakts ist im übrigen identisch mit Artikel 1 des Zivilpakts und proklamiert in Art. 1.1. das Recht aller Völker „(...) auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“<sup>19</sup> Art. 1.2. gesteht den Völkern das Recht zu, „frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel [zu] verfügen, (...)“. Dabei ist, wie erwähnt, natürlich die territoriale Integrität des Vertragsstaates zu berücksichtigen. Mit Bezug auf Papua käme ebenfalls Art. 2 Absatz 2 eine größere Bedeutung zu, der Diskriminierungen aller Art und Stigmatisierungen bannt, über die Siegfried Zöllner und Theo van den Broek in ihren Artikeln zu diesem Buch Zeugnis ablegen. Die materiellen Rechte sind in den Artikeln 6 bis 15 niedergelegt:

- Recht auf Arbeit (6)
- Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen (7); etwa angemessener Lohn und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit ohne Unterschied
- Recht auf Beitritt zu und Bildung von Gewerkschaften (8)
- Recht auf soziale Sicherheit (9)
- Recht auf Schutz der Familie (10)
- Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (11), einschließlich das Recht auf Nahrung, Kleidung oder Wohnen
- Recht auf ein Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (12)
- Recht auf Bildung (13)
- Recht auf unentgeltlichen Grundschulbesuch bei besonderen Bedingungen (14)
- Recht zur Teilnahme am kulturellen Leben (15).

18 Solche Zusatzprotokolle zugunsten einer individuellen Beschwerdemöglichkeit sind durchaus nichts Ungewöhnliches; es gibt sie etwa beim Zivilpakt oder beim Pakt zur Eliminierung der Gewalt gegen Frauen.

19 Deutsche Übersetzung nach Tomuschat, Christian (Hg.) op. cit., S. 45



In der Gesamtschau – völkerrechtlich verbindliche WSK-Rechte, internationales System zur Kennzeichnung, Interpretation und Überprüfung von Begriffen und Reichweite, ausgeklügelte Mechanismen zur Überprüfung und Umsetzung – erscheinen die WSK-Rechte als angemessene Plattform, um darauf Politikansätze zur selbstbestimmten Lebensführung der Bevölkerung in Papua zu diskutieren und zu gestalten.

Gleichwohl hat der Bezug auf die WSK-Rechte auch seine Schwächen, die in den Rechten selbst begründet liegen. Als der Menschenrechtsstandard in den 1960er Jahren diskutiert wurde, war das Umweltbewusstsein deutlich geringer ausgeprägt als heute und fand entsprechend keinen Niederschlag im Vertragswerk. Der berühmte Bericht des Club of Rome zu den ‚Grenzen des Wachstums‘ kam für die Ausformulierung der WSK-Rechte zu spät. Das hindert jedoch nicht, die WSK-Rechte entsprechend mit anderen internationalen Vertragswerken zu kombinieren, die heutige Umweltstandards beinhalten. Keine Berücksichtigung fanden außerdem die Landrechte indigener Völker, die damals ebenso wenig in der Diskussion waren. Der Sozialpakt bezieht sich allenfalls indirekt auf Landrechte in Artikel 11.2., der vor Hunger schützen soll und die Vertragsstaaten auffordert, landwirtschaftliche Systeme mit dem Ziel zu entwickeln oder zu reformieren, um eine möglichst wirksame Erschließung und Nutzung der natürlichen Hilfsquellen zu gewährleisten.

Unbeschadet dieser Mängel halten die Autoren des Buches die WSK-Rechte für einen angemessenen Rahmen, der wesentliche Methoden und Begriffe zur Verfügung stellt, um die Situation in Papua und die Beziehung zu Indonesien analysieren und beurteilen zu können. Alle wesentlichen Akteure und Aktivitäten lassen sich fassen und in eine Gesamtschau fügen, die das Hervorbringen einer Nation einschließlich der sensiblen Frage der Selbstbestimmung einerseits sowie das konkrete Überleben der Personen und Gemeinschaften andererseits thematisiert. Eine Gesamtschau, die auch veränderte Muster der Selbstorganisation und Kommunikationsflüsse zu reflektieren erlaubt, inklusive der jeweiligen Folgen für die Rekrutierung von Führungspersonal oder veränderte Geschlechterbeziehungen. Ein Analyse- und Bewertungsinstrumentarium schließlich, dessen international ausgewiesene Sprachregelung die Chance eröffnet, von allen Parteien akzeptiert zu werden. Zumindest dies wünschen sich die Autoren: dass die Akteure in Papua und Indonesien aufgrund der vorliegenden Befunde zum Schluss kommen, dass unbeschadet der Frage um den politischen Status Papuas die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung über die soziale Wirklichkeit auf Papua selbst schon eine Diskussion um die politische Gestaltung des Landes unabdingbar machen. Zumal die WSK-Rechte als Menschenrechtsstandard grundlegende Rechte in der politischen Gestaltung ansprechen und einfordern.

Wenngleich die Rolle internationaler Beteiligter bei der Streitschlichtung um Papua nur komplementär sein kann, ist sie u.E. gleichwohl notwendig und nicht

zuletzt aus historischen Gründen anhängig. Eingedenk anderer Institutionen der Vereinten Nationen, die sich mit Menschenrechten, Entwicklung, Selbstbestimmung und Nationenbildung beschäftigen, stellen WSK-Rechte keinen sich selbst genügenden Ansatz oder einen kleinsten gemeinsamen Nenner für die Sozialpolitik dar. Debatten über die politische Verfasstheit eines Landes auf der Grundlage dieser Rechte sind möglich. Sie eröffnen der Debatte um Papua insofern keine sich lediglich im Recht erschöpfende – d.h. legalistische – sondern eine auf dem Recht beruhende – d.h. legale – Perspektive.

## Zur Studie über WSK-Rechte in Papua

Die vorliegende Studie wurde durch die großzügige Unterstützung der Herausgeber möglich, die bereits vor einiger Zeit die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Papua mit Sorge zu betrachten begannen. Es handelt sich natürlich nicht um die erste und die einzige Untersuchung zu diesem Themenfeld. Gleichwohl stellt sie eine gewisse Ausnahme dar, als sie den Aspekt des politischen Status' mit der Frage nach der wirtschaftlichen und kulturellen Rekonstruktion der verarmten indigenen Gesellschaft in Papua in umfassender Weise verknüpft.

So steht Willy Mandowens Artikel am Beginn der Analyse, der die jüngste Geschichte Papuas skizziert sowie die Beziehungen zu Indonesien und internationalen Akteuren aufarbeitet, die für die Frage nach dem politischen Status Papuas bestimmend geworden sind. Willy Mandowen geht auf das verweigerte Selbstbestimmungsrecht als Schlüsselement für das Verständnis der momentanen Situation ein. Eine Verweigerung, die für Papua in einer menschlichen Tragödie mit Tausenden von Opfern endete. Obgleich die Zeit der *Reformasi* (nach dem Fall Suhartos 1998) einige institutionelle Veränderungen im politischen System erbrachte, bleibt die Zukunft Papuas nach wie vor im Ungewissen. Der Streit um die Aufspaltung West-Papuas in drei Provinzen gegen den Willen der Mehrheit der Papuas erhöhte die Enttäuschung und den Ärger über die Politik Indonesiens. Die indonesische Regierung versäumt es bis heute, das Gesetz zur Sonderautonomie ernsthaft und in Absprache mit Repräsentanten der Papuas umzusetzen.

Willy Mandowen drückt dabei deutlich aus, dass er in absehbarer Zukunft keine Möglichkeit einer eigenen Staatlichkeit für Papua sieht. Ebenso würde die Beschränkung allein auf die Debatte um den politischen Status nicht die umfassenderen Zielvorstellungen der Papuas berücksichtigen, frei von Furcht, Ungerechtigkeit und Identitätsverlust leben zu wollen. Er unterstreicht die fortwährende Bereitschaft der Papua, aus ihrem Land ein ‚Land des Friedens‘ werden zu lassen. Die politischen Führer Papuas stehen für diesen politischen Dialog mit Indonesien bereit. Willy Mandowens Artikel unterstreicht allerdings in diesem Zusammenhang die

dringende Notwendigkeit, die legalen Möglichkeiten zur Bildung einer neuen Führungsstruktur unter den indigenen Völkern Papuas zu nutzen. Einige Initiativen dazu entstehen bereits und geben über die enorme Beharrlichkeit der Papuas Auskunft, Leitlinien zu erstellen, eine Infrastruktur zur Förderung der Selbstorganisation zu schaffen und Führungspersonen auszuwählen, um im gegebenen Moment in der Lage zu sein, sich selbst zu regieren und dabei traditionelle Strukturen der Verwaltung und politischen Entscheidungsfindung einzubeziehen. Insbesondere die größeren Spielräume seit der Übergangsperiode ab 1998 verdeutlichen, dass Selbstbestimmung in Papua meint, über ein Mindestmaß an sozialen und kulturellen Institutionen verfügen zu können, die einen informierten und demokratischen Prozess überhaupt erst zu organisieren vermögen.

Der Beitrag von Siegfried Zöllner veranschaulicht die Vielfalt und große Anzahl von Institutionen mit enger kultureller Anbindung, die den Papuas die Organisation des privaten und öffentlichen Lebens entsprechend ihren Regeln und Werten erlauben. Siegfried Zöllners eingehende Untersuchung über den Wandel der Papua-Kultur unter Hinzunahme anthropologischer Begriffe und Deutungsmuster ermöglicht ein umfassendes Verständnis der reichhaltigen und ausgeklügelten Beziehungsmuster zwischen Familien, Gemeinschaften und Nachbargemeinden sowie der Streitschlichtung auf lokaler Ebene. Das Wir-Gefühl, die Gemeinschaftlichkeit ('togetherness') als Leitbild, stattete die indigene Gemeinschaft mit der notwendigen Triebkraft aus, um gemeinsam für Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung sowie sozialen und spirituellen Rückhalt zu sorgen.

Einige dieser Wurzeln und einige dieser dynamischen Elemente sind nach wie vor vorhanden und führen immer noch zu erstaunlichen Resultaten: So nahmen am 2. Kongress auf West-Papua Tausende Papuas teil, wurde das Konzept eines selbst-regierten Landes ausgearbeitet, engagierten sich viele Intellektuelle Papuas an der Ausarbeitung des Gesetzes zur Sonderautonomie aus Papua-Sicht, oder unternahmen den Versuch, eine Papua-Identität mit Hilfe der modernen Kunst zurück zu gewinnen. Dies ist in der Tat 'erstaunlich', wenn wir uns vor Augen halten, dass das Suharto-Regime mehr als 30 Jahre lang die Absicht verfolgte, die auf dieser Kultur beruhende Führungsstruktur der Papua zu zerstören. In der heutigen Zeit und unter den gegebenen Umständen stellen sich diese enormen Kapazitäten und Potenziale der Papuas als Grundbedingung einer selbstbestimmten Zukunft und Lebensführung heraus. Es ist das Verdienst Siegfried Zöllners, diese Befähigung gegen die weitverbreiteten Vorurteile gegenüber den Papuas herausgearbeitet und in das Licht der Öffentlichkeit gerückt zu haben.

Ebenfalls Vorurteilen gegenlaufend, geht Siegfried Zöllner auf die Rolle christlicher Kirchen in Papua ein. Über die Einrichtung von Schulen und Krankenhäusern hinaus – was als klassische Rolle der Kirche verstanden werden kann, um auf der Ebene der Fürsorge ihre Attraktivität zu demonstrieren – trugen die Missionen und

Kirchen wesentlich dazu bei, Fehden und Blutrache als weit verbreitete Methoden der traditionellen Streitschlichtung zu beenden. Die Kirche bot sich als Plattform für versöhnende und friedfertige Begegnungen an. Auch die Rolle der Frauen änderte sich im Kontext der Kirchen. Frauen wurde die Berechtigung zuerkannt, am Gottesdienst teilzunehmen, während Frauen von den traditionellen religiösen Zeremonien ausgeschlossen waren. Ob die im Rahmen der Kirche vollzogene Änderung hinreichend ist, um damit den Beginn der ‚Frauen-Emanzipation‘ auf Papua zu postulieren, wie Siegfried Zöllner dies feststellt, mag der Erörterung an einem anderen Ort vorbehalten bleiben. Ohne Zweifel wurde jedoch die damalige öffentliche Wahrnehmung der Frau durch die Kirchen aufgebrochen. Siegfried Zöllner ist auch selbstkritisch genug, um über die negativen Aspekte der Missionierung zu berichten, die mit der ungefragten Öffnung der lokalen Gemeinschaften zur Außenwelt einher gingen.

Das Hineinragen kultureller Wurzeln und des darauf gegründeten gesellschaftlichen Antriebs in die heutige Zeit zeitigt allerdings ebenso zwiespältige Ergebnisse. So lassen sich durchaus noch Elemente der Kriegergesellschaft und deren Geminttheit in den Konflikten zwischen Schulkindern oder Studierenden ausmachen, die unterschiedlichen ethnischen Gemeinschaften angehören. Im Bereich der Selbstorganisation erschwert dieser Hintergrund bis heute die Bildung von überregionalen Einrichtungen und führt zur sächfremden Meinungsverschiedenheit, wie Theo van den Broek in seinem Artikel ebenfalls ausführt. Insgesamt, in Abwägung aller Buchbeiträge, schält sich die beschriebene ethnische Identität jedoch als Schlüsselement der Selbstorganisation heraus, die gleichwohl – wie so oft bei identitätsbezogenen Formen der Interessenorganisation – nicht frei vom Rückgriff auf die Exklusion anderer ist.

Hermien Rumbrar und der Autor unternehmen den Versuch, ein Thema zu behandeln, das im öffentlichen Raum noch kaum vertreten ist: Frauen als soziale Akteure. Über wenige, skizzenartige Anmerkungen kommt auch der Beitrag nicht hinaus. Gleichwohl legt er genügend Belege vor, um ohne Übertreibung feststellen zu können, dass wer von Frauen in Papua spricht, von der Zukunft des Landes handelt. Die Einblicke in die Selbstorganisation der Frauen berichten von einem breiten Spektrum, das von einer tiefgehenden sozialen, kulturellen und psychischen Krise gekennzeichnet ist. Diese Krise wird, so oder so, die Bemühungen der Papua-Gesellschaft um soziale Handlungskompetenz nachhaltig bestimmen. Der Artikel legt daher zunächst den Schluss nahe, dass noch viel Untersuchungsarbeit notwendig ist, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wirklichkeit der Frauen auf Papua analysieren und notwendige Schritte zur Verbesserung ihres gesellschaftlichen Status‘ unternehmen zu können. Nicht zuletzt wird es sich in Bezug auf Frauen entscheiden, inwieweit und mit welcher Qualität der ländliche, noch von einheimischen Papuas dominierte Raum als Quell der gesellschaftlichen Orientierung in Frage kommt. Oder ob eher in den Städten eine – neue, veränderte – Form gemeinschaft-

licher Interaktion und Infrastruktur entsteht, die just den Frauen eine Perspektive in der zukünftigen Gesellschaft Papuas eröffnet.

Agus Sumule untersucht in seinem Beitrag die Bedingungen der Papua-Bevölkerung im Bereich Beschäftigung und Einkommen. Sein Blick richtet sich dabei auf den Wirtschaftssektor der niedrigen Einkommen (low economy), der in anderen Diskussionszusammenhängen auch als ‚informeller Sektor‘ gekennzeichnet ist. Ähnlich den Feststellungen des Fachausschusses zu den WSK-Rechten in Bezug auf viele Staatenberichte, schlussfolgert Agus Sumule, dass eine große Anzahl der Mitglieder indigener Gemeinschaften Papuas in Sachen Arbeit, Entgelt und Einkommen mit einem signifikant geringeren, diskriminierenden Niveau vorlieb nehmen muss. Agus Sumule beleuchtet die Ausplünderung der Ressourcen Papuas, deren Gewinn an der Region vorbeigeleitet wird und in systematischer Weise die Lebensperspektiven der zukünftigen Generationen schmälert, sollte hier keine Änderung eintreten. Zwei Anhänge zum Artikel unterstreichen diese fatale Tendenz, indem sie die Einbindung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf Papua in den makroökonomischen Kontext Indonesiens sowie in die Sonderwirtschaftsinteressen der indonesischen Streitkräfte skizzieren.

Laut Agus Sumule zeigen sich noch keinerlei positiven Effekte der Sonderautonomie auf die Wirtschaft Papuas im Sinne einer Verbesserung der sozialen Lage. Immerhin ist eine breitere Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an der Verwaltung und dem politischen Entscheidungsprozess vorgesehen. Selbst beim Steueraufkommen, obgleich dieser Bereich seit längerem schon dezentralisiert worden ist, scheint es unklar, inwieweit große Steuerzahler wie die Freeport Mine oder BP (British Petroleum, auch: Beyond Petroleum) wegen ihrer direkten Verträge mit der Zentralregierung in Jakarta den Steuerregelungen der Sonderautonomie unterliegen.

Im Bereich der informellen Wirtschaft zeigt Agus Sumula an zwei Beispielen den schlichten Kampf ums tägliche Überleben; vertriebene Papuas, die sich im städtischen Bereich von Timika niedergelassen haben und Fischer aus dem Gebiet von Raja Ampat, in der Nähe der Stadt Sorong. Bis in Einzelheiten hinein lässt sich die charakteristische Kluft zwischen einheimischer Papua-Bevölkerung und den später zugezogenen Migranten bei der Einkommenserzielung belegen. Zu manchen Arbeitsplätzen haben einheimische Papuas erst gar keinen Zugang. Über ähnliche Hemmnisse beim Zugang zur profitorientierten Wirtschaft weiß Theo van den Broek in seinem Beispiel der *Arso*-Familien und deren gescheiterten Versuch mit einer Palmenplantage zu berichten. Die *Arso* beschreiben die Einführung der Ölfrucht als zerstörerischen Schlag gegen ihre Lebensführung. Aus Agus Sumules breit gefächelter Inneneinsicht lässt sich der generelle Schluss ziehen, dass selbst die für die indigene Bevölkerung Papuas wichtigen Einkommensmöglichkeiten aus lokaler Produktion trotz des reichen Umfelds eher behindert als gefördert wird.

Theo van den Broek legt eine umfassende Untersuchung über den quantitativen Umfang wie auch die Qualität der Regierungsführung in ausgewählten Sektoren vor und misst sie am Recht der Menschen auf eine würdige Entwicklung. Eingedenk der sozialen Basis der Papua-Gesellschaft, geht Theo van den Broek in seiner Untersuchung auf vier grundlegende Elemente des sozialen Lebens ein: die demographische Zusammensetzung der Gesellschaft, Regierung und Verwaltung sowie öffentliche Dienstleistungen, zum einen im Bereich Gesundheit und zum anderen in der Bildung. Die von ihm verwendeten Begriffe und Deutungen zur kritischen Darstellung der sozialen Aspekte im heutigen Papua bedienen sich des offiziellen Berichtes über die humanitäre Entwicklung in Indonesien (Indonesia Human Development Report 2004). Die Kategorien zur Analyse und Deutung sind Gleichheit, Unteilbarkeit (kein Recht hat Vorrang vor einem anderen), Leistungsbilanz (Zielvorgabe und Überprüfung des Erfolgs), Teilhabe, Befähigung zu autonomem Handeln und überprüfbare Verantwortlichkeit.

Theo van den Broek beleuchtet – ähnlich wie Siegfried Zöllner – den deutlichen Wandel der Papua-Gesellschaft von einer familiären, auf ethnischer Homogenität beruhenden Verfasstheit in eine hochgradig heterogene Zusammensetzung und kennzeichnet die internen Veränderungen und deren Auswirkungen auf das soziale Leben. Er geht auf die enorme Geschwindigkeit ein, mit der die Bevölkerung in Papua gewachsen ist und legt deren Ursache frei, die planmäßige Umsiedlung (Transmigration) Hunderttausender Nicht-Papua aus anderen Teilen Indonesiens. Entsprechend dramatisch ist der Wandel in der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung: von 4 Prozent in den 1970er Jahren (2,5 Prozent in den 1960er) auf 30 Prozent im Jahr 2000 und 40 Prozent 2004. Die einheimischen Papua, vor allem wenn sie in Städten leben, gewinnen den Eindruck, dass ihre Lebensbereiche zunehmend eine ‚indonesische Orientierung‘ erhalten und empfinden sich inzwischen eher als Minderheit im eigenen Land. Damit einher geht der – auch von Agus Sumule festgestellte<sup>20</sup> – Verlust an wirtschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten, eine ansteigende Diskriminierung und der ebenfalls zunehmende Grad gewaltsam ausgetragener Konflikte. Theo van den Broek weist darauf hin, dass die einheimische Bevölkerung Papuas sich nicht als Menschen sondern eher als Ware, als Objekt behandelt fühlen, das je nach Bedarf hin- und hergeschoben werden kann.

Die Umstrukturierung der regionalen Verwaltung nach den Vorgaben der Dezentralisierungspläne Indonesiens wie auch der Sonderautonomie scheint, laut Theo van den Broek, auch aus internen Gründen nicht ganz so einfach vonstatten zu gehen, wie zu hoffen war. In einigen Fällen, in denen eine neue lokale Infrastruktur eingezogen wurde, war zuvor nicht einmal eine Machbarkeitsstudie erstellt worden.

20 Vgl. den Beitrag von Agus Sumule.

Die räumlich isolierte Lage solcher Verwaltungszentren und der entsprechende Mangel an notwendigem Fachpersonal brachten insofern absehbar manche amtlichen Aktivitäten schlicht zum Erliegen. Neu eingerichtete Bezirke blieben erst einmal in den Räumen des ursprünglich größeren Bezirks, obwohl der Gouverneur die Bezirkschefs angewiesen hatte, ihre Büros in die neuen Verwaltungszentren zu verlegen.

Im Bereich Bildung geht Theo van den Broek auf die Diskussion um die Verfügbarkeit ausreichend qualifizierter Personen für Papua ein. Es handelt sich hierbei um eine sich über Jahre hinziehende und weiterhin aktuelle Debatte, die einer durchgreifenden Antwort bedarf, da sie die Voraussetzung dafür bildet, soll die einheimische Papua-Gemeinschaft tatsächlich an der Entwicklung des Landes teilnehmen und teilhaben können. Der Gouverneur Papuas hat in seiner das Bildungsprogramm einführenden Rede vor dem regionalen Parlament auf einige Elemente hingewiesen, die seiner Ansicht nach besonders zu berücksichtigen sind. Theo van den Broek zitiert diese Prioritäten wie folgt: die Anpassung des Lehrmaterials unter Einschluss lokaler Materialien an die ethnische Vielfalt Papuas, die Notwendigkeit technisch ausgebildeter Fachkräfte, die Entwicklung eines angepassten Internat-Systems, die Verringerung der Ausbildungskosten (Schulgebühren) und die Stärkung privater Bildungsträger. Theo van den Broek kommt hingegen unter Verweis auf die Ausbildungssituation in abgelegenen ländlichen Gebieten zu dem Schluss, dass eine signifikante Kluft zwischen Anspruch und Umsetzung besteht. Während in den städtischen Zentren die Ausbildungssituation erkennbar besser wurde und die Anzahl der Klassenräume, Lehrer und Schüler stieg, hat der ländliche Raum mit einer systematischen Vernachlässigung zu kämpfen. Die Ausbildung im Innern des Landes befindet sich auf einem erschreckend niedrigen Niveau.

Im Bereich Gesundheit hielt der Gouverneur eine ähnliche Rede vor dem Parlament, worin er ebenfalls zentrale Elemente der Gesundheitsversorgung ansprach: eine gleichförmige Ausweitung und qualitative Verbesserung des Gesundheitsdienstes, zu dem alle gleichermaßen Zugang haben sollen, präventive Gesundheitsprogramme und Therapiekonzepte, ein Anstieg der Anzahl von Ärzten und medizinischem Hilfspersonal, verbesserte Behandlungsbedingungen in Krankenhäusern, erleichteter Zugang zu Medikamenten und schließlich bessere Ernährung sowie eine sauberere Umwelt. Dies klingt recht ambitioniert. Einiges davon wurde auch laut Statistik realisiert; etwa die Anzahl lokaler Gesundheitszentren verdoppelt. Dies reicht allerdings nicht aus, da laut Theo van den Broek im Jahr 2002 immer noch 36,1 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu diesen Gesundheitseinrichtungen hatten. Ähnlich wie im Bildungsbereich benötigt die Gesundheitsversorgung im Landesinnern Papuas besondere Aufmerksamkeit, um den Bedürfnissen der dort Lebenden zu entsprechen. In diesen Gegenden liegt die Gesundheitsversorgung nach wie vor unterhalb akzeptierbarer Standards, während in den städtischen Zentren die Verbesserungen merkbar sind.

Im Anschluss an die analytischen Beiträge der Studie gehen die Schlussfolgerungen nochmals auf die alle Artikel durchziehende Fragestellung der WSK-Rechte als Raster zur Deutung gesellschaftlicher Verhältnisse ein: Hervorbringen von Institutionen zur Selbstregierung, soziale Sicherheit, Grundstandards in der Gesundheitsversorgung und Bildung, Schutz vor Diskriminierung. Würden die WSK-Rechte der zukünftigen Entwicklung Papuas zugrunde gelegt, ließe sich absehen, dass die dem Übereinkommen zugeordneten Maßstäbe und Instrumente den Aufbau eines sozialen Netzwerkes fördern, dessen Institutionen auch nach traditionellen Vorgaben lokaler Bevölkerungen arbeiten könnten. Entsprechend werden Empfehlungen formuliert, um diese Möglichkeit zu stützen und die Papua-Bevölkerung in die Lage zu versetzen, eine selbstbestimmte Lebensführung in die Praxis umzusetzen. Es ließe sich ebenso prognostizieren, dass bei Entwicklung der notwendigen Infrastruktur, der Fertigkeiten und organisatorischen Erfordernisse sich zum einen der momentan polarisierte Diskurs um den politischen Status Papuas abschwäche. Zum anderen würde sich auch eine Integration Papuas nach dem Muster der alten Ordnung nur noch schwerlich durchsetzen lassen.

Die Studie ermöglicht einen umfassenden Überblick zur aktuellen Situation auf Papua. Ihr Fokus liegt dabei jedoch auf den Aspekten, die der Titel vorgibt. So werden historische Details zum Status von Papua allenfalls am Rande behandelt; soweit sie eben zum Verständnis der heutigen Umstände unabdingbar sind. Eine vertiefende Einarbeitung ist jedoch mittels der Literaturhinweise leicht möglich. Inhaltlich zu kurz kommt auf jeden Fall die geschlechterspezifische Analyse und Deutung der Papua-Gesellschaft. Hier liegt noch einiges an Feldforschung an. Über kurze Anmerkungen zur Entwicklung der indonesischen (Regierungs-) Politik seit 1998 kommt die Studie ebenso wenig hinaus. Dabei haben sich einige institutionelle Veränderungen im politischen System, in der formalen Rolle der Militärs oder in der politischen Handhabung regionaler Konflikte ergeben. Solche Veränderungen werden erwähnt, soweit die Lektüre des Buches dies erfordert.

Dabei wäre es nicht zuletzt mit Blick auf West-Papua wert, der Frage nach den Konsequenzen des Wandel in der offiziellen Regierungspolitik Jakartas vertiefter nachzugehen. Die Folgen scheinen durchaus nicht ganz so klar, nachdem der Reformimpuls der *Reformasi*-Ära seit 2001 ins Stocken geraten ist, und auch jüngere Entscheidungen zu Papua eher verstörend wirken. Die ersten 100 Tage Regierungszeit des neugewählten Präsidenten Yudhoyono haben zwar insgesamt vielversprechend begonnen, sind aber natürlich schlicht zu kurz, um eine wirklich aussagekräftige Prognose zu erlauben; etwa, ob das Konzept der Dezentralisierung als Mittel der Streitschlichtung weiter verfolgt wird.

Von besonderem Interesse sowohl für weitere Studien als auch für den politischen Entscheidungsprozess zu Papua werden ebenso die Beziehungen zwischen den Repräsentanten und Organisationen der jeweiligen Zivilgesellschaft (Papua und



Indonesien) sein. Schritte dazu unternahmen im März und April 2005 mehrere Nichtregierungsorganisationen aus Papua, Indonesien, Südasiens und Europa – die sich anlässlich der 61. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission mit Menschenrechten befassten – und eine engere Koordinierung ihrer Aktivitäten vereinbarten. Auch die Leser dieses Buches sind eingeladen, etwa im Rahmen des West-Papua-Netzwerkes daran mitzuwirken.

## Danksagung

Schließlich ist es eine angenehme Pflicht und erfreuliche Gelegenheit, den Autoren und der Autorin dieser Studie herzlich für ihre Beiträge zu danken. Sie unterbreiten nicht nur Fakten, sondern gewähren eine außergewöhnliche Einsicht in ihre eigene Erfahrungswelt und ihr fortwährendes Engagement zu Papua. ‚Politik trifft Wissenschaft‘ könnte als Synonym für diese Studie und deren Absicht stehen, zu weiteren Schritten zu ermutigen und sich eine friedliche, demokratische, transparente und konstruktive Antwort auf die Bestrebungen der Papuas zum Ziel gesetzt hat. Wir hoffen nicht zuletzt, dass unser Beitrag dazu verhilft, Papua zu einem gleichberechtigten Partner Indonesiens werden zu lassen.

Die Studie wäre natürlich nicht durchführbar gewesen, hätte es nicht die generöse Finanzierung durch die Herausgeber gegeben. Sie stellten nicht nur die finanziellen Mittel zum Schreiben und zum Druck zur Verfügung, sondern ermöglichten auch eine offene und vorbehaltlose Diskussion über Themenfelder, die wenige Jahre zuvor undenkbar schienen und den einen oder anderen Autor sogar gefährdet hätten.

Ein besonderer Dank gebührt Uwe Hummel vom West Papua Netzwerk in Wuppertal, der dieses Forschungsprojekt koordiniert hat. Er hat dieses Unternehmen professionell, tolerant und aufmunternd organisiert, wobei ihm die Autoren seine Aufgabe nicht immer erleichterten. Sollte unser Beitrag allerdings erfolgreich im Sinne des formulierten Anspruchs sein, waren auch manche Unpässlichkeiten aller Mühen wert.

## Weiterführende Literatur

- Anti-Slavery Society / Pazifik-Netzwerk / Pazifik Informationsstelle (Hg.) (1994); Westpapua – zerstörtes Paradies. Neuendettelsau: Druckerei Sourrouille, Göttingen
- Blair, Dennis C. / Philipps, David L. (2003); Komisi untuk Indonesia: Perdamaian dan Kemajuan di Papua. New York: Council on Foreign Relations Press  
Englischer Originaltitel: Indonesia Commission: Peace and Progress in Papua

- BPS / BAPPENAS / UNDP (Hg.) (2004):Indonesia: National Human Development Report 2004. The Economics of Democracy –Financing Human Development in Indonesia. Jakarta
- Broek, Theo van den / Hernawan, J. Budi / Korain, Frederika / Kambayong, Adolf (2003); *Memoria passionis di Papua. Kondisi sosial-politik dan Hak Asasi Manusia 2001*. Jayapura: Sekretariat Keadilan dan Perdamaian Keuskupan Jayapura, Lembaga Studi Pers dan Pembangunan
- Broek, Theo van den / Hernawan, J. Budi / Korain, Frederika / Kambayong, Adolf (2001); *Memoria passionis di Papua. Kondisi sosial-politik dan Hak Asasi Manusia Gambaran 2000*. Jayapura: Sekretariat Keadilan dan Perdamaian Keuskupan Jayapura, Lembaga Studi Pers dan Pembangunan
- Broek, Theo van den / Kambayong, Rudolf (2004); *Membangun budaya damai dan rekonsiliasi. Dasar menangani konflik di Papua*. Jayapura: Sekretariat Keadilan dan Perdamaian Keuskupan Jayapura, Lembaga Studi Pers dan Pembangunan
- Brundige, Elizabeth et al. (Hg.) (2004); *Indonesian Human Rights Abuses in West Papua. Application of the Law of Genocide to the History of Indonesian Control*. Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic, Yale Law School
- Bünthe, Marco (2003); *Regionale Autonomie in Indonesien. Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung*. Hamburg: MIA 374
- Chauvel, Richard / Nusa Bakhtri, Ikrar (2004); *The Papua Conflict: Jakarta's Perceptions and Policies*. East-West Center Washington: Policy Studies 5
- Djopari, John RG (1993); *Pemberontakan organisasi Papua merdeka*. Jakarta: Penerbit PT Grasindo
- Friedrich Ebert Stiftung / Watch Indonesia / West Papua Netzwerk (Hg.) (2003); *Autonomy for Papua. Opportunity or Illusion?* Berlin
- Giay, Benny (2003); *Tanggapan Masyarakat Terhadap Peristiwa Penculikan dan pembunuhan Theys H. Eluay 10 Nopember 2001*. Abepura / Jayapura: Deiyai / Yakama
- Giay, Benny (2000); *Menuju Papua Baru. Beberapa pokok pikiran sekitar Emansipasi Orang Papua*. Jayapura: Deiyai / Els-ham Papua Edisi Kedua
- Giay, Benny / Kambai, Yafet (2003); *Yosepha Alomang, Pergulatan Seorang Perempuan Papua Melawan Penindasan*, Jayapura, West-Papua: Lembaga Study dan Advokasi Hak Asasi Manusia (ELSHAM Papua) / European Commission
- Hafild, Emmy (2005); *Indonesia – Country Report*. In: *Transparency International (ed.); Global Corruption Report 2005*, London
- International Crisis Group (Hg.) (2002); *Indonesia. Resources and Conflict in Papua*. Jakarta-Brussels
- International Crisis Group (Hg.) (2003); *Dividing Papua: How not to do it*. Jakarta-Brussels
- Komisi Nasional Hak Asasi Manusia (KOMNAS HAM) / Canadian International

- Development Agency (CIDA) (2003); Pendidikan hak asasi manusia. Panduan Fasilitator untuk Penegak Hukum. Jakarta: KOMNAS HAM
- Kubitschek, Hans-Dieter (1992); Die Ethnizität der Tobabatak (Nordsumatra): Zur Problematik der „doppelten Identität“. Wagner, Wilfried (Hg.) (1992); Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität. Referate des 2. Internationalen Kolonialgeschichtlichen Symposiums 1991 in Berlin. Münster-Hamburg: LIT Verlag, Bremer Asien-Pazifik-Studien 2, S. 239-251
- Monbiot, George (2003); Poisoned Arrows. An investigative journey to the forbidden territories of West Papua. Foxhole, Dartington: Green Books
- Osborne, Robin (1985); Indonesia's secret war. The guerilla struggle in Irian Jaya. North Sydney: Allen & Unwin
- Saltford, John (2003), The United Nations and the Indonesian Takeover of West-Papua, 1962-1969. The Anatomy of Betrayal. London-New York
- Schütte, Heinz (1992); Lokale Reaktionen auf evangelische Missionsbemühungen im kolonialen Neu Guinea 1887-1914. In: Wagner, Wilfried (Hg.) (1992); Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität. Referate des 2. Internationalen Kolonialgeschichtlichen Symposiums 1991 in Berlin. Münster-Hamburg: LIT Verlag, Bremer Asien-Pazifik-Studien 2, S. 497-509
- Vlasblom, Dirk (2004); Papoea: Een geschiedenis. Amsterdam: Mets en Schilt
- Wagner, Wilfried (Hg.) (1992); Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität. Referate des 2. Internationalen Kolonialgeschichtlichen Symposiums 1991 in Berlin. Münster-Hamburg: LIT Verlag, Bremer Asien-Pazifik-Studien 2
- Wessel, Ingrid (1992); Irian Jaya und die Einheit der indonesischen Nation. In: Wagner, Wilfried (Hg.) (1992); Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität. Referate des 2. Internationalen Kolonialgeschichtlichen Symposiums 1991 in Berlin. Münster-Hamburg: LIT Verlag, Bremer Asien-Pazifik-Studien 2, S. 345-357
- Yoman, Socratez Sofyan (2000); Pintu Menuju Papua Merdeka. Perjanjian New York 15 Agustus 1962 dan Pepera 1969 hanya sandiwara politik Amerika, Indonesia, Belanda dan PBB. Papua Barat Alom Wone: Lembaga Rekonsiliasi Hak-Hak Asasi Masyarakat Koteka (LERHAMKOT)
- Zöllner, Siegfried, Lebensbaum und Schweinekult (1977). Wuppertal: Brockhaus

# West-Papua und das Recht auf Selbstbestimmung

*Eine Herausforderung an die Menschenrechte*

WILLY MANDOWEN

Im Juni 2000 nahmen über 20.000 Teilnehmer und 501 rechtmäßig gewählte Vertreter der Gesellschaft West-Papuas, die alle Teile Papuas repräsentierten, am Zweiten Kongress von West-Papua (auch: Papua) teil. Die damalige Regierung Indonesiens äußerte keinerlei Vorbehalte gegen diesen Kongress. Sie steuerte sogar eine finanzielle Unterstützung bei. Die Teilnehmenden des Kongresses unterstützten nachhaltig einen Beschluss, der – unter anderem – die Vereinten Nationen aufforderte, ihre Resolution 2504 (XXIV, UN-Generalversammlung) vom 19. November 1969 zurück zu nehmen. Dieser UN-Beschluss rechtfertigte den Verrat an den politischen Rechten West-Papuas, über die eigene Zukunft zu entscheiden. Der Beschluss des Zweiten Kongresses erklärte ebenso den nachdrücklichen Wunsch der Papuas „sich von der Republik Indonesiens trennen zu wollen“. Die Teilnehmenden waren sich bewusst, dass es sich um eine sensible Angelegenheit zwischen Papua und Indonesien handelte. Der Beschluss des Kongresses war gleichwohl nach Treu und Glauben entworfen und in einem friedlichen und demokratischen Verfahren verabschiedet worden. Die Forderung nach Rücknahme drückt nicht nur den Wunsch nach Überprüfung der damaligen Vorgänge aus; was recht und billig genug wäre. Das Vorenthalten des Selbstbestimmungsrechts führte zu einer wahrhaft menschlichen Tragödie mit Tausenden von Opfern, die getötet und gefoltert oder grausam behandelt wurden, nur weil sie ihr Recht auf freie Wahl einforderten. Verwandte, Freunde und sogar einige der Opfer leben noch und dringen auf eine vertrauenswürdige Aufarbeitung jener Vorgänge und auf Heilung.

Wenngleich wir auf die freie Entscheidung über unsere eigene Zukunft abheben, müssen wir uns gleichwohl vor Augen halten, dass wir nicht ausschließlich über den politischen Status sprechen, sondern auch von der alltäglichen Sehnsucht der Menschen, ein Leben frei von Angst, Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Straflosigkeit und Zurückweisung ihrer Identität führen zu können. Bis heute blieben die Begriffe und die staatliche Politik zu Wohlstand und Entwicklung für die große Mehrheit der Papuas insbesondere in den ländlichen Gebieten nichtssagend<sup>1</sup>. Deshalb herrscht

<sup>1</sup> Vgl. den Artikel von Theo van den Broek zu diesem Buch.

nach wie vor dieser Wunsch nach Unabhängigkeit vor<sup>2</sup>, obwohl es offensichtlich ist, dass in absehbarer Zukunft nicht an eine Eigenstaatlichkeit Papuas zu denken ist. Aufgrund der faktischen Bedingungen wird über Selbstbestimmung allenfalls auf der Ebene des politischen Dialogs gesprochen werden können. Auch dabei sind die Ambitionen in politische Begriffe zu übertragen, die für alle beteiligten Parteien tragfähig sind. In diesem Zusammenhang lohnt der Hinweis auf die fortgesetzte friedliche Haltung der Papuas, die aus ihrem Land ein ‘Land des Friedens‘ machen wollen. Die folgenden Überlegungen sollten als Beitrag verstanden werden, um Hindernisse zu diesem politischen Dialog zwischen Indonesien und Papua wegzuräumen. Ebenso mag die vorliegende Studie als solche als Plattform für diese Art Dialog dienen, da sie Menschenrechte, Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung anspricht.

## Historischer Hintergrund

Durch die Geschichte hindurch waren die Papuas immer schon von der asiatischen Bevölkerung Indonesiens ethnisch verschieden. Ihre ethnischen Wurzeln und Kulturen – zur Zeit gibt es über 250 verschiedene Sprachen allein auf West-Papua – sind eng mit den Nachbarn in Papua Neu-Guinea und den Bewohnern der melanesischen Inseln verknüpft<sup>3</sup>. Das willkürliche Vorgehen der europäischen Kolonialmächte zog 1895 eine Grenze in der Mitte des damaligen Neu-Guinea von Nord nach Süd und trennte die zwei Teile offiziell im Jahr 1910. Die Niederlande erhielten den westlichen Teil, den sie seit 1828 als damals Westliches Neu-Guinea aus schlichten kolonialen Erwägungen heraus gefordert hatten. Im Februar 1855 kamen die ersten Missionare aus Deutschland (Carl. W. Ottow und Johann G. Geißler). Der historische Zufall, dass West-Papua einfach aus administrativen Gründen für eine lange Zeit durch die Holländer von der Hauptstadt des Sultans von Tidore (Ternate, Molukken) aus regiert wurde, führte Indonesien zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit das Argument zu, West-Papua sei ein integraler Teil des damaligen ‘Niederländisch-Indiens’, das später die Republik Indonesien werden sollte.

Im Jahr 1949 wurde Niederländisch-Indien der entstehenden Republik Indonesien übergeben; mit Ausnahme des damaligen Niederländisch-Neu-Guinea. Der damalige Resident<sup>4</sup> auf Niederländisch-Neu-Guinea, J.P.K. Eechoud, legte sich öffentlich darauf fest, dass dieses Land nicht zu Indonesien gehöre, da es in Kultur und Geschichte davon abweiche. Sogar der erste Vizepräsident von Indonesien,

2 Ergebnis einer Umfrage der *International Foundation for Election Systems*, vom 28. Februar 2003.

3 Vgl. Siegfried Zöllners Beitrag zu diesem Buch.

4 Der Resident war unter dem Gouverneur der höchste koloniale Beamte.

Mohammad Hatta, erachtete Papuas als Angehörige der melanesischen Kultur; obgleich er dies in einem abfälligen Sinn meinte. So blieb West-Papua für eine gewisse Zeit ein Teil des Königreichs der Niederlande. Die Weigerung, das Gebiet zu übergeben, führte zu wachsenden Spannungen zwischen den Niederlanden und Indonesien. Dies ging in den späten fünfziger Jahren soweit, dass Indonesien die diplomatischen Beziehungen mit den Niederlanden unterbrach. Unter dem Eindruck eines drohenden indonesischen Angriffs und unter Druck der Vereinten Nationen, stimmten die Niederlande im Oktober 1962 zu, West-Papua einer zeitweiligen UN-Verwaltung zu unterstellen.

Zwei Faktoren wurden für die weitere Entwicklung von größter Wichtigkeit. Im Hinblick auf die Diskussion zu Papua schlugen die Holländer 1961 einen Neu-Guinea-Rat vor, der aus 28 Personen bestehen sollte und setzte ihn ein. Der Erste Papua-Kongress wurde ebenfalls 1961 abgehalten. Der Kongress nahm den Begriff ‚West-Papua‘ (Papua Barat) als Name für das Land an. ‚Oh Papua, mein Land‘ (Oh Tanahku Papua) wurde zur Hymne, und der ‚Morgenstern‘ zur Nationalflagge. Eine Verfassung aus 129 Artikeln wurde ebenfalls angenommen, und der Kongress proklamierte das ‚Gemeinsame‘ als leitendes Prinzip für den neuen Staat. Ehe der Rat eingesetzt worden war, hatten sich bereits 12 politische Parteien gegründet; unter anderem die Nationale Partei (PARNA) des Vorsitzenden Herman Wayoi und die Papua-Partei von Johan Ariks.

Auf internationaler Ebene vereinbarten die Niederlande und Indonesien im August 1962 in New York, dass vom 1. Oktober 1962 bis zum 30. April 1963 die UNO die Verwaltung des damaligen West-Neu-Guinea übernehmen und dann an Indonesien übertragen sollte (United Nations Temporary Executive Authority, UNTEA). Indonesien übernahm am 1. Mai 1963 die gesamte Kontrolle und Verantwortung, obwohl die indonesische Herrschaft über West-Papua eigentlich nur vorläufiger Art sein sollte. In Artikel XVIII der Vereinbarung hatte sich Indonesien verpflichtet, den Willen der Bewohner von West-Papua durch einen Konsultationsprozess feststellen zu lassen und ein Referendum über den politischen Status Papuas abzuhalten. Diesem Referendum wurde der Name ‚Operation freie Wahl‘ (*Act of Free Choice*) gegeben. Innerhalb von fünf Jahren sollten die Vereinten Nationen zurückkehren und die indonesische Regierung bei der Organisation des Referendums unterstützen. In gebührender Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung sollten die Papuas bestimmen, ob sie lieber unabhängig oder formaler Teil Indonesiens werden wollten.

Entgegen dieser Abmachung wurden die Papuas an keinerlei Debatten zum politischen Status Papuas nach der Unabhängigkeitserklärung von Indonesien am 17. August 1945 beteiligt. Das Recht auf Teilnahme wurde sowohl auf der Ebene bilateraler als auch internationaler Verhandlungen verweigert und ebenso in Bezug auf die Vereinbarung in New York. Darüber hinaus begann die indonesische Regierung

mit der Beseitigung aller Institutionen und Symbole, die mit der Identität Papuas in Verbindung standen, um das Referendum zu gewinnen. Die Regierung untersagte sogar die grundlegendsten Rechte der Meinungs-, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit<sup>5</sup>. Die Gesetzgebung zur Aufstandsbekämpfung (Präsidentenerlass Nr. 11/1963) verschlechterte noch die Situation, indem sie politische Aktivitäten der Papuas als subversiv erachtete. Damit war eine Rechtsgrundlage für militärische Operationen geschaffen; z.B. die Operation Sadar 1965-67, Operation Brathayudha 1967-69, Operation Wibawa 1969 (siehe auch nächsten Abschnitt).

Kein legitimierter Papua hätte sich an dem damaligen Entscheidungsfindungsprozess bezüglich des Referendums beteiligen können. Schon gleich zu Beginn widersetzten sich beträchtliche Teile der Papuas dem Anschluss. Die damalige indonesische Regierung wählte einseitig aus mehr als 815.000 Einwohnern nur 1.026 Personen aus, um sie zur Abstimmung zugunsten der Integration Papuas in die Republik Indonesien zu bewegen. Gemäß der New Yorker Vereinbarung sollte eigentlich eine Konsultation nach traditionellem Muster durchgeführt werden. Sie sollte die angemessene Methode entwickeln, damit die Operation freie Wahl tatsächlich allen männlichen und weiblichen stimmberechtigten Erwachsenen West-Papuas die Teilnahme garantieren konnte. Als die Zeit der Entscheidung über die zu praktizierende Methode nahte, schlug der Vertreter des UN-Generalsekretärs in West-Papua ein normales Stimmrecht für Erwachsene in den städtischen Gebieten vor sowie eine Konsultation unter den Bedingungen der Stammesgesellschaften in den ländlichen Gebieten. Indonesien verwarf den Vorschlag und wählte statt dessen im gesamten Gebiet allein entsprechend dem System der Beratung in Stammesvertretungen (*musyawarah*). Außerdem gestattete Indonesien der UNO eine Überprüfung in lediglich 195 der 1.000 Konsultationsversammlungen.

Kürzlich veröffentlichte Dokumente des Außen- und Handelsministeriums von Australien belegen, dass Australien und die USA Indonesien bei der UNO aktiv unterstützten, um dessen Kontrolle über West-Papua zu sichern, obwohl es offensichtlich war, dass das Wahlverfahren ernsthafte Mängel aufwies. Australien verhalf ebenso dazu, Anfragen und Debatten in der UNO über das Für und Wider der Integration auszubremsten<sup>6</sup>. Es verwundert daher nicht, dass das Schlüsselement der

5 Der Präsidentenerlass Nr. 8/1963 besagt: „*In der Region West Irian soll bis auf weiteres jegliche politische Aktivität in Form von Massenversammlungen, Ansammlungen, Demonstrationen oder Druck, Veröffentlichungen, Ankündigungen, Herausgabe, Verbreitung, Handel oder öffentlichen Anzeigen von Artikeln, Bildern oder Fotografien ohne Erlaubnis des Gouverneurs oder eines durch ihn ernannten Beamten verboten sein.*“ Zitiert nach Neles Tebay (2003), *Human Rights in Papua: An Overview*. In: Friedrich-Ebert-Foundation et al. (ed.): *Autonomy for Papua – Opportunity or Illusion?* Berlin

6 Vgl. Sam Blay (2000); *Why West Papua deserves another chance. The UN ballot in 1969 broke every rule for genuine self-determination*. In: *Inside Indonesia* Nr. 61, Januar-März 2000

Vereinbarung von 1962, die Selbstbestimmung, von der Tagesordnung gestrichen wurde. Die betrügerischen Manöver verhinderten, den Papuas eine Chance zu geben, ihre Stimme zu Gehör zu bringen. Sogar der indonesische Teil zum Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Operation freie Wahl deckt diese Sachlage auf. Die 'heimische Variante' der indonesischen Operation freie Wahl war alles - nur keine freie Wahl. Schlechter noch: es liegen genügend Beweise dafür vor, dass das Wahlergebnis unter Einsatz von Drohungen, Einschüchterung, Mord, militärischer Gewalt und unmoralischem Vorgehen zustande kam<sup>7</sup>. Ernsthaftige Zweifel an der Legitimität dieser 'Operation keine Wahl' (*Act of No Choice*) sind angebracht.

In direkter Reaktion auf die ungerechte Behandlung und die massive Verletzung der Interessen Papuas, die sich bereits in den frühen 1960er Jahren abzeichnete, begannen die Papuas ihre politische Meinung zu organisieren. Im Jahr 1963 gründete Aser Demotekay aus der Region Jayapura eine Organisation zur Befreiung West-Papuas; von den Sicherheitskräften Indonesiens später „Organisation freies Papua“ (OPM) betitelt. Eine ähnliche Organisation entstand in Manokwari 1964. Die formelle Gründung der OPM als *Organisasi Papua Merdeka* datiert auf das Jahr 1970. Die Bewegung strebte die Unabhängigkeit West-Papuas mittels des bewaffneten Kampfes an, ohne jedoch über eine reale politische Unterstützung im südlichen Pazifik zu verfügen.

Bereits 1964 wurde eine Resolution zur Überwachung der Vereinbarung von New York angenommen, in der es auch um die Verteidigung der unabhängigen Institutionen Papuas von 1961 ging. Terianus Aronggear, der ernannte Koordinator der Außenpolitik West-Papuas wurde am 5. Juli 1965 in Biak festgenommen und eingesperrt. Am 28. Juli 1965 griff die OPM die Kasernen der Einheit Yonif 641 Cenderawasih der indonesischen Armee in Arfai an. Danach griff die OPM ein militärisches Quartier in Warmare an. Weitere Angriffe folgten, die zu Gegenangriffen und einer erheblichen Anzahl an Opfern vor allem auf Seiten der Papuas führten.

Auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft protestierten Bürger etwa aus Wagate gegen die von Indonesien eingesetzten Landräte (*Bupati*). Im Jahr 1969 organisierten die Leute in mehreren Städten West-Papuas Massenversammlungen gegen das Referendum und drückten ihren Widerstand gegen die betrügerische Vereinnahmung West-Papuas aus. Doch die sog. Volksbefragungen wurden durchgeführt: am 14. Juli in Merauke, am 16. Juli in Jayawijaya, am 19. Juli in Paniai, am 23. Juli in

<sup>7</sup> Vgl. z.B. John Saltford (2003), *The United Nations and the Indonesian Takeover of West-Papua, 1962-1969. The Anatomy of Betrayal*. London-New York. Im Mai 2000 sagte der ehemalige Untersekretär der UNO, Chakravarthy Narasimahan, in einem Interview, dass West-Papua zum beschämendsten Fall in der Geschichte der Vereinten Nationen gehört; vgl. Robert F. Kennedy Memorial (2004); *The Papua Report*, März 2004.



Fak-Fak, am 26. Juli in Sorong, am 29. Juli in Manokwari, am 31. Juli in der Cenderawasih Bucht, am 2. August in Jayapura. Im Juli 1972 setzte die OPM eine vorläufige Verfassung in Kraft, rief einen unabhängigen Staat aus und erklärte West-Papua zur Republik. Was als beeindruckende Zivilbewegung hätte entstehen können, wurde in den folgenden Jahren von Suhartos Regime zerschlagen. Dies beinhaltete auch das Töten derjenigen, die eine selbstständige Führungselite hätte werden können. Es konnte nicht ausbleiben, dass die Resolution des erwähnten Zweiten Papua-Kongresses sowohl die in New York erreichte Vereinbarung von 1962 zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik von Indonesien verwarf, als auch die Ergebnisse der sog. Operation freie Wahl aus dem Jahr 1969. Um es zu wiederholen: Das Verweigern des Rechts auf Selbstbestimmung endete in einer menschlichen Tragödie für die Papuas.

## **Die Menschenrechte West-Papuas unter indonesischer Herrschaft**

Sowohl die Verfassung als auch die anschließende vorläufige Verfassung Indonesiens, beide aus dem Jahr 1950, bestehen aus einem umfangreichen und detailreichen Text aus 197 bzw. 146 Artikeln. 37 Artikel (vom Artikel 7 bis 43 in der vorläufigen Verfassung) handeln von Menschenrechten und grundsätzlichen Freiheiten. Die Artikel wurden in enger Anlehnung an die einschlägigen Artikel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 formuliert<sup>8</sup>. Die vorläufige Verfassung von 1950 wurde am 5. Juli 1959 außer Kraft gesetzt und durch eine frühere Variante der Verfassung von 1945 ersetzt. Wenngleich die letztere einige grundlegende Rechte und Freiheiten enthielt, gab es natürlich keinen Bezug zur späteren Allgemeinen Menschenrechtserklärung. Die „gelenkte Demokratie“ zwischen 1959 und 1965, und stärker noch die Politik der „neuen Ordnung“ zwischen 1966 und 1998 nahm auf Menschenrechte keine Rücksicht, sondern stützte sich auf Regeln zum Aufbau eines Einheitsstaates. Das seit 1965/1966 folgerichtig einsetzende, autoritäre und repressive Regime beging alle Arten von schwersten Menschenrechtsverletzungen, um diese neue Ordnung des Einheitsstaates durchzusetzen. Eines der prominenten Opfer dieser Politik waren die Papuas.

Unmittelbar nach der New Yorker Vereinbarung vom 15. August 1962 wurde der Neu-Guinea-Rat aufgelöst, der 1961 gewählt und von den Niederländern eingesetzt

8 Zu Einzelheiten s. Enny Soeprapto (2005); *The development of Indonesia's policy on human rights and fundamental freedoms since 1945*. Mskr. zur Podiumsdiskussion über das Thema *Indonesia and its Human Rights Policy*, Genf, im Rahmen der Sitzung der UN Menschenrechtskommission am 5. April 2005.

worden war. Im Mai 1963 setzte die Regierung in Jakarta zwangsweise eine Versammlung ein, ohne irgendeinen früheren gewählten Parlamentarier zu berücksichtigen. Der erwähnte Präsidentenerlass Nr. 8/1963 und die Gesetzgebung zur Aufstandsbekämpfung bereiteten die legale Grundlage für eine enorme Anzahl militärischer Operationen mit einer ebenso enormen Anzahl an Opfern vor allem auf Seiten Papuas vor<sup>9</sup>. Für die Menschen auf West-Papua, die Tausende von Leben zu beklagen haben und ins Elend gestürzt worden sind, stellt dieser Fall der seit den 1960er Jahren verweigerten Rechte noch immer ein großes Anliegen dar und muss zum Thema gemacht werden.

Nach 1971 wurden die Papuas indonesische Staatsbürger, ohne dass allerdings die Zivilrechte geändert worden wären, die ihnen erlaubt hätten, ihre politischen Interessen zu verfolgen. Schlechter noch: Papua wurde von der indonesischen Regierung zur militärischen Operationszone (DOM) erklärt. Diese DOM gewährte den indonesischen Militärs volle Kontrolle über das Territorium Papuas und wurde bis 1998 aufrecht erhalten. Einige Regionen Papuas wurden sogar für die Öffentlichkeit gesperrt. Um dorthin zu kommen, wurde eine besondere Erlaubnis benötigt, die die Polizei oder die Sicherheitskräfte erteilten. Wollte also ein Pfarrer mit seiner Gemeinde etwa Ostern feiern, musste er im Detail seinen Besuchsplan erläutern. Er war verpflichtet, nach der Ankunft jeder örtlichen Polizeiwache zu berichten, für wie lange er zu Bleiben beabsichtigte, und wann er das Dorf wieder verlassen wollte.

Jede kulturelle Artikulation der Papuas galt als Manifestation der Unabhängigkeit. Sich als Papua oder Melanesier auszugeben, war streng untersagt. Die Provinz wurde in Irian Jaya umbenannt, und die Leute waren gehalten, sich 'Indonesier aus der Provinz Irian Jaya' zu nennen. Das Singen in der Muttersprache stand unter der ständigen Drohung, geschlagen, gefoltert, eingesperrt oder gar ermordet zu werden. Eine der bittersten Gräueltaten wurde an Arnold Ap begangen, einem Papua-Musiker und Direktor des Museums der Cendrawasih-Universität. Er hatte mit dem Sammeln frühzeitlicher Gegenstände der Papuas und kultureller Symbole begonnen, um sie in öffentlichen Räumen auszustellen und zugänglich zu machen<sup>10</sup>. Diese relativ simple Initiative machte die Leute auf die Werte ihrer Kultur aufmerksam und half, Selbstvertrauen zurückzugewinnen. Es waren die gleichen Leute, denen die indonesischen Behörden bislang immer gesagt hatten, wie unzivilisiert und wertlos sie seien, solange sie ihrer traditionellen Kultur folgten.

Außer den Verletzungen der zivilen und politischen Rechte, wurde den Papuas die Verwaltung ihrer Gemeinschaften gemäß ihrer *Adat* (Gewohnheitsrecht) verweigert. Entsprechend ihrer Tradition besaßen die Papuas in der Regel den Wald gemein-

9 Zur Übersicht vgl. ELSHAM (Institut zum Studium und zur Förderung der Menschenrechte) (2000); *Report on the Human Rights Situation*, Abepura, oder Neles Tebay (2003), *op. cit.*

10 Vgl. auch Siegfried Zöllners Beitrag.

schaftlich. Der Wald besitzt nicht nur wirtschaftlichen Wert, sondern verfügt auch über eine religiöse Bedeutung. Unter der indonesischen Herrschaft verloren die Eigentümer jedoch ihre Eigentumsrechte, da angestammtes Land, Wald und Bodenschätze nun als nationales Eigentum galten, das der Verfügung der Regierung in Jakarta unterstand. Die Regierung in Jakarta nutzte diese Ressourcen, um – mit Ausnahme West-Papuas – ganz Indonesien zu entwickeln. So bedeutet ‚nationale Entwicklung‘ – bis heute – Enteignung, Ausbeutung, Zerstörung durch Holzeinschlag, Bergbau, Fischerei, Öl- und Gasförderung; um nur das Schlimmste zu nennen<sup>11</sup>. Nicht nur die Umwelt wurde beeinträchtigt oder gar zerstört, sondern Geist und Haltung der Leute ebenso. Insistierten Papuas auf ihrem Gewohnheits- und traditionellen Eigentumsrecht, wurden sie häufig als Unterstützer der Befreiungsbewegung gebrandmarkt und auch so behandelt: durch extralegale Hinrichtungen, Folter, unmenschliche Behandlung, willkürliche Haft, Vergewaltigung und andere Maßnahmen wurde ihnen Würde und Identität genommen.

Menschenrechtsgruppen schätzen, dass über 100.000 Papuas seit 1963 umgebracht wurden. Die Täter mussten nie vor Gericht erscheinen<sup>12</sup>. Erst allmählich, durch die nationale Menschenrechtskommission (KOMNAS HAM) gibt es wenigstens eine Art unabhängiger Untersuchung dieser Gräueltaten aus der Vergangenheit<sup>13</sup>. Aber selbst die nationale Menschenrechtskommission scheint machtlos, wenn hochrangige Offiziere der Armee oder Polizei in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Nicht zufällig wurden solche Offiziere, die in Ost-Timor an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, nach West-Papua verlegt. Von den vielen dokumentierten Menschenrechtsverletzungen ist nur der Abepura-Fall aus dem Jahr 2000<sup>14</sup> vor den Ständigen Gerichtshof für Menschenrechte in Makassar gelangt, nachdem er für mehr als drei Jahre auf dem Tisch des Generalstaatsanwalts gelegen hatte. Noch immer sind Menschenrechtsverteidiger in Papua davon bedroht, aufgrund ihres Tuns kriminalisiert oder willkürlich verhaftet zu werden. Es ist diese Art Geschichte, es sind die ungeklärten massiven Menschenrechtsverletzungen und der fortgesetzte exzessive Einsatz von Gewalt durch das indonesische Militär<sup>15</sup>, das die Papua dazu treibt, ihr Land selber regieren zu wollen.

11 Vgl. einige Beispiele im Beitrag von Agus Sumule und den Anhängen.

12 Diese bislang nicht bearbeitete Unterdrückungsgeschichte während des Suharto-Regimes ist nicht auf Papua beschränkt. Sie kommt auch in anderen Teilen Indonesiens und bei anderen Massakern zum Vorschein; z.B. 1965 und 1966, als eine halbe Million Menschen durch Militärs und Milizen ermordet wurden, weil sie Mitglieder linker Organisationen waren.

13 Im Januar 2005 wurde in Jayapura ein regionales Büro von Komnas Ham eingerichtet.

14 Am 7. Dezember 2000 schoss die Polizei in der Stadt Abepura wahllos auf Zivilisten und Studenten, verhaftete Menschen willkürlich und steckte sie ins Gefängnis, folterte und provozierte eine Massenflucht.

15 Die jüngsten in einer Serie von Angriffen ereigneten sich im Gebiet Mulia (Puncak Jaya Regentschaft) wo eine Militäroperation, die sich vorgeblich gegen die OPM richtete, dazu führte, dass Tausende von Hochlandbewohnern gezwungen wurden, ihre Dörfer zu verlassen,

## Die Zeit der Reformen (Reformasi)

Es lohnt sich, diesen Abschnitt mit der Feststellung zu beginnen, dass es überwiegend die finanzielle Krise in Asien und der folgende wirtschaftliche Zusammenbruch war, der die Volksbewegung zur Reform (*Reformasi*) auslöste, die dann Präsident Suhartos Regime der Neuen Ordnung zu Fall brachte. Es war insofern eher eine wirtschaftliche denn eine politische Implosion, die den nachfolgenden politischen Prozess bestimmte. Bis heute spiegelt sich Suhartos Konzept des Einheitsstaates in einem Teil der Regierung und der Sicherheitskräfte wider. Entsprechend vorbestimmt bleibt die – repressive – Handhabung der Konflikte etwa in Papua, Aceh, den Molukken oder in anderen Regionen mit indigenen, ethnischen oder religiösen Verschiedenartigkeiten, die in der Zeit des Übergangs die Verfasstheit und das politische Konzept der Regierung zu schwächen drohen.

Nachdem Suharto von seinem Amt als Präsident zurücktreten musste, verabschiedete die Beratende Volksversammlung (*MPR*) am 13. November 1998 die Verordnung Nr. XVII/MPR/1998 mit einem besonderen Abschnitt zu Menschenrechten. Dieser Abschnitt umfasst 44 Artikel, die sich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beziehen. Die Verordnung macht auch die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtskommission (Art. 4) zur Auflage. Beide Vorgaben wurden in das Gesetz Nr. 39 aus dem Jahr 1999 aufgenommen, um die Beschaffenheit einer bloßen Erklärung in eine höherrangige gesetzliche Form umzumünzen. Außerdem wurden die auf das Gesetz Nr. 39 bezogenen Menschenrechte in die zweite Ergänzung (2000) und die vierte Ergänzung (2002) der Verfassung von 1945 aufgenommen. Daher existieren viele Menschenrechtsnormen sowohl auf der Ebene der Verfassung als auch auf der Ebene nationaler Gesetze. Weitere Einrichtungen wie der Gerichtshof für Menschenrechte (Gesetz Nr. 26/2000), die Wahrheits- und Versöhnungskommission (Gesetz Nr. 27/2004), die nationalen Aktionspläne für Menschenrechte, die Ratifizierung internationaler Instrumente und zusätzlicher nationaler Normen erzeugte – im Vergleich zur jüngeren Geschichte Indonesiens – eine genuine Struktur zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte. Natürlich treten in diesen Bestimmungen auch Schwächen und Mängel auf. Von Interesse für Papua dürfte sein, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission kein Mandat zur Untersuchung der Geschichte Papuas hat<sup>16</sup>. Dies bleibt also ein Stein des Anstoßes, gar von

und Häuser und Gärten zerstört sowie Vieh abgeschlachtet wurde; s. das Dokument des UN-Wirtschafts- und Sozialrates Nr. E/CN.4/2005/NGO/225, S.2f. und weitere dort enthaltene Hinweise. Ein anderer Fall bezieht sich auf West-Wamena.

<sup>16</sup> Zu weiteren Einzelheiten vgl. Enny Soeprapto (2005), op. cit.; eine kritische Einschätzung ist bei Theo van den Broek zu lesen, Theo van den Broek (2003); *Key elements of the Law on Special Autonomy for the Province of Papua*. In: Friedrich-Ebert-Foundation et al. (ed.); *Autonomy for Papua. Opportunity or Illusion?* Berlin.

schwerem Verdruss, wie dies zu Beginn erwähnt wurde; zumal, wenn wir uns das enorme Ausmaß der Gräueltaten vor Augen halten. Darüber hinaus könnte die Kluft zwischen Anspruch und Realität mit Blick auf Papua größer nicht sein – gerade, weil sich die judikative Struktur fortentwickelte, um Regierung und Gesellschaft in eine neue, von der Vergangenheit unterschiedene Zukunft zu führen.

Am 3. Juli 1998 versammelten sich um die 1.000 Studenten der Cenderawasih Universität in Abepura und verlangten die Demilitarisierung West-Papuas, ein neues Referendum und die Überprüfung des New Yorker Abkommens<sup>17</sup>. Als das Militär wahllos das Feuer auf die Demonstranten eröffnete, wurde der Student Steven Suripatty erschossen. Im Februar 1999 hatten sich 100 Papua-Führer mit dem damaligen Präsident von Indonesien, B. J. Habibie, getroffen und ihm ungeschminkt mitgeteilt, die Papuas wünschten die Ablösung von Indonesien. Es versteht sich von selbst, dass Habibie darüber nicht erfreut war. Im Juni 2000 versammelten sich rund 20.000 Menschen, um am bereits erwähnten Papua-Kongress teilzunehmen. Sie wählten einen Rat, der sich für die grundlegenden Rechte der Papuas stark machen sollte. Die leitenden Prinzipien für diese Aufgabe waren bereits im Februar 2000 durch den Große Beratende Versammlung der Papua (*Musyawarah Besar Rakyat Papua*) entworfen worden. Der Kongress im Juni 2000 bestätigte die Symbole des freien Papua, wie sie 1961 bestimmt worden waren sowie den 1. Dezember als Nationalfeiertag.

Die Leitsätze verweisen auf die traditionelle Struktur der Papuas zu (Selbst-) Verwaltung und Entwicklung politischer Prozesse. Sie fordern eine erneute Orientierung an der *Adat* und ihre Festigung. Im Februar 2002 wählte eine Konferenz den *Adat*-Rat von Papua, der die folgenden Hauptziele verfolgen soll:

- Land, See und andere Bodenschätze sowie die Umwelt zu schützen und als Angelegenheit zu begreifen, die die *Adat*-Gemeinschaft Papuas immer schon ihr Eigen nennt;
- Land, See und Umwelt sind unveräußerlich;
- alle mit Entwicklung befassten Akteure – Regierung, Wirtschaft und nichtstaatliche Organisationen – sollten die *Adat*-Rechte anerkennen und garantieren, insbesondere das Recht auf Leben, Eigentümerrechte und das Recht auf soziale Sicherheit;
- alle Projekte zur Entwicklung und zum Wiederaufbau benötigen die Zustimmung der betroffenen *Adat*-Gemeinschaft;
- alle Stammesgesellschaften Papuas und die gesamte *Adat*-Gemeinschaft müssen die territorialen Rechte ihrer Nachbarn anerkennen;
- die *Adat*-Gemeinschaft ist verpflichtet, ihre Bodenschätze zu Gunsten der politischen Ziele der Papuas zu nutzen;
- die *Adat*-Gemeinschaft ist zur Zusammenarbeit mit Leuten von außerhalb zur Erforschung der Bodenschätze bereit;

17 So auch das Irische Parlament im März 2004; s. Robert F. Kennedy Memorial (2004); op. cit.

- die *Adat*-Gemeinschaft ist ebenso zur Zusammenarbeit mit Leuten von außerhalb bereit, um ein Land frei von Gewalt und Unterdrückung zu erschaffen – aus Papua ein Land des Friedens zu machen;
- die *Adat*-Gemeinschaft heißt Leute von außerhalb willkommen und bietet ihnen Gastfreundschaft an. Es soll kein Unterschied in Bezug auf Stammesgesellschaft, Religion oder ethnische Zugehörigkeit gemacht werden;
- die *Adat*-Räte erkennen die Selbstbestimmung und Autonomie jeder Stammesgesellschaft in West-Papua an.

Ungeachtet dieser auffälligen Willensbekundung und zivilgesellschaftlichen Aufgabenstellung, um die politischen Ambitionen der Papuas friedlich zu erreichen, konnte die indonesische Regierung bis heute nicht von der Dringlichkeit eines politischen und offenen Dialogs überzeugt werden. Eher umgekehrt: Nachdem die hundert Papua-Führer den fortbestehenden Wunsch nach Eigenstaatlichkeit ausgesprochen hatten, wurden nach diesem Treffen mit Präsident Habibie Teilnehmer angegriffen, eingesperrt und sogar getötet; wie der Vorsitzende des Papua-Präsidiums, Theys Hiyo Eluay. Er wurde entführt und durch die Spezialeinheit des indonesischen Militärs, Kopassus, brutal ermordet, nachdem er einer Einladung zum Abendessen gefolgt war. Dies deckte das Militärgericht von Surabaya zwar auf, aber bis heute stehen offiziell weder die Motive noch die intellektuellen Drahtzieher der Tat fest. Schlechter noch: den verurteilten, gewöhnlichen Soldaten wurden nur geringe Strafen auferlegt, und später beschrieb sie der Oberkommandierende der Armee gar als ‘Helden’<sup>18</sup>.

## Eine legale Perspektive

Das Gesetz zur Sonderautonomie auf Papua (Gesetz Nr. 21/2001 vom 23. Oktober 2001) rief viele Erwartungen hervor, da es auf bestimmte Ansprüche der Papuas eine Antwort zu geben versprach, wengleich nicht auf den eingeforderten, offenen politischen Dialog<sup>19</sup>. Eine aus Papua-Intellektuellen zusammengesetzte Kommission hatte einen Entwurf erarbeitet, der zu Teilen in diesem Autonomiengesetz Berücksichtigung fand und Raum für eine neue, zukünftige Rolle Papuas ließ<sup>20</sup>. Dies galt unter der Bedingung, dass das Gesetz zur Sonderautonomie buchstabengetreu

18 S. Robert F. Kennedy Memorial (2004); op. cit.

19 Zu Einzelheiten vgl. Theo van den Broek (2003), op. cit. Vgl. ebenfalls den Beitrag von Agus Sumule zu diesem Buch.

20 Zur Rolle der Papua-Intellektuellen in diesem Prozess vgl. auch die Beiträge von Agus Sumule und Theo van den Broek.

umgesetzt würde. Die Wirklichkeit weckt daran Zweifel. Statt Verfahren und Bestimmungen umzusetzen, die geeignet wären, tatsächlich politische Macht an die Papuas zu übertragen, erließ die Regierung in Jakarta die Präsidentenverfügung Nr. 1/2003. Diese wollte West-Papua in mehrere Provinzen und Regentschaften aufspalten. Abgesehen von der Frage, wie sinnvoll eine solche Aufspaltung unter technischen Aspekten ist bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2,4 Millionen, wurden Verordnung und Folgemaßnahmen in bekannt kolonialer Manier durchgezogen: ohne irgendeine vorherige und angemessene Konsultation mit Papua-Institutionen, wie es das Gesetz zur Sonderautonomie vorsieht. Renommiertere Experten legen in ihren Rechtsgutachten den Schluss nahe, dass die Verordnung mit Blick auf die Bestimmungen des Gesetzes zur Sonderautonomie verfassungswidrig ist. So annullierte auch das Verfassungsgericht mindestens die rechtliche Grundlage<sup>21</sup> der durch die Verordnung geschaffenen Provinz West-Irian-Jaya, wenngleich das Gericht die de facto Existenz der Provinz zusammen mit der Provinz Papua anerkannte<sup>22</sup>.

Vollständige Verwirrung entstand schließlich durch den Regierungserlass Nr. 54/2004 zum „Volksrat der Papua“ (*Majelis Rakyat Papua*; MRP). Gemäß dieser Regelung müssen der MRP, die Provinzregierung und das Provinzparlament etwa die Neueinrichtung von Provinzen zusammen mit der Regierung in Jakarta angehen. Es gibt jedoch kaum Hinweise, dass die Regierung in Jakarta ernsthaft eine Sonderautonomie Papuas wirklich durchsetzen möchte. Darüber hinaus liegen ernst zu nehmende Indizien vor, dass ausländische Gelder, namentlich der Europäischen Union, zur Umsetzung der Sonderautonomie bereits benutzt werden, um allerdings die Bürokratie der in Frage gestellten Provinzen zu finanzieren.

Dessen unbeschadet bietet das Gesetz zur Sonderautonomie eine legale Plattform zur Entwicklung eigener Institutionen und Bestimmungen für die Papua-Gemeinschaften. Unter Hinzunahme der erfolgten Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung weisen die Papua heute eine beachtliche Anzahl indigener Verwaltungsbeamte und Parlamentsabgeordneter auf<sup>23</sup>. Die zivile Gesellschaft ist aufgefordert, weitere Institutionen in Richtung eines eigenen Systems zur politischen Kontrolle und Entscheidungsfindung zu entwickeln. Die fiskalische Dezentralisierung hat außerdem

21 Gesetz Nr. 45/1999 über die Einrichtung der Provinz Central Irian Jaya, der Provinz West Irian Jaya, der Regentschaft Paniai, der Regentschaft Mimika, der Regentschaft Puncak Jaya und der Munizipalität Sorong.

22 Entscheidung des Verfassungsgerichts Nr. 018/PUU-II/2003 vom 11. November 2004. S. auch den Kommentar von Petra Stockmann (2004); *Constitutional Court's ruling on the partition of Papua*. Die deutsche Übersetzung ist im West Papua Rundbrief Nr. 33, S. 29-32 veröffentlicht.

23 Was allerdings auch inhärent spezielle Probleme mit einschließt; vgl. den Beitrag von Theo van den Broek zu diesem Buch.

eine gewisse Anzahl von Gemeinschaften in die Lage versetzt, über Programme zur Belebung der lokalen Wirtschaft immerhin nachzudenken. Dies beinhaltet die Möglichkeit, dass soziale und kulturelle Muster zur Sicherung des Überlebensstandards der Papuas in die marktwirtschaftlich organisierte, lokale Bewirtschaftung einbezogen werden. Obwohl zur Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie noch weitere, tiefer schürfende Studien notwendig sind, liegen ausreichend Belege für die Feststellung vor, dass die Papua-Gesellschaft durchaus zur Entwicklung einer Struktur in der Lage wäre, die die Regelung der eigenen Angelegenheiten nach eigenen Werten und Mustern zum Inhalt hat. Allerdings erfordert dies – unter anderem – auch eine bessere Bekanntmachung des Gesetzes auf verschiedenen Ebenen und die systematische Ausbildung entsprechender Fähigkeiten. Es ist ebenso offensichtlich, dass nicht alle Papua in diese Richtung denken. Dies scheint allerdings ziemlich normal für eine Gesellschaft mit ungefähr 2,4 Millionen Menschen.

Die legale Perspektive herauszustellen, bedeutet aber auch, die fortbestehende, illegitime Durchführung der *Operation keine freie Wahl* von 1969 in diese Diskussion einzubringen. Es kann kein Zweifel daran herrschen, dass den Menschen West-Papuas ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert worden ist. Rechtlich gesehen steht einer Überprüfung dieser Angelegenheit nichts entgegen. Die Herausforderung dazu ist eine doppelte: Zum einen die Geschichte und zum anderen ein konkreter Fakt. Bis heute ungeklärt geblieben ist das Problem, dass – gemäß Völkerrecht – bei einem Referendum das zu integrierende Gebiet eine fortgeschrittene Stufe der Selbstverwaltung mit freien politischen Institutionen erreicht haben sollte. Die damaligen Papua hatten diese Fähigkeiten real nicht, um mittels eines informierten und demokratischen Prozesses verantwortungsvoll zur Wahl gehen zu können. Wenn wir die nachfolgenden Artikel zu diesem Buch in Rechnung stellen, muss West-Papua selbst heute noch derartige soziale und kulturelle Institutionen überhaupt erst aufbauen. Dies wäre die Voraussetzung, um die Menschen in die Lage zu versetzen, sich in Würde und Freiheit über die Änderung des politischen Status im klaren zu werden. Diese Entwicklung und Bewusstwerdung sollte jedoch nicht allein als interne Angelegenheit behandelt werden, da die indonesischen Sicherheitskräfte fortlaufend schwere Menschenrechtsverletzungen begehen.

Schließlich interessieren sich nicht nur Papua für die Zukunft des Landes. Der Träger des Friedensnobelpreises, Desmond Tutu, Mitglieder des US-Kongresses und Europaparlaments, das Süd-Pazifik-Inselforum und andere zeigen sich interessiert und fördern die zivilen Aktivitäten und Initiativen, um Identität und Würde nach einer langen Zeit menschlicher Tragödie zurück zu gewinnen. In Ergänzung des politischen Diskurses und mit Blick auf die von der Studie angesprochenen Themenbereiche, werden es die alltäglichen Bemühungen der Papuas sein, die sie langsam eine fortgeschrittene Stufe der Selbstverwaltung mit freien politischen Institutionen erreichen lassen. Soweit die indonesische Regierung ihre Ankündigungen



erfüllt, die internationalen Abkommen über zivile und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in naher Zukunft zu ratifizieren, werden wir über eine legale Plattform verfügen, um sogar mit Begriffen und der Reichweite von 'Selbstbestimmung' arbeiten zu können, festgehalten jeweils im Artikel 1 in beiden Verträgen. Ein solcher, auf Rechte abhebende Ansatz unterstützt die Absicht in grundlegender Weise, aus Papua ein Land des Friedens werden zu lassen – frei von Gewalt, Unterdrückung und Schmerz.

# Die Kultur der Papua im Wandel

*Bedrohung durch Modernisierung – Jawanisierung und Diskriminierung*

SIEGFRIED ZÖLLNER

## Einleitung

Im Jahr 2000 genehmigte der damalige Präsident Indonesiens, Abdurrahman Wahid, erstmals eine Volksversammlung der Papua, die unter dem Namen *Kongres Papua II* bekannt wurde und vom 21. Mai bis zum 4. Juni 2000 in Jayapura stattfand. Dieser Kongress setzte sich mit der politischen, sozialen und kulturellen Zukunft der Provinz Papua auseinander und wählte auch ein Gremium, das die Papua nach außen vertreten sollte und das als Führung legitimiert war: den Papuarat (*Dewan Papua*) mit etwa 500 Mitgliedern aus allen Regionen und das etwa 30-köpfige Präsidium dieses Rates (*Präsidium Dewan Papua, PDP*). Die Ergebnisse des Kongresses, die veröffentlicht wurden, sind als authentische Stimme der Papua zu werten. Leider wurde der Kongress von der Nachfolgerin Wahids im Präsidentenamt kriminalisiert. Auf Anordnung ihrer Regierung wurde der Vorsitzende des Präsidiums, Theys H. Eluay, von Militärs am 10. November 2001 umgebracht. Andere Mitglieder des Rates und des Präsidiums wurden vor Gericht angeklagt und bis zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

In seiner Kommission IV befasste sich der Zweite Papua-Kongress mit der Kultur der Papua. Der Kommissionsbericht über diesen Punkt ist als eine authentische Stimme der Papua zu bewerten. Er gibt Aufschluss über das, was die Papua unter ihrer Kultur verstehen, wie sie die Bedrohung der Kultur einschätzen und welche Maßnahmen zur Erhaltung der Kultur sie wünschen. Diese authentische Stimme soll zu Anfang gehört werden:

Die Kommission IV fordert den Kongress und das Präsidium auf, die Kenntnis der Muttersprachen (Stammessprachen) der Papua zu fördern, damit sie nicht verloren gehen. Auch soll verhindert werden, dass die Papua in eine Identitätskrise geraten, jeder Papua soll fest auf den Werten der Kultur seiner Vorfahren stehen. Die Malaiische Sprache mit dem besonderen Dialekt der Papua dient weiterhin der Verständigung untereinander (als Nationalsprache des Papua-Volkes).

Die besondere Kunst, die sich in der Schnitzkunst, dem Liedgut der Regionen,

der traditionellen Tracht und den *Adat*-Tänzen<sup>1</sup> entfaltet, soll geschützt werden. Die traditionellen Religionen sollen erforscht und neu zum Leben gebracht werden, neben den christlichen Konfessionen und dem Islam im Lande Papua.

Die einheimische Nahrung der Papua sind Sago und Süßkartoffeln. Die *Adat*-Häuser der verschiedenen Stämme mit ihren besonderen kulturellen Motiven sollen Modell werden für den Bau von Wohnhäusern und anderen Gebäuden in den 14 Regierungsbezirken, z.B. das *Adat*-Haus Kawari in Biak-Numfor oder das Karapau der Kamoro in Mimika.

Das *Adat*-Recht muss im ganzen Land (in Papua) den lokalen *Adat*-Repräsentanten zurückgegeben werden, die es im Blick auf ein „Neues Papua“ bewahren sollen. Als Papuavolk halten wir am Recht auf unsere Kultur fest, insbesondere am Recht auf das Land, den Wald und das Meer und berufen uns dabei auf die Dokumente der Vereinten Nationen. Wir verbieten die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen zum Eigennutz anderer Völker, wie sie in den Regelungen der indonesischen Regierung vorgesehen sind.

Das Präsidium soll durch den Kongress beauftragt werden, die „*Lembaga Musyawarah Adat*“, die durch die indonesische Regierung eingerichtet wurden, abzuschaffen, weil sie nicht die Kultur der Papua widerspiegeln, denn diese Institutionen wurden nur dazu benutzt, mit dem Schein der Legalität den Papua ihre Rechte zu nehmen. Die Bevölkerung Papuas soll unter dem Schirm eines *Adat*-Rates leben, der von der Bevölkerung entsprechend dem *Adat*-Recht gebildet wird.

Alle Namen von Straßen, Dörfern, Büros, Wappen und Symbolen, die der indonesischen Kultur entsprechen, sollen geändert werden. Die Identität der Papua in ihren Werten, ihrer Kultur und ihrer Würde muss wiederhergestellt werden.<sup>2</sup>

Im Jahr 2001 verbreitete die Cendrawasih-Universität in Jayapura ein Diskussionspapier unter dem Titel „Grundrechte und Grundpflichten des Papuavolkes“.<sup>3</sup> Das Papier greift die Ergebnisse des Zweiten Papua-Kongresses auf und versucht diese in eine Form zu bringen, die den Regierungsinstanzen vorgelegt werden kann. Obwohl nicht ausdrücklich erwähnt, ist das Papier die Grundlage für das später erarbeitete Gesetz zur Sonderautonomie. Ein Abschnitt des Papiers befasst sich mit der Kultur. Er lautet:

*„Jede Autorität in der Region Papua muss unsere Papua-Kultur als Teil melanesischer Kultur widerspiegeln. Die Sitten und Gebräuche, die Bedeutung des*

1 Gelegentlich gebrauchen wir das Wort *adat*: Es ist ein indonesisches Wort arabischer Herkunft und bezeichnet die Gesamtheit der traditionellen Sitten, Gebräuche und Gewohnheiten.

2 Agus A. Alua, Kongres Papua 2000, S. 92 – 94

3 F.A. Wospakrik, (Ed.) Hak dan Kewajiban Rakyat Papua, Veröffentlichung der Cendrawasih University, Jayapura, 2001

*Landes für die Papua, die Kunst, die Lokalsprachen, die Märchen und Sagen des Papua-Volkes, an all diesem halten wir fest und nehmen dies als Orientierung für die Entwicklung der Zukunft. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder unsere Kultur nicht vergessen. Wer im Lande Papua lebt, muss Kultur und Geschichte Papuas verstehen. Unseren Kindern muss die Identität als Papua vermittelt werden“ (S. 14)*

Im Sonderautonomiegesetz (Gesetz Nr. 21/2001), das im November 2001 von der Präsidentin unterzeichnet wurde und am 1. 1. 2002 in Kraft trat, handeln die Artikel 43 und 44 vom Schutz der Rechte der *Adat*-Gesellschaft und der Artikel 57 vom Schutz der Papuakultur:

Artikel 43 (1) Die Provinzregierung ist verpflichtet, die traditionellen (*Adat*-) Rechte der Bevölkerung anzuerkennen, zu achten, zu schützen, zu stärken und weiter zu entwickeln. Dabei muss sie sich von geltendem Recht leiten lassen.

Artikel 43 (2) Die in Abschnitt (1) genannten traditionellen (*Adat*-) Rechte der Bevölkerung betreffen sowohl die traditionellen Rechte einer Rechtsgemeinschaft wie die des einzelnen Mitglieds dieser Rechtsgemeinschaft.<sup>4</sup>

Artikel 44 Die Provinzregierung ist verpflichtet, das Recht auf intellektuellen Reichtum der einheimischen Papua (*asli Papua*) zu schützen.

Artikel 57 (1) Die Provinzregierung ist verpflichtet, die einheimische Kultur der Papua zu schützen, zu pflegen und weiter zu entwickeln. (weitere Abschnitte (2) bis (4))

Artikel 58 (1) Die Provinzregierung ist verpflichtet, die Vielfalt der Sprachen und der Literatur in der Region zu pflegen, zu entwickeln und zu erhalten, damit das Selbstbewusstsein (Identität, *jati diri*) der Papua erhalten und gefestigt wird.

Artikel 58 (3) Die jeweilige Muttersprache wird in den Grundschulklassen je nach Bedarf als Verständigungssprache genutzt.

Die zitierten Dokumente nennen die wichtigsten Aspekte der Kultur der Papua. Sie bringen zum Ausdruck, dass die Identität der Papua auf ihrer Kultur gründet. Zugleich spricht aus ihnen die Sorge um den Fortbestand der Kultur und der Überfremdung durch indonesische Einflüsse. Papua haben die große Sorge, dass ihre Kultur als minderwertig und rückständig angesehen wird, als ein Hindernis für Entwicklung und Fortschritt. Sie glauben, dass Indonesien die besondere Identität der Papua zerstören möchte und dass es in ein oder zwei Generationen keine Papua mehr gibt. Sie fürchten den Ethnozid, ja mehr noch den Genozid.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> S. weitere Abschnitte (3) bis (5)

<sup>5</sup> zu Genozid siehe den Exkurs-Teil

## I. Die Wurzel der Papuakultur – Hintergründe

### *Drei Lebensräume – viele Kulturen*

Die Ureinwohner der heutigen indonesischen Provinz Papua gliedern sich in etwa 253 Sprachgruppen.<sup>6</sup> Jede Gruppe hat ihre eigene Tradition, eigene religiöse Vorstellungen, eine eigene soziale Struktur und natürlich entsprechend der unterschiedlichen geographischen Lage eine eigene materielle Kultur und eigene Wirtschaftsformen. Drei unterschiedliche geographische Räume prägen die Lebensweise der Papua: die Küste, von Fischern und Seefahrern besiedelt, das dicht besiedelte Bergland mit seinem gesunden Klima, in dem sesshafte Bauern wohnen, und der sehr dünn besiedelte sumpfige Tieflandgürtel zwischen Küste und Bergland, dessen Bewohner Jäger und Sammler mit teils halbnomadischer Lebensweise sind.<sup>7</sup> Als kühne Seefahrer haben sich vor allem die Bewohner der Cendrawasih-Bucht im Norden hervorgetan. Die Biaker mit ihren großen Auslegerbooten hatten schon lange vor den ersten europäischen Kontakten regelmäßige Handelsverbindung zu den nord-molukkischen Inseln. Eine ganz andere Bootskultur haben die Bewohner der südlichen Niederungen. Sie befahren die großen Flüsse, an denen meist ihre Dörfer liegen. Die Asmat z.B. stehen in ihren langen schlanken Einbäumen, die sie mit langen Stechpaddeln in völligem Gleichtakt fortbewegen. Während die Menschen an der Küste und im Tiefland in geräumigen Häusern – meist Pfahlbauten – wohnen, mussten sich die in den Bergen lebenden Papua an ein raues und kühles Klima anpassen. Sie wohnen in niedrigen Rundhütten, die sorgfältig abgedichtet sind gegen Wind und Regen und von einem Feuer erwärmt werden. Die Bergbewohner müssen hart arbeiten, um ihre an steilen Berghängen gelegenen Süßkartoffelfelder zu bearbeiten und so ihren Lebensunterhalt zu sichern. Das hat auch ihre Mentalität geprägt, sie sind strebsam, ausdauernd und fleißig – im Gegensatz zu manchen Küstenbewohnern. Die Kamoro an der Mimika-Küste z.B. begnügen sich damit, dass die Natur ihnen alles umsonst und ohne Mühe gibt, was sie zum Leben gebrauchen. Werkzeuge und Waffen waren aus Holz, Knochen und Stein, es gab weder eine Textilkultur noch Töpferei oder Schmiedekunst.<sup>8</sup> Baumrinde, Gras und Kürbis waren die Materialien, mit denen man Kleidung herstellte, Schürze, Röcke, Penishüllen – im Süden gab es Stämme, die völlig ohne Bekleidung auskamen.

6 Die Angaben variieren. Vlasbloom (S.33) spricht von 329 Sprachgruppen und beruft sich dabei auf das SIL (Summer Institute of Linguistics). In den meisten Artikeln wird die Zahl 253 genannt.

7 Die Berglandbewohner machen etwa 50% der einheimischen Papua-Bevölkerung aus, an den großen Flüssen im Küstenhinterland wohnen höchstens 10%.

8 Ausnahmen: In Biak gab es eine frühe Schmiedekunst. Eisenteile von Schiffswracks wurden zu Macheten verarbeitet. In der Humboldtucht gab es große Tongefäße, die vor allem als

Es darf jedoch nicht übersehen werden, mit welcher großer Kunstfertigkeit, Geschicklichkeit und Differenziertheit die Papua ihren jeweiligen Kulturraum gestaltet habe. Jede Tragetasche ist ein Kunstwerk an Flechtarbeit und Farbgestaltung. Hausbemalungen gab es an der Küste und im Hochland, Pfeile wurden sorgfältig geschnitzt. In Angguruk unterscheidet man mindestens 10 Pfeilsorten. Schnitzkunst gab es in Sentani, Biak, Yapen, bei den Kamoro und bei den Asmat, deren Schnitzkunst sicherlich im ganzen pazifischen Raum einen der ersten Plätze einnimmt. Nicht nur die materielle Kultur der Papua ist vielfältig, differenziert und ein Feld künstlerischer Gestaltung, auch die religiösen Vorstellungen, Mythen, Lieder, Gesänge bringen ein differenziertes Weltbild zum Ausdruck (s. unten).

### *Der Name Papua*

Der Name ‚Papua‘ ist ursprünglich keine Selbstbezeichnung. Schon der Portugiese Jorge de Meneses, der die Nordwestküste 1526 erreichte, soll von den Inseln als den *Ilhas dos Papuas* gesprochen haben. Er habe dabei das malaiische Wort *papuwah* gebraucht, das „Menschen mit Kraushaar“ bezeichnen soll. In Tidore, eine kleine Insel der Molukken, soll der Name Papua synonym mit „Sklave“ gebraucht worden sein. Der Sultan von Tidore erhielt seine Sklaven von den *Ilhas dos Papuas*. So bezeichnet das Wort ursprünglich die dunkelhäutigen Menschen, denen die portugiesischen und spanischen Seefahrer auf den Inseln am westlichen Rand des Pazifik begegneten. 1545 segelte der Spanier Ortiz di Retes an der Nordküste Neuguineas entlang. Er nannte das Land *Nova Guinea*, da ihn die Küste an das afrikanische Guinea erinnerte.

Der Name *Irian* stammt wohl von dem Wort *irjan* der Insel Biak. Dies Wort bedeutet in Biak „schön, hell“, oder auch „aus dem Meer aufsteigend“. Bei den Menschen der Cendrawasih-Bucht bedeutet es „Land ohne Blutvergießen“. In der Gegend von Numbai (Jayapura) drückt es „unser Eigentum“ aus. Dies Wort wurde erstmals von dem Biaker Frans Kasiepo auf der Malino-Konferenz, die vom 16. bis 22. Juli 1946 in Makassar stattfand, zur Bezeichnung von West-Neuguinea gebraucht. Es wurde dann von anderen pro-indonesischen Politikern aus West-Papua und von der indonesischen Politik aufgegriffen und folgendermaßen interpretiert: *I=Ikut R=Republik I=Indonesia A= Anti N=Nederland* („Folge Indonesien gegen die Niederlande“)<sup>9</sup>.

1961 beschloss der Papua-Rat, im Gegensatz zum indonesischen Sprachgebrauch das Land *West-Papua* zu nennen. Nach der Übernahme durch Indonesien 1963 wurde die offizielle Bezeichnung *Irian-Barat* (West Irian), 1969 wurde die

Wassergefäße dienten. Die Tücher im Vogelkopf (*Kain Timor*) waren wie auch die Porzellanteller in Biak und Yapen wertvolle Handelsgüter und wurden von außen eingeführt.

<sup>9</sup> Papua Barat – Kronologi Sejarah Vol I, 1999, S.4ff.

Provinz in *Irian-Jaya* umbenannt. Die Bezeichnung Papua oder West-Papua wurde von den Indonesiern verboten. Der Name *Irian Jaya* war bei den Papua verhasst. Er war für sie Symbol der Missachtung der Papua-Kultur seitens Indonesiens. Deswegen forderten sie von 1998 an eine Umbenennung ihrer Provinz in *Papua* oder *West-Papua*. Erst seit dem 1.1.2002 ist mit dem in Kraft treten des Sonderautonomiegesetzes der Name der Provinz nun offiziell *Papua*.

### *Soziale Ordnung*

Jeder Papua ist durch seine Geburt in eine Sippe (Clan) eingebunden, deren Namen er (oder sie) als Familiennamen trägt. Die Sippen sind meistens patrilinear strukturiert. Es gibt aber auch in einigen Gegenden, z.B. an der Mimika-Küste matrilineare Sippenstrukturen. Das ist ein Zeichen dafür, dass Frauen in der Kultur der Papua oft großen Einfluss haben. Auch in den patrilinearen Sippen hat der Bruder der Mutter immer eine sehr große Bedeutung, er ist oft wichtiger als der eigene Vater. Die Frauen haben immer auch Erbland. Patrilinear bedeutet also nicht, dass Frauen keine Rechte haben. Am Mamberamo-Fluss gibt es eine alte Überlieferung, dass einst ein Stamm von einer mächtigen Frau geleitet wurde. Die Ursprungsmythen der Yali aus dem Hochland berichten von einer glücklichen Urzeit, in der die Frauen den Bart trugen und ein paradiesisches Leben ermöglichten: Man brauchte z.B. nur einmal in der Woche essen. Doch die Männer zerstörten durch ungeschicktes Eingreifen dies Glück. Die Ursprungsmythen einer Sippe weisen in der Regel hin auf bestimmte Orte, von denen aus das Erbland der Sippe abgeleitet werden kann. Es besteht also ein enger Zusammenhang zwischen der Sippe, ihren Ursprungsmythen und daraus abgeleiteten religiösen Aktivitäten (Riten), dem Wohnort und den Garten- und Waldgebieten, die den Lebensraum und die Lebensgrundlage der Sippe bilden.

Die Sippe ist in der Regel exogam, d.h. der Ehepartner muss aus einer anderen Sippe kommen. Im zentralen Bergland gibt es überall zwei jeweils exogame Gruppen von Sippen (Moieties). Ein Verstoß gegen diese soziale Grundordnung – also Sex innerhalb der Sippe oder Moietie – gilt als schwere Sünde, die die Lebensgrundlagen der ganzen Gemeinschaft gefährdet, weil das Land unfruchtbar wird und die Gärten keine Erträge bringen. Wer früher gegen diese Ordnung handelte, wurde meistens von der Gemeinschaft getötet. Letzteres kommt heute zwar selten vor, aber es ist bemerkenswert, dass diese soziale Grundordnung trotz vieler moderner Einflüsse weitgehend erhalten ist. Eheschließungen richten sich in der Regel noch bis heute nach den traditionellen Regeln.

Ein Eheschluss begründet in der Regel ein dauerhaftes intensives Verhältnis zweier Familien. Die Familie des Bräutigam muss einen vereinbarten Brautpreis zahlen, der allerdings immer durch Leistungen der Familie der Braut kompensiert wird. Im Hochland besteht der Brautpreis wie auch die späteren Kompensations-

zahlungen aus Schweinen. Die Hochlandstämme im Westen fügten Kaurischnecke (Muscheln von der Küste) hinzu oder benutzten nur „Kaurigeld“; so an den Paniai-Seen. In Biak und Serui waren die wertvollsten und wichtigsten Zahlungsmittel alte chinesische Porzellanteller. An der östlichen Nordküste (heute Jayapura) wurden alte Perlen hochgeschätzt. Im südlichen und zentralen Vogelkopf waren gewebte Tücher, die sogenannten *Kain Timor*, wertvolle Tausch- und Zahlungsmittel. In der alten Kultur war der Brautpreis ein Faktor, der das Verhältnis zwischen den Familien stabilisierte und der Braut auch Würde und Selbstwertgefühl gab. Diese ursprünglich positive Funktion des Brautpreises ist verloren gegangen.

Die Tradition des Brautpreises zeigt noch ein anderes Charakteristikum der Papua-Gesellschaft: Jede Beziehung – zwischen Familien, Sippen, Dörfern oder einzelnen – beruht auf der Verpflichtung zum Austausch von materiellen Gütern, von Geben und Nehmen, von Schenken und Beschenktwerden. Die Yali im Hochland von Papua waren auf gute Nachbarschaft mit den nahe gelegenen Dörfern angewiesen. Gute Nachbarschaft war nicht selbstverständlich. Es gab häufig Konflikte zu Landrechten, gestohlenen Schweinen oder entführten Frauen, die zu blutigen Auseinandersetzungen führen konnten. Frieden und Freundschaft mussten von Zeit zu Zeit neu gefestigt werden. Das geschah durch den Brauch eines ‚Freundschaftstanzfestes‘. Man vereinbarte einen Termin, zu dem das eigene Dorf im Nachbardorf tanzte. Der stundenlange Tanz begeisterte vor allem die jungen Leute obwohl es sich nicht um Tänze für Paare handelte. Sie putzten sich tagelang vorher mit Paradiesvogel- und Papageiefedern, Ketten von Eberzähnen und anderem Schmuck heraus. Die Älteren jedoch überlegten, wem im Nachbardorf noch wie viele Schweine gezahlt werden sollten. Natürlich würden die Nachbarn Schweine schlachten und ein Festessen zubereiten, da musste man gerüstet sein. Doch zwei oder drei Wochen später stand der Gegenbesuch an. Da würden die Nachbarn hier tanzen und sich festlich bewirten lassen. Durch Tanzfeste hüben wie drüben wurde die Beziehung zwischen den Dörfern gefestigt. Tauschhandel wurde ermöglicht und oft entstanden auch Heiratsbeziehungen.

Die Kehrseite eines Freundschaftsverhältnisses zwischen Nachbardörfern war die traditionelle Feindschaft mit meist weiter entfernt liegenden Dörfern oder Wohngebieten. Eine solche Feindschaft erwuchs meistens aus einer kriegerischen Auseinandersetzung, bei der eine oder mehrere Personen getötet worden waren. Der Verlust eines Menschenlebens zwang die Angehörigen zur Blutrache. So konnte ein Konflikt über Generationen weiter geführt werden. Manche Forscher behaupten, dass der Konflikt bei den Dani so sehr zum Kulturelement wurde, dass sie sich ein Leben ohne Krieg gar nicht vorstellen konnten.<sup>10</sup> Bis heute gelten die Dani als

10 Robert Gardener u. Karl G. Heider, *Dugum Dani, Leben und Tod der Steinzeitmenschen Neuguineas*, Wiesbaden 1969



wenig konfliktscheu, als aggressiv und kampflustig. Konflikte und Kriege waren in allen Papuastämmen üblich, sowohl an den Küsten wie im Hochland. Das erschwerte immer schon die Bildung überregionaler Einheiten und erleichtert bis heute Spaltungsbemühungen von außen. Die kriegerische und konflikträchtige Vergangenheit wirft die Frage auf, inwieweit sich dieses Freund-Feind-Denken bis in die Gegenwart durchgehalten hat und sich im Zusammenleben der Papua noch auswirkt. Es wird immer wieder beobachtet, dass in Konfliktsituationen bei Schülern und Studenten die Feindschaften der Väter- und Großvätergeneration wieder durchschlagen. Was für die Beziehung zu den Nachbardörfern galt, war auch Grundlage der Beziehung zur Familie, Verwandtschaft und zum Dorf. Jedes Mitglied der Familie oder Dorfgemeinschaft wuchs in ein Netz von Verpflichtungen hinein. Wer sich durch Fleiß und Klugheit einen gewissen Wohlstand erarbeitete, sah sich um so mehr den Forderungen seiner Angehörigen gegenüber, die sich möglicherweise verschuldet hatten und denen geholfen werden musste. Wer in die Stadt zog, konnte und kann sich zum Teil diesen Verpflichtungen entziehen. Doch viele Beobachtungen zeigen, dass die Verbindungen zum Heimatdorf bei den meisten Stadtbewohnern noch immer gepflegt werden. Auch die Stadtbewohner haben meistens noch Erbland im Heimatdorf oder zumindest bestimmte Rechte, die sie nicht aufgeben möchten. Zur Wahrung dieser Rechte müssen sie dann allerdings auch ihren sozialen Pflichten nachkommen.

### *Traditionelle Führungsstrukturen*

Jede traditionelle Papua-Stammesgesellschaft hatte ihr eigenes System der Führung. Dr. Johsz Mansoben unterscheidet vier grundlegende Typen: (1) der König als Führungsfigur, etwa in der Raja-Ampat Region, bei den Onin und Kowiai/Namatota; (2) der mächtige Herrscher („Big Man“) etwa bei den Meybrat und in anderen Teilen der Vogelkopregion sowie bei den Me und Muyu; (3) der Stammeshäuptling, etwa bei den Sentani, Nimboran, in der Humboldtbusch-Region, bei den Tabla, Yaona, Yakari Skouw und Waris; (4) gemischte Typen etwa auf Biak, bei den Wandamen, Waropen, Yapen, Waya und in der Cendrawasih Bucht<sup>11</sup>. Schauen wir uns den Typus „mächtiger Herrscher“ genauer an, der in vielen Teilen der östlichen und zentralen Gebirgsregionen vorzufinden ist. Die Dani-Sprache hat für diesen Herrscher den Begriff *kain*, während die benachbarten Yali für diese Struktur über keine besonderes Wort verfügen und allgemeine Begriffe wie „großer Mann“, „Vater“ oder „älterer Bruder“ verwenden. Während in Dani-Gemeinschaften oft ein oder mehrere *kain*-Personen existieren, kann es in Yali-Gemeinschaften vorkommen, dass überhaupt

<sup>11</sup> Zur vollständigen Übersicht über die Typen der Führungsstruktur vgl. Dr. J.R. Mansoben; „*Sistem Politik Tradisional di Irian Jaya*“. MA, Leiden, 1999.

niemand eine solche herausragende Funktion erfüllt, sondern fünf, sechs, manchmal bis zu zehn erwachsene Männer als mächtiger Herrscher benannt werden. Sie treffen ihre Entscheidungen in einem gemeinsamen Rat, etwa, um neue Gebiete für die Gartenbewirtschaftung zu erschließen, ein Haus zu bauen oder einen Krieg bzw. Vergeltungsmaßnahmen einzuleiten. Im Balim-Tal ist es normal, dass die Söhne eines *kain* ebenfalls wieder in die Position eines *kain* rücken. Bei den Yali dagegen entscheidet allein das selbst erworbene Prestige eines Mannes darüber, ob er eine Führungsfigur werden kann. Ein herausragender Führer muss gewisse Charakteristika aufweisen: gutes Aussehen, starker und beeindruckender Körper, Mut und Erfolg im Kampf, eine laute Stimme, die die Aufmerksamkeit der anderen erheischen kann, sowie ein gewisser Wohlstand gemessen an der Anzahl von Schweinen<sup>12</sup>. Im allgemeinen handelt es sich bei den Stammesgesellschaften im Hochland um egalitäre Gesellschaften. Weder ein *kain* noch ein mächtiger Herrscher können Entscheidungen treffen, die uneingeschränkte Zustimmung beanspruchen. Sie stellen eher Sprecher ihrer Anhängerschaft dar und artikulieren schlicht das, was die Anhänger gemeinsam beschlossen haben<sup>13</sup>.

Beim Typus eins und drei sind die Verhältnisse dagegen deutlich anders. Nur die Nachkommen eines Königs (*Raja*) oder eines Häuptlings (*Ondowafi*, *Ondofolo*) können wieder in diese Position rücken. Die Stammesgesellschaften auf West-Papua kennen eine Art Erbadel. Der König oder Häuptling trifft oft allein die Entscheidungen, ohne vorherige Konsultation seiner Gemeinschaft. Dies führt häufig zu beträchtlichen Konflikten, etwa, wenn Land vergeben werden soll. Ein kluger König oder Häuptling weiß insofern, dass seine Macht ebenfalls beschränkt ist. Die Stammesgesellschaft würde einen kontinuierlichen Missbrauch der Macht nicht dulden.

Entlang des Mamberamo-Flusses erzählt ein altes Lied von *Came*, einer mächtigen, weiblichen Häuptlingsfigur. *Came* gehört zur Gemeinschaft der Kawera. Mehrere kleinere Gemeinschaften am mittleren Lauf des Mamberamo-Flusses standen unter dem Schutz der Kawera. Sie war also nicht nur die Führerin der Kawera, sondern besaß auch Macht über die kleineren Gemeinschaften. Andererseits begegneten ihre eigenen Leute *Came* mit Argwohn, da sie Menschen tötete, wann sie wollte. So entschlossen sich ihre eigenen Leute, sie umzubringen. Eines Nachts gelang es ihnen, sie gefangen zu nehmen. Bevor sie getötet wurde, fragte sie um Aufschub, um ein Lied als Zeichen ihrer Reue singen zu können – das Lied über sie selbst<sup>14</sup>.

12 Klaus Friedrich Koch; *Conflict and its Management among the Jali People of West New Guinea*, Ann Arbor, Michigan, 1967, S. 54.

13 *Ibid.*, S. 59.

14 Die Tanzgruppe *Tari Ajeri* aus der Mamberamo-Region nimmt diese Legende zur Grundlage für einen Tanz, der während einer Tour durch Deutschland 1998 mehrfach zur Aufführung kam.

Die Führungsstrukturen in der Cendrawasih-Bucht bezeichnet Dr. J. Mansoben als ‚gemischte Typen‘. Mehrere Faktoren beeinflussten deren Entwicklung. (1) Die Bewohner der Cendrawasih-Bucht waren traditionell Piraten. Überfälle auf andere Dörfer gehörten zur Tagesordnung. Gefangene wurden als Sklaven gehalten oder verkauft, etwa an den Sultan von Tidore. In den Dörfern gab es daher zwei Klassen bzw. Kasten: die Freien und die Sklaven. (2) Der Sultan von Tidore gewährte führenden Papuas gewisse Titel, die ihnen ein besonderes Prestige, aber auch eine gewisse Macht einbrachten<sup>15</sup>. Diese Titel waren zunächst auf den Namen der Person ausgestellt, ersetzten jedoch mit der Zeit manches Mal den eigentlichen Personennamen, so dass die Person den Titel als Namen annahm und etwa ‚Bürgermeister‘ zu heißen begann. So tragen einige Familien auf der Insel Biak bis heute den Namen ‚Bürgermeister‘; ursprünglich ein Titel, der ihnen gewährt worden war. (3) Insbesondere die Einwohner von Biak gehören einer Stammesgesellschaft an, in der alle danach strebten, ein Held zu werden. Als Held wurde ihnen die Anerkennung als Führungsperson zuteil. Auch dies schlug sich in den Namen nieder. So bedeutet der Familienname ‚Mambrisauw‘, „Du bist ein Held“<sup>16</sup>. Als Ergebnis ihrer umfangreichen Seefahrt und den daraus resultierenden Kontakten nach außen, unterlagen die Bewohner der Cendrawasih-Bucht einer starken externen Beeinflussung. Dies erklärt den Mangel an Einheitlichkeit in den traditionellen Führungsstrukturen.

Wie unterschiedlich die Formen der Führung bei den Papuas auch sein mögen, gibt es doch einige gemeinsame Eigenschaften. Die Führungspersonen sind keine absoluten Herrscher. Sie müssen sich die Anerkennung durch Handlungen und Verhalten erwerben. Sie sind gehalten, die Meinungen innerhalb ihrer Dorfgemeinschaft anzuhören und ernst zu nehmen, ehe sie Entscheidungen treffen. Sie sollten ihre Macht und ihr Prestige nicht missbrauchen. Der gemeinschaftliche Verbund bei den Papuas ist demokratisch und auf Konsultationen aufbauend konstituiert. Das muss jede Führungsperson beachten. Neles Tebay verweist auf das Beispiel der Me-Kultur im westlichen Hochland, um drei Elemente des stammesgesellschaftlichen Verbundes hervorzuheben, der die Beziehung zwischen Führung und Dorfgemeinschaft bedingt: Gleichheit, Partizipation und Unabhängigkeit. Er argumentiert hier mit der angeborenen Würde jeder Person, die ihr vom Schöpfer gewährt wurde<sup>17</sup>.

Die Kolonialverwaltung der Niederlande unternahm keinen Versuch, die traditionellen Führungsstrukturen zu verändern. Sie beschränkte sich darauf sicherzustellen, dass die Gesetze befolgt wurden. Die holländischen „Controleure“ und „Re-

15 F.C. Kamma; *De Messiaanse Koreri-bewegingen in het Biaks-Noemfoorse cultuurgebied*, den Haag, o.J., S. 10.

16 *Ibid.*, S. 15, und persönliche Mitteilung.

17 Neles Tebay. *Government must recognize, address the Papuans' need for democracy*, in: The Jakarta Post.com, Opinion, August 10, 2004.

sidenten“ verwalteten große Gebiete und pflegten ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit den traditionellen Führungspersonen auszuüben<sup>18</sup>. Mit der Zeit allerdings, als Ergebnis des Schulbesuchs und höherer Bildung, wurden für die jüngere Generation andere Werte und Begabungen wichtig im Vergleich zu denjenigen der traditionellen Führung. Bedingt durch die Anwesenheit von Pfarrern, Lehrern, Schwestern und anderen mit westlicher Bildung begann sich die Autorität der traditionellen Führung aufzulösen. Dazu kam die von der indonesischen Verwaltung später bewusst betriebene Zerstörung der traditionellen Strukturen, um direkten Einfluss auf die Dorfgemeinschaften zu erhalten. Gut entlohnte, sogenannte *kepala desa* (Dorfvorstand) wurden eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, gegenüber der Dorfbevölkerung exklusiv die Interessen und Bedürfnisse der indonesischen Regierung zu präsentieren. Der grundlegend demokratische Ansatz der Stammesgesellschaften wurde so nicht nur missachtet sondern zerstört. Die Regierung ernannte außerdem sogenannte *kepala suku* (Vorstand der Stammesgemeinschaft), die als Sprecher der Dorfgemeinschaft auftraten und vor allem darauf zu achten hatten, dass sie die Ziele der indonesischen Regierung gegenüber der Dorfbevölkerung durchsetzten. Die Einrichtung der *kepala suku* zeigte naturgemäß ebenfalls wenig Respekt vor den traditionellen Strukturen<sup>19</sup>.

### *Die Identität der Papua*

Die Identität der Papua ist ursprünglich die Identität einer kleinen Gruppe, einer Familie, eines kleinen Dorfes oder einer kleinen Dorfgruppe. Wenn die Yali im Hochland von Papua sich selbst definierten, nannten sie den Namen ihres Dorfes, z.B.: „Wir sind die Leute von Pasikni“. Das Dorf Pasikni hatte damals etwa 1000 Einwohner und gehörte zu den größeren Dörfern.<sup>20</sup> In den Flussgebieten der Niederungen und an den Küsten gibt es viel kleinere Gruppen, oft haben einige hundert Leute eine eigene Sprache. Die eigene Identität wurde bestimmt durch die gemeinsame Sprache, die gemeinsamen familiären und religiösen Traditionen, die gemeinsame Kultur und Lebensweise. In der Regel waren die kleinen Gruppen mit den Nachbarn verfeindet. Auch der gemeinsame Feind schaffte und festigte die Identität der Gruppe. Die meisten Ehen wurden innerhalb der Gruppe geschlossen. Junge Leute verließen nur selten die Dörfer, Garten- und Waldgebiete der eigenen Gruppe. Jedes Dorf hatte allerdings traditionelle Handelspartner. Diese Handelspartnerschaft wurde gepflegt und von Zeit zu Zeit durch Tanzfeste und Schweineaustausch – und auch gegenseitiges Heiraten – gefestigt.

18 V.J. de Bruin, *Het verdwenen Volk*, Bussum, 1978.

19 Zu den Ergebnissen dieser Politik, vgl. den Abschnitt Wandel–Brüche–Zusammenstöße.

20 Klaus Friedrich Koch, *Conflict and its Management among the Jali People of West New Guinea*, Ann Arbor, Michigan, 1967, S.44 ff

Im dicht besiedelten Hochland gab es auch die gemeinsame Identität der Bevölkerung eines größeren Wohngebietes, z.B. bei den Bewohnern des Balim-Tales. Sie führten ihren gemeinsamen Ursprung zurück auf die Herkunft aus einer Höhle am Fuße des *Ferawe*-Berges bei Seinma/Kurima. Auch bei den Yali hatten die Bewohner eines Tales – des Yahuli- oder Ubahak-Tales – ein Wir-Gefühl. Man konnte die Nachbardörfer liegen sehen, auch wenn man mit ihnen verfeindet war und sie nie betrat! Man wusste um die gemeinsame Herkunft ‚aus dem Osten‘ und um die gemeinsame mythische Urgestalt *Yeli*. Doch die Yali grenzten sich von ihren östlichen und westlichen Nachbarn ab: „Da wohnen die Leute des Westens, dort die Leute des Ostens, da die Leute an den Flussmündungen, und dort die Leute jenseits der Berge.“ Wenn man sie dann fragte: „Und wer seid Ihr?“, dann war die Antwort: „Wir sind die Menschen“, und man fügte den Dorf- oder Flussnamen hinzu. *Wir Menschen* (= *Me*) ist auch die Selbstbezeichnung der Ekagi/Kapauku im westlichen Hochland. *Me* ist nicht der Name eines Stammes, sondern das Wort für *Menschen*<sup>21</sup>. Die Bezeichnungen Kapauku und Ekagi sind Fremdbezeichnungen.

Erst um die Jahrhundertwende (1900) begann sich ein Wir-Gefühl zu entwickeln das man als gemeinsame Identität der Papua bezeichnen kann<sup>22</sup>. 1898 richtete die niederländische Regierung ein festes Verwaltungszentrum in Manokwari ein. In den Folgejahren wurden Expeditionen durchgeführt, die der Erkundung und Erforschung des Landes dienten. Auch die Missionsarbeit erlebte eine Wende: Die Bevölkerung an der Nordküste öffnete sich und akzeptierte mit großer Freude Lehrer und Evangelisten und ihre Botschaft. Die ständige Begegnung mit Fremden, mit Mitarbeitern der Regierung und der Mission, schaffte ein stärkeres Gefühl der eigenen Identität als Papua, das über die frühere Kleingruppe hinaus ging. Die Christianisierung führte überall dazu, dass zwischen verfeindeten Gruppen Frieden geschlossen wurde. Der Horizont erweiterte sich, andere Dörfer und Regionen traten ins Blickfeld, man erkannte die gemeinsamen Züge der Papua-Kultur, auch wenn man an der Identität der Kleingruppe festhielt.

### *Traditionelle Siedlungsgebiete und legitime Landrechte*

Alle Papua-Völker sind eng mit dem Land, auf dem sie leben, verbunden. Die Amungme nennen das Land „unsere Mutter“. Sie drücken damit am deutlichsten aus, was auch bei anderen Stammesgesellschaften das grundlegende Verständnis ist: die Menschen sind aus dem Land hervorgekommen und sind so eng mit ihm verbunden, weil es ihre Lebensgrundlage – ihr Leben – ist. Das Land ist ein Stück ihrer

21 Dr. Benny Giay, *Zakheus Pakage*, Amsterdam, 1995, S. XVII. In jüngsten Veröffentlichungen wird *Me* mitunter *Mee* buchstabiert.

22 Interview mit Dr. Johsz Mansoben am 26. Juli 2004 in Jayapura

Identität.<sup>23</sup> Eine sehr ähnliche Vorstellung haben die Moi im westlichen Vogelkopf. Ein junger Moi sagte einmal: „Unsere Identität ist unser Land. Wenn wir in unserem *Adat*-Gebiet kein Land mehr besitzen, können wir nicht mehr Moi genannt werden.“<sup>24</sup> Die Amungme wie die Moi und andere Stammesgesellschaften haben die Vorstellung, dass die hohen Berge – mit dem schneebedeckten Puncak Jaya – Kopf, Schultern und Brust der Mutter sind. Der Leib und die Beine finden sich dann in der Ebene und erstrecken sich bis zum Meer. Es ist die besondere Tragik der Amungme, dass sie nicht nur teilweise von ihrem Land vertrieben sind, sondern dass die Gold- und Kupfermine Freeport auch „ihre Mutter“ völlig zerstört hat. Alle andern Stammesgesellschaften besitzen ebenfalls Mythen, die ihre jeweilige Verbindung zu dem Land erklären, das sie bewohnen. Bei den Yali berichten viele Mythen von einer langen Wanderung des Stammvaters einer Sippe von Ort zu Ort. Die Wanderung endet schließlich dort, wo er sein Männerhaus baute und wo die Sippe jetzt ihren Wohnsitz hat. Die Bewohner des Balim-Tales führen ihre Herkunft auf eine Höhle zurück, aus der die Ahnen in der Urzeit ans Tageslicht gestiegen sind.

Es gibt in Papua kein Niemandland, alles Land hat seine Besitzer. In der Regel sind es bestimmte Sippen, die das Land ererbt haben und weitervererben. Bei den Yali kann Land über die Vaterlinie, aber auch über die Mutterlinie vererbt werden. Es gibt auch Sippen, die kein Erbland besitzen, aber Nutzungsrechte haben. Auch das Nutzungsrecht wird vererbt, das zwar nicht zu Besitzrecht wohl aber zu einem gewissen Gewohnheitsrecht führt. Neben dem seit Generationen bebauten Ackerland gibt es den Wald, der wie das Ackerland bestimmten Sippen gehört. Die angrenzenden Waldstücke sind potentiell Ackerland für zukünftige Generationen, oder das Gartengebiet muss aus anderen Gründen ausgeweitet werden. Der weiter entfernt liegende Wald bietet Brennholz, Bauholz, Lianen zum Bau von Häusern, Dachblätter, Material für Netze, Armringe und andere Schmuck- und Gebrauchsgegenstände und ist Jagdgebiet für Baumkängurus, Vögel, Kasuare und Wildschweine. An der Küste und im Flachlandgürtel am Fuß der zentralen Bergkette wird weniger in Gärten gearbeitet, während in den Wäldern sich überall die Sagobäume finden, das Hauptnahrungsmittel der dortigen Bewohner. Die Grenzen zwischen den Wohngebieten der Dörfer und Sippen und damit auch die Grenzen der jeweiligen Territorien sind Berg Rücken und Flüsse, manchmal markante Felsen oder besondere Bäume. Sie liegen fest, sind allen bekannt und müssen respektiert werden.

Es ist kein Wunder, dass dieses traditionelle Land- und Erbrecht mit dem westlichen Landrecht schon in der Kolonialzeit und natürlich ebenso mit indonesischem

23 Ismael R. Silak SH, *Mangambil tanah tidak beda mangambil nyawa manusia* (Ms. 2004) und M. Ferry Kareth SH, *Pemilikan Tanah Adat dan Pembangunan di Irian Jaya* (Ms. 1998)

24 Silas Kalami aus dem Dorf Malaumkarta, zitiert bei Macx Binur, *Tegeş Maladum* (Ms. 2004) S. 11

Recht kollidierte. Es kann wohl gesagt werden, dass hier der grundlegendste Konfliktpunkt liegt, der nicht nur das Besitzrecht der Papua, sondern ihre Lebensgrundlage und ihr „Recht auf Leben“ berührt.

### *Traditionelle Religion*

Die verschiedenen Formen und Ausprägungen der traditionellen Religion der Papua haben einen gemeinsamen Hintergrund: Religion ist Kommunikation mit den Ahnen und mit dem Universum, wobei die Ahnen als Teil des Universums verstanden werden können.<sup>25</sup> Zahlreiche Mythen, die mündlich überliefert wurden, prägten die Vorstellung und bildeten den Rahmen, in dem diese Kommunikation sich vollzog. Es gibt Ursprungs- und Herkunftsmythen, Mythen über das Weltbild, Mythen über gottähnliche Urgestalten, über die Gestaltung der Welt und die Entstehung der Menschen, über die Entstehung bestimmter Riten, über die Herkunft sakraler Gegenstände. Die Ausübung der Religion vollzog sich in ganz bestimmten Riten. Diese bezogen sich in vielfachen Anspielungen auf die Mythen. So gab es keinen Ritus, bei dem nicht Schweinefleisch oder Schweinefett verwendet wurde. Schweinefett war die Anknüpfung an das mythische Urschwein, aus dem alles Leben der Menschen entstanden ist<sup>26</sup>. Es gab Riten zur Initiation von Jungen, Mädchen und Männern, zur Stabilisierung der Fruchtbarkeit von Gärten, Schweinen und Dorfgemeinschaften, Riten für die Toten, für den Hausbau, bei der Kriegführung, bei Naturkatastrophen und bei mancherlei anderen Anlässen. Ein zentrales Element der Riten, die in der Durchführung völlig unterschiedlich sein können, sind Sprüche, Formeln, Beschwörungen, Anrufungen, geflüstert, gesprochen, laut gerufen oder gesungen und wohl auch Gebete. Die Medizinmänner der Yali sangen in der Regel ihre Behandlungsprüche.

Man führte Riten durch, um das Wohl der Gemeinschaft zu sichern. Böse Geister, die möglicherweise Krankheiten verursachten, sollten fern bleiben. Alles, was die Fruchtbarkeit der Gärten beeinträchtigen konnte, musste entfernt und dann ebenfalls auf Distanz gehalten werden. Schweine als wertvolle Haustiere sowie Menschen sollten gesund bleiben. Naturkatastrophen mussten abgewendet werden. Religion war verständlicherweise sehr stark auf das äußere Wohlergehen, auf das Diesseits ausgerichtet. Eine Beschwörungsformel, die ihren Platz in einem Ritus zur Verbesserung der Ernährungslage hatte, soll das deutlich machen<sup>27</sup>:

25 Siegfried Zöllner, *Lebensbaum und Schweinekult*, Brockhaus, 1976 und Siegfried Zöllner, *The Religion of the Yali*, Point- Series, Goroka, 1988

26 siehe Anhang *Der Mythos vom Urschwein*.

27 Zöllner, *Lebensbaum und Schweinekult*, S. 164

Meine Yamsknolle, sie soll kommen,  
 meine Taroknolle, sie soll kommen,  
 meine Banane, sie soll kommen,  
 mein Schwein, es soll kommen,  
 meine Kaurischnecke, sie soll kommen,  
 mein Salz, es soll kommen,  
 mein Salzstein, er soll kommen,  
 mein *siye*-Stein, er soll kommen,  
 die Beilklinge vom Osten, sie soll kommen,  
 die Beilklinge vom Westen, sie soll kommen,  
 der Palmbogen, er soll kommen,  
 die Frau soll kommen,  
 mit einem Wanderstab, von weit her,  
 mit einer Halsmuschelkette geschmückt,  
 mit einer Grasperlenkette geschmückt,  
 mit einer großen Halsmuschel geschmückt.  
 Ich bin wie der *Piyoho*-Baum, der in Blüte steht,<sup>28</sup>  
 ich bin wie der *Salama*-Baum, der in Blüte steht,  
 zwitschernd sollen die Vögel kommen,  
 flatternd sollen sie kommen.

Vielleicht liegt in dieser Diesseitigkeit der Religion die Ursache für die Entwicklung von sogenannten Cargokulten<sup>29</sup> im melanesischen Kulturraum. Zwar sind in West-Papua nicht viele Cargokulte dokumentiert, doch haben die Religionen Papuas ein deutliches „Cargodenken“. Dies Denken ist ein fruchtbarer Nährboden für Cargokulte, die es vereinzelt von Zeit zu Zeit auch in Papua gegeben hat. Es hat bei den Menschen eine materialistische Grundhaltung geschaffen, die sich natürlich auch bis in den christlichen Glauben und in die christlichen Kirchen hinein durchgehalten hat.

Die Religion der Papua in ihren verschiedensten Ausprägungen und Gestalten kann nicht als „primitive“ Religion bezeichnet werden. Die religiösen Gestaltungen waren äußerst differenziert und gaben Antworten auf alle Fragen des Lebens der Papua im Rahmen ihres Horizontes und ihres Weltbildes. Sie sicherten die Lebensgrundlage und gewährten Schutz vor den Gefahren der Welt, vor bösen Geistern und vor der unberechenbaren Natur.

28 So wie ein blühender Baum Vögel anzieht, so zieht ein reiches Dorf Menschen von überall her an.

29 Als Cargokulte bezeichnet man religiöse Bewegungen, deren Versammlungen, Riten und Gebete zum Ziel haben, Güter wie z.B. Nahrungsmittel und Werkzeuge und Geld herbeizuschaffen.



*Poesie – Musik – Materielle Kultur*

Die Kulturen der Papua sind reich an mündlichen Traditionen, es gibt zahlreiche Mythen, Märchen und Lieder. Man kann die mündlichen Überlieferungen in zwei Gruppen fassen, die speziell religiösen Mythen und Lieder und die säkularen Märchen und Lieder, vielfach Tanzlieder, die bei den traditionellen Tänzen oft erfunden und gleich gesungen wurden. Da es keine Schriftkultur gab, bestand und besteht die große Gefahr, dass diese Überlieferungen in Vergessenheit geraten. Es waren glückliche Zufälle, dass Missionare oder Anthropologen mündliche Traditionen schriftlich fixierten. Bei indonesischen Wissenschaftlern bestand wenig Interesse an der Kultur der Papua.

Bei den Liedern, die in der Regel auch mündlich überliefert wurden, handelte es sich meistens um Tanzlieder, Heilungsgesänge von Medizinmännern, aber auch um Lieder, die Liebe, Sehnsucht und Trauer zum Ausdruck bringen. Die Form der Lyrik ist der *Parallelismus membrorum*. Zwei Zeilen bringen den gleichen Gedanken mit fast den gleichen Worten zum Ausdruck. Oft werden bestimmte Geschehnisse in Liedform und somit in Reim gebracht. Ein altes Lied der Yali lautet:

Mein Hund, winsele doch nicht so,  
 mein Hund, belle doch nicht so,  
 du mein Bruder, in deinem Haus  
 steigt der Rauch munter nach oben,  
 ich dein Bruder, in meinem Haus  
 steigt kein Rauch mehr auf.

Das Lied beschreibt das Gespräch zweier Männer, die von der Jagd nach Hause kommen. Der eine sieht, dass seine Hütte nicht mehr bewohnt ist und weiß nun, dass seine Frau tot ist. Mit diesem Lied – dessen Melodie auch Trauer und Klage ausdrückt – beruhigt er seinen winselnden und weinenden Hund<sup>30</sup>.

Schnitzen und Malen waren ursprünglich religiös begründete Tätigkeiten. Besonders hoch entwickelt war die Holzschnitzerei bei den Asmat und Kamoro an der Südküste. Ahnenbäume, Trommeln, Paddel, Sagoklopfer, Schilde, Hausbretter, Menschen- und Tierfiguren wurden kunstvoll geschnitzt und verziert. Aber auch an der Nordküste, vor allem am Sentani-See, waren *Adat*-Häuser mit Schnitzereien und Bemalungen reich verziert. In Biak und Serui legten Holzschnitzer ihr ganzes Können in die Ausgestaltung der Vorder- und Hintersteven der Boote, auch die Seiten der Boote wurden verziert. Nicht nur das *Adat*-Haus, auch das Boot ist der Ort, an dem die Menschen in Gemeinschaft mit den Ahnen sind<sup>31</sup>.

Im zentralen Bergland gab und gibt es nur wenig künstlerische Gestaltung. Bei den Yali wurden die Kulthäuser von außen und innen ebenso bemalt wie auch bestimmte

30 Zöllner, *Lebensbaum und Schweinekult*, S. 641

31 G.J.Held, *De Papoea – Cultuurimprovisator*, S. 143 f.

Kultgegenstände – Steine und Bretter – bzw. die Oberfläche geschnitzt. Bei den Gebrauchsgegenständen sind es vor allem die geschnitzten Pfeilspitzen, die hohes künstlerisches Geschick aufweisen. Gelegentlich findet man Verzierungen der Kalebassen und Bambuswasserflaschen. Bei vielen Stammesgesellschaften gab es anlässlich bestimmter Riten eine künstlerische Ausgestaltung der Haartracht oder Masken. Auch die Flechtarbeiten zeigen ein hohes Maß an weit verbreiteter künstlerischer Begabung. In allen Stammesgesellschaften Papuas gab es Tragetaschen, Armringe, Halsketten, Haarnetze und viele andere Schmuck und Gebrauchsgegenstände in vielen Variationen, die die Kunstfertigkeit ihrer jeweiligen Produzenten dokumentieren.

Von „primitiver“ Kultur kann also keine Rede sein. Die Papua haben die ihnen zur Verfügung stehenden technologischen Möglichkeiten optimal genutzt und in einer schwierigen geografischen Umwelt eine kulturelle Meisterleistung vollbracht, die Würdigung und Anerkennung verdient. Diese Anerkennung wurde ihnen jedoch in Indonesien vorenthalten.

## II. Wandel – Brüche - Zusammenstöße

### *Die indonesische Sicht auf die Papua-Kultur*

Wer die Kultur bzw. Kulturen der Papua als „Steinzeitkultur“ bezeichnet, bringt damit eine diskriminierende Bewertung zum Ausdruck. Dies mag ungewollt sein, stammt aber aus einem Überlegenheitsgefühl, das sich selbst einer Kultur angehörend weiß, die die Stufe der Steinzeit überwunden hat. Das Überlegenheitsgefühl schafft eine Distanz, die schwer zu überbrücken ist und auf Dauer Kommunikation verhindert. Nur wer die Kultur der Papua wirklich als Leistung würdigen kann und ihre vielfältigen Dimensionen erahnt, wird das Überlegenheitsgefühl verlieren und zu echter Kommunikation fähig sein.

Die Papua selbst kennen in ihrer eigenen sozialen Gemeinschaft die Überlegenheit des einen über den anderen: die Überlegenheit des Starken über den Schwachen, des Reichen über den Armen, des Angesehenen über den Verachteten. Das Wort *kembu* in der Dani-Sprache bezeichnet den Verachteten, Unbedeutenden, Armen. Bei ihren ersten Kontakten mit den Vertretern der Welt jenseits ihres Horizontes haben sie bald die Überlegenheit und Dynamik der Fremden erkannt. Wenngleich die erste Phase der Kontakte in der Regel geprägt war von ungebrochenem Selbstbewusstsein. Häufig wird berichtet, dass Papua-Krieger mit Pfeil und Bogen sich einem mit Gewehren bewaffneten Polizeitrupp durchaus ebenbürtig fühlten<sup>32</sup>. Die eigene Kultur, Religion und Lebensweise wurde keineswegs schnell aufgegeben.

<sup>32</sup> Jean Victor de Bruin, *Het verdwenen Volk*, Bussum, 1978, S. 11-12

Erst nach Jahre oder Jahrzehnte langem Kontakt mit den Fremden entwickelte sich ein Gefühl der Unterlegenheit und gleichzeitig der Wunsch, wie die Fremden zu werden.

Wie haben die Indonesier – seit 1963 verantwortliche Machthaber in Papua – diesen oft schmerzlichen Prozess der Akkulturation bewertet, begleitet, gefördert und Probleme abgefedert? Die Papua sind übereinstimmend der Meinung, dass Indonesier ihre Kultur immer als minderwertig, rückständig und als Hindernis moderner Entwicklung angesehen haben. Schon in der frühen Geschichte war Papua ein tributpflichtiges Randgebiet im Herrschaftsbereich des Sultans von Tidore. Ein Gebiet, das zwar keine wertvollen Gewürze, aber immerhin Sklaven liefern konnte. Liegt hier vielleicht schon die Wurzel eines Überlegenheitsgefühls der Indonesier, das sich bis heute durchgehalten hat? Es gibt kaum wissenschaftliche Veröffentlichungen von Indonesiern über Papua. Indonesier haben nur selten versucht, die Papua-Kultur zu verstehen und als kulturelle Leistung zu würdigen. Der Anthropologe Dr. Johsz Mansoben nennt drei indonesische Autoren, die sich mit der Papua-Kultur befasst haben<sup>33</sup>: Koentjaraningrat, Prof. Dr. Harsya W. Bachtiar und Parsudi Suparlan. Nur diese drei hätten wirkliches Verständnis gezeigt und sich bemüht, die Papua-Kultur zu verstehen. Mansoben beklagt den fehlenden Willen der indonesischen Wissenschaft, sich ernsthaft mit der Kultur der Papua und dem Prozess der Akkulturation zu beschäftigen. Er sagt wörtlich: „Sie verstehen uns nicht!“<sup>34</sup> Statt dessen werden bewusst oder unbewusst Vorurteile aufgebaut. Ein Bildband über die Asmat von Dea Sudarman, 1984 erschienen, zeigt das exotische und gleichzeitig ‚primitive‘ Image der Papua-Kultur und prägt damit ein bestimmtes Bild in der Öffentlichkeit. Artikel und Serien über Papua in nationalen Zeitungen werden immer wieder mit Bildern von Papua mit Federschmuck und Pfeil und Bogen oder auch mit Penisböcher versehen<sup>35</sup>. Indonesier reagieren ambivalent auf die zur Schau gestellte Nacktheit der Papua: Schamgefühle, dass es im 21. Jahrhundert noch solche Rückständigkeit gibt, Mitleid, entwicklungspolitisches Sendungsbewusstsein, Rechtfertigung der jawanischen Machtstellung in Papua, Verachtung einer minderwertigen Kultur, arrogantes Überlegenheitsgefühl, Verfestigung von Vorurteilen. Schließlich wird die Nacktheit auch kommerziell ausgebeutet. Sie ist eine Attraktion für zahlungskräftige Touristen.<sup>36</sup>

33 Interview mit Dr. Johsz Mansoben am 26. Juli 2004 in Jayapura

34 „*Mereka tidak memahami kita*“

35 z.B. das Magazin *Fokus Kompas* vom 25. Nov. 2001. Am 18.7.2004 sendete TVRI einen Film über die Dani in Wamena. Es wurden nur Leute mit Penisböcher gezeigt, Schweine, Süßkartoffelgärten und Jagdszenen. M.E. waren einige Szenen gestellt. Pfr. Welman Boba in Jakarta bestätigt, dass dies das vorherrschende Bild von Papua ist.

36 Neles Tebay und Agus A. Alua, *Keberadaan Orang Papua kini dan esok*, 1999, S.2

Ein Beispiel für das völlige Unverständnis gegenüber der Kultur der Papua war die sogenannte *operasi koteka* (Operation Penisbüchse), am 17. August 1971 vom damaligen Gouverneur General Acub Zainal lanciert. Innerhalb eines halben Jahres sollte die Hochlandbevölkerung – etwa 300.000 Menschen – an Textilkleidung gewöhnt werden. Viele Ballen mit Kleidung wurden nach Wamena geflogen, z.T. aus der Luft abgeworfen. Den Dani wurde verboten, die Stadt Wamena mit Penisbüchse bekleidet zu betreten. Die Dani hatten weder Handtücher noch Seife und wussten nicht, dass man Textilkleidung waschen und pflegen muss. Die Folge waren überall auftretende Hautkrankheiten. Die Aktion wurde kein Erfolg im Sinne des Gouverneurs und verlief im Sande – wie so viele Versuche der Indonesier erzwungener Veränderungen. Obwohl Aceb Zainal wahrscheinlich gute Absichten hatte, zeigt die Aktion die Ahnungslosigkeit und Ignoranz gegenüber den Möglichkeiten, traditionelle Kulturmuster zu ändern. Johsz Mansoben sagte, dass es zu dieser Zeit noch relativ wenig gut ausgebildete Papua gegeben habe, und es von Seiten der Papua keine kritische Bewertung dieser Aktion geben konnte. Erst in den 1980er Jahren sei mit Arnold Ap eine Generation junger Papua-Wissenschaftler in Erscheinung getreten, die ein neues Verhältnis zur eigenen Kultur etabliert habe<sup>37</sup>.

Nach über vierzig Jahren Erfahrung unter der indonesischen Regierung vermissen die Papua immer noch den uneingeschränkten Respekt vor ihrer Menschenwürde und die Achtung und Anerkennung ihrer Kultur. Sie bringen immer wieder ihre Sorge zum Ausdruck, dass die Indonesier aus einem Überlegenheitsgefühl heraus ihre Kultur systematisch zerstören wollen.

### *Eine neue Papua-Identität*

Eine gemeinsame Identität der Papua entwickelte und verstärkte sich durch politische Entwicklungen: der Zweite Weltkrieg mit der japanischen Besetzung, die Nachkriegszeit mit dem einfühlenden Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen durch die Niederländer, die Perspektive der Unabhängigkeit seit 1960 und schließlich die Konfrontation mit Indonesien. J.V. de Bruin beobachtet: „In Folge des Kriegs, vor allem durch den Dienst in der Armee als Soldaten des Papua-Bataillons, durch ihr Amt als Verantwortung tragende Regierungsangestellte sowie als Polizeioffiziere wuchs ihr Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Mehr als je zuvor wurden ihnen ihr Wert und ihre Fähigkeiten bewusst. Sie erlaubten nicht länger, dass die Ambonesen oder andere Nicht-Papuas auf sie herab schauten und betrachteten diese ihrerseits als dumpfe, gemeine Tiere. ‚Wir können all das, was sie auch können, wir brauchen sie nicht länger!‘ war das vorherrschende Empfinden unter den gebildeteren Papuas. Die Selbstbehauptung der Papua war erwacht.“<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Interview mit Dr Johsz Mansoben am 26. Juli 2004 in Jayapura

<sup>38</sup> J.V. de Bruin, *Het verdwenen Volk*, S. 273

Die Annexion durch Indonesien und die Übernahme der gesamten Verwaltungsstruktur durch Indonesier am 01.05.1963 – wie auch die massive Zuwanderung von Indonesiern seither – hat hinsichtlich der Identitätsfrage einen neuen Aspekt aufkommen lassen: den rassischen Unterschied und damit die Frage des Rassismus. Immer wieder wird Papua-Identität an dunkler Haut und Kraushaar festgemacht. In vielen Gesprächen wird darauf Bezug genommen. Papuas spüren, dass das Schönheitsideal der Indonesier – wie der Asiaten überhaupt – helle Haut ist und das Aussehen der Papua als hässlich empfunden wird. Sie spüren, dass dunkle Haut und Kraushaar ein Stigma sind. Sie fühlen sich als Menschen zweiter Klasse eingestuft. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen:

Am 29. Mai 1998 fand in Jayapura ein öffentliches Gespräch zwischen Papua-Studenten und einigen Mitgliedern der Nationalen Kommission für Menschenrechte statt, die aus Jakarta angereist waren. Einer der Studenten stand auf und begann seinen Redebeitrag mit folgenden Worten:

*Ich bin heute morgen früh aufgestanden und habe mich gründlich gewaschen, aber meine Haut ist immer noch schwarz. Ich habe mein Haar gekämmt, und es ist immer noch kraus. Die Leute von außen (ergänze: mit heller Haut und glattem Haar) sehen uns Papua nicht als Menschen an. Seit 1969 töten sie uns ...<sup>39</sup>*

Der Student wollte zum Ausdruck bringen, dass Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen auch darauf zurückzuführen sind, dass die Papua im Gegensatz zu den Indonesiern dunkle Hautfarbe und Kraushaar haben.

In einem Zeitungsartikel der Irian Jaya Post 14/20 Juni 1999 unter dem Titel *Das Gehirn hinter der Geiselnahme* setzt sich der Verfasser (ein Indonesier) in äußerst oberflächlicher, fast hassefüllter Weise mit den Papuas auseinander. Ein Zitat:

*Ein Freund, Journalist aus Jakarta und Fachmann für politische und militärische Fragen, sagte einmal: „Bedeutet Irian Jaya wirklich eine Gefahr für Indonesien? Dort leben nicht einmal zwei Millionen Menschen. Sie leben verstreut über das ganze Land. Ihr Wissen und ihr technologischer Standard liegen weit zurück, sie sind in viele Stämme zersplittert. Wenn sie sich gegen Jawa auflehnen wollen, dann schicken wir hundert Millionen Menschen von der Insel Java dorthin und lassen sie einmal pissen. Dann ertrinken alle Papua. Wir brauchen kein einziges Gewehr anzufassen und keine einzige Kugel zu verschwenden!“*

Der Schreiber gibt diese ungeheuerlichen, diskriminierenden Sätze als ein Zitat wieder, ohne sie weiter zu kommentieren oder sich davon zu distanzieren. Er meint es also auch so! Er hat viele Papua in seiner Leserschaft tief verletzt: „So verachten und erniedrigen die Jawa eine andere ethnische Gruppe!“ schrieb ein Papua.

<sup>39</sup> Der Vorwurf, *Sie sehen uns nicht als Menschen an, sondern als Tiere*, ist oft zu hören, z.B. Tom Beanal vor der UN-Menschenrechtskommission am 19.04.1999; West Papua Rundbrief Nr. 11 / Juni 1999 S. 44; Rev. Hermann Saud, in: *Wir haben schwarze Haut, wir haben Kraushaar*, WP-Rundbrief Nr 26 / Juni 2003, S. 38

Die Papua sind sich während der letzten Jahre ihrer Identität als Volk immer stärker bewusst geworden. Dazu hat die Konfrontation mit Indonesien erheblich beigetragen. *„Im Selbstverständnis der Papua sind die orang Papua (die Menschen von Papua) nichts anderes als orang Papua. Die Papua werden niemals indonesianisiert – zu Indonesiern gemacht. Welcher Papua auch immer, er ist fest davon überzeugt, dass ein Indonesier etwas anderes ist als ein Papua.“*<sup>40</sup> Benny Giay illustriert diese Aussage mit einem kleinen Erlebnis, das er in Beoga im westlichen Hochland von Papua hatte: Der Landrat (*Camat*) von Beoga, ein Nicht-Papua, war ein wenig verärgert darüber, dass er die dort ansässigen Damal nicht überzeugen konnte, dass sie Indonesier seien. In seinen Reden bei kirchlichen und politischen Anlässen sprach er sie immer wieder als indonesische Bürger an. Einmal antwortete ein Damal: *„Pak Camat, wir sind keine Indonesier, wir sind Damal. Wir sind anders als ihr, unsere Kleidung, unsere Nahrung, unsere Hautfarbe und unser Haar beweisen, dass wir Damal keine Indonesier sind und dass ihr Indonesier keine Damal seid.“*<sup>41</sup>

Die Arroganz, mit der die indonesischen Machthaber das Selbstbewusstsein der Papua zerstören und sie zum Objekt machen, beschreibt Benny Giay mit folgenden Sätzen:

*„Die Machthaber im Staat sehen sich selbst als Lehrer, die alles Wissen besitzen, die Welt verstehen, und natürlich die Bedürfnisse der Bevölkerung Papuas kennen. Natürlich wissen sie auch, auf welche Art und Weise diese Bedürfnisse befriedigt werden müssen. Daher sehen sich die Vertreter dieses Staates nur als solche, die belehren, diktieren, und die Vision einer neuen indonesisch geprägten Welt vermitteln. In diesem Rahmen wird die Bevölkerung Papuas in die Position der Ungebildeten und Zurückgebliebenen versetzt. Man fände bei ihnen kein geschultes Personal, sie seien Faulenzer und Trinker usw. Daher wird in den Ansprachen, Reden, Presseerklärungen und in offiziellen Dokumenten zu den Problemen Papuas eine Sprache gebraucht, die die Sprache der Unterdrückten ist und die die Papua in eine bestimmte Ecke stellt.... Die Folge ist, dass die Papua gar keine Chance haben, ihre eigenen Kräfte zu entfalten und Subjekt im Prozess ihrer Entwicklung zu werden.“*<sup>42</sup>

### *Moderne Familien – neue Rollen*

Mit den 1980er Jahren setzte bei der jungen Generation ein Wandel ein, der u.a. auch dadurch ausgelöst wurde, dass viele junge Papua die Chance hatten, moderne Bildungseinrichtungen zu besuchen (Schulen, Hochschulen und Universitäten). Die

<sup>40</sup> Dr. Benny Giay, *Menuju Papua Baru*, 2000, S. 3

<sup>41</sup> a.a.O.

<sup>42</sup> Dr. Benny Giay, *Penggunaan Bahasa dan Wadah Gereja/agama di Papua*, Ms. 2000

Zahl der Studenten vervielfachte sich in Städten wie Jayapura, Manokwari, oder Wamena, wo sich Bildungseinrichtungen konzentrierten. Viele junge Leute verließen auch Papua, um in anderen Teilen Indonesiens, vor allem in Java, zu studieren. Wie bereits gesagt, führte diese Entwicklung zu einer Stärkung des Selbstbewusstseins und der Identität der Papua, doch sie hatte auch Auswirkungen auf die Bewertung der alten Traditionen durch die junge Generation, die die Gesetze der *Adat* relativiert. Jedoch bleibt das Gefälle zwischen Dorf und Stadt. Oft beklagen sich die Familien, die noch in den Dörfern leben, über die ‚schlechten‘ Einflüsse, die von ihren jungen Leuten, die den Sprung in die Stadt geschafft haben, zurück ins Dorf getragen werden.

Das Gefälle Dorf – Stadt bestimmt auch die Bildungs- und Berufschancen der Frauen. In den ländlichen Grundschulen nimmt die Zahl der Schülerinnen von der ersten bis zur sechsten Klasse ständig ab. Nur ein Bruchteil der Schulanfängerinnen schließt die Grundschule ab, absolviert weiterführende Schulen oder besucht gar die Universität. Das ist in den städtischen Schulen anders. Hat die junge Frau jedoch den Sprung an die Hochschule geschafft, hat sie die gleichen Chancen wie alle Studenten. Etwa ein Viertel aller Studierenden sind Frauen. Nach ihrem Studium nehmen sie, wenn eben möglich, eine Arbeitsstelle an. Das geschieht völlig selbstverständlich, ohne dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als ein großes Problem erscheint. Die Tabellen im Anhang dokumentieren, dass Frauen im öffentlichen Leben ihren Platz gefunden haben<sup>43</sup>. Gleichwohl gibt es auch bei der jungen Generation, trotz beachtlicher Fortschritte hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen, immer noch das Gefühl, dass „*die Männer vorn zu stehen haben und die Frauen im Hintergrund bleiben müssen.*“<sup>44</sup>

Da sich junge Leute oft während des Studiums kennen lernen, gibt es zunehmend Ehen zwischen Papuas aus verschiedenen Regionen, und auch Ehen zwischen Papua und Nicht-Papua. Die alten Traditionen werden nicht mehr so ernst genommen, da man sich ja mit zwei unterschiedlichen Traditionen auseinandersetzen muss. Gleichwohl ist die Zustimmung der beiden Familien nach wie vor wichtig, und es wird meistens auch ein Brautpreis vereinbart, jedoch im Rahmen der Möglichkeiten der Familien. Die Eltern berücksichtigen die Wünsche der jungen Leute und legen ihnen keine Steine in den Weg.

Welche Folgen haben die sogenannten ‚gemischten Ehen‘ für die Identität der Papua? Dies stellt die Frage nach der Identität der jungen Generation. In einer gemischten Ehe wird von den Ehepartnern nicht mehr die jeweilige Stammsprache gesprochen, sondern vorwiegend die indonesische Sprache. Die Kinder wachsen mit der indonesischen Sprache auf und können die Stammsprachen der Eltern

43 siehe die Tabellen zum Frauenanteil bei Beamten und bei Dozenten im Anhang

44 Gespräch über die Rolle von Mann und Frau mit Jugendlichen in Biak am 20. Juli 2004

nur rudimentär. Lebt die Familie auf dem Dorf, lernen die Kinder als zweite Sprache natürlich die lokale Sprache. Wachsen sie in einem Yali-Dorf auf, weil die Eltern dort Lehrer sind, lernen sie die Yali-Sprache und haben daher zeitlebens eine besondere Beziehung zu den Yali, auch wenn die Eltern z.B. aus Biak stammen. Ob die Kinder mehr zum kulturellen Hintergrund des Vaters oder der Mutter tendieren, hängt davon ab, welche Verwandten die besten Kontakte zu ihnen aufbauen. Wenn Hochland-Papua (Dani oder Yali) Frauen aus der Küstenregion heiraten, haben sie erfahrungsgemäß Schwierigkeiten, wieder ins Hochland zurück zu kehren. Die meisten Frauen von der Küste können oder wollen sich im Hochland nicht einleben. Es ist ihnen zu kalt, ihnen fehlen Sago und Betelnüsse, und sie können nicht kommunizieren. Natürlich darf man hier nicht generalisieren, hier hängt alles von der Person und ihrer persönlichen Einstellung ab.

Ein besonderes Problem besteht bei Kindern, von denen ein Elternteil Nicht-Papua ist. Die rassische Diskriminierung von Papuas ließ die Frage nach einer Papua-Identität erwachsen, nach einem *schwarzen Bewusstsein* (*black consciousness*). Es ist sehr beunruhigend, dass jugendliche Papua beieinander hocken und sich gegenseitig sagen, dass sie stolz darauf sind, reinrassige Papua zu sein<sup>45</sup>. Schon immer gab es abfällige Bemerkungen über Papua, die eine Nicht-Papua zur Frau nahmen. Das Problem wird durch eine Diskussion über den sogenannten ‚Ethnozid‘ verschärft. Wenn Papua der indonesischen Regierung vorwerfen, sie wolle das Papua-Volk auslöschen<sup>46</sup>, wird auch immer wieder gesagt, dass die massive Zuwanderung von Indonesiern zu einer Vermischung der Papua mit Indonesiern führe und es in einigen Generationen schließlich keine Papua mehr geben würde. Ist eine ‚Ethnie‘ ein Wert an sich? Aus der Sicht der Allgemeinen Menschenrechte muss diese Frage mit Ja beantwortet werden. Ethnien, die in ihrem Staat Minderheit sind, sind durch internationale Konventionen besonders geschützt. Aus theologischer Sicht stellt sich die Frage anders. Es darf natürlich keine Diskriminierung der ethnischen Minderheit geben, aber auch keine Diskriminierung aufgrund ‚gemischter‘ Ehen. Jeder Mensch hat die gleichen Rechte und die gleiche Würde. Alle haben das Recht, ihre Identität entsprechend ihrer Herkunft oder der Herkunft der Eltern zu bestimmen. Zweifellos gibt es an dieser Stelle ein Konfliktpotential, das der Beachtung und der Bearbeitung bedarf.

Die Papua selbst haben schon einmal festgelegt, wer sich Papua nennen darf. Dazu gehören alle, die ein Papua-Elternteil haben, und alle, die in Papua geboren

<sup>45</sup> Dies berichtete Pfr. Gustaf M. Wutoy von der Waropenküste im September 2004 in einem Gespräch.

<sup>46</sup> Vgl. auch die Diskussion um Genozid im folgenden Abschnitt; vgl. ebenso Neles K. Tebay, *Why Papuans want to secede from Indonesia*, The Jakarta Post, December 2, 1999, S. 5, s. auch Tabelle 5 im Anhang.



sind<sup>47</sup>. Es gibt weitere Differenzierungen. Die Frage kommt immer dann auf, wenn eine mögliche Unabhängigkeit oder ein Referendum nach dem Vorbild Osttimors diskutiert wird. Die Diskussion ist natürlich zurzeit politisch sinnlos und – wenn es um Abgrenzung einer Ethnie geht – ethisch bedenklich und möglicherweise gefährlich, weil eine Rassenideologie ins Spiel gebracht werden könnte.

### *Exkurs zur Frage des Genozids*

Die *Yale Law School* (Hochschule für Rechtswissenschaft) in New Haven (Connecticut, USA) legte am 10. Dezember 2003, am Tag der Menschenrechte, eine Studie vor, die untersuchte, ob der Begriff Genozid auf die Menschenrechtsverletzungen der letzten 40 Jahre in Papua / Indonesien angewandt werden könne. Die Studie wurde von einer Forschungsgruppe der *Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic*, einer Abteilung der Hochschule durchgeführt.

Die Studie kommt zum Schluss, dass das historische und derzeit vorliegende Material *„Das vorliegende Material legt nahe, dass die indonesische Regierung Maßnahmen durchgeführt hat mit der Absicht, die West-Papua zu zerstören (...) womit sie die Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Genozid von 1948 verletzt hat.“* („strongly suggests that the Indonesian government has committed proscribed acts with the intent to destroy the West Papuans (...) in violation of the 1948 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide“.)

Die Studie besteht aus zwei Hauptteilen. Teil I bietet eine chronologische Darstellung der Menschenrechtsverletzungen in Papua von 1963 bis heute. Dabei werden allerdings nur englischsprachige, keine indonesischsprachigen Quellen berücksichtigt. Teil II untersucht die Frage, inwieweit die Konvention gegen Genozid auf West-Papua angewendet werden kann. Teil II setzt sich also mit Rechtsfragen und Gesetzesinterpretationen auseinander. Die Studie umfasst 77 Seiten und liegt nur in elektronischer Form vor.

An mehreren Stellen schlussfolgert die Studie, dass Indonesien in Papua Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat:

*„dass Indonesien in Papua Lebensbedingungen geschaffen hat, die als ganzes genommen darauf gerichtet sind, die Papuabevölkerung zu zerstören. Viele dieser Handlungen erfüllen gemäß Völkerrecht den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“* („Such acts, taken as a whole, appear to constitute the imposition of conditions of life calculated to bring about the destruction of the West Papuans. Many of these acts, individually and collectively, clearly constitute crimes against humanity under international law.“)

47 Diese Diskussion wurde während des Kongresses im Jahr 2000 geführt; Information durch Victor Kasiepo im Februar 2005.

Die *Yale Law School* gehört zu einer der renommiertesten Hochschulen der USA. Daher wird die Studie in den USA – auch in Kreisen der Administration und des Kongresses – Beachtung finden.

### *Wirtschaftliche Aspekte*

Durch ihre familiären Beziehungen sind alle Papua eingebunden in ein Netz von Verpflichtungen. Moderne Wirtschaftswissenschaftler haben immer wieder die Frage aufgeworfen, ob diese kulturbedingte Einbindung sie daran hindert, erfolgreiche Geschäftsleute zu werden<sup>48</sup>. Viele Kleinläden, Kioske, Kooperativen wurden gegründet, Startkapital sowohl von der Regierung wie auch von Kreditgenossenschaften zur Verfügung gestellt. Doch Hunderte, wenn nicht Tausende solcher Kleinunternehmen mussten nach einer gewissen Zeit wieder aufgeben, weil das Kapital verbraucht war und keine Überschüsse erwirtschaftet wurden. Die Kunden kamen, kauften auf Pump und ließen anschreiben. Die Betreiber konnten sich dem Zwang, der Großfamilie zu helfen, nicht entziehen. Schließlich waren die Waren verliehen und verteilt, die Regale und die Kasse leer und der Laden musste schließen. Inzwischen ist der Kleinhandel fast ganz in der Hand indonesischer Händler, die meisten sind aus Südsulawesi eingewandert.

Es ist sicher richtig, dass der kulturelle Hintergrund der Papua es ihnen zur Zeit schwerer macht, gegen die indonesische Konkurrenz zu bestehen. Doch es wäre falsch zu sagen, dass sie nicht dazu in der Lage sind, erfolgreiche Geschäftsleute zu werden. Einige Studien zu den Me im westlichen Hochland, den Meybrat im Hinterland von Sorong und den Muyu im Hinterland von Merauke nennen diese Völker „traditionelle Kapitalisten“. Sie waren mit modernen Begriffen wie Sparen, Kredit geben und Zinsen nehmen vertraut<sup>49</sup>. Ihre Kultur müsste geradezu ein idealer Hintergrund für das moderne Wirtschaftswesen sein.

Die Programme der indonesischen Regierung um Wirtschaftsförderung auf Dorfebene müssen an anderer Stelle dargestellt und gewertet werden<sup>50</sup>. Hier ist zu fragen, ob die indonesischen Regierungen sich ernsthaft bemüht haben, den kulturellen Hintergrund der Papua zu verstehen und bei ihren Programmen zu berücksichtigen.

48 z.B. Andreas Kusch, *Irian Jaya zwischen Stammeskultur und Moderne*, Evangelikale Missiologie 13, 1997

49 Dr. Johszz Mansoben gab diesen Hinweis. Die Me gehen beispielsweise seit Jahrhunderten mit Muschelgeld um. Mansoben meinte, es bedürfe einfach größerer Zeiträume. Viele Entwicklungsexperten meinen, man brauche nur die nötige Schulung anzubieten. Doch es bedarf längerer Einübung und Erfahrung und einer stärkeren Motivation, Gewinn orientiert zu arbeiten.

50 Zu nennen wären u.a. die sog. Bantuan Desa der 1980er Jahre, das Programm *Inpres Desa yang Tertinggal* (IDT) von 1995, das „Crash Program“ Megawatis von 2002 u.a.

sichtigen. M.E. ist dies nicht in ausreichendem Maße geschehen. Die Programme wurden in der Regel in Jakarta konzipiert, ohne dass die Betroffenen frühzeitig beteiligt wurden. Bei der Durchführung der Programme mangelte es an der notwendigen Geduld und Ausdauer. Außerdem wurden sie nicht evaluiert. Da war es dann leicht, die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Papua nicht entwicklungsfähig seien. Man betrachtete sie als eine *quantité négligable* und setzte bei der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Zuwanderer. Die Papua fühlten sich zurückgesetzt, als sie sahen, dass bei den Zuwanderern ein gewisser Wohlstand zu erkennen war, der jedoch an ihnen vorbei ging. Außerdem verletzte sie das pauschale Vorurteil, 'die Papua können es nicht'.

### *Konflikte um Land*

Land kann eigentlich nicht verkauft werden. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellten die Dorfgemeinschaften den Kirchen immer wieder Land für Kirche- und Schulbauten, für Pfarrer- und Lehrerhäuser zur Verfügung. Auch die Kolonialregierung benötigte Land für Gebäude und den Ausbau der Städte, für Straßen und Flugplätze. Heute fordern die Kinder und Enkel der damaligen Landbesitzer Entschädigungszahlungen. Natürlich sind solche Forderungen eine Möglichkeit, sich zusätzliche Einkünfte zu verschaffen. In der Regel wissen die Stadtbewohner, dass das traditionelle Recht nicht mehr gilt. Wer ein Stück Land mit einer gültigen *akte tanah* – einer Eintragung ins Grundbuch – rechtlich korrekt erworben hat, ist der neue Besitzer. Hier besteht eine Schnittstelle von traditionellem und modernem Recht, die immer wieder zu Konflikten führt. Die Bewohner am Stadtrand wissen auch, dass man durch Landverkauf große Summen Geldes erzielen kann, und sie machen davon Gebrauch. Ein Stammesoberhaupt in Sentani – *Ondowafi* oder *Ondofolo* – verkauft manchmal Land, ohne seine ihm untergeordneten Familienangehörigen zu fragen, die ebenfalls Ansprüche auf das Land haben. Dann entstehen interne Konflikte. Wird ein rechtlich korrekt verkauftes Stück Land nicht genutzt, erheben die früheren Eigentümer wieder Ansprüche.

Seit Indonesien 1963 die Verwaltung West-Papuas übernommen hat, gilt ein neues Recht: Alles Land gehört grundsätzlich dem indonesischen Staat. Dieser hat das Recht, Land zu parzellieren und zu verkaufen. Die Bevölkerung hat nur Anspruch auf die von alters her bewohnten Grundstücke und die traditionell bewirtschafteten Felder. Wald und ungenutzte freie Flächen gehören dem Staat ebenso wie alle Bodenschätze. Dieses Recht kollidiert mit dem traditionellen Landrecht der Papua und führt zu zahllosen Konflikten. Zwar gab es im Laufe der Jahre Anpassungen des indonesischen Rechts an traditionelles Recht. Doch die Konflikte verschärften sich, weil die indonesische Regierung oft mit Gewalt oder auch mit List und Betrug arbeitete und die Sippen und Dorfgemeinschaften so um ihr Land brachte.

Klassisches Beispiel sind die Transmigrationsgebiete. Diese Gebiete mussten in den allermeisten Fällen entschädigungslos abgetreten werden. Proteste oder Widerstand wurden gewaltsam unterdrückt. Besonders verbittert waren die traditionellen Eigentümer, weil die Transmigranten häufig ihr Anwesen wieder verkauften und mit dem erzielten Erlös nach Jakarta zurückkehrten oder sich in einer anderen Stadt niederließen. Ein anderes Beispiel sind die Ölpalmlantagen in Arso und Lereh. Von Arso wird berichtet, dass ein Landabtretungsvertrag über 500 ha ausgestellt wurde, die Bulldozer aber 50.000 ha in Plantagen umwandelten. 1997 waren die Verhandlungen über eine Entschädigung noch nicht abgeschlossen<sup>51</sup>. In einem andern Fall wurden in Arso 4.000 ha abgetreten, doch die Plantage rodete und bepflanzte gleich 18.000 ha<sup>52</sup>. Von Kasonaweja am Mamberamo wird berichtet, dass der Landeigner Analphabet war und mit einigen Flaschen Bier konditioniert wurde, die Unterschrift unter ein Papier zu setzen, dessen Inhalt er nicht kannte<sup>53</sup>. 1998 musste ein Landkaufvertrag mit der Bevölkerung von Bonggo, den ein Militär abgeschlossen hatte, rückgängig gemacht werden. Auch hier waren List und Androhung von Gewalt im Spiel gewesen<sup>54</sup>. In den 1990iger Jahren bildeten sich in vielen Gegenden Papuas *Adat*-Räte (LMA), die das Recht hatten, gegenüber der Regierung als Sprecher und Anwalt der Besitzrechte der Bevölkerung aufzutreten. Anfangs setzte die Regierung die *Adat*-Räte ein, um sie als willfähriges Werkzeug zu nutzen<sup>55</sup>. Später half die LPPMA (eine NGO) der Bevölkerung, rechtlich anerkannte, aber unabhängige *Adat*-Räte zu bilden. Dadurch wurde die Willkür der Regierung etwas eingeschränkt.

Als Präsident Suharto in den 1980iger Jahren den „Aufbau“ (*pembangunan*) Indonesiens forcierte – er ließ sich gern „Vater des Aufbaus“ nennen – gab es Studien über Hindernisse des Aufbaus in verschiedenen Provinzen. Für Papua wurde als wesentlichstes Hindernis die Landfrage ausgemacht<sup>56</sup>. Die Informanten berichteten immer wieder, dass bei Protesten seitens der Landeigner diesen vorgeworfen wurde: „*Ihr behindert den Aufbau! Ihr seid gegen den Aufbau und damit gegen den Staat!*“ Mit den Worten „um des Aufbaus willen“ – *demi pembangunan* – wurde damals jedes Unrecht, jede Gewalttat gerechtfertigt.

Im Sonderautonomiegesetz (UU 21/2001) handelt Artikel 43 von den Landrechten der Bevölkerung. Die entsprechenden Artikel haben folgenden Wortlaut:

51 Hubertus Kwambre, *Perjuangan orang Wie Khya berhadapan dengan perusahaan perkebunan kelapa Sawit dan proyek pemukiman Transmigrasi*, Arso, 1997

52 Informant Hubertus Kwambre

53 Informant Domingus Soromaja

54 Vier NGOs aus Jayapura machten, in Zusammenarbeit mit den Kirchen, den Fall öffentlich und erreichten die rechtliche Rückübereignung des Landes an den ursprünglichen Besitzer.

55 Siehe das oben zitierte Dokument des Papuakongress II aus dem Jahr 2000

56 *Kompas* vom Dezember 1985, zitiert bei M. Ferry Kareth (Ms.)

(3) Die Handhabung der traditionellen Landrechte (*hak ulayat*), soweit sie noch bestehen, werden durch die traditionellen Führer (*penguasa adat*) der zuständigen traditionellen Rechtsgemeinschaft (*masyarakat hukum adat*) entsprechend den Bestimmungen des traditionellen Rechts (*hukum adat*) ausgeübt. Dabei wird das Eigentumsrecht berücksichtigt, das von anderer Seite rechtsgültig erworben wurde.

(4) Wenn traditionelles Land (*tanah ulayat*) und Land eines Angehörigen der traditionellen Rechtsgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden soll, geschieht das in einer gemeinsamen Beratung (*musyawarah*) mit der Rechtsgemeinschaft und der betreffenden Person, damit eine Übereinkunft über die Abgabe des Landes und über den Preis erzielt werden kann.

(5) Die Provinz- und Bezirksregierungen vermitteln aktiv bei der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten über traditionelles Land (*tanah ulayat*) und frühere Landrechte von Einzelnen nach gerechten und angemessenen Grundsätzen, um eine Übereinkunft zu erreichen, die die betroffenen Seiten zufrieden stellt.

Die Verfasser des Gesetzes kannten die Problematik und wollten per Gesetz die Landrechte (*hak ulayat*) der Adat-Gesellschaft schützen. Eine konsequente Anwendung dieser Artikel könnte die Probleme für die Zukunft lösen.

### III. Die Rolle der christlichen Kirchen

#### *Mission*

Am 5. Februar 1855 betraten die beiden ersten westlichen Missionare, Johann Gottlieb Geissler und Carl W. Ottow, die kleine Insel Mansinam an der Nordküste Neuguineas in der Nähe des heutigen Manokwari und ließen sich dort nieder. Damit begann die protestantische Missionsarbeit, vor allem an der Nordküste. Es dauerte 50 Jahre, bis die Bevölkerung der Nordküste sich für die neue Lehre öffnete. Um die Jahrhundertwende gab es eine Bewegung, die sich von Dorf zu Dorf, von Region zu Region fortsetzte und in wenigen Jahren die gesamte Bevölkerung der Nordküste erreichte. Die Dörfer erbaten von der Mission einen Lehrer, der gleichzeitig die Schule und die Gemeinde leiten sollte. Um den vielen Bitten nachkommen zu können, wurden ambonesische Lehrer eingesetzt. Oft hatten die Dörfer schon ihre Sakralhäuser vernichtet, bevor ein Missionar oder Lehrer das Dorf betreten hatte.

Die katholische Mission in West-Neuguinea begann 1894, als der Jesuit Cornelis le Coq d'Armandville von Seram nach Fak-Fak kam und dort schon nach 10 Tagen 73 Leute taufte. Er gründete eine Missionsstation in Kapaur, Ayer Besar, östlich von Fak-Fak, mit einer Schule, in der der Protestant Chr. Pelletimu als Lehrer arbeitete. Doch die Station wurde geschlossen, als Le Coq im folgenden Jahr plötz-

lich starb. Später übernahmen die Missionare vom Heiligen Herzen Jesu aus Tilburg die Missionsarbeit und festigten sich in der Gegend von Merauke. Bis heute ist Merauke das eigentliche Zentrum der katholischen Kirche. Nach Beginn der katholischen Missionsarbeit bestimmte die niederländische Kolonialregierung, dass die Katholiken nur an der Südküste, die Protestanten nur an der Nordküste arbeiten durften. Diese Verordnung wurde erst 1928 wieder aufgehoben.<sup>57</sup>

Das Hochland wurde erschlossen, als Flugzeuge die Erkundung des Inlandes aus der Luft übernahmen. 1936 entdeckte der niederländische Pilot Leutnant Wissel aus der Luft die Pania-Seenplatte. Die Seen wurden nach ihm *Wisselmeere* genannt (heute: Paniai-Seen). Die Kolonialregierung eröffnete in Enarotali einen Außenposten und bald begann auch hier die Missionsarbeit. 1938 erforschte die amerikanische Archbold-Expedition das Hochland und entdeckte dabei das Balim-Tal. Man landete mit Wasserflugzeugen auf dem Archbold- und Habbema-See. Wegen des zweiten Weltkrieges konnte die Missionsarbeit hier im östlichen Hochland erst 1954 aufgenommen werden. Am 20. April 1954 landeten die ersten Missionare der Christian and Missionary Alliance<sup>58</sup> mit einem Wasserflugzeug auf dem Balim-Fluss, in der Nähe des heutigen Wamena. In wenigen Jahren entstanden überall im Hochland Missionsstationen unterschiedlichster Missionen und ein Netz von Landepisten. Die kleinen Missionsflugzeuge sind bis heute das einzige Verkehrsmittel, das die entlegenen Hochlandtäler mit der Küste verbindet.

In den 1960iger und 1970iger Jahren ging eine Bewegung durch das Hochland, die die meisten Stämme für das Evangelium öffnete. Es waren eigentlich nicht die Missionare, die Bekehrungserfolge vorweisen konnten, sondern es war eine Bewegung, die von den Menschen selbst getragen und weitergetragen wurde. In einigen Fällen wurde das Evangelium verstanden – oder missverstanden - als die Erfüllung einer Prophetie, die in der traditionellen Religion angelegt war. Bei den Yali war das Erscheinen weißhäutiger Gestalten in Erzählungen alter Leute angekündigt worden. Ihre Überlieferung kannte eine Urgestalt, die in mythischer Zeit nach Westen gegangen war. Daher waren sie nicht verwundert, dass Fremde zu ihnen kamen, die als Abgesandte dieser Urgestalt angesehen wurden. Sie konnten die Missionare schnell in ihr Weltbild integrieren<sup>59</sup>. Ablehnung oder gar Feindschaft gegenüber den Missionaren gab es in der ersten Kontaktphase nicht.

57 Siegfried Zöllner, *Missions- und Kirchengeschichte der GKI*, (Ms.) 1996 und At Ipenburg, *Church History of Papua*, (Ms.) 2004

58 Aus dieser Mission ist die GKII hervorgegangen, Gereja Kemah Injili Indonesia.

59 Siegfried Zöllner, *Lebensbaum und Schweinecult*, 1976, S. 83 ff.

*Welchen Wandel hat die Missionsarbeit gebracht?*

In Form von Thesen können folgende Schlussfolgerungen festgehalten werden:

1. Mit der Annahme des Evangeliums schlossen die Stämme Frieden, oft geschah das durch traditionelle Friedensschlüsse. Stammesfehden und der Brauch der Blutrache gehörten sicherlich zu den negativen Seiten der alten Kultur. Der Frieden ermöglichte den Menschen Kontakte zu Nachbarn, die man bisher noch nicht kannte. Das führte auch zu einer Horizonsweiterung. Man musste sich mit einer größer gewordenen Welt auseinandersetzen.
2. Die Missionen richtete überall Schulen ein, sehr oft auf Wunsch der Bevölkerung. Damit setzte ein Wertewandel ein. Nicht mehr körperliche Kraft und laute Stimme zählten, sondern gute Schulzeugnisse und westliche Bildung. Das führte zu einer Marginalisierung der ungebildeten Dorfbevölkerung und ihrer bisherigen traditionellen Führer. Mit der Zeit übernahmen einheimische Lehrer, Katecheten und Prediger als die einzigen Gebildeten die führenden Stellungen in den Dorfgemeinschaften.
3. Die Stellung der Frauen veränderte sich, Frauen wurden „kultfähig“. Während in der alten Religion die Frauen weitgehend von Kulthandlungen ausgeschlossen waren, wurden sie jetzt zu Gottesdiensten und Versammlungen wie auch in die Schulen eingeladen. Sie hatten Gelegenheit, sich zu äußern und auch in den Gottesdiensten bestimmte Rollen (Lesung, Gebete, Lieder) zu übernehmen. Hier liegen die Wurzeln der Emanzipation der Frauen in Papua.
4. Die Missionen führten mit Krankenhäusern und Polikliniken westliche Heilungsmethoden ein. Oft waren die Menschen beeindruckt von den Möglichkeiten der Krankenheilung, die es bisher in ihrer traditionellen Kultur nicht gegeben hatte. Manchmal wurden sie gerade dadurch motiviert, sich der Mission zuzuwenden.
5. Durch viele Außenkontakte infolge der Missionsarbeit gab es natürlich auch negative Einflüsse, die niemand hätte verhindern können: Geldwährung wurde eingeführt, es tauchten Krankheiten auf, die es früher nicht gab, Händler erschienen auf der Bildfläche, die die Unerfahrenheit der Bevölkerung ausnutzten, und die Regierung eröffnete Posten, die oft mit schlecht qualifiziertem Personal besetzt waren, u.a.m.

Inzwischen gehören 90 Prozent der Papua einer christlichen Kirche an, die alle eine eigene einheimische Führerschaft haben. Ausländische Missionare arbeiten noch hier und da mit, spielen aber keine führende Rolle mehr in den Kirchen. Ein Teil der Missionare in der frühen Missionsphase hat die Kultur der Papua sicherlich respektlos behandelt. Sie hatten den Wunsch, die Menschen für Christus zu gewinnen, und das hieß, sie von den alten Bräuchen zu trennen. Aber viele Missionare haben als Sprachforscher und Ethnologen dazu beigetragen, dass Sprache und Kultur doku-

mentiert wurden und so erhalten blieben. Ein vorbildliches Projekt wurde von der Bibelschule der GKI in Apahapsili durchgeführt. Die Studenten selbst sammelten Ursprungsmythen der Yali in ihren eigenen Dörfern, indem sie die Alten befragten. Aus der Sammlung entstand dann ein Mythenbuch, das nicht nur dokumentiert, sondern in kleinen Reflektionsabschnitten eine Gegenüberstellung von Mythologie und biblischer Botschaft vornimmt.<sup>60</sup>

Dr. Benny Giay macht in seinem Vorwort zur indonesischen Ausgabe eines Buches des niederländischen Missionars F.J.F. van Hasselt, der von 1894 bis 1931 in West-Neuguinea arbeitete, folgende Anmerkung<sup>61</sup>: *„Wir müssen dies Buch kritisch lesen. Es wurde durch einen westlichen Missionar des vorigen Jahrhunderts geschrieben. Damals gebrauchten er – und andere Missionare – das Evangelium, um die Vision einer Gesellschaft „nach seinem Bilde“ zu verwirklichen. Haben sie damals nicht die Gesellschaft zerstört und die Papua zu einem passiven Objekt gemacht? Hat nicht ein bestimmtes Verständnis des Evangeliums das Volk zerstört? Ein Student sagte vor einiger Zeit: Der 5. Februar und der 6. April<sup>62</sup> sollten Erinnerungstage daran sein, dass von diesen Tagen an die systematische Zerstörung des Selbstbewusstseins und der Identität der Papua durch den Westen begann. Dabei benutzte er die westlichen Missionsorganisationen als Instrumente.“*

Benny Giays Kritik an den Missionaren, die von vielen seiner Schüler übernommen wurde<sup>63</sup>, richtet sich darauf, dass diese „ihre Vision einer Gesellschaft nach ihrem Bilde“ verwirklichen wollten und dabei die „Identität der Papua“ zerstört hätten. Er meint, dass das Evangelium nicht in einer der Kultur der Papua angepassten Form gebracht worden sei. Er fährt an der Stelle fort: *„Ich hoffe, dass durch dies Buch die Papua angeregt werden, sich zu erheben und aktiv an dem großen Programm mitzuarbeiten: eine geistige Dekolonisierung, bei der sie Abstand nehmen und sich befreien von Vorstellungen, Ideen und Überzeugungen, die von Missionaren, Kirchen und auch von der indonesischen Regierung über die Papua aufgestellt wurden. Sie sollen sich erheben und ihr Leben neu ordnen auf dem Fundament des Evangeliums und ihrer eigenen Identität.“*

Giay kritisiert nicht das Evangelium, den christlichen Glauben, sondern die Art und Weise, wie die Missionare es vermittelt haben. Der Kernpunkt des Vorwurfs an die Missionare ist der, dass sie die einheimische Kultur, die sie vorgefunden haben, nicht genügend respektiert hätten. Daher sei es ihnen nicht gelungen, das Evange-

60 *Di belakang Gunung terbitlah Terang*, Jayapura, 2003

61 F.J.F. van Hasselt, *Di Tanah Orang Papua*, Jayapura, 2002, S. VIII

62 Der 5. Februar 1855 ist der Erinnerungstag an die Landung der ersten Missionare auf der Insel Mansinam. Der 6. April 1963 ist Gründungstag der GKII, der Gereja, Kemah Injili Papua.

63 Ismael R. Silak nennt die Verbrennung sakraler Gegenstände durch Papua-Christen bei den Yali den Beginn der Zerstörung der Yali-Kultur.



lium auf eine Weise zu bringen, die die Identität der Papua ungebrochen ließ. Er sieht allerdings, dass nicht nur die Missionare, sondern auch die Kolonialregierungen – er unterscheidet nicht zwischen der niederländischen und der indonesischen – eine Mitschuld an der Zerstörung der Identität der Papua tragen. John Rumbiak analysiert ähnlich. Er sagt: „*Wir müssen die psychologischen Wunden der Unterdrückung heilen. Papua sind frustriert, ihre Seelen wurden gebrochen.*“<sup>64</sup> Ihre „Seelen wurden zerbrochen“, weil die Papua immer zu Objekten unterschiedlichster Interessen gemacht wurden und nie die Gelegenheit hatten, sich als Subjekt zu entfalten und damit ihr Selbstbewusstsein wieder zu gewinnen. Was Giay und Rumbiak als tragische Entwicklung beklagen, lässt sich teilweise der Mission und der Kolonialisierung zuschreiben. Die Papua-Gemeinschaften waren dem Einfluss der modernen Welt ausgesetzt, die überall in der Welt Veränderung und Wandel brachte. Natürlich waren Mission und Kolonialregierung Repräsentanten dieser Moderne, doch niemand hätte verhindern können, dass nicht eines Tages die Wellen der Moderne – auch ohne Mission – an die Strände Neuguineas geschlagen wären.

### *Die Kirchen*

Die größte und älteste Kirche ist die Evangelisch-christliche Kirche im Lande Papua (*Gereja Kristen Injili di Tanah Papua*, GKI), die aus der Missionsarbeit holländischer und deutscher Missionare hervorgegangen ist. An zweiter Stelle steht die katholische Kirche. Dann folgen eine Reihe von protestantischen Kirchen, die ihre Gemeinden vorwiegend im Hochland haben und aus der Arbeit amerikanischer, australischer und niederländischer Missionare seit den 1950er Jahren hervorgegangen sind. Schließlich gibt es Adventisten, Pfingstkirchen und eine Reihe von Kirchen, die von indonesischen Zuwanderern gegründet oder aus ihrer Heimat „mitgebracht“ wurden.<sup>65</sup>

Die Kirchen spielen im gesellschaftlichen Leben eine große Rolle. Ihre Mitglieder haben oft hohe Erwartungen an die Kirchen. Erwartungen, die sich auf die sozial-politische Situation beziehen: Hilfe bei der Verbesserung der Lebenssituation, auch in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wirtschaft, Lobby gegenüber der indonesischen Regierung bei Menschenrechtsverletzungen u.a. In der GKI und auch in der katholischen Kirche hat das sozial-politische Bewusstsein eine lange Tradition. Es wird vom Wächteramt oder vom prophetischen Amt der Kirche geredet. Unter der indonesischen Verwaltung war es jedoch für die Kirche lange Zeit fast unmöglich, das prophetische Amt wahrzunehmen und gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen. Kritik galt als subversiv, nach indonesischer Rechtsprechung als ein

64 John Rumbiak, *From the Ashes of Empire*, in: Inside Indonesia, July-September 2001, S.5

65 siehe Tabelle 4 und 6 im Anhang.

Straftatbestand. Trotzdem hat die Kirche immer wieder den Dialog mit der Regierung und auch mit der Militärführung über bestimmte Problemfälle aufgenommen: verhaftete Pfarrer, Evangelisten, Theologiestudenten, inhaftierte Gemeindeglieder, Menschenrechtsverletzungen.

Die protestantische GKI hatte es aus zwei Gründen schwer, eine kritische Haltung einzunehmen: einmal waren ein großer Teil ihrer Mitglieder indonesische Zuwanderer mit z.T. hohen Positionen im Regierungsapparat. Zum anderen hatten eine Anzahl ihrer Pfarrer Ämter in Parlamenten und Regierung. Daher war die GKI gebunden und abhängig. Die katholische Kirche war freier. Von 1990 an erkannten die Kirchen immer deutlicher, dass sie die Aufgabe hatten, sich gegen Menschenrechtsverletzungen auszusprechen. Sie erstellten verschiedene Berichte über die sozial-politische Situation. Der Bericht der GKI kam 1992 unter dem Titel *Untuk Keadilan dan Perdamaian (Für Gerechtigkeit und Frieden)* heraus, wurde aber nur in einem kleinen Kreis von kirchlichen Partnern verbreitet und blieb unbekannt. Der Bericht der Katholischen Kirche 1995 dokumentierte die Menschenrechtsverletzungen in Timika und wurde von *amnesty international* aufgenommen und daher international bekannt. Seitdem wuchsen die Kirchen immer mehr in ihre Rolle als Anwalt der Unterdrückten und Entrechteten hinein. Im Januar 2004 wurde der „Rat der Kirchen von Papua“ gegründet. Seitdem sprechen die Kirchen oft gemeinsam, oder schreiben einen gemeinsam unterzeichneten Brief, wenn sie gegenüber der Regierung oder der Öffentlichkeit auf ein Problem hinweisen wollen. Die Repräsentanten anderer Religionen, etwa Muslime, Hindus, Buddhisten, sind in diese Aktivitäten oft eingebunden. Wenn es um Frieden oder Menschenrechte geht, sprechen alle Religionen oft mit einer Stimme.

In den letzten drei oder vier Jahren haben die Kirchen gemeinsam eine Kampagne aufgegriffen, die sich *Papua, Land of Peace* nennt. Die Kampagne wurde von Yusuf Tanawany 1999 initiiert, nachdem er mit dem sogenannten *Team 100* in Jakarta bei Präsident Habibie die Unabhängigkeit gefordert hatte. Ziel der Kampagne ist, die Bevölkerung trotz aller Provokationen friedlich zu halten, die versprengten kleinen OPM-Gruppen (Operation Free Papua) auf eine friedliche Politik einzuschwören und das friedliche Miteinander von verschiedenen Papua-Gruppen und von Papua und zugewanderten Indonesiern zu festigen. Es ist bezeichnend, dass die Armee die einzige Gruppe war, die sich gegen diese Kampagne ausgesprochen hatte. Heute ist der Begriff *Papua, Land of Peace* in aller Bewusstheit und gilt als politisches Programm der Papua. Die Papua wollen bewusst einen anderen Weg gehen als Aceh und auf jeden Fall vermeiden, dass Papua ein zweites Aceh wird<sup>66</sup>.

66 In der Provinz Aceh an der Nordspitze Sumatras führt die indonesische Armee seit Mai 2003 einen Krieg gegen die Freiheitsbewegung der Acehnesen, des facto einen Krieg gegen die Bevölkerung.

### *Die Kirche im Visier der Regierung?*

Die Kirchen waren für die indonesische Regierung immer schwer einzuschätzende Organisationen. Deswegen gab sich die Regierung alle Mühe, die Kirchen zu beobachten, Kirchenführer durch Angebote von Regierungsämtern an sich zu binden und sie zu kontrollieren. Einer der massivsten Eingriffe war das Gesetz, mit dem alle religiösen Organisationen verpflichtet wurden, die Pancasila, die Präambel des indonesischen Grundgesetzes, als einzige Grundlage in ihre jeweilige Kirchenordnung aufzunehmen (Gesetz Nr. 8/1985). Dies Gesetz erlaubte der Regierung sogar, Kirchenleitungen abzusetzen. Die Kirchen Papuas standen unter besonderer Beobachtung, da man ihnen vorwarf, mit der Unabhängigkeitsbewegung zu sympathisieren. Als 100 Delegierte aus Papua am 26. Februar 1999 von Präsident Habibie empfangen wurden und überraschend die Unabhängigkeit forderten, waren unter ihnen mindestens 11 Pfarrer, die die Erklärung unterzeichnet hatten. Später wurden einzelne Pfarrer deswegen vor Gericht gestellt und zum Teil zu Gefängnisstrafen verurteilt. Am 10. März 2001 wurden Pfr. Obed Komba und Pfr. Yudas Meage zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt<sup>67</sup>. Pfr. Herman Awom wurde 2002 verurteilt, brauchte aber keine Gefängnisstrafe antreten<sup>68</sup>.

Trotzdem war es den Kirchenführern in den letzten Jahren, etwa seit 1998 möglich, besondere Anliegen auch der Militärführung vorzutragen. Ob solche Schritte allerdings zu Veränderungen führten, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich lag auch der Regierung an einem entspannten Verhältnis zu den Kirchen.

## **IV. Neue Identitäten mittels künstlerischer Artikulation (Poesie, Musik, Schnitzerei, Architektur)**

Dr. Benny Giay verdeutlicht in seinem Artikel über die „Kontrolle der Gedankenfreiheit in Papua“, wie misstrauisch die indonesischen Autoritäten gegenüber Veröffentlichungen zu Papua waren und bis heute sind<sup>69</sup>. Diese Situation war für die Papua wenig ermutigend und nicht gerade motivierend, sich mit den eigenen Traditionen zu beschäftigen. Es gab in den 1960er und 1970er Jahren nur wenig ausgebildete Papua, die eine solche Aufgabe hätten anpacken können. Hinzu kam ein anderes Phänomen. Unter dem Eindruck einer indonesischen Ideologie von Aufbau, Entwicklung und Fortschritt gab es in den 1970er Jahren eine Phase, in der die Papua ihre eigene Kultur als ein Hindernis auf dem Wege zu diesem Fortschritt

67 *West Papua Rundbrief* Nr. 18, Mai 2001, S. 56

68 *West Papua Rundbrief* Nr. 22, Juni 2002, S. 16

69 *West Papua Rundbrief* Nr. 32, Oktober 2004, S.19-23

betrachteten. Die Ideologie des Aufbaus (*pembangunan*) übte eine gewisse Faszination aus. Die indonesische Sprache und Schulbildung waren auch in den Augen führender Papua wichtiger als die Traditionen des eigenen Volkes. Die Lokalsprachen standen im Verdacht, das Volk zu spalten. Muttersprachliche Bibelübersetzungen waren nicht sehr beliebt.

Anfang der 1980er Jahre änderte sich das Bild. Es gab eine Reihe junger Papua, die ihr Studium abgeschlossen hatten und neu über die eigene Kultur nachdachten. Man spricht sogar von einer Art Auferweckung (Revival) des Interesses für die Papua-Kultur. Dies ist vor allem einem Mann zu verdanken, dem Anthropologen Arnold Clemens Ap.

*Arnold Clemens Ap – ein neues Selbstbewusstsein der Papua*

Am 26. April 1984 wurde Arnold Ap von Kopassus-Soldaten in der Nähe von Jayapura erschossen. Tage zuvor war er noch im Gefängnis von Jayapura gesehen worden. Dort war er seit dem 30. November 1983 gefangen gehalten worden. Später wurde erzählt, dass man ihm, seinem Freund Eddie Mofu und einigen anderen Insassen des Gefängnisses gesagt habe, sie könnten das Gefängnis verlassen. Draußen wurden sie dann liquidiert. Es sollte so aussehen, als seien sie auf der Flucht erschossen worden. Inzwischen ist bekannt, dass der Mord in Jakarta angeordnet worden war<sup>70</sup>.

Arnold Ap war Anthropologe und hat sich um die Erhaltung der Kultur der Papua verdient gemacht. In einem kleinen Museum der Cendrawasih-Universität, dessen Kurator er nach seinem Studium wurde, sammelte er Gegenstände der materiellen Kultur der Papua. Am 15. August 1978 gründete er mit einigen Freunden die Musik-, Tanz- und Theatergruppe *Mambesak*, die bald in ganz Papua und auch darüber hinaus bekannt wurde. Arnold Ap stammte zwar aus Biak-Numfor, aber es lag ihm daran, kulturelle Elemente aller Regionen Papuas bekannt zu machen. Er sammelte Lieder verschiedener Papua-Stämme, brachte sie mit *Mambesak* zu Gehör und produzierte damit auch Musikkassetten, die bald überall im Land verbreitet wurden. Im lokalen Radiosender hatte er einmal in der Woche Gelegenheit, Lieder aus verschiedenen Regionen Papuas vorzustellen. Jeden Samstag versammelten sich junge Leute, Studenten und Schüler vor dem Museum. Arnold Ap übte Lieder und Tänze mit ihnen ein und vermittelte ihnen so eine neue Wertschätzung der eigenen Kultur. Dadurch gelang es ihm, ein übergreifendes Bewusstsein von Papua-Identität zu schaffen und die Gegensätze zwischen den unterschiedlichen Stammesgesellschaften

<sup>70</sup> Information von Dr.W.H.Vriend, der mit hohen Beamten in Jakarta darüber gesprochen hat. Es gibt verschiedene Versionen über den Tod Arnold Aps. Eine ausführliche Schilderung einer Version findet sich bei Vlasblom, 573f.

ten zu überbrücken. Damals konnten die Papua ihre Gefühle nur in der Musik ausdrücken. Seine Freunde sagen noch heute: „Er hat die Papua geeint.“ Eines seiner Lieder endete mit dem Refrain: „Nur eines wünsche ich und sehne mich danach – das ist Freiheit.“ Damit hatte er einen politischen Ton angeschlagen. Es ist nicht verwunderlich, dass er mit seinen Liedern und dem großen Einfluss, den er ausübte, das Misstrauen der indonesischen Machthaber weckte. Anfang der 1980er Jahre wurde er mehrfach verhört. Als die Machthaber glaubten, sie könnten ihm eine Verbindung zur OPM nachweisen, war sein Todesurteil besiegelt<sup>71</sup>. Bis heute gilt Arnold Ap als der Begründer einer neu erwachten Identität der Papua. Er lebte den Papua vor, stolz auf ihre eigene Kultur zu sein.

In den folgenden Jahren wurden viele Tanz- und Musikgruppen gegründet. Heute gibt es in Papua 20 bis 30 solcher Gruppen. Die Kulturabteilung der Provinzregierung veranstaltet von Zeit zu Zeit ein „Kulturfest“, zuletzt im August 2004, bei dem auch ein Wettstreit zwischen den Gruppen stattfindet<sup>72</sup>.

Dance Rumbiak erzählt: *„Vor 12 Jahren (1992) habe ich hier in Biak die Tanzgruppe Mayowa gegründet. Mayowa ist der Name eines Ahnen. Wir führen traditionelle Tänze auf, die sich auf alte Legenden und Mythen beziehen und sich an alten Liedern orientieren. Ich habe keine Kurse mitgemacht, sondern von den Alten gelernt, wie sie sich früher bewegt haben. Ja, es soll an der Universität Kurse für Choreographie geben, davon habe ich gehört. Wir holen uns bei den Proben gelegentlich die Alten dazu, die dann die Bewegungen korrigieren. Unsere Gruppe besteht aus etwa 15 bis 20 Mitgliedern. Wir suchen immer wieder junge Leute, die sich anleiten lassen, mitzumachen. Wir kommen nur zusammen, wenn wir einen Auftritt vorbereiten, vielleicht zwei oder drei Mal im Jahr. Wenn hoher Besuch aus Jakarta kommt, bittet uns der Bupati aufzutreten. Die Regierung schätzt die Arbeit der Gruppen, gibt jedoch keine finanziellen Zuschüsse. Es gibt in Biak noch eine andere Gruppe.“*

*Wir sind einmal in Jakarta gewesen zu einem nationalen Fest, bei dem mehrere Gruppen auftraten. Wir haben ein Repertoire von 5 bis 6 Tänzen. Viele Tänze stellen eine kriegerische Auseinandersetzung dar. So geht es in einem der Tänze um die Gefangennahme eines Jungen der Gegenseite, der Sklave werden soll. Hintergrund ist der Brauch, sich in einem fremden Dorf Jungen und Mädchen als Sklaven zu rauben. Normalerweise wird der geraubte Junge oder das Mädchen einer geachteten Familie zugewiesen, oft der Familie des Dorfoberhauptes. Wenn er sich gehorsam anpasst, erhält er alle Kindesrechte, einschließlich des Erbrechts. Ist er störrisch,*

71 Quelle u.a. Jason McLeod; *Memory of Arnold Ap – Singing for Life*.

72 *Harian Media Indonesia* vom 06 August 2004 berichtet von einem *Pesta Budaya III* vom 4. bis 8. August 2004 in Jayapura. Der Artikel betont den kommerziellen Aspekt dieses Kulturfestes.

wird er geschlagen und bestraft. Bei Konflikten wird er allerdings spüren, dass er nicht als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft angesehen wird. Wurde ein Mädchen geraubt, so kann dies später zu einem Friedensschluss zwischen den beiden verfeindeten Gruppen führen. Das Mädchen wird als Erwachsene für die Geburt von Nachkommen sorgen. Damit etabliert sich ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen den Gruppen, das keine Feindschaft mehr zulässt.“ Soweit Dance Rumbiak<sup>73</sup>.

Eine der Musikgruppen hat sich unter dem Namen *Black Paradise* zusammengefunden und knüpft an die Tradition Arnold Aps an. Sie nennt sich auch *Spirit of Mambesak*. Höhepunkt dieser Gruppe war eine Tournee durch Australien im Jahr 2000, bei der eine CD produziert wurde. Sie nahm von Arnold Ap gesammelte Lieder aus verschiedenen Regionen Papuas in ihr Repertoire auf. Sie produzierte eigene Lieder, so z.B. das Lied, das Arnold Ap und Sam Kapisa als zwei Paradiesvögel besingt, die das Papua-Volk einigen wollten. Doch sie wurden deswegen von den Machthabern getötet<sup>74</sup>. Die Gruppe, die zum Teil aus Mitarbeitern einer Menschenrechtsorganisation bestand, konnte ihre Arbeit in Papua nicht fortsetzen, da ihre Lieder zu politisch waren. Die Tendenz bei allen Musikgruppen ist zur Zeit eine deutliche Hinwendung zu elektronischer Musik. Damit treten traditionelle Instrumente und Melodien in den Hintergrund. Gern werden auch Video-CDs produziert, bei denen im Hintergrund Landschaften und die Natur Papuas gezeigt werden.

### Lyrik

Moderne Lyrik, die nicht an Melodien gebunden ist, hat sich erst entwickelt, als sie aufgeschrieben werden konnte. Aber in ihr ist noch die alte Form des *Parallelismus membrorum* erkennbar. Jance Inggamer hat das ganze Leid der Papua 1994 in ein Gedicht – in eine lyrische Klage – gebracht:

Ihr Wolken am Himmel, ihr Vögel in der Luft,  
 ihr stummen Berge, ihr Seen und Flüsse,  
 ihr Fische im tiefblauen Meer,  
 ihr Inseln von weißen Korallen,  
 neigt eure Ohren her und hört,  
 hört das Weinen der Kinder des Landes,  
 hört ihr trauriges Singen und Klagen,  
 die Trauer, die du zum Opfer bringst,  
 die Trauer, die dir zum Erbe wurde,  
 der Schmerz, so voller Geheimnis,  
 Geheimnis von dir.

73 Interview mit Dantje Rumbiak am 23.07.2004

74 siehe im Anhang III einige Lieder der Gruppe Black Paradise.

Du Blüte des Kambodja-Strauches<sup>75</sup>,  
 verschließe nicht deine Augen, öffne sie,  
 damit du ihr Leiden siehst und bezeugst.  
 Freust du dich nicht, wenn sie gequält werden?  
 Ist ihr Leiden nicht das, was du willst?

Du Möwe, ich bitte, grüße die Sonne von den Kindern des Landes,  
 Du Reiher, ich bitte, grüße von ihnen die Muscheln am Meer.

(denn ich weiß nicht – zu wem  
 können die Kinder des Landes ihre Klage erheben?)

Die Tragik besteht darin, dass solche und viele andere Äußerungen von Leiden, Frustration und Hoffnungslosigkeit von den meisten Indonesiern nicht zur Kenntnis genommen werden – und schon gar nicht von der Regierung. Musik, Literatur und künstlerische Gestaltung sind nur innerhalb eines bestimmten vorgegebenen Rahmens erlaubt. Geistige Freiheit ist immer nur eine eingeschränkte Freiheit. Alle kulturellen Äußerungen der Papua unterliegen von vorn herein einer Vorverdächtigung. Es ist Sache der Politik zu entscheiden, ob Kultur mit dem Stempel „separatistisch“ versehen werden muss oder ob sie geduldet werden kann.

### *Die künstlerische Gestaltung von materieller Kultur und ihre Kommerzialisierung*

Künstlerische Gestaltung wie Schnitzen und Malen war in der Kultur der Papua eng mit ihrer Religion verbunden. Mit der Christianisierung entfiel die religiöse Motivation für solche Kunstausübung. Doch bald entdeckten die Papua, dass der Tourismus einen Markt für Schnitz- und Malarbeiten und andere Ornamentik schafft. Zunächst setzte ein Ausverkauf der alten, originalen Kult- und Gebrauchsgegenstände ein. Dann wurden Imitationen oder Modelle hergestellt, die sich verkaufen ließen. Es gibt in Jayapura ca. 50 Geschäfte und Stände, an denen mehr oder weniger gelungene, kunsthandwerkliche Gegenstände gekauft werden können. Auch in anderen größeren Städten und in Hotels gibt es Souvenirläden, und selbst in Jakarta findet sich Kunsthandwerk aus Papua im Angebot von Läden und Supermärkten. Ein Supermarkt in Jakarta versuchte die Aufmerksamkeit seiner Kunden dadurch auf sich und sein Angebot zu ziehen, dass in der Eingangshalle ein Asmat aus Papua saß und Trommeln schnitzte.

<sup>75</sup> Der Kambodja-Strauch ist in Asien überall auf den Friedhöfen zu finden. Im Gedicht freut er sich, wenn er seine Aufgabe, die Toten zu beschirmen, erfüllen kann. Vgl. ein anderes Beispiel im Anhang IV

Die Kommerzialisierung der Kunstfertigkeit der Papua hat ihre positiven und negativen Seiten. Es ist durchaus positiv zu sehen, dass Menschen auf diese Weise ihren Lebensunterhalt verdienen können. Es gab eine Reihe von Initiativen, Papua-Kunst zu erhalten, indem Märkte gesucht und die Künstler ermutigt wurden, für den Verkauf zu arbeiten. Der schon erwähnte Dance Rumbiak ist nicht nur Choreograph, sondern auch Holzschnitzer. Er lebt weitgehend vom Verkauf gesammelter und selbst hergestellter Figuren. Er sagt: *„Schnitzen ist ein Bewahren der Kultur. Auch in der kommerziellen Schnitzkunst lebt die Kultur weiter. Schnitzen bedeutet für mich, dass meine Seele gesund ist. Was ich an Sorgen und Problemen im Kopf habe, lege ich in meine Arbeit hinein.“*<sup>76</sup> Es gibt allerdings auch für ihn eine Grenze, wenn es nur noch um Ausbeutung von Kultur geht, ohne dass sie und ihre Schöpfer gewürdigt werden. Der Asmat-Schnitzer im Supermarkt in Jakarta ist für ihn eine lebende Attraktion und wird eigentlich nicht wie ein Mensch behandelt, sondern zum Objekt gemacht. Im übrigen verdienen vor allem indonesische Händler und Zwischenhändler an der Kunst der Papua. Geistiges Eigentum ist nicht geschützt.

Arnold Clemens Ap hatte nicht nur Musik der verschiedenen Papua-Völker gesammelt, sondern auch ein kleines Museum aufgebaut, das die materielle Kultur der Papua bewahren sollte. Nach seiner Ermordung leerte sich das Museum, die Sammlung wurde nach und nach verkauft, verschenkt, verschleudert oder gestohlen. Es gab damals keinen politischen Willen, etwas zur Erhaltung der Kultur der Papua zu tun. Die Zeiten haben sich seit den 1980er Jahren geändert. Zur Zeit wird gelegentlich über die Bewahrung kultureller Traditionen der Papua gesprochen oder geschrieben. Der Leiter der Bauabteilung der Provinzregierung in Jayapura, Martin Howay, forderte am 24.07.2004 in einer Erklärung, dass an allen neuen Gebäuden in Papua architektonische Merkmale der traditionellen Papua-Bauweise der jeweiligen Region erkennbar sein müssten. Papua sei reich an unterschiedlicher traditioneller Architektur<sup>77</sup>. Er nahm damit eine der Forderungen auf, die auf dem II. Papua-Kongress im Jahr 2000 formuliert worden waren. Er kann sich auch auf das Gesetz zur Sonderautonomie berufen, das die Provinzregierung verpflichtet, die einheimische Kultur der Papua zu schützen, zu pflegen und weiter zu entwickeln<sup>78</sup>.

## V. Schlussbemerkungen

Niemals ist eine der Kulturen unserer Welt – auch nicht die Papua-Kulturen Neuguineas – ohne Einflüsse von außen, ohne Begegnung mit anderen Kulturen gewe-

<sup>76</sup> „Ukir berarti sehat. Apa yang susah dalam kepala dimasukkan dalam karya“

<sup>77</sup> Tageszeitung *Kompas* vom 26 Juli 2004

<sup>78</sup> Artikel 57 (1)



sen. Daher war und ist jede Kultur auch immer dem Wandel ausgesetzt, auch die Kulturen der Papua lange vor dem Kontakt mit der modernen Welt. Jedoch wurde ihr Wandel von 1855 an dadurch beschleunigt, dass Missionare sich an der Nordküste festigten und die Papua seither viele neue Eindrücke und äußere Einflüsse verarbeiten mussten. Noch etwa 50 Jahre lang schien es so, als ob diese Eindrücke und Einflüsse keine großen Auswirkungen auf die Papua und ihre Kultur ausübten. Das änderte sich erst um die Wende vom 19. in das 20. Jahrhundert, als fast alle Dörfer an der Nordküste um Lehrerbauten und überall Schulen und Kirchen gebaut wurden. Die Bitte um die Entsendung von Lehrern wurde an die Missionare gerichtet. Sie waren in dieser ersten Phase die Hauptakteure des Wandels. Die Schulbildung der jungen Generation hatte größte Auswirkungen auf die Kultur der Papua und führt bis heute zu einem dramatischen Wandel des Bewusstseins und der Identität.

Im Jahr 1898 eröffnete die Niederländische Kolonialverwaltung erstmals eine feste Station in West-Neuguinea. Damit betrat ein neuer Akteur die Bühne. Die Ziele der Regierung waren Exploration und Pazifikation, Erforschung des Landes und Befriedung der Stammesgesellschaften. Ein neues Recht wurde durchgesetzt. Kriege, Überfälle und Raubzüge wie auch Widerstand gegen die Regierung waren jetzt strafbar und wurden oft mit harter Gewalt geahndet. Die Regierung unterstützte sehr großzügig die Bemühungen der Kirchen um Bildung und Ausbildung und bildete selbst Regierungsbeamte für die staatlichen Dienstleistungen aus. Zur Erforschung des Landes gehörte auch die Erschließung von Bodenschätzen. Schon in niederländischer Zeit gab es Holzeinschlag, Steinkohleabbau und Erdölförderung. Allerdings war das Ausmaß des Abbaus von Bodenschätzen lächerlich gering im Vergleich zu der Ausbeutung, die heute durch die indonesische Regierung in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Unternehmen geschieht.

Ein neuer Anstoß, der das Bewusstsein der Papua stark beeinflusste, war die japanische Besetzung und die Befreiung durch amerikanische Truppen 1942-1945. Die militärische Niederlage der Kolonialverwaltung, die Internierung aller Niederländer / Europäer, die unglaubliche Brutalität der japanischen Truppen und der amerikanischen Aufmarsch mit nie gesehenen Mengen von Kriegsmaterial hat bei den Papua einen Reflexionsprozess in Gang gesetzt, der sie fragen ließ, warum und wieso sie selbst nur ein Spielball fremder Mächte sind. Mit dem zweiten Weltkrieg war – wie in Indonesien und anderen Ländern unter einer europäischen Kolonialverwaltung auch – der Wille erwacht, einen eigenen politischen Weg zu gehen. Nach Kriegsende gab es dann pro-indonesische Papua, die mit Indonesien zusammen in die Unabhängigkeit gehen wollten. Es gab aber auch Befürworter einer völligen Unabhängigkeit West-Papuas nach einer Übergangszeit unter niederländischer Verwaltung. Gegen Ende der 1950er Jahre wollte die Mehrheit der politisch bewussten Papua einen unabhängigen Staat, keineswegs einen Anschluss an Indonesien. „Wir sind Melanesier, keine Indonesier!“ Dieser Satz zeigte das Bewusstsein der Papua.

Im übrigen erlebte Indonesien in dieser Zeit viele innere Auseinandersetzungen, einen wirtschaftlichen Niedergang und war wenig attraktiv als unabhängiger Staat. Die Niederlande leisteten von 1950–60 einen großartigen Aufbau, vor allem im Bildungsbereich und bei der weiteren Erschließung des Landes. In dieser Zeit wurde das Balim-Tal und die umliegenden Regionen des Hochlandes erschlossen. In allen Bereichen der Verwaltung und im Kleingewerbe spielten Papua eine zunehmend wichtige Rolle. Sie waren auf dem Wege, Herren im eigenen Haus und im eigenen Land zu werden.

Das sich langsam entwickelnde kollektive Selbstbewusstsein wurde zerstört, als die Indonesier am 1. Mai 1963 die Verwaltung übernahmen. Ein Teil der Papua-Elite floh in die Niederlande, nach Australien und Papua-Neuguinea, einige Führer wurden ermordet. Der Rest passte sich an und akzeptierte die Führungsrolle Indonesiens. Damit begann ein dramatischer Wandel der Kultur der Papua und ihres Selbstwertgefühls. Alle Wertvorstellungen änderten sich. Ihre Kultur wurde als primitiv angesehen, ihr Benehmen als unhöflich, ihre Bildung als ungenügend, ihre Hochachtung gegenüber den Niederländern als vaterlandsfeindlich, ihre Ehrlichkeit als Dummheit und ihre eigenen Meinungen als Aufsässigkeit. Es herrschte ein Klima von militärischer und bürokratischer Gewalt und Willkür, Unterdrückung, Missachtung aller alten Werte. Es machte sich eine Ellenbogenmentalität breit, für die Diebstahl und Korruption alltäglich waren und noch sind. Keine Frage: die kulturellen Rechte des Papua-Volkes wurden in dieser Phase mit Füßen getreten.

Nicht nur Akteure wie Mission, Kolonialverwaltung und indonesische Regierung haben den Wandel und die teilweise Zerstörung der Kultur der Papua bewirkt. Auch die technische Modernisierung bewirkte einen Wandel. Die Stahlaxt ersetzte das Steinbeil, das Flugzeug ermöglichte Begegnungen, die bisher undenkbar waren. Das Radio hielt Einzug in die Dörfer, die Geldwährung veränderte den Tauschhandel. Keine Kultur kann sich gegenüber solchen Einflüssen abschotten. Wurden diese Einflüsse den Papua aufgezwungen? Sie hatten jedenfalls keine Möglichkeit, sich ihnen zu entziehen. Sie haben sich aktiv mit ihnen auseinandergesetzt und sich der jeweiligen Situation optimal angepasst. Sie wollen sicher nicht zurück in die Zeit ihrer Großväter. Doch sie erkennen, dass Werte zerstört wurden, die besser bewahrt und erhalten geblieben wären. Sie fordern das Recht ein, sich mit ihrer Vergangenheit und den alten Werten auseinander zu setzen.

Die Beachtung der kulturellen Rechte im Sinne der Konventionen der Vereinten Nationen heißt Respektierung, Würdigung und Schutz einer Kultur, die noch immer als Grundlage der Identität eines Volkes anzusehen ist. Die Kulturen der Papua-Stammesgesellschaften haben diesen Respekt unter der indonesischen Regierung nicht erfahren. Die Regierung ist ihrer Verpflichtung, kulturelle Werte zu schützen, nicht nachgekommen. Diese Rechte müssen eingefordert werden. Dabei sind einige Punkte besonders hervorzuheben:

- (1) Das Recht auf geistige Freiheit. Ohne diese Freiheit haben die Papua nicht die Möglichkeit, sich mit ihrer Vergangenheit auseinander zu setzen und eine Vision für die Zukunft zu entwickeln. Das bezieht sich nicht nur auf die politische Vergangenheit und Zukunft, sondern auf einen Diskurs über Wertvorstellungen: Von welchen Zwängen möchte man sich befreien? An welchen Werten möchte man sich orientieren? Die Voraussetzungen für diesen Diskurs sind Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit.
- (2) Das Recht Anerkennung ihrer Menschenwürde, auf Gleichheit vor dem Gesetz als Bürger Indonesiens. Alle Formen von Diskriminierung, Marginalisierung und Rassismus müssen unterbunden werden.
- (3) Das Recht auf ihr Land. Wenn ihnen ihr Land genommen wird, wird ihnen auch das Leben genommen. In Verbindung mit ihrem Land finden sie ihre Identität. Das Recht auf Leben bedeutet das Recht auf den Besitz des Landes. Modernes Recht muss behutsam an das traditionelle Recht angepasst werden.
- (4) Das Recht auf Würdigung, Anerkennung und Schutz ihrer Kultur. Die Papua-Kultur muss in der Öffentlichkeit deutlichere Würdigung erfahren und darf der javanischen Kultur nicht nach- oder untergeordnet werden.

Der Zweite Papua-Kongress hat diese Forderungen deutlich formuliert, wie in der Einleitung gezeigt wurde. Nur wenn diese grundlegenden Rechte beachtet, respektiert und gewährt werden, haben die Papua eine Zukunft in dieser Welt.

## Literatur

### *Bücher; Dokumente*

- Alua, Agus A., *Kongres Papua 2000*, Jayapura, 2001  
 de Bruin, Victor Jean, *Het verdwenen Volk*, Bussum, 1978  
 Gardener, Robert u. Heider, Karl G., *Dugum Dani*, Leben und Tod der Steinzeitmenschen  
 Neuguineas, Wiesbaden, 1969  
 Giay, Benny, *Zakheus Pakage and his Communities*, Amsterdam, 1995  
 Giay, Benny, *Menuju Papua Baru*, Jayapura, 2000  
 Held, G.J., *De Papoea – Cultuurimprovisator*, s'Gravenhage, 1951  
 Kamma, F.C., *De Messiaanse Koreri-bewegingen in het Biaks-Noemfoorse cultuurgebied*, den Haag, o.J.  
 Koch, Klaus Friedrich, *Conflict and its management among the Jali people of West New Guinea*, Ann Arbor, Michigan, 1967  
 Mansoben, Johsz R., *Sistem Politik Tradisional di Irian Jaya*, Leiden, 1995  
 Sudarnan, Dea, *Asmat*, Jakarta 1984

- van Hasselt, F.J.S., *Di Tanah Orang Papua*, Jayapura 2002
- Vlasblom, Dirk, *Papoea – Een Geschiedenis*, Amsterdam, 2004
- Wospakrik, F.A., (Ed.) *Hak dan Kewajiban Rakyat Papua*, Jayapura, 2001
- Zöllner, Siegfried, *Lebensbaum und Schweinekult*, Wuppertal, 1977
- Zöllner, Siegfried, *The Religion of the Yali in the Highlands of Irian Jaya*, Goroka, 1988
- Di belakang Gunung terbitlah terang*, Jayapura 2003
- Papua Barat – Kronologi Sejarah*, Vol.I, 1999
- Papua dalam Angka 2002*, Jayapura
- Yale Law School, *Indonesian Human Rights Abuses in West Papua: Application of the Law of Genocide to the History of Indonesian Control*, New Haven, 2004

#### *Artikel in Zeitschriften*

- Beanal, Tom *Vor der MR-Kommission der VN am 19.4.1999*, in: WP Rundbrief Nr. 11/ Juni 1999 S. 44;
- Kusch, Andreas, *Irian Jaya zwischen Stammeskultur und Moderne*, in: Evangelikale Missiologie 13, 1997
- Rumbiak, John, *From the Ashes of Empire*, in: Inside Indonesia July – September 2001
- Saud, Hermann, *Wir haben schwarze Haut, wir haben Kraushaar*, in: WP-Rundbrief Nr. 26 / Juni 2003, S. 38
- Tebay, Neles K., *Why Papuans want to secede from Indonesia*, in: The Jakarta Post, December 2, 1999,
- Tebay, Neles K., *Government must recognize, address the Papuans need for democracy*, in: The Jakarta Post.com, Opinion, August 10, 2004.

#### *Zeitungen und Zeitschriften*

- Evangelikale Missiologie, 1997
- Fokus Kompass vom 25. Nov. 2001, Jakarta
- Harian Media Indonesia vom 6. August 2004
- Inside Indonesia 2001
- Kompas vom 26. Juli 2004
- The Jakarta Post vom 2. Dezember 1999
- West Papua Rundbrief, Wuppertal, Nr. 11 / Juni 1999; Nr. 18, Mai 2001; Nr. 22, Juni 2002; Nr. 26 / Juni 2003; Nr. 32, Oktober 2004

*Manuskripte*

Binur, Macx, *Teges Maladum – Tanah Pusaka Suku Moi* (ms 2004)

Giay, Benny, *Penggunaan Bahasa dan Wadah Gereja/agama di Papua* (ms 2000)

Ipenburg, At, *Church History of Papua* (ms 2004)

Kareth, M. Ferry SH, *Pemilikan Tanah Adat dan Pembangunan di Irian Jaya* (ms, 1998)

Kwambre, Hubertus, *Perjuangan orang Wie Khya berhadapan dengan perusahaan perkebunan kelapa sawit dan proyek pemukiman Transmigrasi*, Arso (ms 1997)

Silak, Ismael R. SH, *Mengambil tanah tidak beda mengambil nyawa manusia* (ms 2004)

Tebay, Neles dan Agus A. Alua, *Keberadaan Orang Papua kini dan esok* (ms 1999)

Zöllner, Siegfried, *Missions- und Kirchengeschichte der GKI* (ms 1996)

*Interviews*

Dr. Johsz R. Mansoben am 26. Juli 2004 in Jayapura

Dr. Benny Giay am 28. Juli 2004 in Jayapura

Jugendliche in Biak am 20. Juli 2004

Dance Rumbiak am 23. Juli 2004 in Biak

Gustaf Wutoy, September 2004

Welman Boba, Juli 2004

Dominggus Sohomaja, August 1998

**Anhang I***Das Urschwein*

Es war einmal eine Frau, die hatte einen jungen und kräftigen Sohn. Die Mutter selbst war ebenfalls noch jung und voller Energie. Eines Tages sagte die Mutter: „Schlage Holz, schärfe das Bambus-Messer, erhitze Steine im Feuer und sammle Gras und Blätter.“ Der Sohn tat, wie ihn die Mutter geheißen hatte. Am nächsten Tag, nachdem die Mutter ihren Rock aus Gras angelegt und ihren Tüll aufs Haupt gestülpt hatte und im Begriff war, das Haus zu verlassen, sagte sie zu ihrem Sohn: „Geh‘ und schau‘ hinter das Haus. Solltest Du dort etwas finden, töte und koche es!“ Der Sohn tat, wie ihn die Mutter geheißen hatte. Als er hinter das Haus ging, fand er dort ein riesiges Schwein. Er erlegte es mit einem Pfeil und kochte es in einer überdachten Vertiefung zwischen heißen Steinen – so wie die Leute Schweine zu kochen pflegten – und genauso, wie es ihm seine Mutter aufgetragen hatte. Als das

Schwein lange genug gegart hatte, und ehe der Sohn den Deckel von der Kochgrube nahm, verteilte er Bananenblätter auf dem Boden und formte einen Untersetzer. Dann nahm er das Schwein aus der Vertiefung und zerlegte es in Stücke, wobei er die Teile getrennt auf die Bananenblätter legte: jeweils die Vorderpfoten, die Hinterpfoten, den Kopf, den Unterleib, die Rückenpartie, das Herz, die Lunge und die Innereien. Dann bedeckte er alle Fleischstücke mit Bananenblättern. Anschließend legte er sich schlafen, wie ihn seine Mutter geheißen hatte, und da seine Mutter nicht aufzufinden war (er wusste nicht, dass sich seine Mutter in das Schwein verwandelt hatte, das er getötet und gekocht hatte).

Als er nächsten Morgen erwachte und aufstand, sah er sich um und bemerkte, dass dort, wo er die Stücke gekochten Fleisches ausgebreitet hatte – die Vorderpfoten, die Hinterpfoten, den Kopf, den Unterleib, die Rückenpartie, das Herz, die Lunge und die Innereien – nun Menschen zusammen saßen. Er hatte nichts vom Fleisch gegessen, und nun, am nächsten Tag, hatten sich die Fleischstücke in Menschen verwandelt. Hätte er etwas davon gegessen, hätte es keine Menschen gegeben. Nun aber waren viele Menschen zum Leben erweckt worden. Sie zerstreuten sich und gründeten verschiedene Dörfer, und der junge Mann wies ihnen Clan-Namen zu: Mohi, Sama, Iksomon, Pahabol, Ilindamon, Sobolimon, Punufeneon, Helembowon, Nilambowon, Kabahon, Hilimon, Salahon, Silahon, Ulunggiyon, Solongikon, Hubuson. Man sagt auch Winda und Waya dazu. Winda meint ‚die anderen‘, und Wanda ‚wir‘.

## Anhang II (Tabellen)

**Tabelle 1 – Frauenanteil bei Staatsbeamten (Auswahl)**

Jahr	Ort	Männer	Frauen	gesamt	Quote Frauen
2001	Büro des Gouverneurs u. Abteilungen	3.312	1.019	4.331	23%
	Krankenhaus	510	446	956	47%
	Regierungsbezirk Biak Numfor	4.100	459	4.559	10%
	Stadt Sorong	1.105	220	1.325	17%
	Gesamte Provinz	37.130	10.516	47.646	22%
2000	Gesamte Provinz	27.511	9.943	37.454	26%

**Tabelle 2 – Frauenanteil bei Dozenten (Vollzeit)**

<b>Jahr</b>	<b>Ort</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>gesamt</b>	<b>Quote Frauen</b>
2002	FKIP (Education)	120	39	159	24%
	FH (Law)	42	5	47	11%
	FISIP (Social and Politics)	54	15	69	22%
	FE (Economic)	39	9	48	19%

Papua dalam Angka 2002 – Badan Pusat Statistik Propinsi Papua, S. 156

Anmerkung: Bei Pfarrern/innen und Pfarramtskandidaten/innen der Protestantischen Kirche (GKI) liegt der Frauenanteil bei 45 %

**Tabelle 3 – Anzahl von Jungen und Mädchen in einer Grundschule in Sentani SD YPK Sentani im Jahr 2004**

	<b>Kelas I</b>	<b>Kelas II</b>	<b>Kelas III</b>	<b>Kelas IV</b>	<b>Kelas V</b>	<b>Kelas VI</b>	<b>Gesamt</b>
Jungen	11	24	20	23	17	16	113
Mädchen	13	20	17	21	17	15	103

Lehrer/innen: Männer: 3; Frauen: 9; Quelle: Erhebung der Frauenabteilung P3W der GKI in Abepura

**Tabelle 4 – Religionszugehörigkeit 2002**

Regierungs- bezirk	Protestant	Catholic	Moslem	Hindist	Budhist	Bezirk- total
01. Merauke	74.552	161.988	88.810	1.469	350	327.169
02. Jayawijaya	289.995	128.719	5.119	108	80	424.021
03. Jayapura	93.456	21.430	59.318	742	400	175.346
04. Paniai	26.521	21.501	360	13	10	48.405
05. Puncak Jaya	61.543	19.361	680	72	25	81.681
06. Nabire	75.736	29.450	25.371	486	233	131.276
07. Fakfak	18.315	16.689	47.332	167	65	82.568
08. Mimika	19.523	41.543	38.010	168	15	99.259
09. Sorong	34.205	20.884	39.940	585	405	95.719
10. Manokwari	147.158	16.248	37.723	1.037	472	202.638
11. Yapen Waropen	73.355	1.125	8.156	90	35	82.761
12. Biak Numfor	96.852	4.493	11.183	193	635	113.365
Stadt Jayapura	89.241	30.165	83.916	1.878	1.018	206.218
Stadt Sorong	135.218	29.434	52.411	241	680	217.984
<b>Total</b>	<b>1.235.670</b>	<b>543.030</b>	<b>498.329</b>	<b>7.249</b>	<b>4.423</b>	<b>2.288.410</b>

Papua dalam Angka 2002 – Badan Pusat Statistik Propinsi Papua, S. 197

Anmerkung: Mir scheint der Anteil der Muslime zu gering zu sein. Ich wurde aufmerksam gemacht auf eine Erfahrung, dass in Indonesien oft die Zahl der Muslime – da, wo sie in der Minderheit sind – zu gering angegeben wird.

**Tabelle 5 – Anteil der einheimischen Papua an der Gesamtbevölkerung**  
Versuch einer Berechnung anhand der Religionszugehörigkeit (Tabelle 4)

Christen insges.	1.778.700	abzügl. 20 % Zuwand.	= - 355.740	<b>1.422.960</b>
Muslim, Hindu,				
Bud. insges	510.001	davon 5 % Papua	= + 25.500	<b>25.500</b>
gesamt einheimische Papua				<b>1.448.460</b>
Gesamtbevölkerung				<b>2.288.410</b>
Anteil Papua				<b>63 %</b>

Anmerkung: Die Berechnung basiert auf der Annahme, dass etwa 20 % der Zuwanderer Christen und dass etwa 25.500 Papua Muslime sind. Der Anteil der Christen an der Bevölkerung



Indonesiens beträgt etwa 10%, in Ostindonesien jedoch 20% oder mehr. Die Zuwanderung aus Ostindonesien ist größer als die aus Java oder Sumatra.

Wenn wir jedoch davon ausgehen, dass die Zahl der Muslime zu gering angegeben ist, müsste die Berechnung anders ausfallen, d.h. der Anteil der Papua an der Gesamtbevölkerung wäre geringer. Die Zahlen datieren aus dem Jahr 2002. In den letzten Jahren hat der Zustrom aus dem übrigen Indonesien dramatische Ausmaße angenommen. Man schätzt heute den Anteil der einheimischen Papua auf ca. 55%.

**Tabelle 6**

**Statistik der Kirchen**

<b>Name der Kirche – Sitz der Leitung</b>	<b>Gründungs- datum</b>	<b>Region</b>	<b>Anzahl Gemeinden</b>	<b>Anzahl Mitglie- der</b>
Gereja Kristen Injili di Tanah Papua GKI – Jayapura	26.10.1956	Nordküste, alle große Städte, Bird's Head	1.056	650.000
Gereja Katholik, Jayapura – Sorong Timika – Agats – Merauke		Südküste, alle großen Städte	469	–543.030
Gereja Injili di Irian Jaya GIDI – Jayapura (UFM, RBMU)	1973	Östl.+ mittl. Hochland	364	177.450
Gereja Kemah Injili di Indonesia, GKII – Jayapura (CAMA)	06. 04.1963	Östl. und Westl. Hochland	913	150.000
Persekutuan Gereja – Gereja Baptis Indonesia PGBI – Jayapura (ABM)	1976	Hochland (Tiom)	110	75.000
Gereja Baptis Anugerah Indonesia – Sorong Gereja Persekutuan Kristen Alkitab Indonesia – GPKAI (Team) – Manokwari			Keine Angaben	
Gereja Protestan Indonesia GPI (GPM) - Fakfak		Manokwari, Vogelkopf	378	42.759
Gereja-Gereja Reformasi di Indonesia, GGRI (ZGK) – Jayapura	1984	Fakfak und südl. Region Digul-Region, Bomakia	112	30.682
Gereja Jemaat Protestan di Indonesia, GJPI (NRC/ZGG) – Jayapura		Östl. Hochland	56	11.779
Gereja Masehi Advent Hari Ketujuh - Jayapura		Landesweit	50	10.000
				10.523

Gereja Bethel Indonesia - Jayapura	Landesweit	104	21.707
Gereja Bethel (Gereja Pentekosta) - Jayapura		25	1.776
Gereja Bethel Pantekosta - Nabire	Nabire	1	280
Gereja Bethel Tabenakel – Biak	Biak	Keine Angaben	
Gereja Pantekosta Indonesia – Jayapura		320	2.374
Gereja Pantekosta Serikat Wilayah Irja – Nabire		4	1.425
Gereja Pantekosta Pusat Surabaya – Jayapura		19	379
Gereja Kerapatan Pantekosta – Jayapura		Keine Angaben	
Gereja Kalvari Missi Pantekosta – Jayapura		2	
Gereja Pantekosta di Irian Jaya – Jayapura		Keine Angaben	
Gereja Pantekosta Haleluyah Indonesia – Sorong	Sorong	Keine Angaben	

Den größten Teil der Zahlen stellte mir At Ipenburg zur Verfügung (persönliche Kommunikation 09.11.2004)

Die Zahlen für die Bethel- und Pantekosta-Kirchen sind dem Buch von David Neilson, *Christianity in Irian (West Papua)*, Ph.D. Thesis, University of Sydney 2000, entnommen und beruhen auf Angaben des Religionsdepartements Jayapura von 1998.

Die Zahl der Katholiken ist dem Buch *Papua dalam Angka von 2002* entnommen.

Die Zahl für die GKI ergibt sich aus der Gesamtzahl der Protestanten nach *Papua dalam Angka* abzüglich der Mitgliederzahlen der anderen protestantischen Kirchen.

## Anhang III

### *Black Paradise – Selection of Songs*

#### **1. Nit pughuluok en** (Dani-Sprache)

Yogotak nit pughuluok en  
 Hat haa lanok hiluk  
 Nit yoma logogun mene na maouk  
 Howuk halok api a sagun

#### *Deutsche Übersetzung*

Oh, mein Freund,  
 Du willst jetzt gehen  
 Und wir müssen scheiden.  
 Wir wissen nicht, wann wir uns wieder treffen –  
 Vielleicht später; gehe in Frieden.

#### **2. Muman minggil** (Auyi-Sprache - Arso)

Muman minggil kai bekhei smetwat  
 Yus yata timtom fofusu  
 Nu manggil uwel nekwaukhu  
 Semfat yemse takhul yen  
 Nase aya khwas

#### *Deutsche Übersetzung*

Die Zeit vergeht – alles ändert sich;  
 Alles, was unsere Väter uns hinterlassen,  
 Ist zu Ende gegangen.  
 Was bleibt sind Asche und Ruinen  
 Meines Heimatdorfes.  
 Die Gärten und Felder sind heruntergekommen,  
 Verlassen wie ein Waisenkind,  
 Wie ein Kind ohne Vorgeschichte.

### 3. Awin sup ine

(Biak-Sprache)

Orisun isew mandep fyarawriwek  
Nafek ro masen di bo brin mandira  
Napyumra sye napyumra ra ranadawer  
Makamyun swaro be swar be pondina

Awino kamanmo sup inema  
Yabuki mananis diwa muno  
Yaswar i na yaswaar i isof fiono

#### *Deutsche Übersetzung*

Anbruch des Tages  
Die ersten Sonnenstrahlen färben den Himmel  
- eine herrliche Sicht.  
Sie erfreut Auge und Seele.  
Erinnerungen tauchen auf  
An eine wunderbare Zeit im Vergangenen,  
Und wecken neue Freude und Liebe zur Heimat.

### 4. Mambruk ma manyouri

(Biak-Sprache)

Mambruki ma manyouri  
Man bena sup o karui  
Muwisi muyandon asari ram bekewer

Mufnewer bo mumambe  
muremi mamberaki mudisen musandiki  
Sup romowi ne

Ara ara fabye  
Yaswar mayakanes  
Kawasa sup inema  
Sebesyanja mburi muwai be muno  
Aibu yo

*Deutsche Übersetzung*

Verzierte Taube und Papagei –  
Ihnen gehört das steinige Land (Biak);  
Sie sitzen in den Ästen des Beringin-Baumes;  
Im kühlen Schatten hüpfen sie von Ast zu Ast,  
Picken an seinen Früchten,  
Sie schauen sich um, nach Ost und nach West,  
Sie rühmen und singen über ihr Land, Papua,  
O weh! Traurigkeit und Wehklage kommen über mich,  
Ich vergieß bittere Tränen;  
Solch Greuertaten werden an den Menschen in diesem Land begangen,  
Ihr beide wurdet ausgelöscht,  
Ihr seid für immer gegangen,  
Euer Platz ist das Grab.

(Die verzierte Taube und der Papagei symbolisieren die Musiker Arnold Clemens Ap und Sam Kapisa, die auf Anordnung der indonesischen Regierung ermordet wurden.)

## Anhang IV (Gedichte)

### Alunan Sukma

*(von Jance Inggamer, Kotaraja, 06. August 1994)*

Hai awan-awan di langit  
Hai burung-burung di udara  
Hai gunung-gunung yang membisu  
Hai danau dan telaga  
Hai ikan-ikan di laut biru  
Hai pulau-pulau karang

Miringkan telingamu  
Dengarkan tangisan pilu anak pribumi  
Dengarkan nyanyian duka mereka  
Duka yang kau persembahkan itu  
Duka yang kau wariskan itu  
Duka yang penuh misteri  
Misteri darimu

Hai bunga Kamboja jangan tutup matamu  
Bukakanlah matamu agar kau saksikan duka itu  
Bukankah engau puas jika mereka disiksa?  
Bukankah itu keinginanmu?

Burung Camar, tolong sampaikan salam anak pribumi kepada mentari  
Hai burung Bangau, tolong sampaikan salam mereka kepada kerang di laut

Sebab tak tahu kepada siapa anak pribumi hendak berkeluh

*(Übersetzung im Text)*

**Doa dan jeritan hati seorang kulit hitam  
Yang tak pernah terjawab**

*(von Tuara Narkime, Dezember 1994)*

Saya selalu bertanya kepada Tuhan  
dalam pikiran dan doa saya tiap hari, Mengapa...  
Tuhan menciptakan gunung-gunung batu  
Dan salju yang indah itu di daerah Amungme?  
Apakah karena gunung-gunung batu  
Dan salju yang indah, yang kaya  
Dengan sumber mineral itu menangkan Freeport  
ABRI, pemerintah dan orang luar untuk datang kesini  
Dan mengambilnya untuk kepentingan mereka  
Dan membiarkan kami menderita?

Dan oleh sebab itu kami orang Amungme harus terus menerus  
ditekan, ditangkap dan dibunuh tanpa alasan?  
Jika alasan itu yang kamu maksudkan  
Lebih baik musnahkan kami...  
Enyahkan kami... agar kalian bisa mengambil  
Dan menguasai semua yang kami miliki: tanah kami....  
Gunung kami...dan setiap penggal sumber daya kami  
Pegang parang ini, ambil dan bunuh saya, sebab saya sudah tidak tahan lagi  
melihat masalah-masalah yang menyakitkan ini.

Bunuh saya...penggal kepala saya...belah badan saya menjadi dua  
Keluarkan semua isi perut saya dan letakkan bersama dengan kepala,  
iris bagian kiri badan dan kuburkan  
setiap penggal dari sini sampai Yelsegel<sup>79</sup>  
begitu pula dengan irisan kanan:  
kuburkan disini sampai Amamapare<sup>80</sup>  
Waktu pulang kumpulkan semua orang yang kalian tahan itu  
Semua yang besar dan kuburkan kami bersama segala yang kami miliki.  
Timbun dengan tanah dan kemudian lakukan  
Apa saja yang kamu inginkan diatas kuburan kami.

79 Von Tembagapura bis zum sog. Grassberg, dem Kupfer- und Goldberg

80 von Tembagapura bis zum Meer

*Deutsche Übersetzung***Gebet und Klagegedicht einer Person mit schwarzer Haut****Die nie erhört wurde**

Jeden Tag frage ich den Herrn,  
 In meinen Gedanken und Gebeten: Warum ...  
 Warum hast Du, Herr, die Berge erschaffen  
 Und die wunderbaren Gletscher,  
 Und warum ausgerechnet im Land der Amungme?  
 Wegen der Berge, die so reich sind,  
 Wegen der großartigen Gletscher,  
 Die eine Quelle von Gold und Silber sind,  
 War Freeport in der Lage herzukommen,  
 mit den Soldaten, der Regierung, den Menschen von außerhalb.  
 Sie waren in der Lage zu nehmen was sie reich macht.  
 Warum haben sie uns zurück gelassen, mit unserem Leiden?  
 Warum werden wir Amungme, jeden Tag, unterdrückt, verhaftet, ermordet  
 – ohne Grund?  
 [zu den Unterdrückern sprechend:]  
 Wenn das der Grund ist, dann zerstört uns,  
 Verjagt uns von unserem Land,  
 So dass Ihr alles nehmen könnt,  
 Unser Land, unsere Berge, alles, was uns Leben spendet.  
 Nehmt das Buschmesser, tötet mich,  
 Ich kann nicht länger leben, wenn ich sehe, was Ihr uns alles antut.  
 Tötet mich, schlagt mir den Kopf ab,  
 zerlegt mich in zwei Stücke,  
 Reißt meine Eingeweide heraus und legt sie neben meinen Kopf,  
 Zerstückelt die linke Seite meines Körpers  
 Und begrabt sie Stück für Stück  
 Von hier bis zum Yelsegel-Berg  
 Und das Gleiche mit meiner rechten Seite –  
 Begrabt sie von hier bis zum Meer,  
 Und wenn Ihr zurückkommt,  
 Dann versammelt alle Leute, die Ihr noch in Gefangenschaft haltet  
 Und begrabt sie alle an unserer Seite  
 Und alles, was uns gehört.  
 Schüttet Erde über uns,  
 Und dann macht, was Ihr wollt,  
 Macht, wonach Euch gelüstet, über unseren Gräbern.



[„hier“ meint Tembagapura.

Yelsegel-Berg, oder Grass-Berg ist der Berg, wo Kupfer und Gold abgebaut werden.]

**Das Gedicht wurde veröffentlicht in:**

Benny Giay und Yafet Kambai (Hg.): *Yosepha Alomang*, Jayapura, 2003

## Frauen in Papua

*Anmerkungen zu grundsätzlichen Fragestellungen einer im Wandel begriffenen Gesellschaft*

HERMIEN RUMBRAR, THEODOR RATHGEBER

Die Studie zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in West-Papua handelt von gesellschaftlichen Grundelementen, die für jede Entwicklung unabdingbar sind. Vor allem, wenn sich Entwicklung auf Muster und Strukturen stützen will, die sich an der Geschichte und Kultur der indigenen Völker Papuas orientieren; unabhängig vom politischen Status des Landes. Wir wissen, dass Entwicklung, Leitbilder, Strukturen und Kultur Begriffe für die Bestimmung eines Lebensumfeldes darstellen, das sich idealerweise auf eine Vielzahl an Einflüssen von allen Teilen der Gesellschaft stützt. Wir wissen andererseits ebenso, dass in den meisten Ländern – und Papua bildet da keine Ausnahme – einige Gruppen der Gesellschaft sich nach wie vor in einer relativ schwächeren Position befinden, um an der Bestimmung der Zukunft ihres Volkes mitzuwirken; wie Kinder und Frauen. Es mag in Bezug auf Kinder das Argument vorgetragen werden, dass sie in der Regel noch nicht über die grundlegenden Erfahrungen verfügen, um an dieser Art Entscheidungsfindung sinnvoll beteiligt zu sein<sup>1</sup>. Für Frauen gilt dieses Argument auf jeden Fall nicht. Nach indonesischem Gesetz haben zudem Frau und Mann gleiche Rechte.

Wir wissen ebenso, dass rechtliche Vorgaben, juristische Anerkennung sowie Aufklärung nicht notwendigerweise die Entwicklungsparadigma einer Gesellschaft zielführend und real verändern. Rodolfo Stavenhagen, von der UN-Menschenrechtskommission berufener Sonderberichterstatter für Indigene Völker, stellte in seinem Beitrag für die 61. Sitzung der Kommission (2005) fest: Indigene Völker unterliegen einer weitverbreiteten Diskriminierung, die sie in signifikanter Weise davon abhält, Zugang zu jenen gesellschaftlichen Institutionen zu haben, die sie in die Lage versetzen könnten, Entscheidungen über ihre eigenen Angelegenheiten zu treffen. Dies gilt etwa für die Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Einkommensbeschaffung<sup>2</sup>, oder die Entstehung und Konservierung öffentlicher Bilder und Bewertungen zur Rolle von Frauen sowie deren Selbstwert. Indigene Frauen haben noch-

<sup>1</sup> Unbeschadet der Notwendigkeit, Kinder als Subjekte der Gesellschaft mit eigenen Rechten und nicht nur als Empfänger von Fürsorge wahrzunehmen.

<sup>2</sup> D.h. auch WSK-Rechte.

mals weniger Möglichkeiten; und dies trifft auch auf Papua zu. Es ist allein schon aus diesem Kontext heraus für die vorliegende Studie ein unabdingbares Muss, die Perspektiven von Frauen in Rechnung zu stellen. Dies konnte jedoch aus verschiedensten Gründen nicht im gewünschten Maße umgesetzt werden; mangelnde Datelage ist einer der wesentlichen davon. Die folgenden Überlegungen kommen daher über eine ansatzweise Darlegung der Probleme und die Benennung möglicher Perspektiven nicht hinaus.

Die Gesellschaft Papuas selbst hat allenfalls spärlich damit begonnen, Frauenfragen oder Gender-Perspektiven öffentlich und in einer der Vielfalt der sozialen Akteure und Werte angemessenen Weise anzusprechen. Öffentliche Diskussionen, Diskurse und Untersuchungen dazu sind noch die Ausnahme, und die Selbstorganisation von Frauen wird nur am Rande wahrgenommen. Beobachtungen und Erfahrungen harren darauf, umfassend und verständlich dargestellt zu werden. In der vorliegenden Studie werden solche Themenfelder eher als offene Fragen formuliert, die sich an eine Gesellschaft im Wandel richten.

## Frauen in der Gesellschaft Papuas

Siegfried Zöllners Artikel in diesem Buch hebt in eindeutiger Weise hervor, dass in traditionellen Zusammenhängen Frauen innerhalb der Gemeinschaften durchaus über großen Einfluss verfügt haben<sup>3</sup>. So besaß in patriarchalischen Strukturen der Bruder der Mutter eine gewichtige Stellung, und Frauen konnten immerhin Land erben. Da die tägliche Arbeit der Frauen außerdem in bedeutsamem Ausmaß zum Überleben der Familie und sozialen Fortschritt der Gemeinschaft beitrug – in den meisten (indigenen) Gesellschaften überproportional – waren sie zumindest informell in den Entscheidungsfindungsprozess der Familie sowie der Gemeinschaft eingebunden, wenngleich formal und in der Öffentlichkeit in der Regel die Männer die Entscheidungen fällten. Auf der anderen Seite stellt Siegfried Zöllner fest, dass lokale Kriege und auf kriegerischen Werten beruhende Rituale Frauen als Objekte behandelten. Alles zusammen genommen führt dies in Bezug auf die traditionellen Gesellschaften Papuas zum Schluss, dass Frauen wohl eine minderwertige Position zugewiesen wurde. Heute würden wir formulieren, dass grundlegende Elemente der Gerechtigkeit und Gleichheit keine Berücksichtigung fanden und Gender-Fragen nicht öffentlich angesprochen wurden. Die Tendenz zur Geringschätzung von Frauen wurde durch koloniale Strukturen und das Verhalten der Kolonialherren zusätzlich verstärkt.

3 Siegfried Zöllner führt auch einige matriarchalische Strukturen unter den Stammesgesellschaften an.



Aus dem Vermächtnis der kulturellen ‚Begegnung‘ resultieren heutzutage Phänomene, dass – entsprechend den Zahlen in Siegfried Zöllners Tabellen – nur eine Minderheit von Frauen in der formalen Wirtschaft and kaum eine Frau auf der Ebene der politischen Entscheidungsfindung oder öffentlichen Präsenz zu finden ist. Ein völlig anderes Bild zeigt sich dagegen in den niederrangigen Segmenten der informellen Wirtschaft<sup>4</sup>. Interessant wird vor diesem Hintergrund die Frage nach der Besetzung des Papua Volksrates (MRP). Der Volksrat – im Dezember 2004 eingerichtet – soll sich aus Repräsentantinnen und Repräsentanten der gesamten Gesellschaft rekrutieren, so u.a. Delegierte des *Adat*, der Religionen und der Frauen. Es sollte daher mit höchstem Interesse der Frage nachgegangen werden, welche Konzepte und Vorschläge die Papua-Gesellschaft entwickelt, um die Umsetzung dieser Anforderung gewährleisten zu können. Es wird vermutlich nicht ausreichen, lediglich die eine oder andere Frau zu nominieren. Es besteht schon die Erwartung, dass in diesem Kontext auch Fragen behandelt werden, wie Fähigkeiten und Fertigkeiten in Bezug auf den Volksrat stimuliert, gefördert oder gänzlich neu entwickelt werden, und wie die Rekrutierung der Delegierten vonstatten geht.

Während der 1970er und 1980er Jahre ging für West-Papua die bis dahin bestimmende Kohärenz eines sozial und kulturell definierten Ensembles indigener Gemeinschaften verloren; ohne dass Alternativen überhaupt in Betracht gezogen werden konnten. Transmigration, interne Kolonisierung, der Status der militärischen Operationszone<sup>5</sup>, aber auch der sogenannte Modernisierungsprozess beschreiben begrifflich den politischen Hintergrund, dessen Dynamik und repressiven Bedingungen, die damals jegliche Diskussion über Alternativen zu einer strafbaren Handlung werden ließen; einschließlich der Gefahr extralegaler Hinrichtungen. Diese Beschränkungen gelten ebenso für Frauen in Papua, deren Umgebung sich zusätzlich im Privaten wie im Öffentlichen drastisch änderte; insbesondere in der Bildung und Erziehung, Einkommensbeschaffung und kulturellen Orientierung.

In diesem Zusammenhang mutiert die sowieso schon schwierige, ewige Auseinandersetzung zwischen Jung und Alt in eine tiefe Kluft angesichts des gegenseitigen Nichtverstehens innerhalb der Familien und Gemeinschaften. Die junge Generation betrachtet den Ort der Herkunft überwiegend nicht mehr als Ort des eigentlichen Lernens. Vorwiegend in städtischen Zentren tendieren die jüngeren Generationen dazu, ihre kulturellen Wurzeln als Referenz für ihre Sozialisation zu vernachlässigen. Das Familienleben sieht sich zunehmend dem Diktat des urbanen Individualismus und der unterschiedlichen Handhabung der Einkommensbeschaffung ausgesetzt, die männliche Beschäftigte bevorzugt. Dies schwächt die Position der Frauen in zwei Richtungen.

<sup>4</sup> Vgl. auch Agus Sumules Artikel zu diesem Buch; ebenso Beobachtungen der Autoren.

<sup>5</sup> Vgl. die Beiträge von Willy Mandowen und Theo van den Broek zu diesem Buch.

Zum einen verringert sich ihr wirtschaftlicher Status und unterminiert automatisch ihr Ansehen und ihre Stellung bei Entscheidungen im traditionellen Kontext. Bildung wird statt dessen zu einer unabdingbaren Voraussetzung zur Bewältigung der neuen Herausforderungen. Der Artikel von Theo van den Broek zu diesem Buch stellt jedoch gerade in Bezug auf Mädchen und junge Frauen gravierende Mängel fest. Zum einen haben sich zwar die formalen Voraussetzungen für Bildung im allgemeinen verbessert. Insbesondere in ländlichen Distrikten – nach wie vor dem eigentlichen Pool kultureller Orientierung – kann jedoch schwerlich von einer Zugangsmöglichkeit von Mädchen selbst zur Grundschulausbildung gesprochen werden, und die durchschnittliche Rate der Mädchen, die eine Schule besuchen, liegt signifikant unter denen der Jungen. In urbanen Gebieten haben die Mädchen hingegen einen vergleichbaren Zugang zur Bildung wie Jungen. Wie schon erwähnt, erringen hier einige Frauen auch Positionen und Arbeit im formalen Sektor, wenngleich sie bislang eine Minderheit geblieben sind.

Zum zweiten wurde der traditionelle Kommunikationsfluss mit den Eltern und der Gemeinschaft aufgebrochen bzw. unterbrochen. In früheren Zeiten hatte dieser Kommunikationsfluss eine gewisse nachhaltige Perspektive für Frauen und ihre Integration in die Gemeinschaft bereit gehalten; gerade auch in so sensiblen Bereichen wie der Definition von Scham und der Auswahl der Partner<sup>6</sup>. Wenngleich das Eingehen einer Partnerschaft eigentlich immer noch die Zustimmung beider Eltern voraussetzt, werden mittlerweile moderne Medien wie Mobiltelefone und emails oder Bars und Diskotheken zu oft aufgesuchten Plattformen, um eine Partnerschaft zu begründen oder mindestens eine Liebesbeziehung einzugehen. In gleicher Weise entwickelten sich TV, Radio, Computer, Internet und elektronische Spiele-Apparaturen zu bevorzugten Referenzpunkten, um die Rolle von Männern und Frauen in der Papua-Gesellschaft zu bestimmen.

Im Prinzip ist nichts gegen die Nutzung dieser neuen Instrumente der Kommunikation zu sagen. Es bedeutet allerdings insgesamt, dass Dynamik und Trends in Bezug auf Werte und Selbsteinschätzung im wesentlichen von städtischen Milieus ausgehen. Dort existieren bislang jedoch nur wenige Institutionen, die diese Fragestellungen auch in einer Frauen bezogenen und kulturellen Perspektive angehen (s. den Kasten zur Frauenzeitung weiter unten). Demgegenüber verschwinden oder mindestens verringern sich die früheren Orte und kulturellen Muster der Sozialisation selbst in ländlichen Gebieten.

Eine der wenigen realen Plattformen zur authentischen Reflektion über die Identität als Papua-Frau scheinen die Prozesse zur Selbstorganisation im Kontext häuslicher Gewalt<sup>7</sup>, Alkoholmissbrauch, oder bei rechtlichen Auseinandersetzungen<sup>11</sup>

6 Auch wenn, wie gesagt, zum traditionellen Kontext manch Kritisches anzumerken ist.

7 Seit 2003 ist häusliche Gewalt in Indonesien ein strafbares Delikt.

über Prävention und medizinischer Versorgung bei HIV / AIDS-Fällen zu sein. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, in zukünftigen Untersuchungen die Meinung der Frauen zu diesen Risiken im Hinblick auf die private und gesellschaftliche Integrität heraus zu finden. In einer generelleren Fragestellung wird dem Problem nachzugehen sein, inwieweit gerade gegenüber den größten Lebensrisiken der ländliche Raum überhaupt noch als Orientierungsrahmen in Betracht kommt. Umgekehrt wird nachzuforschen sein, inwieweit die städtischen Zentren aus Sicht von Papua-Frauen in der Lage sind, eine auf Gemeinschaft begründete Interaktion und Infrastruktur zu schaffen, die eine umfassende Frauenperspektive mit Blick auf die zukünftige Gesellschaft zu entwickeln vermögen.

Innerhalb des Prozesses der Selbstorganisation als Plattform für eine erneuerte Orientierung scheinen die öffentlichen Medien und insbesondere die ‚Stimme der Papua-Frau‘ von größter Bedeutung. Die ‚Stimme der Papua-Frau‘(s. nachfolgenden Kasten) versammelt Frauen, die in der Politik mitmischen, in Nichtregierungsorganisationen, in Krankenhäusern, bei der Polizei, in Rechtsanwaltskanzleien und bei anderen sozialen Einrichtungen arbeiten. Dies erlaubt einen repräsentativen Querschnitt beim Einblick in die Realität der Frauen. Eines der brennendsten Probleme, über das die Zeitung auch fortlaufend berichtet, stellt der Alkoholmissbrauch unter den Papuas und dessen Folgen dar; d.h. in Bezug auf häusliche Gewalt, steigende Zahlen bei der Kriminalitätsstatistik und häufige Verkehrsunfälle. Laut Zeitung wurden im Jahr 2004 etwa 75 Prozent der Unfälle und Straftaten unter Alkoholeinfluss begangen. Die Zeitung macht ebenso auf die Zwiespältigkeit beim

### **Zweiwöchig erscheinende Frauenzeitung**

Seit August 2004 erscheint vierzehntägig die Frauenzeitung *Suara Perempuan Papua* (Stimme der Papua-Frau), die sich der aktuellen Realität von Frauen in der sich schnell verändernden Gesellschaft West-Papuas widmet. Herausgeber ist die *Yayasan Pelayanan dan Pemberdayaan Anak Papua* (Stiftung zum Dienst und zur Befähigung der Kinder Papuas). Kritisch werden in einfacher, indonesischer Sprache Themen aus Politik, Kultur, Schule, Wirtschaft, dem Rechts- und Gesundheitswesen, sowie dem oft sehr schweren Alltag von Frauen, Jugendlichen und Kindern erörtert. In Berichten, Feuilletons, Interviews und Leserbriefen werden unter anderem Probleme wie häusliche Gewalt, Alkoholismus und Diskriminierung offen angesprochen. Eine beliebte Karikaturensérie trägt den Titel: Vorurteile bringen Leiden. Sogar in abgelegenen Dörfern des Hochlandes soll *Suara Perempuan Papua*, wenn erhältlich, mit viel Freude gelesen werden.

*Uwe Hummel*

Alkoholkonsum aufmerksam. Sie zitiert lokale Regierungsstellen, die auf das dringend benötigte Steueraufkommen aus dem Alkoholkonsum zwecks Ausbau der sozialen Infrastruktur hinweisen. Ein zweiter großer Themenbereich der Zeitung befasst sich mit der steigenden Anzahl von HIV / AIDS-infizierten Papuas. Die Angaben für West-Papua bedeuten in Indonesien den zweiten Platz hinter Jakarta und sind im wesentlichen der Ausweitung der Prostitution geschuldet<sup>8</sup>.

## Schlussfolgerungen

Wie wir bereits eingangs festgestellt haben, steht die Gesellschaft Papuas allenfalls am Anfang, sich Gedanken über die besonderen Angelegenheiten von Frauen und entsprechend sich wandelnder traditioneller Muster zu machen. Es ist noch viel Forschungsarbeit notwendig, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Realitäten der Papua-Frauen analysieren und erfolgreich Maßnahmen ergreifen zu können, um zumindest ihren sozialen Status zu verbessern. Die in diesem Artikel nur kurz angeschnittenen Diskussionen und Plattformen der Selbstorganisation von Frauen reichen zumindest aus, um feststellen zu können, dass es offensichtlich einen ausgedehnten Bereich sozialer Krisen gibt, der bislang keine befriedigenden Lösungsansätze aufweist. Diese Krisen werden – in der einen oder anderen Weise – absehbar das Potenzial der sozialen Emanzipation in der Papua-Gesellschaft bestimmen. Daher befriedigen Studien zur Diskriminierung mit speziellem Blick auf die internen Folgen für Frauen – in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Einkommensbeschaffung und die Herstellung öffentlicher Bilder zum Selbstwert von Frauen – nicht nur wissenschaftliche Neugier. Solche Studien sind für die politische Diskussion dieser Übergangsgesellschaft unabdingbar. Je früher sie zur Verfügung stehen, desto stärker kann die Gesellschaft Papuas die soziale und kulturelle Basis zur Selbstbestimmung erfassen und fördern.

8 Vgl. den Artikel von Theo van den Broek.

# Vom Recht der Papua auf ihre natürlichen Ressourcen und ihr Anteil an der modernen Wirtschaft

AGUS SUMULE

## Einleitung

Die wirtschaftlichen Aspekte der Entwicklung in Papua, besonders in Bezug auf das Wohlergehen indigener Völker<sup>1</sup>, sollten im Zusammenhang mit dem Reichtum an Bodenschätzen diskutiert werden, und wie die lokale Bevölkerung von der Ausschöpfung dieser Ressourcen marginalisiert wurde. Jegliche Diskussion über Papuas Wirtschaft muss also direkt die Diskussion um Papuas Reichtum an natürlichen Ressourcen miteinbeziehen – Land, Wasser, Bergbau, Erdgas, Forstwirtschaft, Fischfang<sup>2</sup>.

Die fortdauernden sozio-politischen Probleme in der Provinz Papua (früher Irian Jaya) unter dem Regime Indonesiens lassen sich nicht von der Tatsache trennen, dass den indigenen Völkern ihre Rechte bezüglich der Bodenschätze in Papua systematisch verweigert worden sind. Viele andere Problemen, wie die Verletzung der Menschenrechte, unterschiedliche Interpretationen der Geschichte zum Anschluss Papuas an Indonesien, oder die ungleiche Verteilung des Wohlstands<sup>3</sup> haben dazu geführt, dass die Forderung nach Unabhängigkeit von Indonesien die einzig gangbare Lösung für Papua erscheint.

Die friedliche Abspaltungsbewegung in Papua erreichte ihren Gipfel zum Zweiten Papua-Kongress<sup>4</sup>, der vom 29. Mai bis zum 23. Juni 2000 in Port Numbay stattfand (Numbay ist der einheimische Name von Jayapura, der Hauptstadt von Papua, der zunehmend gebraucht wird). Das Präsidium des Papua-Rates (Presidium Dewan Papua, PDP) hatte den Kongress organisiert. Er wurde größtenteils vom damaligen Präsidenten Indonesiens, Abdurrahman Wahid, finanziert. Am Kongress

<sup>1</sup> In der internationalen Diskussion gehört der Begriff 'indigene Völker' inzwischen zum Standard.

<sup>2</sup> Der Kontext der indonesischen Wirtschaft wird in den Anmerkungen von Theodor Rathgeber skizziert; vgl. Anhang V.

<sup>3</sup> Vgl. auch den Beitrag von Theo van den Broek.

<sup>4</sup> Laut Agus Alua, Vorsitzender des II. Papua-Kongresses, wurde der I. Papua-Kongress 1961 abgehalten. Damals wurde 'West Papua' (Papua Barat) als offizieller Name des Landes angenommen; Oh Papua Mein Land (Oh Tanahku Papua) als Hymne; und der Morgenstern als Nationalflagge (Tebay, 2000). Vgl. auch Chauvel (2000), PaVo (2000), und PaVo (2001).



nahmen annähernd 20.000 Papua-Delegierte aus ganz Papua, Indonesien und Übersee teil. Am Abschlussstag der Konferenz bestätigte der Kongress eindeutig und erneut die Forderung der Menschen nach einem unabhängigen Staat. Die vorangehenden Tage waren dazu verwendet worden, in vier Kommissionen kritische Angelegenheiten zu diskutieren, denen sich Papuas gegenüber sehen. Die Stellungnahme der Kommission zu den Grundrechten der Papuas liest sich, in Ausschnitten, wie folgt:

*Die Nation Papua lebt inmitten reicher Bodenschätze, aber seine Menschen leiden an Armut. Wald und Meer bilden die Zentren der Lebenswelt der Papuas. Daher empfehlen [wir] zur Wiederherstellung der grundlegenden politischen Rechte der Papuas mittels wirtschaftlicher Unternehmungen, (...) ein Wirtschaftssystem, das als Instrument dienen kann, (...) um die Stärke der Menschen zu mobilisieren, die ihrerseits die Menschen in die Lage versetzt, ein unabhängiges Papua zuwege zu bringen (...) [unter der Führerschaft] des Präsidiums des Papua-Rates und mittels der aus dem Gewohnheitsrecht stammenden Konsultation (...) [indem] [der Reichtum unserer] Natur mittels Verhandlungen mit denjenigen Konzernen übernommen [und verantwortlich verwaltet] wird die [unsere Ressourcen] (...) wie Bergbau, Holzeinschlag und Fischerei [ausbeuten] (...).“ [Übersetzung A.S.]<sup>5</sup>.*

Einige wichtige Inhalte können von dieser Erklärung abgeleitet werden. Zum einen bedeutet die Forderung nach Unabhängigkeit nicht nur die politische Trennung von Indonesien, sondern ebenso die Kontrolle der Völker Papuas über die Ausbeutung ihrer Ressourcen sowie ihr Recht, Herren über ihre eigenen Angelegenheiten zu sein. Zum zweiten sollte die Kontrolle über die Ressourcen nicht bis zur politischen Unabhängigkeit hinausgeschoben, sondern stattdessen bald angegangen werden. Zum dritten sind die Menschen zur Zusammenarbeit mit Investoren bereit, soweit die Gewohnheitsrechte über die Ressourcen respektiert und nicht missbraucht werden.

Es ist zur Genüge bekannt, dass Jakarta die Forderung nach Unabhängigkeit negativ beantwortete. Eine Einladung des Präsidiums (PDP) an die Verantwortlichen Indonesiens zur Aussprache über ungeklärte Meinungsverschiedenheiten zur Geschichte Papuas fiel auf taube Ohren. Jakarta ist der Meinung, dass der politische Status Papuas im Verhältnis zu Indonesien ein für alle Mal geklärt wurde<sup>6</sup>, und dass

5 Die vollständigen Dokumente des II. Papuan-Kongresses wurden nicht veröffentlicht. Die Resolutionen des Kongresses sind jedoch abrufbar über <http://westpapuaaction.buz.org/CONGRESS-RESOLUTION-4-6-2000.htm>; weitere Zitate in Siegfried Zöllners Beitrag zum Buch.

6 Die Position der indonesischen Regierung wird von folgendem Zitat gut zusammengefasst (Außenministerium der Republik Indonesien 2001): “(...) Aufgrund der Annahme der Resolution 2504 (XXIV) durch die UN-Generalversammlung wurde die Operation freie Wahl als Beratung/Konsultation und nicht nach dem Prinzip ‘Ein Mensch, eine Stimme’ durch die

die internationale Gemeinschaft die Position der territorialen Integrität Indonesiens unterstützt. Außerdem wurden all jene eingeschüchert und des Verrats bezichtigt, die als verantwortlich für die friedliche Bewegung zur Unabhängigkeit Papuas galten. Laut Informationen der Organisation zur Befreiung Papuas (*Organisasi Papua Merdeka*) und des Präsidiums des Papua-Rates aus dem Jahr 2002 nahmen Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zwischen Ende 2000 und 2002 zu. So erreichten extralegale Hinrichtungen die Anzahl 136 und willkürliche Festnahmen stiegen auf 838 Fälle an.

Die wichtigsten Fragen bleiben nach wie vor ungeklärt: Welche Optionen bestehen für die indigenen Völker Papuas zur Ausübung ihrer Rechte auf ihrem eigenen Land? Wird die negative Antwort Jakartas zu mehr Frustration führen, die sich in einer Art Fatalismus<sup>7</sup> oder in der Eskalation von gewalttätigem Protest<sup>8</sup> äußern könnte? In der Tat sehen viele Papuas diesen Aspekt als entscheidend an. So setzte die in Papua ansässige Vereinigung nichtstaatlicher Organisationen (NGOs; *Foker LSM*) die Ausarbeitung eines Entwurfs zur Sonderautonomiesetzgebung fort. Papua sollte demnach als „spezielles Hoheitsgebiet“ (*Wilayah Otorita Khusus*) mit verschiedenen,

*internationale Gemeinschaft akzeptiert. Von diesem Zeitpunkt an erkannte die internationale Gemeinschaft de jure und de facto an, dass die Region Irian Jaya ein integraler Bestandteil des Einheitsstaates Indonesien bildete. Diese internationale Anerkennung kann weder annulliert noch widerrufen werden. Kein Land auf der Welt kann die Gültigkeit bestreiten, dass das Territorium von Irian Jaya ein Teil des Einheitsstaates Republik Indonesien ist. Das Prinzip der Unverletzbarkeit und Souveränität eines jeden Staates ist eines der grundlegenden Prinzipien in der Charta der Vereinten Nationen. Folglich würde jede separatistische Bewegung von der internationalen Gemeinschaft abgewiesen, da sie Prinzipien und Ziele der Vereinten Nationen verletzt“.*

<sup>7</sup> Eine anderer Typus von Fatalismus kann unter den „skeptischen Beobachtern“ (Böge, 2001, p.2) in vielen Teilen Melanesiens, einschließlich Papuas festgestellt werden. Dieser spiegelt grundlegend die Haltung wieder, dass Konflikte als Teil der politischen Dynamik der Inseln im Süd-Pazifik immer vorhanden sein werden. Böge (2001, p.2) stellt weiterhin fest, dass „(...) wir dem Fatalismus und Determinismus keinen Raum geben sollten; (...) [selbst wenn] diese Länder ein enormes Potential an Konflikten aufweisen. Dies heisst nicht notwendigerweise, dass gewaltsame Konflikte aufflammen“.

<sup>8</sup> Die am häufigsten von den traditionellen Besitzern der Waldressourcen verwandte Methode, sich zu Gehör zu bringen und ernst genommen zu werden, besteht darin, einen 'Querbalken einzufügen' (*pemalangan*); d.h. die Aktivität der Firma durch Arretieren der Ausstattung, Blockieren von Straßen usw. zu unterbinden. Dies ist als friedliche Protestform zu verstehen. Es gab auch Zeiten, da wurden Vertreter bestimmter Unternehmen als Geisel genommen; so etwa das Geiseldrama um Willem Onde gegen die Korindo-Gruppe in Merauke (Uchida, 2001). Einige dieser Proteste konnten ohne größere Einbußen für die Produktion einvernehmlich beigelegt werden. Andere führten zur permanenten Schließung des Unternehmens.

verglichen mit anderen Provinzen Indonesiens besonderen Merkmalen ausgewiesen werden. August Rumansara, einer der führenden NGO-Aktivisten Papuas, gab dazu folgende Erklärung ab: „*Wir müssen eine Alternative finden, vor allem, wenn die auf dem Kongress erhobene Forderung nach Unabhängigkeit in eine Sackgasse gerät. Schlussendlich sind es die einfachen Leute, die leiden müssen*“<sup>9</sup>.

Dieses Kapitel unternimmt den Versuch, die wirtschaftliche Lage der indigenen Völker Papuas insbesondere im Kontext der Ausbeutung von Papuas Bodenschätzen zu überprüfen. Zunächst wird ein allgemeiner Überblick über die Ausbeutung der wesentlichen Bodenschätze auf Papua gegeben. Die korrumpierte Anwendung des Artikels 33 der indonesischen Verfassung wird dabei zur Sprache kommen, da er seitens der indonesischen Regierung zur Missachtung der Rechte indigener Völker an den Ressourcen benutzt wurde – nicht nur auf Papua, sondern ebenso in vielen anderen Teilen Indonesiens. Zum zweiten wird erläutert, inwieweit das Gesetz zur Sonderautonomie auf Papua die Rechte der indigenen Völker schützen und stärken kann, sofern es richtig angewendet wird. Zum dritten legt die Untersuchung dar, was zu tun ist, um die effektive Umsetzung dieser Rechte zu garantieren.

## **Die soziale und wirtschaftliche Lage der indigenen Völker Papuas**

Obwohl Papua die reichste Provinz in Indonesien ist, gehören die Menschen zu den Ärmsten der Armen. Die folgenden statistischen Angaben veranschaulichen diese Situation (Pusat Studi Kependudukan Uncen, 2001): 74,24 Prozent der Angehörigen indigener Völker leben isoliert, mit sehr begrenztem oder keinem Zugang zu Infrastruktur und Einrichtungen für den Transport. Was landwirtschaftliche Produktion, Wirtschaft im allgemeinen, Ausbildung, Gesundheit und technologisches Know-How betrifft, leben 80 Prozent der Familien immer noch in einem Status der Armut und Rückständigkeit. Der größte Teil der indigenen Bevölkerung lebt nach wie vor am Rande des Existenzminimums. Die Kindersterblichkeitsrate ist insbesondere in entfernteren Gebieten inakzeptabel hoch<sup>10</sup>. Im Durchschnitt gehen Kinder nur in den ersten sechs Grundschuljahren zur Schule. Nur 1,91 Prozent der Bevölkerung macht einen Universitätsabschluss. Es gibt kaum Straßen zwischen einer Stadt und der anderen, was notwendig wäre, um lokalen Gemeinschaften eine bessere Vermarktung ihrer Produkte sowie ein höheres Einkommen zu erlauben. Die Preise für Konsumgüter in Jayapura sind durchschnittlich um 45 Prozent höher als im übrigen Indonesien. In entfernt liegenden Gebieten sind die Preise derselben Wa-

9 Persönliche Mitteilung, Januar 2002.

10 Vgl. Teil IV bei Theo van den Broeks Beitrag..

ren oft äußerst hoch. Für die letzten zehn Jahre betrug die Kennziffer für die Absorptionsrate des Marktes in Bezug auf Arbeit nur 0,40. Das Wirtschaftswachstum von 1 Prozent ist also nur zur Schaffung von 0,4 Prozent Arbeitsgelegenheiten fähig. Die Zahlen verdeutlichen, warum Papuas im Durchschnitt zu den zweitärmsten Leuten in Indonesien gehören (s. Tabelle 1).

In Fortsetzung der vorhergehenden Feststellungen, kommt eine Befragung der öffentlichen Meinung, durchgeführt von der Internationalen Stiftung für Wahlsysteme (International Foundation for Election Systems, IFES; 2003) zu einem mehr oder weniger folgerichtigen Ergebnis: Die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, denen sich die meisten Papuas gegenübersehen, werden sich aller Voraussicht nach in der Zukunft kaum verbessern. Während eine Mehrheit (66 Prozent) davon ausgeht, dass die wirtschaftlichen Bedingungen im nächsten Jahr auf dem gleichen Niveau bleiben, erwarten 24 Prozent eine Verbesserung und 10 Prozent eine Verschlechterung. Jene am unteren Ende der sozioökonomischen Skala sind pessimistischer als jene am oberen Ende.

**Tabelle 1 – Armutsraten der Provinzen Indonesiens**

<b>Provinz</b>	<b>%</b>	<b>Provinz</b>	<b>%</b>
Jakarta	2,5	Süd-Sumatra	10,7
Bali	4,3	Lampung	10,7
Riau	7,9	Aceh	10,8
Süd-Sulawesi	8,0	Nord-Sumatra	10,9
Zentral-Sulawesi	8,2	Zentral-Kalimantan	11,2
Südost-Sulawesi	8,5	Zentral-Java	13,9
West-Sumatra	8,8	Süd-Kalimantan	14,3
Jambi	9,1	West-Nusa Tenggara	17,6
Ost-Kalimantan	9,2	Molukken	19,5
Bengkulu	9,4	Ost-Nusa Tenggara	20,6
West-Java	9,9	<b>Papua</b>	<b>21,2</b>
Yogyakarta	10,4	West-Kalimantan	22,0
Nord-Sulawesi	10,6		

Quelle: Mubyarto (2000, S.48)

### **Artikel 33 der indonesischen Verfassung**

Eine der Hauptquellen sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit bei indigenen Völkern auf Papua, was die Ausbeutung ihrer Bodenschätze angeht, ist Arti-

kel 33 der indonesischen Verfassung<sup>11</sup>, insbesondere die Paragraphen 2 und 3. Sie besagen:

Paragraph 2: „*Produktionszweige, die für den Staat wichtig sind, und die das Leben der meisten Menschen beeinflussen, werden vom Staat kontrolliert*“.

Paragraph 3: „*Land und Wasser sowie dort gefundenen Bodenschätze werden durch den Staat kontrolliert und zum maximalen Vorteil für die Menschen genutzt*“.

Die Auswirkungen dieser Paragraphen auf die einheimischen Papuas sind leicht vorstellbar, vor allem, wenn die Begriffe 'Staat' und 'maximaler Vorteil für die Menschen' von einem Regime definiert werden, dessen Maßnahmen unter den Menschen Zweifel an seiner Redlichkeit aufwerfen<sup>12</sup>. Die Papuas gehören einer Minderheit an und sind die letzten, die irgendeinen Vorteil von der Ausbeutung der Bodenschätze erlangen; selbst, wenn die Ressourcen auf ihrem eigenen Land ausgebeutet werden. Da ihre Bevölkerung sehr viel geringer als die Gesamtbevölkerung Indonesiens ist<sup>13</sup>, haben sie fast keinerlei politischen Einfluss. Da sie außerdem als rückständig und nicht entwickelt gelten, maß sich der Staat das Recht an, die Ressourcen ausbeuten zu können, ohne die Papuas konsultieren zu müssen. Es ist keine Überraschung, wenn Mubyarto (2000) zum Ergebnis kommt, dass, im Hinblick auf Armutsraten aufgeteilt nach Provinzen, nur West-Kalimantan niedriger als Papua einzustufen ist. Dies, obwohl Papua, zusammen mit den Provinzen Ost-Kalimantan, Aceh und Riau, durch die Ausbeutung der reichen Bodenschätze im allgemeinen als einer der Hauptgeberprovinzen für die indonesische Wirtschaft gilt.

Die Paragraphen 2 und 3 des Artikels 33 der indonesischen Verfassung sind im übrigen in zahlreiche Gesetze Indonesiens aufgenommen worden, die Minderheitsgruppen wie den indigenen Völkern auf Papua ebenfalls wenig Aufmerksamkeit schenken: etwa Gesetz Nr. 5 (1960) zu landwirtschaftlichen Angelegenheiten<sup>14</sup>, Gesetz Nr. 11 (1967) zum Bergbau<sup>15</sup>, Gesetz Nr. 9 (1985)<sup>16</sup>, Gesetz Nr. 15 (1997)

11 Vgl. [http://www.undang-undangindonesia.com/index\\_uud45.htm](http://www.undang-undangindonesia.com/index_uud45.htm)

12 Nach Heroepoetri und Hafild (1999) wurden die Prinzipien dieser Paragraphen, die sich auf den Sozialismus beziehen, von der Regierung manipuliert, da sie die staatliche Kontrolle über die natürlichen Ressourcen auf den Unternehmensbereich übertrugen (im Staats- wie in Privatbesitz), ohne die Bevölkerung konsultiert zu haben. Beide geben an, dass es 1999 579 Holzeinschlagskonzessionen zur Ausbeutung des indonesischen Waldes gab. Die Unternehmen gehörten jedoch lediglich 25 Einzelpersonen. Kurzum: Sie bezeichnen die korrupte Anwendung des Artikels 33 sarkastisch als „... *pengusaha untung, rakyat buntung* ...“ (die Kapitalisten streichen die Gewinne ein, die Menschen gehen leer aus).

13 S. Tabelle 2 bei Theo van den Broek.

14 Vgl. [http://www.undang-undangindonesia.com/uu\\_agraria/index\\_agraria.htm](http://www.undang-undangindonesia.com/uu_agraria/index_agraria.htm)

15 Vgl. [http://www.miningindo.com/laws\\_regulations/details\\_rules\\_11\\_67.html](http://www.miningindo.com/laws_regulations/details_rules_11_67.html)

16 Vgl. <http://www.theceli.com/dokumen/produk/1985/9-1985.htm>

zur Transmigration<sup>17</sup>, Gesetz Nr. 41 (1999) zu Forsten<sup>18</sup> und Gesetz Nr. 22 (2001) zu Erdöl und Erdgas<sup>19</sup>. Mit Ausnahme der Gesetze, die nach der *Reformasi*-Periode verabschiedet wurden, erwähnt keines der Gesetze Gewohnheits- und traditionelle Rechte indigener Völker an ihren Bodenschätzen.

## Transmigration und lokale Gemeinschaft

Die Zahl der Transmigranten wird auf insgesamt 75.200 Familien geschätzt<sup>20</sup>, die seit Einrichtung des Programms durch das Sukarno-Regime in den 1960er Jahren<sup>21</sup> nach Papua ausgesiedelt wurden. Den Höhepunkt bildete Suhartos Regierung der Neuen Ordnung, die mehr als 30 Jahre dauerte. Da das Register für Landerwerb für die nach Papua übersiedelnden Transmigranten ungefähr 2,15 ha pro Familienoberhaupt<sup>22</sup> ausweist, die zum Anbau von Lebensmitteln zu nutzen sind, kann davon ausgegangen werden, dass mehr als 160.000 ha guten Waldes diesem Programm geopfert wurden; Wald, der den indigenen Völkern gehörte. Diese riesige Landflä-

17 Vgl. [http://www.undang-undangindonesia.com/index\\_ketransmigrasian.htm](http://www.undang-undangindonesia.com/index_ketransmigrasian.htm)

18 Vgl. [http://www.undang-undangindonesia.com/uu\\_kehutanani/](http://www.undang-undangindonesia.com/uu_kehutanani/)

19 Vgl. <http://www.beacukai.go.id/Indonesia/Peraturan/UU/22-UU-2001.pdf>

20 Ende 1998 gab es 44.166 Transmigranten-Familien auf Papua (Quelle: Data at Kantor Departemen Transmigrasi Irian Jaya, 1998). Ein offizieller Bericht des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten (vgl. [www.pu.go.id/publik/kanwil/irja/82isi.htm](http://www.pu.go.id/publik/kanwil/irja/82isi.htm)), zählte zum Ende des Fiskaljahres 1994/1995 bereits 58.437 Familien in 163 Siedlungen. Nach den letzten Statistiken kamen in den Fiskaljahren 1998/99 und 1999/2000 noch einmal 4.251 Transmigrantenfamilien hinzu (Kantor Statistik Provinsi Irian Jaya, 2001). Wenn wir davon ausgehen, dass mindestens 2.500 Transmigrantenfamilien zwischen 1994/1995 und 1999/2000 jährlich migriert sind, kann die Gesamtsumme auf mindestens 75.200 Familien geschätzt werden, die gefördert durch das Regierungsprogramm zur Transmigration nach Papua eingewandert sind. Vgl. auch Theo van den Broek, Teil I.

21 Das Transmigrationsprogramm Indonesiens fusst auf der Annahme, dass es eine ungleiche Bevölkerungsverteilung auf den Inseln gibt. Es wurde von der holländischen Kolonialregierung im Zuge der Kolonisierungspolitik eingeführt, um "(...) 'Kolonien' von Siedlern aus Java auf anderen Inseln" zu gründen (Hardjono, 1977, p.16). Armida und Wismoyo (1982) behaupten, dass die Kolonisierung den Bevölkerungsdruck auf Java erleichtern und den bereits eingerichteten Plantagen ausländischer Eigner auf Sumatra billige Arbeitskräfte zuführen sollte. Das indonesische Gesetz Nr. 15 (1997) definiert Transmigration als freiwillige Wanderung der Bevölkerung, um ihr Auskommen zu verbessern und sich im zu entwickelnden Gebiet der Transmigration niederzulassen.

22 1991 und 1992 führte ich eine Serie von Feldforschungen an Transmigrationsplätzen im Manokwari-Distrikt durch und erfuhr, dass für 300 Familien mindestens 740 Hektar Waldland gerodet wurden. Sie wollten im Transmigrationsprogramm ‚Lebensmittelerzeugung‘ arbeiten (Sumule, 1994).

che würde, zusammengefasst, mehr als drei Mal so groß ausfallen wie die gesamte Erntefläche für Süßkartoffeln in der Provinz Papua im Jahr 2000.

Die Transmigration in Indonesien unter Einschluss Papuas wurde in Massen vollzogen und zog schwere Kritik auf sich. Die Transmigration übergab die Rechte indigener Völker auf ihr traditionelles Land. Da die Transmigration von nationalem Interesse war, hatten die ursprünglichen Besitzer des Landes keine andere Wahl, als sich in ihr Schicksal zu fügen. Wurde eine Fläche für die Transmigration als geeignet erachtet, erhielten die früheren Besitzer nur geringfügige Entschädigungen (Aditjondro, 1985). Die Transmigrationsprogramme wurde daher als ein wesentlicher Grund des massiven Exodus‘ von Papuas nach Papua-Neuguinea angesehen (Colchester, 1986). Der Transmigration wird außerdem nachgesagt, sie sei eine Form der Javanisierung oder Kolonisierung der im Außenbereich Indonesiens gelegenen Inseln (Assman, 1990).

Die Transmigration verursachte Umweltschäden in beachtlichem Ausmaß. Die Flächen wurden immer vollständig und großflächig mit schweren Maschinen abgeholzt. Die Transmigration beförderte auch den sozialen Neid der Einheimischen und führte zu einer von der Zentralregierung erzwungenen Ungerechtigkeit. Die Weltbank errechnete für die Umsiedlung jeder Transmigrantenfamilie Kosten in Höhe von 7.000,00 US\$. Soweit mir bekannt ist, hat kein einziges sozioökonomisches Projekt der Zentralregierung zugunsten der Papuas jemals so viel Mittel pro Familie zur Verfügung gestellt. Ein Führer der Hatam im Dorf Minyambou fragte mich zynisch: „Die Straße zur Stadt wird von der Regierung wohl nur gebaut, wenn die Javanesen in unser Dorf kommen<sup>23</sup>?“

Timika ist die Hauptstadtstadt des Bezirks Mimika und ein gutes Beispiel dafür, wie die Einheimischen durch den Zustrom der Migranten, größtenteils sogenannte spontane Migranten, marginalisiert wurden. Als ‚Freeport Indonesia‘<sup>24</sup> in den späten 1960er Jahren mit seiner Tätigkeit begann, zählte die Bevölkerung von Timika weniger als 5.000 Leute – größtenteils Angehörige der Amungme und Kamoro Stammesgesellschaften. Heute gehen selbst die konservativsten Schätzungen von mindestens 120.000 Menschen aus. Zweifellos setzt sich der größte Teil der Menschen aus Einwanderern anderer Teile Indonesiens zusammen. Die lokale Bevölkerung muss sich schwerer Konkurrenz durch die von außen Kommenden erwehren, die besser ausgebildet und geschäftlich untereinander vernetzt sind, eine längere Erfahrung beim Marketing und mit der modernen Wirtschaft haben sowie über mehr Kapital verfügen.

Vor kurzem nahm ich an einer Erhebung zur Wirtschaft Timikas teil, die unter anderem die Lage der indigenen Bevölkerung in der modernen Wirtschaft zum The-

23 Persönliche Mitteilung Februar 1993.

24 Kupfer- und Goldabbau; s. unten.

ma hatte. Im ersten untersuchten Fall transportierten ungefähr 120 Motorradtaxi (*ojeks*) Kunden vom Markt in Timika zu ihren jeweiligen Zielen. Unter den 120 *Ojek*-Fahrern befand sich nicht ein einziger Papua. Im zweiten Fall ging es um 27 Frauen, die Gemüse auf dem Markt in Mimika anboten. Nur eine war eine Papuafrau aus dem Kaimana-Gebiet. Im dritten Fall untersuchten wir einige von Freeport eingerichtete Programme zur wirtschaftlichen Förderung lokaler Gemeinschaften. Die Unternehmungen werden zwar rechtlich den Papuas zugerechnet, und nach außen scheint auch das Management in den Händen von Papuas zu liegen. Bei näherem Hinsehen tritt jedoch zu Tage, dass die meisten Angestellten Migranten sind. Diese Fälle zeigen, dass der massive Zuzug der Migranten fast unweigerlich zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Papua geführt hat. Die Situation in Timika lässt sich leicht auf alle städtischen Bereiche in Papua übertragen.

## Forstwirtschaft und KOPERMAS

Beim Workshop zur Überprüfung der Forstwirtschaftspolitik in Irian Jaya<sup>25</sup> wurde eine Resolution durch traditionelle Papua-Gemeinschaften erarbeitet, die eine gute Zusammenfassung ihrer Situation im Hinblick auf die fortgesetzte Ausbeutung der forstwirtschaftlichen Ressourcen Papuas liefert<sup>26</sup>:

*Waldressourcen [in Papua] können nur nachhaltig bewirtschaftet werden, wenn sie der traditionellen Gemeinschaft zurück gegeben werden. Wir wären der Hauptakteur (...), während Regierung, Berufsbildungssektor und nichtstaatliche Organisationen uns helfen würden, unsere Fähigkeiten zur angemessenen Nutzung der Ressourcen zu entwickeln. (...) Wir sind für jede Zusammenarbeit mit ehrlichen und verantwortungsbewussten Unternehmen offen<sup>27</sup>.*

25 „Revisiting the Forestry Management Policy in Irian Jaya“ vom 17. bis 18. Februar 2001 in Jayapura

26 Einiges an Informationen zu diesem Abschnitt wurde bereits beim Internationalen Workshop zu nachhaltigem Forstmanagement im Juni 2001 auf Bali vorgestellt, organisiert durch den Crawford Fund. Der Titel des Vortragspapiers lautete *Für ein nachhaltiges Forstmanagement unter signifikanter Teilnahme der traditionellen Gemeinschaften auf Papua (Irian Jaya) in Indonesien: Einige kritische Ausführungen zur Berücksichtigung in der Ära der Dezentralisierung (Towards a Sustainable Forest Management with Significant Participation of the Customary Communities in Papua (Irian Jaya), Indonesia: Some Critical Issues To Be Considered in the Decentralization Era)*. Ich gehe davon aus, dass die Organisatoren das erwähnte Papier zusammen mit den Ergebnissen des Workshops veröffentlichen.

27 Der vollständige Text der Resolution in indonesischer Sprache ist über das Internet erhältlich: [http://www.mofrinet.cbn.net.id/informasi/intag/rum\\_lokakarya\\_irja.htm](http://www.mofrinet.cbn.net.id/informasi/intag/rum_lokakarya_irja.htm)



Diese Resolution enthält mindestens vier bedeutsame Einzelheiten. Zum einen haben die traditionellen Gemeinschaften in Papua keinen wirklichen Nutzen aus 37 Jahre währender Fortwirtschaft durch die Zentralverwaltung des indonesischen Regimes gezogen. Zum zweiten hat aus der Perspektive der traditionellen Gemeinschaften die Einbeziehung von Dritten, einschließlich der Umweltschutzagenturen<sup>28</sup>, anscheinend nicht zum Prinzip der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der Waldressourcen beigetragen. Zum dritten muss die marginalisierte Lage der indigenen Völker völlig verändert werden, damit sie die Herren über ihre Ressourcen werden. Schließlich bestehen die traditionellen Gemeinschaften Papuas darauf, dass jegliche zukünftige Kooperation sie in die Lage versetzt, den größtmöglichen Nutzen daraus zu ziehen. Die Mitwirkung von Dritten, so die Selbsterkenntnis der Gemeinschaften über ihre Grenzen bei der Nutzung der Ressourcen, ist vorläufig noch notwendig.

Der Beitrag des forstwirtschaftlichen Sektors Papuas zur Wirtschaft Indonesiens und der Provinz Papua ist signifikant; wenngleich die Produktivität der Holzindustrie mit Beginn der *Reformasi*-Ära tendenziell abzunehmen begann (siehe Tabelle 2 unten). Der indonesische Verband der Forstlizenznehmer (*Asosiasi Pengusaha Hutan Indonesia; APHI*) machte in seiner Pressemitteilung vom 02. März 2000 geltend, dass in den letzten fünf Jahren der Beitrag der Holzindustrie Papuas – durch die Zahlung verschiedener Steuern und Abgaben – sich jährlich auf 553.363.136.849,92 Rupien belief (ca. 553 Mio. Euro). Ungefähr 45% davon wurden über das Finanzministerium der Zentralregierung an die Regierung der Provinz Papua verteilt<sup>29</sup>. Da die sozioökonomische Situation der indigenen Bevölkerung innerhalb und um das Gebiet der Waldkonzession herum normalerweise zur schlechtesten auf Papua gehört, kann der einfache Schluss gezogen werden, dass der

28 Im Jahr 2000 führte ich eine Evaluierung für den WWF in Papua durch (Sumule, 2000). Überraschenderweise war die Kritik bestimmter Gruppen der indigenen Bevölkerung gegen die Aktivitäten einer bestimmten Naturschutzorganisation recht stark, insbesondere seitens derjenigen, die innerhalb der Schutzgebiete lebten. Sie behaupteten, dass die bei ihnen eingeführten Aktivitäten zum Naturschutz ihnen entgegen den Erwartungen keinen wirtschaftlichen Vorteil, dagegen eher einen Vorteil für die Organisation brächten. Da es sich um einen internen Bericht handelt, wurde er nicht veröffentlicht. Gleichwohl kann der Bericht eventuell über das Büro des WWF Sahul Bioregion in Jayapura, Papua, eingesehen werden.

29 Gleichwohl lag die von APHI präsentierte Zahl deutlich niedriger als ursprüngliche Annahmen. Der Jahresbericht 2000 des Regionalen Büros des Forstministeriums der Provinz Irian Jaya stellte fest, dass in den vergangenen fünf Jahren die gesamte Holzproduktion durch APHI-Mitglieder auf Papua bei 7.990.013,66 m<sup>3</sup> lag. Der APHI-Bericht weist dagegen für den gleichen Zeitraum eine Produktion von 5.418.573,79 m<sup>3</sup> aus, also 2.571.439,87 m<sup>3</sup> weniger. Wenn im Durchschnitt an den Staat 102.123,39 Rupien pro m<sup>3</sup> Holz gezahlt wurden, wie dies APHI in seinen Kalkulationen ausweist, so belief sich der potenzielle Verlust für das Einkommen des Staates aus der Holzindustrie Papuas auf 262.604.162.613,86 Rupien oder mehr als die Hälfte der von APHI beglichene Summe.

Finanzbeitrag der Holzindustrie sich kaum auf das Leben der Gemeinschaften auswirkt<sup>30</sup>.

In der Ära von Präsident Habibie begann die Regierung mit ihrer Politik, die Gemeinschaften bei der Verwaltung der natürlichen Ressourcen durch KOPERMAS mit einzubeziehen (*Koperasi Peranserta Masyarakat*; genossenschaftliches Unternehmen auf Gemeindeebene). Für die Provinz Papua begann dieser Prozess am 23. April 1999, als der für genossenschaftliche Unternehmungen und die Entwicklung von Kleinunternehmen zuständige Minister, Adi Sasono, einer Anzahl lokaler Genossenschaften Genehmigungen zum Forstmanagement übergab. Die Tageszeitung *Suara Pembaruan* berichtete am 27. April 1999 bei dieser Gelegenheit von der Aussage des Ministers, dass es ungerecht sei, wenn die lokale Bevölkerung bei der Ausbeutung der Bodenschätze auf ihrem angestammten Land nur eine Zuschauerrolle spiele. Durch KOPERMAS soll die lokale Bevölkerung hingegen befähigt werden, die Waldressourcen für ihren eigenen Wohlstand zu nutzen. Soweit sie momentan noch nicht dazu in der Lage sind, kann dies durch eine auf gegenseitigen Nutzen angelegte Kooperation mit Dritten erfolgen, wobei die Verwaltung in den Händen der Einheimischen bleibt.

**Tabelle 2 – Holzproduktion in der Provinz Papua 1997/1998 - 1999/2000**

Unternehmensgruppen	1997/1998 (m <sup>3</sup> )		1998/1999 (m <sup>3</sup> )		1999/2000 (m <sup>3</sup> )	
	Ziel	Aktuell	Ziel	Aktuell	Ziel	Aktuell
Kayu Lapis Indonesia	707,257	407,958	582,024	247,516	560,388	134,843
Djayanti	526,546	345,981	421,994	224,998	395,215	70,247
Barito Pacific Timber	167,583	38,237	212,069	45,164	153,627	36,496
Alas Kusuma	321,239	214,272	340,779	98,524	404,068	53,666
Korindo	400,837	323,744	446,025	254,027	442,187	136,024
Wapoga Mutiara Timber	378,270	204,973	432,500	113,805	443,050	57,584
Hanurata	192,238	93,530	137,136	73,158	16,774	61,105
Anderes	875,809	493,192	990,583	449,559	862,552	212,357
<b>Gesamt</b>	<b>3,569,779</b>	<b>2,121,887</b>	<b>3,563,110</b>	<b>1,506,751</b>	<b>3,277,861</b>	<b>762,322</b>

Die Leitidee vom Wohlstand durch genossenschaftliche Unternehmen stammt von den Gründervätern Indonesiens. Paragraph 1 in Artikel 33 der indonesischen Ver-

<sup>30</sup> Vgl. etwa den von der traditionellen Gemeinschaft Asmat aus Sawa Erma versandten Brief an den Gouverneur Papuas vom 20. Juni 1998. Dort fordern sie Schutz gegen die Einschüchterungen durch den Sicherheitsapparat. Die Gemeinschaft hatte sich dem Plan der Jayanti-Firma widersetzt, ein Fisch verarbeitendes Unternehmen (Fischdosenfabrik) auf ihrem traditionellen Land zu bauen; s. <http://members.tripod.com/~telapak/call2.htm>

fassung (von 1945) stellt fest: „(...) die Wirtschaft wird als gemeinschaftliche Aufgabe mittels des Prinzips der Gegenseitigkeit entwickelt (...)“. Das Merkmal der „Gegenseitigkeit“ bezieht sich dabei auf eine Wirtschaftseinheit wie etwa ein genossenschaftliches Unternehmen. Gleichwohl waren seit der Unabhängigkeit Indonesiens 1945 Erfolge genossenschaftlicher Unternehmen bei der Erzeugung von Wohlstand für die Leute eher selten. In anderen Worten: die Vorstellung, den Menschen mittels *KOPERMAS* Wohlstand bringen zu können, muss erst noch weiter entwickelt werden. Gemäß den Angaben der Abteilung für Forstwirtschaft und Staatlich-Landwirtschaftliche Erntegüter in der Provinzverwaltung Irian Jaya (Kanwil Departement Kehutanan dan Perkebunan) gibt es gegenwärtig mindestens 20 *KOPERMAS* auf Papua.

Verschiedene Gruppen auf Papua üben scharfe Kritik an *KOPERMAS* und beziehen auch die Ausbeutung der Waldressourcen mit ein. Einer der Kritikpunkte verweist auf die dort durchgeführte, recht kapitalintensive Ausbeutung der Waldressourcen. Die Papua-Gemeinschaften verfügen im allgemeinen nur über eine geringe Kapitalausstattung, so dass die Bemühungen von *KOPERMAS*, mit Dritten zusammenzuarbeiten, im wesentlichen nur eine andere Form der Ausbeutung darstellt. Die lokale Bevölkerung wird in der Regel als Bahnbrecher benutzt, um alle notwendigen Genehmigungen beizubringen. Der größte Brocken des Profits verbleibt dagegen beim Kapitalbesitzer (d.h. Dritter).

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Ausgleichszahlungen an die örtlichen Gemeinschaften durch den von außen kommenden Investor. Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit *KOPERMAS* umfasst gewöhnlich bedeutsame Geldbeträge, während die langfristig angelegten Entschädigungszahlungen eher selten, wenn überhaupt zur Auszahlung kommen. Meine Untersuchungen im Gebiet Raja Ampat zeigten, dass die Lizenznutzung im Wert von 600 Millionen Rupien (ungefähr 70.000 US\$), gezahlt an die Einheimischen der Gemeinde Kapacol für die Ausbeutung des Waldes unter der Regie einer *KOPERMAS*-Investition, weniger als ein Jahr dauerte. Da der Wald sich im Besitz der Gemeinschaft befand, scheint der Betrag von 70.000 US\$ hoch. Nachdem jedoch das Geld auf alle Familien verteilt worden war, blieb für den Einzelnen nicht mehr viel übrig.

Ebenfalls Kritik erntet die an *KOPERMAS* erteilte Waldkonzession über 250 Hektar. In der Praxis wird eine solch große Fläche im Clear-Cut-Verfahren abgeholzt<sup>31</sup>. Folglich ist die Zerstörung des Waldes bei *KOPERMAS* schwerwiegender und nachwirkender als der sonst durch große Forstlizenznehmer verursachte Einschlag. Schließlich wird dem Typus Waldmanagement bei *KOPERMAS* vorgeworfen, eine der zentralen Ursachen für illegalen Holzeinschlag insbesondere in geschützten Gebieten zu sein. Da *KOPERMAS* sich rechtlich im Besitz der Ge-

31 Unterschiedsloser, vollständiger Holzeinschlag.

meinschaft befindet, kann eine Gesetzesverletzung im Kontext der *KOPERMAS*-Tätigkeit verfahrensrechtlich nur schwer zugeordnet werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass *KOPERMAS* mehrere Rollen ausfüllt, die potenziell miteinander in Konflikt geraten können. Einerseits bietet *KOPERMAS* eine wichtige rechtliche Gelegenheit für indigene Völker, aus der Nutzung der Waldressourcen größeren Gewinn als vorher zu ziehen. Andererseits versetzt diese Politik die Menschen nicht automatisch von einem Moment zum anderen in eine meistbegünstigte Position; von der Gefahr schwerwiegender Waldzerstörung aufgrund der bei *KOPERMAS* üblichen Art und Weise der Abholzung ganz zu schweigen.

## Bergbau

Die meisten Berichte über Verletzungen von Menschenrechten in Papua durch extraktive Industrien sind mit den Tätigkeiten von PT Freeport Indonesien im Gold- und Kupferbergbau verbunden; eine Tochtergesellschaft des US-Konzerns Freeport MacMoRan<sup>32</sup>. Die Zentralregierung betrachtet PT Freeport als eine der strategischen Produktionszweige in Indonesien und setzt mehr als 1.000 Militär- und Polizeieinheiten ein, um diese Mine zu schützen (Davies, 2001). Eines der Ergebnisse ist Mord und Folter an Einheimischen, die als Gefahr für diese ausländische Investition angesehen werden. Es überrascht nicht, dass der bewaffnete Flügel der Befreiungsbewegung (*Organisasi Papua Merdeka*) ebenfalls in der Nähe des Freeport-Bereichs aktiv ist. Wie bei jeder Bergbautätigkeit auf Papua ist der Beitrag von Freeport zur Wirtschaft Papuas deutlich geringer als der Beitrag für die Zentralregierung (s. Tabelle 3).

Ein anderes Ärgernis ist Freeports Handhabung des Abraums. Ungefähr 300.000 Tonnen von zusammenbackendem Material werden täglich in das Agawagon-Aijkwa Flusssystem eingeleitet. Im Tiefland hat sich bereits eine riesige Abraumhalde gebildet. Sie hat mindestens 130 km<sup>2</sup> tropischen Waldes vernichtet; darunter Sago, Nahrungsquelle für die Kamoros, die Einheimischen des Distrikts Mimika-Tiefland. Die

<sup>32</sup> Einen dieser Berichte gab die NGO 'Project Underground' heraus (1988); vgl. ebenso Ballard (1991). Andererseits stellt ein „*Kurzbericht über Freeport und Menschenrechte*“ folgendes fest (Freeport-McMoRan Copper&Gold Inc, 2002): „... *PT Freeport Indonesia vertritt eine klare Position zur Unterstützung der Menschenrechte für alle und hat nachweislich Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Papua verurteilt. Die Firma trat 1999 mit einer Sozial- und Menschenrechtspolitik an und teilte diese Politik den Angestellten mit. Das Konzept fordert Menschenrechtsbildung für alle Mitarbeiter und Berichte an den Menschenrechtsbeauftragten über Vorfälle im Bereich Menschenrechte ein. Die Angestellten müssen jedes Jahr bestätigen, dass sie weder an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren noch Kenntnis davon hatten*“.

Abraumhalde bedeckt einen bedeutenden Teil des traditionellen Landes der Koperapoka, einer Sippe der Kamoro-Stammesgesellschaft. Es dauerte bis 1996<sup>33</sup>, als eine Serie von Protesten seitens der Koperapoka und Kritik von außerhalb Freeport dazu brachten, ein Programm zur Anerkennung der indigenen Rechte auszuarbeiten, das den Koperapoka neue Siedlungsflächen zur Verfügung stellen sollte.

**Tabelle 3 – Einkünfte der Provinzregierung Irian Jaya (Papua) durch Freeport 1997<sup>34</sup>**

<b>Art der Einkünfte</b>	<b>US \$ (000.000)</b>
Lizenzgebühr	25,26
Pacht	0,21
Steuern auf Land und Gebäuden	2,07
Abgaben auf umgesetzte Mineralien und Wasser	0,50
Fahrzeugsteuer	0,14
Steuern für Beschäftigte aus dem Ausland	0,004
<b>Gesamt</b>	<b>28,17</b>
Anteil am steuerlichen Geldeinkommen der Provinz ( <i>Pendapatan Asli Daerah</i> )	63%
Anteil am Einkommen der Zentralregierung durch Freeport-Tätigkeiten in Höhe von 237 Mio. US\$ (Dividende, Lizenzgebühren, andere Steuern)	11.89%

Da nur 16 Prozent der gesamten Freeport-Belegschaft samt Zulieferer aus einheimischen Papuas bestehen, geht von den Gehältern und anderen Zuwendungen kaum eine Wirkung auf die Entwicklung der lokalen Wirtschaft aus. Diese Situation wiederholt sich im Hinblick auf Freeports Wirkung auf die landwirtschaftliche Entwicklung in diesem Gebiet. Gehen wir davon aus, dass Freeport und Zulieferer etwa 13.000 Arbeitnehmer beschäftigen, die drei Mahlzeiten pro Tag nachfragen. Die Kosten pro Essen belaufen sich pro Kopf auf 30.000 Rupien. Der Bruttowert dieser Dienstleistung beträgt also mehr als 1 Milliarde Rupien pro Tag. Dieses Einkommen kommt jedoch ausschließlich der Firma *PT Pangansari Utama Food Industry* zugute, einer der größten Catering-Systeme der Welt. Da die meisten nachgefragten Speisen von außerhalb Papuas importiert werden (wenngleich lokaler Einkauf angestrebt wird), bleibt die Wirkung der Catering-Firma auf die lokale Wirtschaft unbedeutend.

33 Das Produkt von Freeport, ein Kupfer-Gold-Konzentrat, wurde zum ersten Mal 1971 verschifft.

34 Das höchste Einkommen Freeports in den letzten 10 Jahren.

In den letzten zweieinhalb Jahren hat das Goldwaschen im Agawagon–Aijkwa Flusssystem deutlich zugenommen; dort, wo Freeport seine Abraumhalden aufschüttet. Vor kurzem war ich dort und hatte die Gelegenheit, die Goldwäscher zu interviewen. Sie können bis zu 300.000 Rupien pro Tag verdienen – ein recht hohes Einkommen bei allerdings auch hohem Risiko. Die wichtigste Variable in diesem Geschäft stellen die Angehörigen von indonesischem Militär und Polizei dar<sup>35</sup>. Die Gebiete um Freeports Bergbaustätten in Tembagapura unter Einschluss traditioneller Banti-Dörfer wurden seit 1997 für nichtautorisierte Migranten wegen des Mangels an Unterkunftsmöglichkeiten als Sperrgebiete ausgewiesen. Selbst Freeport scheint jedoch machtlos zu sein, weil das Militärpersonal den Transport, mindestens aber den Schutz für die Goldwäscher bereit stellt. Dadurch konnten sie den Goldhandel in diesem Gebiet monopolisieren. Die Goldwäscher hatten keine andere Wahl, als das Gold an die Militärs zu verkaufen. Das Ergebnis ist offensichtlich: Migranten aus verschiedenen Dörfern vom zentralen Hochland strömten zunehmend in das Gebiet und setzten sich an den steilen Hügeln des Kembili fest, in Sichtweite zu den traditionellen Banti-Dörfern der Amungmes. Dies erhöht die Gefahr von Stammeskriegen, wie sie wiederholt in den 1990er Jahren zwischen den Danis von Utikini und den Amungmes von Banti stattfanden. Es kostete Freeport Millionen Dollar, um die Danis und andere Migranten in das Tiefland von Timika umzusiedeln und diesen Konflikt zu unterbinden.

## Erdöl und Erdgas

Die Geschichte der Erdölförderung auf Papua kann bis in die 1930er Jahre zurückverfolgt werden, als das *Nederlandse Nieuw Guinea Petroleum Maatschappij* (NNGPM) 1935 mit der Erforschung des Vogelkopf-Gebietes auf Papua begann. Die Ölgewinnung fing 1948 an. Seit dem Übergang der Verwaltung von den Holländern an Indonesien im Jahr 1963 haben sich die Erdölquellen im Sorong-Gebiet zu einer der Haupteinnahmequellen Indonesiens entwickelt. Wesentlich daran beteiligt ist der Monopolkonzern Pertamina. In den 1970er Jahren konnte Indonesien vom Ölboom profitieren, aus dem auch sein damaliges Wirtschaftswachstum herrührte. Der Beitrag Papuas dazu mit seinen Ölvorkommen kann nicht ignoriert werden. Inwieweit Erdöl und Erdgas die indigenen Völker Papuas unter Berücksichtigung ihrer traditionellen Rechte beeinträchtigt hat, ist noch nicht gründlich genug erforscht. Wenngleich jüngste Beschwerden lokaler Gemeinschaften über die Erkundungen von Pertamina-ARCO (verschmolzen mit BP) und die Pläne von BP

<sup>35</sup> Weitere Anmerkungen zu wirtschaftlichen Tätigkeiten des Militärs bei Theodor Rathgeber, Anhang VI.

die Auswirkungen erahnen lassen. BP will eine der größten und reichsten Erdgasreserven Indonesiens in der Bintuni-Bucht ausbeuten.

Im Jahr 2000 stellte Pertamina-ARCO im Rahmen eines öffentlichen Treffens in Manokwari seinen Plan vor, die Erdgasproduktion zu entwickeln. Decky Kawab<sup>36</sup>, ein prominenter Führer der Bintuni-Gemeinschaft in Manokwari und Leiter der Wirtschaftsabteilung des Manokwari-Distrikts, wandte sich mit einer sarkastischen Bemerkung an die Pertamina-ARCO Vertreter, die versprochen hatten, den Rechten der indigenen Bevölkerung in der Bintuni-Bucht die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken: *„Öl- [und Gas-] Produktion ist uns nicht neu. Wir haben jedoch die Lügen der Leute von den Erdölfirmen satt. Keine weiteren Versprechen, bitte. Tun Sie schlicht das, was sie den Leuten schuldig sind!“*

Am 8. Mai 2002 bezeichnete die in Manokwari ansässige NGO ‚Bündnis zur Unterstützung für Tangguh‘ in einer Pressemitteilung die Umweltverträglichkeitsprüfung des Tangguh LNG Projektes von BP-Pertamina als mangelhaft. Eine Genehmigung durch die indonesische Zentrale Kommission zur Feststellung von Umweltbeeinträchtigungen (AMDAL) sei unter diesen Umständen nicht statthaft. Das Bündnis machte geltend, dass es keine wirkliche Beteiligung der einschlägig betroffenen lokalen Gemeinschaften gegeben habe. Darüber hinaus forderte das Bündnis, dass zuallererst andere Angelegenheiten zu regeln seien; wie das Abbrennen der Sago-Wälder, der Tod von 48 Kindern aufgrund früherer Sprengungen bei der Erkundung und Ausgleichszahlungen für das dem Projekt zugewiesene Land (Jaringan Advokasi Tambang, 2002).

Der Ausbau des LNG Projektes wird in naher Zukunft beginnen. Die Genehmigung durch AMDAL wurde erteilt, und die Verwaltung des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono billigte den Geschäftsplan; obgleich die Probleme mit der Kompensation für die Menschen in Aranday weit von einer Lösung entfernt sind. Sie haben traditionelle Landrechte für das Gebiet, in dem sich die Erdgasreserven befinden. Die Einheimischen gehen davon aus, dass ihre Rechte an den Bodenschätzen, einschließlich Erdgas, durch das Gesetz zur Sonderautonomie geschützt sind. Wer aber ist für die Kompensation zuständig: die Zentralregierung (die alle Einkommen aus Steuern und 30 Prozent aus sonstigen Abgaben erhält), die Provinzregierung (die 70 Prozent aller sonstigen Abgaben empfängt), oder BP als Vertragspartner? Je länger diese Angelegenheit ungeklärt bleibt, desto höher steigt das Risiko von Konflikten zwischen der Sumuri Stammesgesellschaft von Aranday und seinen umliegenden Gebiete sowie der Sebyar Stammesgesellschaft aus den Dörfern Tanah Merah, Saengga und Omar. Die Sebyar wurden von BP bereits mit hochwertigen Häusern und öffentlichen Einrichtungen entschädigt (Schulen, Kirche, Mo-

<sup>36</sup> Decky Kawab ist momentan der Distriktchef (Bupati) des jüngst eingerichteten Bintuni Bay-Distrikts.

schee, Kliniken, Elektrizität und Trinkwassersystem). Ihr altes Dorf wird für das LNG-Werks-gelände benutzt. Im letzteren Fall scheint BP die Lektion gelernt zu haben.

## Fischerei und andere Meeresressourcen

Vom 30. Oktober bis 22. November 2002 war ich an einem Kurzeit-auftrag zur ökologischen Bewertung der Raja Ampat-Inseln (West-Papua) beteiligt. Der Auftrag wurde durch die ‚Natur Conservancy‘ (TNC) erteilt<sup>37</sup>. Das Raja Ampat-Gebiet bietet ein Paradebeispiel für die Beziehung von einheimischen Papuas mit ihrer Umgebung – d.h. kleine Inseln, Küstenbereiche, Meer und seine Ressourcen – und dem Ausmaß an Bedrohung für ihren Lebensunterhalt, der von der verantwortungslosen Einflussnahme von Außenstehenden ausgeht; sei es mit oder ohne staatliche Förderung. Dieses Beispiel betrifft nicht nur das Raja Ampat-Gebiet, sondern ist auch in anderen marinen Gebieten Papuas anzutreffen.

Eine der Hauptfragen, die wir der örtlichen Gemeinschaft während der Untersuchung wiederholt stellten, lautete: „*Was denken Sie über die aktuelle Verfügbarkeit von Meeresressourcen im Vergleich zu früher?*“ Die Antwort war in jedem Dorf dieselbe: Die Ressourcen waren deutlich dezimiert worden. Zur Darstellung der Situation benutzten die Befragten verschiedene Beschreibungen; zum Beispiel:

„*In der Vergangenheit begannen wir, zuerst den Reis / Sago / die Knollenfrucht zu kochen und gingen dann zum Fischen (Dulu kami masak nasi / sago / ubi dulu baru pergi cari ikan)*“ – d.h. Fisch und andere Meeresfrüchte gab es so reichlich, dass alle sich gewiss waren, mit minimalem Aufwand eine Beilage aus dem Meer nach Hause zu bringen.

„*In der Vergangenheit spielten wir mit den Seegurken Fußball (Dulu teripang kami tendang-tendang saja)*“ – d.h. Seegurken gab es ebenfalls reichlich, so dass kein großer Zeitaufwand notwendig war, sie zu finden und zu sammeln.

„*Liefen wir zum Fangen des ‚Bias‘ aus, sank fast das Boot, wenn wir nach Hause kamen (Dulu kalau kami pergi cari bia, perahu hampir tenggelam waktu kami pulang ke rumah)*“ – d.h. der ‚Bias‘, eine Sorte Fisch, war so reichlich vorhanden, dass so viel gesammelt werden konnte, wie die Leute wollten.

Nachdem wir die Antworten hörten, lautete die nächste Frage: „*Was ist Ihrer Meinung nach wohl der Grund [für den Rückgang]?*“ Wiederum kam fast überall die gleiche Antwort: „*Die Leute von außerhalb haben unsere Meeresressourcen habgierig ausgebeutet.*“

<sup>37</sup> Die Ergebnisse wurden bei Donnelly and Mous (2003) veröffentlicht.



Auswärtige, die etwa Sprengstoff benutzten. In Sorong herrscht die einhellige Meinung vor, dass die Benutzung von Sprengkörpern einer der Hauptgründe für die Vernichtung der Meeresressourcen in Raja Ampat gewesen ist. Die Nutzung von Sprengstoff kam allerdings nicht über Nacht. Die Einheimischen von Raja Ampat gestanden ein, dass das Fischen mit Bomben schon seit den 1970er Jahren betrieben und seit den 1980er Jahren durch 'lokale Sprengkörper' ergänzt wurde (von der Biak-sprechenden Gemeinschaft *dopis* genannt). Sie verwendeten Munition aus Bomben oder Kugeln aus dem II. Weltkrieg, die nicht explodiert waren. Ob diese Praxis in einer Beziehung zur Verwendung von *akar bore*<sup>38</sup> stand (Gift aus Wurzeln), eine traditionelle Art des Fischfangs, müsste noch untersucht werden. Bomben und Kaliumzyanid nutzten jedoch, laut den lokalen Gemeinschaften, größtenteils die Leute von außerhalb von Raja Ampat; entweder Leute aus Sorong oder von außerhalb Papuas. Dieser Fang geschah natürlich ohne vorherige Zustimmung der traditionellen Besitzer. Offensichtlich hatten die Einheimischen keinen Mechanismus zur Kontrolle. Die mit Sprengstoff gefangenen Fische wurden frisch oder gesalzen in Sorong verkauft.

Neben Bomben stellt Kaliumzyanid eine der hauptsächlichen Bedrohungen für die Nachhaltigkeit der Meeresressourcen dar. Kaliumzyanid wird nicht lokal hergestellt und muss importiert werden. Außerdem sind Schiffe von außerhalb Papuas am Fangen des Frischfisches beteiligt, wie Informanten im Dorf Saliyo mitteilten<sup>39</sup>:

*„Mehrere Schiffe operierten in unserem Gebiet. Darunter befanden sich das Schiff ‚Mioskopal‘ von Ambon, die ‚Kawan Setia‘ von Makassar und die ‚Regina‘. Jedes dieser Schiffe transportierte zwischen 18 und 20 Schnellboote, ausgestattet mit Kompressoren fürs Tauchen. Die Kompressoren erlaubten den Tauchern, für lange Zeit unter Wasser zu bleiben und Kaliumzyanid zu benutzen. So sammelten sie eine Menge Frischfisch.*

*„Wir enterten vor zwei Jahren die ‚Regina‘. Ihre Mannschaft von der Salayar-Insel aus Sulawesi stahl den Fisch in der Nähe unserer Inseln. Wir beschlagnahmten eines ihrer Schnellboote mit einem 15 PS Außenbordmotor. Wir be-*

38 Am 09. November hielt ich bei Aduwey, einem zeitweiligen Lager der Leute aus dem Dorf Kapacol. Ich sprach mit Decky, einem 24 Jahre alten Mann, der sich dort mit seiner Frau und Schwiegermutter aufhielt, um Seegurken und *bia lola* zu sammeln. Ich frage ihn insbesondere, ob er *akar bore* benutzt, um Fisch zu fangen. Er sagte, dass nicht nur er sondern alle seine Vorfahren *akar bore* nutzten. Als ich ihn über die Risiken für die Umwelt durch das *akar bore* und seine Meinung dazu befragte, da kleine Fische wegen des Gifts ungewollt sterben könnten, entgegnete er mir *“Warum sind Sie so besorgt über unser akar bore? Was ist mit den Außenstehenden, die Bomben und Kaliumzyanid einsetzen? Wenn das andere können, warum wir nicht?”* und sarkastisch gab er seinem Frust Ausdruck: *“Möglicherweise wäre es besser für diese Ressourcen, sie würden allesamt vernichtet [so dass niemand etwas davon hat]!”*

39 Interview am 18. November 2002.

*schlagnahmten ebenso ihren Kompressor. Später kam die Schiffsmannschaft zurück, als nur unsere Frauen und Kinder im Dorf waren und bedrohten unsere Familien mit Messern. Sie haben sich das Boot und den Kompressor wieder angeeignet.“*

Wenn der Fisch an legale Händler in Sorong verkauft wird, bringen diese den Fisch manchmal bis zu Händlern in Hongkong, Singapur und anderen Teilen der Welt. Auf dieser Ebene des Fischhandels ist es so gut wie unmöglich, gesetzlich irgendetwas zu unternehmen.

Eine nächste Verwerfung der lokalen Wirtschaft durch Außenstehende verursachten balinesische Fischer. Sie begannen, um Meeresschildkröten in Raja Ampat zu konkurrieren. Diese wurden von den Einheimischen traditionell genutzt, zählen jetzt aber zur gefährdeten Tierart. Soleman, ein Einheimischer aus Saliyo<sup>40</sup>, sprach über die Ausbeutung der *Tuturuga* (örtlicher Name für Meeresschildkröte) in seinem traditionellen Fanggebiet:

*„Die Leute aus Gebe [aus dem Norden der Provinz Molukken, kulturell verwandt zu Raja Ampat] nahmen Eier und fünf bis sechs groß Tuturuga mit nach Hause. Ebenso kamen Leute aus Ayau zum Töten der Tuturuga. Sie nahmen auch Eier mit. Sie fragten uns jedoch zuerst um unsere Erlaubnis. Die Balinesen dagegen kamen, ankerten mit ihren Booten nahe der Sayang-Insel und sammelten so viele Tuturuga, soviel sie wollten. Ich habe bei einer dieser Gelegenheiten etwa 20 große, lebende Tuturuga auf dem Deck eines dieser balinesischen Schiffe gesehen. Und das war nur ein Schiff. Und ich konnte nur diese sehen. Ich weiß nicht, wie viele weitere [Tuturuga] sich innerhalb des Schiffs befanden. Sie nahmen alles: große, kleine, Eier (...)“*

Die Beispiele und Informationen geben eine Übersicht über die Strukturen und die an den verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten in Papua beteiligten Akteure. Es scheint eine sehr schwierige Herausforderung zu sein – wenn nicht sogar einer titanischen Anstrengung bedürfen – die lokale Wirtschaft aufrecht zu erhalten oder gar zu entwickeln. Dies um so mehr, wenn wir die Ausbildung und Wertesetzung der lokalen indigenen Bevölkerung in Rechnung stellen. Zweifelsohne sind die Papuas bis zum heutigen Tag genügend ausgebildet, ihr soziales und wirtschaftliches Umfeld bis zu einem gewissen Grad zu verteidigen. Wenn wir jedoch die Tendenz zu einer sich immer stärker ausweitenden, globalisierten Welt berücksichtigen, werden diese Fertigkeiten immer weniger wert; wahrscheinlich eher früher als später. Neue Strukturen für neue Räume werden gebraucht, sogar fürs schlichte Überleben.

<sup>40</sup> Ich traf ihn bei seinem Fischgrund auf der Wayag-Insel am 16. November 2002.

## Das Entwickeln eigener Fähigkeiten und die Sonderautonomie

Das Gesetz zur Sonderautonomie Papuas stellt einen Durchbruch dar, um Papuas zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu aktivieren. Das Gesetz liefert wichtige Elemente zum Schutz und zur Tauglichkeit der Rechte der indigenen Bevölkerung Papuas; einschließlich der Bodenschätze. Artikel 'e' des Abschnitts ‚Erwägungen‘ im Gesetz zur Sonderautonomie Papuas erkennt den melanesischen, kulturellen Hintergrund der indigenen Papuas mit der ihnen eigenen „(...) *Vielfalt an Kultur, Geschichte und Sprachen*“ an. Über die akademischen, anthropologischen Diskussionen hinaus stellt diese Gesetzesvorgabe die Vorherrschaft der Malaisch-Indonesischen Variante des Tuns in Frage, die der Staat als allgemeines Konzept zur Lebensführung für das gesamte Land vorgegeben hatte (Zakaria, 1997; Anon, 2000). Dieses Konzept hat fast alles an Entwicklungspolitik und Programmen in der Vergangenheit beeinflusst. Die Anerkennung der Papuas als Melanesier bedingt, dass die zukünftige Umsetzung von Entwicklungspolitik und Programmen auf Papua, einschließlich des Entwurfs und der Ausführung von Wirtschaftsplänen, immer durch Respekt und Anpassung an die Kultur der indigenen Völker geprägt sein sollte.

Artikel 'f' und 'g' desselben Abschnitts erkennen implizit an, dass seit der Integration Papuas in die Republik Indonesien die Rechte der einheimischen Papuas nicht voll respektiert wurden. Durch die Formulierung bestimmter Ziele erkennt das Gesetz indirekt an, dass (1) Verwaltung und Entwicklung der Provinz Papua nicht dem gängigen Verständnis von Gerechtigkeit entsprachen, keinen Wohlstand für alle brachten, die Durchsetzung des Rechts nicht voll unterstützten und die Menschenrechte in der Provinz Papua nicht achteten; insbesondere der indigenen Gemeinschaften. In dieser Weise wird weiterhin festgestellt, dass (2) Verwaltung und Nutzung des natürlichen Reichtums auf Papua nicht optimal verliefen, um den Lebensstandard der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen. Stattdessen wurde die sozioökonomische Kluft zwischen der Provinz Papua und anderen Regionen größer. In diesem Zusammenhang erachtet Tom Beanal, der Vorsitzende der PDP, die Sonderautonomie als Möglichkeit für die indonesische Regierung, die Entwicklungsmängel in der Provinz Papua anzugehen<sup>41</sup>.

Die Einsetzung des Volksrates der Papua (*Majelis Rakyat Papua*; MRP) ermöglicht der indigenen Bevölkerung Papuas ein bedeutsameres Mitspracherecht in der Entscheidungsfindung bei der Ausbeutung von Bodenschätzen. Der MRP ist der kulturelle Vertreter der indigenen Völker Papuas und beruht auf dem Respekt gegenüber Tradition und Kultur; der Förderung der Frauen und der Stärkung eines religiösen Lebens in Eintracht. Der MRP wurde unter dem Eindruck geschaffen, dass den

41 Statement während eines Interviews mit Metro TV im Dezember 2001 nach dem Mord an Theys Eluay, dem Vorsitzenden des PDP.

indigenen Völkern Papuas keine authentische und sinnvolle politische Repräsentation zur Verfügung steht<sup>42</sup>.

Das Gesetz zur Sonderautonomie definiert traditionelle Gemeinschaft (*masyarakat adat*) unter Bezugnahme auf einheimische Papuas, die in einer spezifischen Region Papuas leben, sich einer gewissen Tradition verpflichtet fühlen und sich dieser auch mit einem ausgeprägten Sinn für Solidarität unter den Angehörigen unterwerfen<sup>43</sup>. Artikel 43 des Gesetzes führt aus, dass die Regierung der Provinz Papua die Rechte der traditionellen Gemeinschaften anerkennen, respektieren, schützen, fördern und entwickeln soll. Paragraph 3 des Artikels macht noch spezifischer zur Auflage, dass jegliche Nutzung von traditionellem Land nur nach Genehmigung durch die betroffene traditionelle Gemeinschaft und nach einem angemessenen Konsultationsverfahren erfolgen soll. Die Nutzung von Land, das einer traditionellen Gemeinschaft gehört, soll eine angemessene Kompensation in Form von barer Entschädigung, Landersatz, Umsiedlung, anteiligem Gewinn oder eine andere Form der Entschädigung zur Folge haben. Die Entschädigung setzt den gegenseitigen Konsens der beteiligten Parteien voraus. Darüber hinaus schreibt Artikel 44 vor, dass die Provinzregierung verpflichtet ist, das intellektuelle Eigentumsrecht der indigenen Völker Papuas zu schützen; entsprechend den Vorgaben der Statuten.

Artikel 38, Paragraph 2 macht zur Auflage, dass wirtschaftliche Vorhaben zur Ausbeutung der Bodenschätze auf Papua die Rechte der traditionellen Gemeinschaften über diese Ressourcen anerkennen und respektieren sollen. Dieses Prinzip ist gleich anderen Grundsätzen der wirtschaftlichen Entwicklung Papuas, insbesondere gleich den Vorgaben zur rechtlichen Absicherung für Investoren, zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung.

Das Gesetz zur Sonderautonomie versucht ebenso eine Korrektur der früheren unfairen Behandlung indigener Völker, indem es den Gemeinschaften die Möglichkeit an die Hand gibt, von der indonesischen Regierung an Dritte erteilte Genehmigungen rechtlich anzufechten, wenn es sich um die Ausbeutung der Bodenschätze Papuas handelt. Paragraph 2 in Artikel 40 macht zur Auflage, dass eine Genehmigung und / oder eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit überprüft werden und der Eigner der Genehmigung / der Vertragspartner der Vereinbarung die rechtlichen Folgen tragen muss, wenn ein Gerichtsbeschluss feststellt, dass die Genehmigung und / oder die Vereinbarung zur Zusammenarbeit (1) rechtlich fehlerhaft ist; (2) die

42 Vgl. Sumule (2002) über die Rolle des *Majelis Rakyat Papua* und seiner Bedeutung für den Schutz der Rechte indigener Völker auf Papua.

43 Diese Definition stimmt mehr oder weniger mit den vorgeschlagenen Kennzeichen des *masyarakat adat* in Indonesien durch Walhi aus dem Jahr 1993 überein: eine Gruppe von Menschen, die ursprüngliche Vorgaben der Vorfahren in einer spezifischen geographischen Region übernehmen: spezifische Werte, Denkweisen, Wirtschaftsweisen, Politikansätze, Kulturkonzepte und soziale Systeme (Heroepoetri, 1997).

Rechte von Angehörigen einer Gemeinschaft beeinträchtigt; und (3) den Grundsätzen des Gesetzes zur Sonderautonomie widerspricht.

Ein anderer wichtiger Aspekt dieses Gesetzes ist die Wiedereinführung eines Gerichtshofes für traditionelles (*adat*-)Recht (*peradilan adat*). Gemäß dem Gesetz soll dieses Gericht zur Versöhnung streitender Parteien aus den traditionellen Gemeinschaften bereit stehen und verfügt über die Kompetenz, Zivil- und Kriminalfälle dieser Mitglieder zu verhandeln. Die Entscheidungen dieses Gerichts sind endgültig und können nur dann einem staatlichen Gericht vorgelegt werden, wenn eine der Parteien die Entscheidung verwirft. Die formelle Anerkennung des Gerichtshofes für traditionelles Recht auf Papua im indonesischen Justizwesen stellt einen historischen Erfolg dar; aus mindestens zwei Gründen: (1) der Streit um Ressourcen zwischen verschiedenen Sippen auf Papua kann rechtlich durch einen Mechanismus des traditionellen Rechtes aufgearbeitet werden; und es wurde (2) ein Präzedenzfall für traditionelle Gemeinschaften in anderen Regionen Indonesiens geschaffen, um ihre indigenen Rechtssysteme durch den Staat ebenfalls anerkannt zu bekommen.

Die Umsetzung der Sonderautonomie für Papua würde die Transmigration erschweren. Die Paragraphen 3 und 4 in Artikel 61 machen zur Auflage, dass die nationale Transmigration in Papua nur mit der Zustimmung des Gouverneurs erfolgen kann, und dass diese Vereinbarung zuvor von einer Regelung auf Provinzebene angeordnet werden muss. Wie erwähnt, kann der MRP sein Veto gegen eine solche Regelung aussprechen, sollte diese nicht im Interesse der indigenen Völker Papuas liegen. Außerdem macht Paragraph 1 in Artikel 61 in Bezug auf Bevölkerungspolitik der Provinzregierung zur Auflage, das Bevölkerungswachstum auf Papua genau zu beobachten und ggf. zu kontrollieren. Dies schließt die Anwendung von spezifischer Förderpolitik mit ein, um die Fähigkeit der indigenen Völker zur möglichst schnellen Teilnahme an der Entwicklung ihres Landes zu stärken. Im Rahmen einer solchen Förderpolitik hat die Provinz Papua das Recht, die Einwanderung für einen bestimmten Zeitraum zu begrenzen. Die fortgesetzte unfaire Konkurrenz zwischen Papuas und Nicht-Papuas im Hinblick auf Arbeitsgelegenheiten könnte ebenso verringert werden, etwa, indem Papuas die erste Chance bei einer Arbeitsstelle eingeräumt werden, soweit Ausbildung und Eignung dies rechtfertigen<sup>44</sup>.

## Abschließende Bemerkungen

Die Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie Papuas eröffnet rechtliche Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebens indigener Völker auf Papua. Gleichwohl bleiben einige kritische Faktoren, die angegangen werden müssen. Eine der

44 Vgl. Theo van den Broek, Teil II

größten Herausforderungen, denen sich momentan die Menschen und die Regierung von Papua gegenüber sehen, ist die Ausarbeitung einiger Regelungen zur Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie. Auf Provinzebene wären dies Ausführungsbestimmungen im Sinne von Sonderregulationen für die Provinz (*Perdatus*), einfachen Regulationen für die Provinz (*Perdasis*) und Dekrete des Gouverneurs (*Keputusan Gubernur*). Außerdem sind noch Regelungen für die Ebenen von Bezirk, Stadt und Dorf zu erarbeiten. Artikel 75 macht zur Auflage, dass alle gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung innerhalb von zwei Jahren nach dem 21. November 2001 in Kraft treten sollten. Dies war eine ebenso enorme Aufgabe wie viele andere Angelegenheiten zum Schutz und zur Förderung der Rechte indigener Völker, ohne dass es eine ähnliche Regelung auf nationaler Ebene gegeben hätte.

Die begrenzte Zeit in Rechnung stellend, wäre es wichtig gewesen, die Ausarbeitung der Regelungen nicht allein in der Verantwortung des Gouverneurs und des Provinzparlaments zu belassen. So ist bislang nur der Entwurf zur Einrichtung des MRP ausgearbeitet<sup>45</sup>. Es sollten wirkliche Anstrengungen unternommen werden, um wichtige Mitglieder der Gemeinschaften zur Mitarbeit an den Ausarbeitungen einzuladen. Bei der Erstellung des Entwurfs zum Gesetz über die Sonderautonomie für die Provinz Papua waren bereits Intellektuelle Papuas einbezogen und haben dabei das enorme Potential innerhalb der Papua-Gemeinschaft für einen solchen Prozess demonstriert. Lehren könnten außerdem aus Regionen gezogen werden, die Papua soziokulturell ähnlich sind – wie die melanesischen Staaten im südlichen Pazifik.

Seit der *Reformasi*-Ära in Indonesien wurde die Absicht zur Eliminierung von KKN (Abkürzung für *korupsi, kolusi, nepotisme*<sup>46</sup>) aus dem Regierungssystem zur populärsten politischen Parole. Die Beratende Volksversammlung Indonesiens (MPR) schuf sogar eine spezielle Verordnung für diesen Zweck, das Dekret Nr. 11 aus dem Jahr 1998. Als Teil des indonesischen Staatswesens ist die Provinzregierung von Papua nicht immun gegen KKN. Die Kultur der Korruption muss angegangen werden, soll die Sonderautonomie den Menschen einen tragfähigen Wohlstand bringen<sup>47</sup>. Ein grundlegender Mechanismus zur Bekämpfung des KKN ist im Gesetz zur

45 Artikel 72 macht zur Auflage, dass bei der ersten Wahl der Gouverneur und das Provinzparlament die Qualifizierungen und Anzahl der Mitglieder des MRP sowie das Wahlprozedere ausarbeiten, um es an die Zentralregierung als Referenz zur Ausarbeitung einer Regierungsvorlage weiterzuleiten.

46 Korruption, Filz und Vetternwirtschaft.

47 Nach Paragraph 3c in Artikel 34 des Gesetzes zur Sonderautonomie wies die Zentralregierung der Provinz Papua für das Fiskaljahr 2002 ein zusätzliches Budget von 1.382.300.000 Rupien oder ungefähr 153,5 Mio. US\$ zu. Sollte jedoch die 30 Prozent-Annahme als Korruptionsrate fortbestehen, wie dies Prof. Soemitro Djojohadikusumo, einer der renommiertesten Ökonomen Indonesiens, seit 1992 vermutet, würde das bedeuten, dass

Sonderautonomie Papuas vorgesehen. Er besteht in der Beteiligung der Menschen an der Planung, Ausführung, Überwachung und Auswertung jeglicher Entwicklungsmaßnahme durch den MRP.

Es wurde eine erhebliche Anstrengung unternommen, das traditionelle Regierungssystem durch die Einrichtung verschiedener traditioneller Institutionen der Gemeinschaft (*Lembaga Masyarakat Adat*; LMA) zu formalisieren. Diese reformierten LMAs sind eng mit dem Präsidium des Papua-Rates verbunden<sup>48</sup>. Die jüngste Entwicklung in Richtung Formalisierung von traditionellen Systemen in Papua bestand in der Einberufung der Großen Versammlung der traditionellen Gemeinschaften Papuas im Februar 2002; organisiert durch das Präsidium des Papua-Rates. Die Versammlung erarbeitete eine Erklärung, die die Anerkennung der traditionellen Gemeinschaften als Besitzer der reichen Bodenschätze Papuas deklariert und die Respektierung durch Regierung und Private bei der Ausbeutung dieser Ressourcen einfordert. Die Versammlung schuf zwei Einrichtungen: den traditionellen Papua-Rat (*Dewan Adat Papua*) und die traditionelle Regierung der Papua (*Pemerintah Adat Papua*).

Zumindest wurde ein ausgeklügelter gesetzlicher Rahmen geschaffen, um einschlägige Institutionen für die traditionellen Gemeinschaften zu entwickeln. Gleichwohl müssen die Papuas sich selber reorganisieren und sich selbst zum Lernen und Aufbauen von Institutionen auf lokaler Ebene ermutigen, um von den legalen Vorgaben wirklich profitieren und erfolgreich mit Außenstehenden verhandeln zu können; so wie das Institut zur Wiederherstellung der traditionellen Gemeinschaft (*Lembaga Penguatan dan Pemberdayaan Masyarakat Adat – LPPMA*). Die professionelle Arbeit jeder traditionellen Einrichtung sollte durch seine Fähigkeit gekennzeichnet sein, Streit um Ressourcen zwischen Papuas mit eigenen Mitteln lösen und effektive Partnerschaften mit Außenstehenden entwickeln zu können, ohne dass die traditionellen Werte der Menschen darunter leiden.

## Literatur

Aditjondro, G.J. (1985). Telex Dirjen & Tanggapan Ondoafi. Kabar dari Kampung. 18(3), 43-46

etwa 46 Mio. US\$ aus dem Budget verschwinden. Dies ist fast gleichbedeutend mit der Summe für das gesetzlich vorgeschriebene Budget zur Verbesserung des Ausbildungssystems in Papua; s. auch Transparency International, 2001.

48 So ist der Vorsitzende der LMA im Manokwari Distrikt, Bas Mandacan, gleichzeitig Vorsitzender der Manokwari-Plattform des Papua-Rates. Die gleiche Situation kann in anderen Distrikten / Unterdistrikten vorgefunden werden. Weitere Informationen zu *adat*-Angelegenheiten im heutigen Papua bei Howard, McGibbon und Simon (2002).

- Anon. (2000). Separatis Berlatar Agama: Pisahnya beberapa kawasan non-Muslim adalah keberhasilan musuh Islam. Suara Hidayatullah. March. <http://www.hidayatullah.com/2000/03/kajut2.htm>
- Assmann, K. (1990). Die Transmigration in Indonesia unter besonderer Berücksichtigung des ethnisch-nationalen Aspekts. *Asien, Afrika, Lateinamerika Zeitschrift*. 18(6), 989-1010
- Ballard, C. (1991). *Human Rights and the Mining Sector in Indonesia: A Baseline Study*, England: International Institute for Environment and Development. [http://www.iiied.org/mmsd/mmsd\\_pdfs/indonesia\\_hr\\_baseline.pdf](http://www.iiied.org/mmsd/mmsd_pdfs/indonesia_hr_baseline.pdf)
- Böge, V. (2001). Conflict potential and violent conflicts in the South Pacific: Options for a civil peace service. Working paper No. 1/2001. Research Unit of Wars, Armament and Development. Hamburg: Universität Hamburg – IPW.
- Chauvel, R. (2000). Where nationalism collide. Inside Indonesia. Jul-Sep. <http://www.insideindonesia.org/edit67/chauvel11.htm>
- Colchester, M. (1986). The Rape of West Papua. *The Ecologist*. 16(2/3), 102-103.
- Davies, M.N. (2001). Indonesian Security Responses to Resurgent Papuan Separatism: An open source intelligence case study. Working Paper No. 361. Canberra: Strategic&Defence Studies Centre Australian National University.
- Donely, R., and Mous, P.J. (Hg.). (2003). Report on a Rapid Ecological Assessment of the Raja Ampat Islands, Papua, Eastern Indonesia, The Nature Conservancy – Southeast Asia Center for Marine Protected Areas.
- Freeport-McMoRan Copper&Gold Inc. (2002). Fast Facts: Human rights. <http://www.fcx.com/mr/fast-facts/ff-humanrights.htm>
- Howard, R., R. McGibbon, and J. Simon. (2002). Resistance, Recovery, Re-Empowerment: Adat institutions in contemporary Papua. An unpublished research report submitted to Civil Society Strengthening Program (CSSP) of USAID/ Indonesia.
- Heroepoetri, A. (1997). Penghancuran secara sistematis sistem-sistem adat oleh kelompok dominan. Jakarta: Wahana Lingkungan Hidup Indonesia and Friends of the Earth Indonesia.
- Heroepoetri, A., and E. Hafild. (1999). Membumikan mandat pasal 33 UUD 45. Jakarta: Wahana Lingkungan Hidup Indonesia and Friends of the Earth Indonesia. [http://www.pacific.net.id/~dede\\_s/Membumikan.htm](http://www.pacific.net.id/~dede_s/Membumikan.htm)
- International Foundation for Election Systems (IFES). (2003). Public Opinion Survey Papua, Indonesia.
- Jaringan Advokasi Tambang. (2002). Press Release Manokwari NGO Alliance for Tangguh Advocacy 08 May 2002: Tangguh LNG Project Environmental Impact Analysis inadequate for Central Commission approval. [http://www.jatam.org/xberita/update2002/presrelease\\_tangguh.html](http://www.jatam.org/xberita/update2002/presrelease_tangguh.html)
- Kantor Statistik Provinsi Irian Jaya. (2001). Irian Jaya dalam Angka 2000. Jayapura: Kantor Statistik Provinsi Irian Jaya



- Mubyarto. (2000). 'Otonomi daerah dan ekonomi kerakyatan' in Otonomi atau Federalisme: Dampaknya Terhadap Perekonomian, edited by Simorangkir et al. Jakarta: Harian Umum Suara Pembaruan.
- Organisasi Papua Merdeka and Presidium Dewan Papua. (2002). Appeal for Support for the Review of the 1969 Act of Free Choice. Submitted to the Heads of State of South Pacific Forum by the West Papuan Representative, Rex Rumakiek.
- PaVo. (2000). The meaning of 1 December for the people of West Papua. <http://www.converge.org.nz/pma/spflag.htm>
- PaVo. (2001). West Papua: 40 years since the New Guinea Council was formed. Europe Pacific Solidarity Bulletin. Vol.9:1&2. <http://www.antenna.nl/ecsiep/bulletin/bull9-1/11.html>
- Department of the Foreign Affairs of the Republic of Indonesia. (2001). The History of the Return of Irian Jaya (West Papua) to Indonesia. <http://www.indonesia.hu/bulletin/pr1902irja.htm>
- Project Underground. (1988). Risky Business: The Grasberg Gold Mine. An Independent Annual Report on PT Freeport Indonesia, 1998. [http://www.moles.org/ProjectUnderground/downloads/risky\\_business.pdf](http://www.moles.org/ProjectUnderground/downloads/risky_business.pdf)
- Pusat Studi Kependudukan Uncen. (2001). Indikator-indikator Kependudukan Provinsi Papua. Mimeograf. Jayapura.
- Sekretariat Keadilan & Perdamaian Keuskupan Jayapura. (2001). Special Autonomy: Its Process and Final Contents. Socio-Political Notes Serial. No. 5. <http://www.preventconflict.org/portal/main/research/Note5SpecialAutonomy.pdf>
- Sumule, A. I. (1994). The Technology Adoption Behaviour of the Indigenous People of Irian Jaya: A Case Study of the Arfak Tribals. Unpublished Ph.D. Dissertation. St. Lucia: The University of Queensland.
- Sumule, A. (2000). External Parties Responses To The WWF Sahul Bioregion Conservation Management Approaches Before and After July '98. An unpublished research report submitted to WWF under the Lesson Learned Exercise WWF Sahul Bioregion.
- Sumule, A. (2001). Inside the Special Autonomy Bill: Chronology of a remarkable process. Inside Indonesia, July-September. <http://www.insideindonesia.org/edit67/samule1.htm>
- Sumule, A. (2002). Majelis Rakyat Papua and Its Significance in Protecting the Rights of the Indigenous People of Papua. Development Bulletin. October.
- Tebay, N. (2000). 3,000 Irian representatives meet to 'rectify' history. Jakarta Post. 29 May. [http://campeace.org/Wparchive/3000\\_Irian.htm](http://campeace.org/Wparchive/3000_Irian.htm)
- Transparency International. (2001). Press Release: New index highlights worldwide corruption crisis, says Transparency International. <http://www.transparency.org/cpi/2001/cpi2001.html>

Uchida, E. (2001). Indonesia's Irian Separatists Hold 12 Hostage, Demand \$1 Million. <http://www.geocities.com/aroki.geo/0102/INA-irian.html>

Zakaria, R.Y. (1997). Membertimbangkan Keberadaan Masyarakat Adat. Presented at the Monthly Panel Discussion of the Senat Mahasiswa Fakultas Hukum Universitas Lambung Mangkurat, Banjarmasin. [http://www.latin.or.id/pdf/kebijakan2\\_kfl.PDF](http://www.latin.or.id/pdf/kebijakan2_kfl.PDF)

## Anhang V

# Indonesiens Wirtschaft auf einen Blick

THEODOR RATHGEBER

Die Diskussionen und Konflikte in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind offensichtlich mit der Kapazität des Staates verknüpft, diese Rechte zu schützen und umzusetzen. Obwohl die Frage zum Status von Papua vorwiegend durch politische Diskurse bestimmt wird, zeigt auch die Wirtschaft und ihre Dynamik an, inwieweit ein Diskurs zur Selbstständigkeit, Selbstbestimmung oder Autonomie sich einem zusätzlichen, schwierigen Hindernis gegenüber sieht. Die folgenden Wirtschaftsdaten versuchen, in groben Zügen den Rahmen der indonesischen Wirtschaft nachzuzeichnen und die Auswirkungen auf das Thema unserer Untersuchung hervorzuheben. Die wesentlichste Quelle für diese Skizze besteht aus dem Länderbericht 2004 des Economist Intelligence Unit, weiteren Kurzdarstellungen und Vierteljahresberichten (s. Literaturanhang).

**Tabelle 1 – Ausgewählte Zahlen zur indonesischen Wirtschaft**

Gegenstand / Jahr	1999	2000	2001	2002	2003
Bevölkerung (Mio.)	220,3	224,1	227,8	231,4	235,0
Reales Wachstum BSP (%)	0,8	5,4	3,8	4,3	4,5
Inflationsrate Konsumentenpreise (%)	20,5	3,7	11,5	11,9	6,8
Exporte fob (US\$ Mio.)	51.242	65.406	57.364	59.165	63.978
Importe fob (US\$ Mio.)	30.598	40.366	34.669	35.653	39.215
Handelsbilanz (US\$ Mio.)	5.785	7.985	6.899	7.823	8.174
Außenverschuldung (US\$ Mill.)	151,2	144,4	134,0	132,2	136,7
Schuldendienst (%)	30,0	22,5	23,6	24,8	16,3

**Tabelle 2 – Anteile der Inlandsproduktion 2002**

Landwirtschaft, Forsten und Fischerei	(%) 15,9
Bergbau einschl. Tagebaubetrieb	9,3
Verarbeitende Industrie	26,6
Bauwesen	6,2

Versorgung mit Elektrizität, Gas and Wasser	1,8
Dienstleistungen	46,4

<b>Tabelle 3 – Wichtigste Exportgüter 2003</b>	<b>(US\$ Mio.)</b>
Textilien und Bekleidung	7.103
Erdöl und Erdölprodukte	7.175
Flüssiggas	6.477

<b>Tabelle 4 – Wichtigste Importgüter 2003</b>	<b>(US\$ Mio.)</b>
Rohstoffe und Zwischenprodukte	25.496
Kapitalgüter	4.192
Konsumgüter	2.863

<b>Tabelle 5 – Wichtigste Länder für den Export 2003</b>	<b>(%)</b>
Japan	24,6
USA	15,3
Singapur	10,6
Südkorea	8,6

<b>Tabelle 6 – Wichtigste Länder für den Import 2003</b>	<b>(%)</b>
Japan	19,1
Singapur	15,1
China	14,0
Südkorea	8,5

Aus diesen Angaben lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ziehen. Da nur ein Überblick beabsichtigt ist, konzentrieren wir uns auf die nachfolgenden Anmerkungen. Generell sieht sich Indonesien einem enormen Schuldendienst für seine Auslandsschulden gegenüber, deren Gesamtsumme wohl eher wieder zunimmt. Die Abhängigkeit von Bodenschätzen und Rohstoffen ist signifikant. Wenn wir die jüngsten hohen Preise auf dem internationalen Markt für Erdöl und Erdgas berücksichtigen sowie eine anhaltend hohe Nachfrage voraussetzen, muss mit einem fallenden Handelsbilanzüberschuss gerechnet werden. Nicht umsonst will Indonesiens Präsident, Susilo Bambang Yodhoyono, die Bemühungen der Regierung verstärken, mehr Geld aus dem Aus- und Inland zur Investition zu bewegen, um den Zugang zum Erdöl-, Erdgas und Bergbausektor zu verbessern.

Ein wesentlicher Teil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) stammt immer noch aus der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, wenngleich die Rate des landwirtschaftlichen Bruttowachstums (etwa 3%) niedriger als das durchschnittliche Wachstum des BIP ist. Wenn wir diese Gegebenheiten auf die Politik übertragen, ist eine Region, die – wie Papua – mit solchen Gütern ausgestattet ist, natürlich für ganz Indonesien von strategischem Interesse. Wenn es sonst keine wesentlichen Veränderungen gibt, wird die Situation weiterhin so sein, dass Papua im indonesischen Vergleich auf dem zweitletzten Platz des Index‘ für menschliche Entwicklung bleiben wird (2004), während das Bruttoinlandsprodukt der Provinz den dritten Platz innerhalb Indonesiens einnimmt (UNDP 2004). Dieser Rang ist im wesentlichen dem Handel mit Bodenschätzen geschuldet. Diese Bewertung zeigt keine Veränderung zum Jahr 1999, als es noch kein Gesetz zur Sonderautonomie gab. Die wichtigsten Länder für Export und Import sind ebenfalls dafür bekannt, soweit sich das auf ihre Politik in der Vergangenheit bezieht, eher an ungestörten geschäftlichen Beziehungen interessiert zu sein als an philosophischen Erwägungen über einen fairen und an Menschenrechten ausgerichteten Handel.

Nach der Wahl des indonesischen Präsidenten herrscht die allgemeine Erwartung vor, dass er die Reformen fortsetzt und eine reformorientierte, technokratische Verwaltung etabliert. Es wird außerdem erwartet, dass er im Jahr 2005 besondere Aufmerksamkeit der Verringerung der Arbeitslosigkeit und Armut schenken wird. Wenngleich die Finanzpolitik durch die hohe Schuldendienstleistung weiterhin eingeschränkt bleibt, wird es vermutlich zu einer leichten Verschiebung in der Orientierung an makroökonomischer Stabilität hin zu mikrowirtschaftlichen Reformen und Beschäftigungspolitik kommen (Arbeitslosenquote etwa 9,5%). Wirtschaftsexperten sagen voraus, dass eventuell schon im Jahr 2005, wahrscheinlich aber 2006 die strukturelle Verbesserung der Finanzlage, zusammen mit reduzierter Schuldendienstleistung, der Regierung einen größeren Handlungsrahmen ermöglicht, um Investitionen in Ausbildung, Gesundheit und Infrastruktur vornehmen zu können. Wie der Artikel von Theo van den Broek zeigt, wäre eine solche Verschiebung in Regionen wie Papua dringend notwendig und könnte zu einer erweiterten Diskussion in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte führen.

Es wird davon ausgegangen, dass der Dezentralisierungsprozess im Bereich Finanzen fortgesetzt und die damit einhergehende, größere Handlungsmöglichkeit zur Unterstützung lokaler Regierungen konsolidiert wird. Allerdings zeigt Theo van den Broeks Artikel auch, dass solche Möglichkeiten in Mausechelen solcher Regierungen enden können. Sein illustratives Beispiel des Jayawijaya-Falles belegt, wie eine örtliche Wirtschaft dabei kollabiert. Der Dezentralisierungsprozess wird daher auch Teile der lokalen Bevölkerung ermutigen müssen, überwachende Systeme zu schaffen und zur Stärkung der lokalen Fähigkeiten einen Beitrag zu leisten in Form etwa von kritischen Medien, Nicht-Regierungsorganisationen und unabhängigen

Experten. Wenngleich die Denunzierung lokaler Gemeinderäte und deren rigorose Evaluierung wiederum auch politisch motiviert sein kann und dementsprechend mit Vorsicht zu genießen ist, da die Zentralregierung immer wieder versucht, die Aufmerksamkeit von den eigenen Fehlern bei der Verfolgung hochkarätiger Korruptionsfälle abzulenken.

## Literatur

- Economist Intelligence Unit (2004); *Indonesia. Country Report, September 2004*, London
- Economist Intelligence Unit (2004); *Indonesia: Quarterly Economic Indicators*, EIU ViewsWire, 16 December, London
- Economist Intelligence Unit (2005); *Indonesia: Country Fact Sheet*, EIU ViewsWire 18 February, London
- Economist Intelligence Unit (2005); *Indonesia: Country Outlook*, EIU ViewsWire 21 February, London
- UNDP et al. (2004); *National Human Development 2004: the Economics Democracy. Financing human development in Indonesia*. Jakarta: BPS

## Anhang VI

# Anmerkungen zu den wirtschaftlichen Aktivitäten der Streitkräfte in Indonesien

THEODOR RATHGEBER

Die Streitkräfte in Indonesien sind seit Jahrzehnten schon ein wirtschaftlicher Akteur – bereits vor der Unabhängigkeit – und diese Rolle wird von einem großen Teil der indonesischen Gesellschaft akzeptiert. Besonders in den 1970er Jahren gab es internationale Diskussionen und Diskurse, die zugunsten von mehr Wohlstand für ‚unterentwickelte‘ Länder die Notwendigkeit gut organisierter, staatlicher Institutionen betonten, um solche Prozesse zu erleichtern und zu unterstützen. Gemäß solchen Vorstellungen sollten staatliche Agenturen wie die Streitkräfte eine herausragende Rolle einnehmen. Die Verfassung Indonesiens selbst stattete das Militär mit der legalen Grundlage aus, um seine sozio-politische Rolle erfüllen zu können. Im Oktober 2004 unternahm das Militär einen Versuch, ein Gesetz durch das Parlament zu peitschen, das seine Befugnis substanziell gesteigert hätte. Die jüngere Geschichte hindurch und mittels der militärischen Dachstruktur *Angkatan Bersenjata Republik Indonesia* (ABRI) konnte das Militär seine Bedeutung immer weiter zugunsten einer starken Beteiligung am indonesischen Unternehmenssektor ausbauen. Inzwischen ist die internationale Diskussion eine andere geworden, und auf der Ebene gesellschaftlicher Entwürfe werden jetzt Konzepte entwickelt, die zivilgesellschaftliche Institutionen betonen – aber auch streng am Markt orientierte. In Indonesien ist, bedingt durch die jüngste Reformperiode (seit 1998), die Beteiligung des Militärs an geschäftlichen Aktivitäten Gegenstand von Untersuchungen geworden; aber ohne konkretes Resultat bislang.

Mit den folgenden Anmerkungen zur Beteiligung der Militärs an Indonesiens Wirtschaft und die Folgen daraus für unsere Diskussion zu Papua wird keine umfassende Analyse dieses Sachverhalts beabsichtigt. Die Anmerkungen versuchen, in knapper Form über einen Akteur von wesentlicher Bedeutung für Diskussionen zu Politik und Wirtschaft in Papua zu informieren. Das Aufrollen militärischer Kräfte ist in Indonesien noch immer ein heikles Thema, während die Militärs nichts unversucht lassen, insbesondere ihre wirtschaftlichen Aktivitäten mit einem ‚diskreten Geheimnis‘ zu umgeben. Öffentlich verfügbare Studien sind daher noch selten; einige gibt es jedoch (s. Literaturangabe). Eine tiefgehendere Analyse der Geschäftstätigkeiten des indonesischen Militärs wurde durch eine internationale Konferenz

erarbeitet, die im Oktober 2000 in Jakarta stattfand. Sie trug den Titel *Soldiers in Business. Military as an Economic Actor* (Soldaten im Geschäft. Das Militär als wirtschaftlicher Akteur). Die für Indonesien einschlägigen Informationen wurden von Lesley McCulloch zusammengetragen (Die Rolle des indonesischen Militärs bei geschäftlichen Unternehmungen). Sein Vortrag kann über das Bonn International Center for Conversion (BICC) bezogen werden.

Die Streitkräfte in Indonesien begannen mit ihren Geschäftsbeteiligungen bereits in der Zeit der nationalen Revolution (1945-49). Ihre Rolle wurde 1957 institutionalisiert; etwa mittels des von der Armee mitgetragenen Ölkonzerns *Pertamina*. Das im selben Jahr verhängte Kriegsrecht beförderte Militärpersonal – in der Regel Offiziersränge – rasch in erweiterte Machtpositionen, insbesondere in staatlich kontrollierten Sektoren der Wirtschaft. Dies reichte sogar bis auf die Ebene von Dörfern, wo Offiziere oft damit beauftragt waren, die Kontrolle der Reisvermarktung vorzunehmen. Das sogenannte Territoriale Kommando (*Koter*) ist bis heute einer der Geschäftsbereiche der Militärs geblieben. Die Militärs erwarben sich unternehmerische Kenntnisse, die es ihnen ermöglichten, ihre Position zu konsolidieren, als sich das Konjunkturklima in den frühen 1960ern unter Sukarno zu verschlechtern begann. Die Beteiligung der Streitkräfte an der Wirtschaft erweiterte sich in den Jahren 1964 und 1965. Britische und US-amerikanische Unternehmen traten unter der Schirmherrschaft der Militärs auf den Plan. So kontrollierten die militärischen Kräfte einige der wichtigsten Sektoren der indonesischen Wirtschaft.

Zum unternehmerischen Drang kam hinzu, dass die Streitkräfte immer mit dem Problem konfrontiert waren, dass sie – zumindest im formalen Sinn – nur über niedrige Gehälter und eine mangelhafte militärische Infrastruktur verfügten. Offiziere versuchten, das Auseinanderklaffen von staatlichen Zuwendungen und den Anforderungen an die Sicherheitskräfte auf zwei Ebenen zu lösen: Sie kanalisiertes Geld aus den Geschäften in die Armee und entwickelten zum anderen auf lokaler Ebene eine Politik der 'kommunalen Versorgung'. Dies führte zu einer langen Kette von Korruption, Ineffizienz und Misswirtschaft. Auch ABRI selbst und die Republik Indonesien waren dabei von enormen finanziellen Verlusten betroffen. Die kommerziellen Interessen der Streitkräfte machten schließlich auch vor kriminellen Aktivitäten nicht halt: Schmuggel, illegale Ausbeutung von Ressourcen wie Holzeinschlag und Bergbau, Piraterie, Glücksspiel, Drogenhandel, Prostitution, Waffenhandel in Spannungsgebiete. Hinweise darauf in Form von Erzählungen gibt es viele. Auch einige wenige Studien sind inzwischen verfügbar, die die Bedeutung des illegalen Handels mit Erdöl, Holz und Mineralien belegen.

An der Ausbeutung von Bodenschätzen sind die Streitkräfte mittels örtlicher Einheiten größtenteils in den Bereichen Bergbau und Forstwirtschaft beteiligt. Es wird vermutet, dass 70% des Holzes für den verarbeitenden Sektor aus illegalem Holzeinschlag stammt, und damit auch Steuern und Gebühren umgangen werden. In



Bezug auf Papua fand eine von der Organisation Kontras durchgeführte Studie (2004) zum Bezirk Boven Digul (Grenzgebiet) verschiedene illegale Aktivitäten vor: Holzeinschlag (für Sperrholz), die Verarbeitung von Ölpalmen, die den Fluss verseucht, Handel mit Tierhäuten, dem Horn von Rotwild und dem Arwana-Fisch. Die illegalen Geschäfte stützen sich auf militärische Einrichtungen wie Transport, der dort selten und folglich normalerweise teuer ist. Außerdem erhalten die Streitkräfte einen monatlichen Beitrag von Unternehmen für die Gewährung von Sicherheit. Im Bergbausektor wurde die Kupfer- und Goldmine von Freeport McMoRan von den Militärs als lukrative Einkommensquelle entdeckt. Die Militärs bekommen den Betrag von Freeport in ihrer Eigenschaft als vor Ort präsente Sicherheitskräfte, um den Bergbau vor vermeintlicher sozialer Rebellion zu schützen. Die Militärs verlangten 100 Millionen US-Dollar, und ABRI erhielt 35 Millionen als Einmalzahlung sowie einen ergänzenden, jährlichen Betrag von 11 Millionen US-Dollar.<sup>1</sup> In anderen Teilen Papuas operieren ausländische und nationale Investoren ohne jegliche Erlaubnis und in flagranter Verletzung der Forstgesetzgebung, während die staatlichen Sicherheitskräfte, Militär und Polizei, etwa mit den illegal arbeitenden Holzfällern kooperieren. Tausende von Hektaren von altem, eingewachsenem Regenwald wurden bereits abgeholzt und die örtliche Bevölkerung verdrängt.

Seitdem die Reform (1998) in Gang kam, wurden auch Demokratie, wirtschaftliche Effizienz, Transparenz und Verantwortlichkeit allmählich in aktive Politik übertragen. Das Gesetz zur kriminellen Korruption (Nr. 31/1999) stärkte die staatlichen Machtorgane auch gegenüber militärischen Einrichtungen, um dort eine Revision durchführen zu können. Es kann natürlich nicht garantiert werden, dass die dabei fälligen Angaben der Streitkräfte auch vollständig sind. Gleichwohl erlaubt eine solche Revision, die auftretenden Unstimmigkeiten aufgrund von Misswirtschaft, Korruption, Unfähigkeit, sowie die Missachtung von Befehlen und legalen Verfahren an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, können wir den Schluss ziehen, dass die geschäftlichen Aktivitäten der Militärs – gemäß deren Ansicht – eine unverzichtbare Notwendigkeit, eine historische Leistung und eine Quelle zusätzlicher Macht vor allem in ländlichen Gebieten darstellen. Da die Militärs außerdem nicht daran denken, sich freiwillig aus ihren Geschäften zurückzuziehen, und da Papua geradezu ideale Bedingungen für diese Arte Geschäfte bietet, wird jede Diskussion über Selbstständigkeit und Selbstbestimmung dieses sehr eigene, beharrliche Interesse der Sicherheitskräfte berücksichtigen müssen; jenseits ihres Mandats, das Bestehende zu sichern. Auf mittlere Sicht bleibt den Papuas die Hoffnung, dass

1 Das Unternehmen Freeport hat auf Druck der Aktionärshauptversammlung im März 2003 zugegeben, im Jahr 2002 US \$ 5,6 Mio. an das indonesische Militär gezahlt zu haben. Im Jahr davor sollen etwa US \$ 4,8 Mio. gezahlt worden sein. (vergl. West-Papua-Rundbrief Nr. 26 Juni/Juli 2003, S. 36) Offenbar gibt es unterschiedliche Informationen.

momentan der geschätzte Anteil der militärischen Ausgaben sich immerhin auf 3,5% des BIP Indonesiens beläuft. Die Kosten liegen also weit über irgendeinem Nutzen für Staat oder Menschen. Eine Regierung, die Demokratie und Rechtsstaat proklamiert, und die sich zunehmend an internationale Vereinbarungen über verantwortliches Wirtschaften binden will, muss solche Situationen ändern.

## Ausgewählte Literatur

- Chauvel, Richard / Nusa Bhakti, Ikrar (2004); *The Papua Conflict: Jakarta's Perceptions and Policies*. The East-West Center Washington DC
- Crouch, H. (1978); *The Army and Politics in Indonesia*, Cornell University Press, Ithica, NY
- Environmental Investigation Agency (EIA) and Telepak (1999); *The Final Cut*. EIA and Telepak (2000); *Illegal Logging in Tanjung Puting National Park*. EIA and Telepak (2005); *The Last Frontier. Illegal Logging in Papua and China's Massive Timber Theft*.
- International Crisis Group (2000); *Indonesia: Keeping the Military Under Control*. Jakarta / Brüssel
- International Crisis Group (2002); *Indonesia: Resources and Conflict in Papua*. Asia Report No. 39, Jakarta / Brüssel
- Kontras (ed.) (2004); *When Gun Point Joins the Trade. Military Business Involvement in Bojonegoro, Boven Digoel dan Poso*. Jakarta
- Lowry, R. (1996); *The Armed Forces of Indonesia*.
- McCawley, Tom (1999); *Bullets and Bottomlines*, Asiaweek, 5. Februar
- McCulloch, Lesley (2000); *Gus Dur's small 'r' reform*, The Jakarta Post, 29. Mai
- McCulloch, Lesley (2000); *Security Dilemma for Investors*, The Jakarta Post, 17. Juli
- McCulloch, Lesley (2003); *Greed: the Silent Force of the Conflict in Aceh*. University of Deakin, Melbourne, Australia
- Palmier, Leslie (1985); *The Control of Bureaucratic Corruption: Case Studies in Asia*, Allied Publishers, New Delhi
- Reiffel, A. / Wirjasaputra, A.S. (1972); *Military Enterprises*, Bulletin of Indonesian Economic Studies, Juli, S. 106-107.
- Tripathi, S. (1998); *Merchants In Uniform*, Far Eastern Economic Review, 5. Februar, S. 17-20.

# Soziale Aspekte in Papua

THEO VAN DEN BROEK

## Einleitung

Das Schwergewicht der Studie über Papua (auch: West-Papua) liegt auf dem Recht der Menschen auf eine angemessene Entwicklung. Sie beschäftigt sich mit Elementen der internationalen Übereinkünfte über zivile und politische Rechte (International Covenant on Civil and Political Rights / ICCPR; auch: Zivilpakt) und verschiedenen Gesichtspunkten der internationalen Vereinbarung über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights / ICESCR; auch: Sozialpakt), die zum Teil Eingang in die indonesische Verfassung gefunden haben (siehe unten). Der folgende Teil der Studie wird vier grundlegende Elemente des sozialen Lebens und ihre Entwicklungen behandeln:

- die demographische Komponente der Gesellschaft,
- die Art und Weise der Regierungsführung und Verwaltung,
- das Bildungswesen,
- die Gesundheitsdienste.

Die beiden letzteren sind öffentliche Dienstleistungen, die sehr eng mit den in den internationalen Übereinkünften beschriebenen Rechten zu tun haben.

Vom „Recht auf Entwicklung“ wurde zum ersten Mal auf der internationalen Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 gesprochen. Später wurde es von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Erklärung beschlossen. Während die Form der ‚Erklärung‘ zum Recht auf Entwicklung keinen Gesetzesstatus hat, müssen Regierungen, welche die Übereinkünfte des Zivil- und Sozialpaktes ratifizieren, die darin enthaltenen Rechte in nationale Gesetze umsetzen. Von der jeweiligen Regierung wird erwartet, diese Rechte *zu respektieren, sie zu schützen, sie zu fördern* und schließlich *zu erfüllen* – keine leichte Aufgabe und sicher anspruchsvoll. Falls die indonesische Regierung auf diese grundlegenden Verpflichtungen konstruktiv reagieren will, sollte ihre Politik von sechs wesentlichen Elementen geprägt sein, wie sie im indonesischen Bericht zur Humanentwicklung 2004 als ein „auf Rechten begründeter Ansatz“ für öffentliche Dienstleistungen festgeschrieben wurden:

- **Gleichheit**; alle haben die gleichen Menschenrechte,
- **Unteilbarkeit**; keines der Rechte hat Vorrang vor einem anderen,
- **Verwirklichung**; zählbare Ziele werden gesetzt und ihr Erreichen beobachtet,

- **Teilhabe**; die Betroffenen sollen an der Festlegung ihrer Rechte und der Benennung der Prioritäten mitwirken,
- **Befähigung**; wer Rechte einfordern kann, weiß sich in einer stärkeren Position und entwickelt mehr Initiative, und schließlich
- **Rechenschaftspflicht**; die energischste Auslegung der Menschenrechte fordert die Möglichkeit, dass diese Rechte gerichtlich eingeklagt werden können.

Dies sind Schlüsselemente zur Beurteilung dessen, was momentan in Papua vor sich geht.

## I. Die demographische Situation in Papua

Wie eine Gesellschaft lebt und arbeitet, bestimmt sich insbesondere durch die Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Das gilt umso mehr, wenn die betreffende Gesellschaft vor kurzer Zeit einen sehr wesentlichen Wandel in ihrer Zusammensetzung durchgemacht und sich von vertrauter ethnischer Homogenität in einen Zustand weitgehender Heterogenität verändert hat. Die Gesellschaft in Papua hat diesen Prozess während der letzten 50 Jahre durchlaufen. Darum müssen die inneren Veränderungen und ihre Auswirkungen auf das soziale Leben in Papua sorgfältig betrachtet werden. Neben der Veränderung von einer homogenen in eine heterogene Gesellschaft hat auch das Tempo des Wachstums der Bevölkerung, das unter anderem durch (*Trans*)*Migration* großen Ausmaßes bewirkt wurde, das Muster der Entwicklung in Papua wesentlich beeinflusst; vgl. dazu Tabelle 1 zur Bevölkerung Papuas und ihre Aufteilung auf die Bezirke (*Kabupaten*) in den letzten 16 Jahren.

Tabelle 1 zeigt eine hohe Wachstumsrate: die Zahl der Bevölkerung hat sich über einen Zeitraum von 25 Jahren praktisch verdoppelt. Das Wachstum ist in den Bezirken besonders ausgeprägt, die über bedeutende städtische Zentren wie Mimika, Manokwari, Sorong und Jayapura verfügen. Die Entwicklung im Bezirk Mimika wird durch die schnell wachsende Stadt Timika bestimmt, dem Zentrum des Kupfer- und Goldbergbaus von PT Freeport Inc. mit etwa 100.000 (51%) Bewohnern. Aus dem früheren Bezirk Jayapura leben heute 181.372 Personen (50%) in der Stadt Jayapura und dem früheren Bezirk Sorong 174.714 Personen (54%) in der Stadt Sorong. Die vier genannten städtischen Bezirke beherbergen 46% (1.096.398) der Gesamtbevölkerung Papuas. Papua hat also in den letzten 20 Jahren einen starken „Verstädterungsprozess“ durchlaufen. Verglichen mit der hohen Wachstumsrate in den städtischen Gebieten zeigen die Bezirke im Inneren des Landes ein relativ langsames Wachstum. Das gilt besonders für Jayawijaya mit einem Wachstum von nur

1 *Indonesian Human Development Report 2004, The Economics of Development*, von BPS/BAPPENAS/UNDP, S. 23.

27,5 Prozent in 16 Jahren. Jayawijaya umfasst einen großen und wichtigen Teil des Hochlandes. Die Gebiete Jayawijaya und Paniai zusammen beherbergen die höchste Konzentration der einheimischen Bevölkerung Papuas. Die wesentlich von Einheimischen bewohnten Gebiete wie Yapen Waropen, Biak Numfor, Puncak Jaya und Merauke zeigen ebenfalls ein verhältnismäßig langsames Wachstum. Ein großer Teil des Bevölkerungswachstums im Gebiet Merauke ist auf Transmigration in das städtische Zentrum und seine Umgebung zurückzuführen. Die Zahlen legen nahe, dass das allgemeine Wachstum in Papua vor allem durch externe denn interne Faktoren bedingt ist. Dies wird vor allem in den Bezirken sichtbar, die ein großes Wirtschaftswachstum aufweisen.

**Tabelle 1 – Bevölkerungswachstum in Papua zwischen den Jahren 1985 und 2002<sup>2</sup>**

<i>Bezirk</i>	<i>Bevölkerung</i>		<i>Wachstum</i>	<i>Personendichte pro km<sup>2</sup></i>
	<b>1985</b>	<b>2002</b>	<b>in 16 Jahren</b>	<b>2002</b>
Jayapura *	207.983	365.978	76 %	
<i>Jayapura Bezirk</i>		<i>184.606</i>		3,00
<i>Jayapura Stadt</i>		<i>181.372</i>		192,95
Biak Numfor	82.815	115.798		3,00
Yapen Waropen	59.406	84.130	41,5 %	4,49
Manokwari	113.954	212.233	86 %	5,60
Sorong **	173.694	322.039	85 %	
<i>Sorong Bezirk</i>		<i>147.325</i>		3,92
<i>Sorong Stadt</i>		<i>174.714</i>		158,11
Fakfak ***	75.696	196.148	159 %	
<i>Fakfak Bezirk</i>		<i>85.626</i>		3,01
<i>Mimika Bezirk</i>		<i>110.522</i>		5,64
Merauke	220.329	336.376	52,5 %	2,81
Jayawijaya	338.289	431.338	27,5 %	8,15
Paniai ****	213.661	323.387	51 %	
<i>Paniai Bezirk</i>		<i>13.569</i>		13,43
<i>Puncak Jaya</i>		<i>99.764</i>		6,41
<i>Nabire Bezirk</i>		<i>86.054</i>		5,92
<b>Gesamt Papua</b>	<b>1.485.827</b>	<b>2.387.427</b>	<b>60 %</b>	<b>5,66</b>

\* Im Jahr 2002 bestand Jayapura aus dem Bezirk und der Stadt Jayapura

\*\* Im Jahr 2002 bestand Sorong aus dem Bezirk Sorong und der Stadt Sorong

\*\*\* Im Jahr 2002 bestand Fakfak aus den Bezirken: Fakfak und Mimika einschließlich der schnell wachsenden Stadt Timika

<sup>2</sup> Irian Jaya dalam Angka 1986 (Irian Jaya in Zahlen 1986) und Papua dalam Angka 2002 (Papua in Zahlen 2002).

\*\*\*\* *Im Jahr 2002 bestand Paniai aus den Bezirken Nabire, Puncak Jaya, und Paniai [die Veränderung der verwaltungstechnischen Zusammensetzung ab 2002 in Jayapura, Sorong, Fakfak und Paniai gilt für alle nachfolgenden Tabellen]*

Gemäß den Zahlen – so weit sie bis in die 1960er Jahre zurück vorhanden sind – betrug die Bevölkerung 736.700 Personen im Jahr 1960<sup>2</sup> und 923.440 Menschen 1971<sup>3</sup>. Das verhältnismäßig starke Wachstum in diesen zehn Jahren mag damit erklärt werden, dass die Zählung von 1971 ein größeres Gebiet umfasste als die von 1960. Es gab bessere Informationen, und zusätzliche Gebiete waren neu erschlossen worden. Die 736.700 Menschen im Jahr 1960 waren vorwiegend Einheimische<sup>4</sup>, die sich in etwa 253 Stammes- oder Sprachgruppen aufteilten<sup>5</sup>. In den sechziger Jahren, als die indonesische Regierung das ehemals niederländische Kolonialgebiet übernahm, war die Bevölkerung im wesentlichen homogen. Nur eine Handvoll Nicht-Papuas lebte und arbeitete in Papua<sup>6</sup>. Die unterschiedlichen homogenen Gruppen lebten in ihren durch traditionelle Grenzen bestimmten Gebieten und öffneten sich nur langsam der Außenwelt.

**Tabelle 2 – Bevölkerung, Siedlungsgebiet und -dichte in Indonesien und Papua 1986 und 2002<sup>8</sup>**

	INDONESIEN		PAPUA	
	1986	2002	1986	2002
Bevölkerung	165.153.600	232.073.070	1.453.919	2.387.427
Gebiet km <sup>2</sup>	1.919.443	1.904.443	421.982	421.982
Dichte (Pers. / km <sup>2</sup> )	86.0	122	3.5	5.66

Dramatische Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur ergaben sich als Folge des Präsidentenerlasses 7/1978<sup>9</sup>. Dieser Erlass setzte das (Transmigrations-) Programm

3 *Netherlands Government Annual Report to the United Nations on Netherlands New Guinea*, 1960, The Hague, S. 6.

4 Volkszählung 1971.

5 Eine kleine Zahl „Auswärtiger“ lebte und arbeitete als Lehrer oder Katechisten in Papua, die von den dort wirkenden, christlichen Missionen ins Land gebracht wurden; eine geringe Zahl an Verwaltungsbeamten kam durch die Kolonialregierung ins Land, und es gab eine Reihe Händler. Der oben zitierte niederländische Regierungsbericht schätzt die Gesamtzahl aller dieser Gruppen auf 2,5% der Bevölkerung. Bezüglich der Zahlen über die verschiedenen Stammesgesellschaften vgl. auch Siegfried Zöllner.

6 Zu weiteren Einzelheiten vgl. den Teil über die kulturelle Situation in Papua.

7 Zu einer Beschreibung der (Nicht-) Papuas vgl. den Artikel von Siegfried Zöllner.

8 *Statistik Indonesia 1986 und Papua dalam Angka 2002*.

9 Der Erlass bezeichnet die Provinzen Aceh, Nordsumatra, Nordsulawesi und Papua als die wichtigsten Siedlungsgebiete für Transmigranten.

in Kraft, durch das eine hohe Zahl an Menschen aus überbevölkerten und äußerst verarmten Gebieten (Java, Bali, Madura) in solche mit einer geringen Bevölkerungsdichte wie Papua umgesiedelt werden sollten. Vor dieser Zeit waren nur wenige Transmigranten – 527 Familien – nach Papua gekommen<sup>10</sup>. Nach 1978 plante die Regierung, in den fünf Jahren von 1983-1988<sup>11</sup> 137.000 Familien nach Papua umzusiedeln. Infolge ungenügender Planungen und wachsender Kritik an der Transmigrationspolitik wurde dieser Plan aber nie verwirklicht. Im Jahr 2000 erreichte die Gesamtzahl der eingeplanten Transmigranten 336.399 Personen<sup>12</sup>; 17,31 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung. In den letzten Jahren war die Zahl der offiziell eingeplanten Transmigranten ziemlich klein: 2.884 (1999), 4.198 (2000) und 6.202 (2001)<sup>13</sup>.

Wenngleich die *offiziell geplante Transmigration* einen wesentlichen Einfluss auf das Bevölkerungswachstum in Papua nahm, ist damit noch nicht alles über Zuwanderung gesagt. Zusätzlich zur offiziellen Transmigration zogen mehr und mehr Menschen aus anderen Teilen Indonesiens nach Papua, weil sie dort bessere wirtschaftliche Möglichkeiten für sich sahen. Sie bildeten die wichtige Gruppe der *freiwilligen Transmigranten*. Von ihnen kam eine viel größere Anzahl Zuwanderer ins Land als im Rahmen der offiziellen Transmigration. Das gilt vor allem für die Zeit, nachdem Kritiker Druck auf die Weltbank ausübten, ihre Unterstützung für das offizielle Transmigrationsprogramm zurückzuziehen<sup>14</sup>. Ebenso ermöglichten die vielen Fahrten der Fährschiffe – in einem regelmäßigen, beinahe wöchentlichen Turnus von Java nach Papua und zurück – jedem Interessierten den Umzug nach Papua. Diese neue Gelegenheit war besonders wichtig für Leute, die sich nach neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten umsehen wollten. Der Bericht der Lavalin International Inc. von 1987 zitiert für die Jahre 1985-86 eine Schätzung von ungefähr 50.000-60.000 Zuwanderern aus Sulawesi in die Provinz Papua<sup>15</sup>.

10 Zu Einzelheiten vgl. Tabelle 8.1 in: *Final Report by Jayapura Regional Advisory Group*, September 1983–Juni 1986, Volume 1, unter Leitung von Sir M. Macdonald and Partners Asia, Jayapura, Juni 1986.

11 Die Regierung arbeitete mit Fünf-Jahres-Plänen (*Repelita*). Die Zeit von 1983–1988 wird als „*Repelita IV*“ bezeichnet.

12 Unveröffentlichter Aufsatz von Dominggus A. Mampioer „*Dari kolonisasi sampai transmigrasi di Tanah Papua*“, (Von der Kolonisation zur Transmigration im Land Papua), Jayapura, S. 2.

13 *Papua in Zahlen 2002*, Tabelle 3.2.1.

14 Mehr zur Kritik am Programm der Transmigration s. unten.

15 Zu dieser Schätzung siehe George Aditjondro, *Datang dengan Kapal, Tidur di Pasar, Pulang naik Peawat* (Ankommen mit dem Schiff, Schlafen auf dem Markt und Heimkehren mit dem Flugzeug), YPMD, Jayapura 1986, S. 14-15. Die Einwanderer aus Sulawesi sind dafür bekannt, wirtschaftliche Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Lebens intensiv zu nutzen; und zwar überall im Inselstaat.

städtischen Bevölkerung Irian Jayas in den fünf großen Städten (Jayapura, Sorong, Merauke, Manokwari und Biak) nicht in Irian geboren sind“<sup>20</sup>.

### *Soziale Folgen*

Dieser dramatische Umbruch in der Zusammensetzung der Bevölkerung hat weitreichende Konsequenzen, die mit der Kritik am Transmigrationsprogramm als solchem beginnen. Im Jahr 1984 wurde in einem Brief an die Weltbank<sup>21</sup> festgestellt: Die Kritiker beziehen sich hierin auf entscheidende Probleme, denen die einheimische Bevölkerung ausgesetzt ist, wie dem **Verlust von Land**. Gemäß den Zahlen bis zum 31. August 1999 wurde ein Gebiet von 2.100.760 ha offiziell für Zwecke der Transmigration zur Verfügung gestellt. Dies umschloss Gebiete für die Agrarindustrie zur Gewinnung von Palmöl<sup>22</sup>. Gewöhnlich hat die einheimische Bevölkerung keinen Einfluss auf die Bereitstellung des Landes, obwohl nach den offiziellen rechtlichen Vorschriften die Bereitstellung mit der ‚Zustimmung der örtlichen traditionellen Landbesitzer‘ erfolgen sollte. Tatsächlich richtet sich die Regierung eher nach dem, was in einem früheren Dokument festgelegt wurde: „Die Rechte der traditionellen Rechtsgemeinschaften dürfen der Festlegung von Gebieten für die Transmigration nicht im Wege stehen.“<sup>23</sup>

Der Prozess der Übernahme des Landes durch die Regierung und die damit verbundene Enteignung seiner traditionellen Besitzer gründet sich meistens auf:

1. die grundsätzliche Annahme, dass alles nicht genutzte Land dem Staat gehört,
2. ‚interne Absprachen‘ mit örtlichen Führern, die bereit sind, traditionelle Regeln nicht zu beachten; und
3. Drohungen und Gewaltanwendung – oft mit Hilfe der Sicherheitskräfte – wenn Leute, die sich weigern, nationale Interessen zu unterstützen, allzu leicht als ‚regierungsfeindlich‘, wenn nicht gar als ‚subversiv‘ abgestempelt werden.

Jeder, der mit der Bedeutung des Landes für eine Stammesgemeinschaft vertraut ist, weiß, dass die Enteignung ihres Landes die traditionelle Grundlage für das Überleben sowohl wirtschaftlich wie auch als Gemeinschaft ruiniert<sup>24</sup>. Außerdem werden die traditionellen Bearbeitungsformen des Landes zerstört.

20 Lavalin International Inc., *Regional Development Planning for Irian Jaya, Framework for Provincial Development*, Volume I, August 1988, S. 17.

21 Brief an den Präsidenten der Weltbank von Anastasia Cleary im Namen der Minority Rights Group, New York, 10. Dezember 1984.

22 Regionalbüro für Transmigration in Papua 2000: 1. Jayapura: 201.150 ha; 2. Manokwari 598.500 ha; 3. Sorong 214.530 ha; 4. Nabire 135.610 ha; Jayawijaya 1.500 ha; 6. Merauke 155.000 ha; 7. Fakfak 388.025 ha; 8. Mimika 146.075 ha; 9. Biak Numfor 100 ha; Yapen Waropen 260.250 ha.

23 Grundlagengesetz zum Wald, Erläuterungsgesetz Nr. 2823, 1967. Das Gesetz zur Landwirtschaft von 1960 erkennt „indigene Rechte“ an.

24 Vgl. *The Arso Land Case*, in: Lavalin Internationale Inc., RDPFIJ, Anthropology Sector Report, S. 29 – 32.



Die Zuwanderer nutzen die sich bietenden wirtschaftlichen Möglichkeiten schnell. Sie sind dazu besser ausgebildet, oder sie nehmen einfach alle Möglichkeiten wahr, die ihnen den Lebensunterhalt sichern und Möglichkeiten für ihre Zukunft eröffnen. Die einheimische Bevölkerung erfährt so einen **Verlust an eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten**. Allein nach dem Aussehen zu urteilen, sind die meisten Bauarbeiter, Straßenhändler oder Taxifahrer Zuwanderer. Nach und nach finden sie Arbeit in kleinen Handwerksbetrieben, Möbelwerkstätten, Ziegeleien oder Kfz-Reparaturwerkstätten, oder sie werden zu Besitzern ihrer Taxis. Für Einheimische ist es sehr schwierig, hier zu konkurrieren. Wenn Angehörige eines indigenen Volkes etwa auf dem Bau, in Sägewerken, Reparaturwerkstätten oder Möbelbetrieben beschäftigt sind, dann arbeiten sie im Normalfall für einen Zuwanderer, dem das Unternehmen gehört. Sogar im Bereich der Fischerei, lange Zeit eine Domäne der Papua, wurden sie langsam durch Zwischenhändler verdrängt, oder das ganze Geschäft wurde von Zuwanderern übernommen.

Der Verlust an wirtschaftlichen Möglichkeiten verschärft sich, weil eines der Hauptziele des offiziellen Transmigrationsprogramms in vielen Fällen nicht erreicht worden ist: Die Transmigranten sollten im Verhältnis zu ihrem früheren Leben besser gestellt werden. Sie erhielten gerodetes Land aus dem Regenwald, dessen Böden sich als mager herausstellten. Nach einer ersten und zweiten Ernte ist der Boden praktisch ausgelaugt. Also ziehen die Transmigranten in die städtischen Zentren, nehmen jede sich bietende Arbeit an und verschärfen die Konkurrenz auf dem städtischen Arbeitsmarkt zusätzlich. Die Einheimischen bleiben außen vor.

Diese Situation kennzeichnet im wesentlichen die städtischen Zentren<sup>25</sup>. In den abgelegenen Gebieten äußert sich der wirtschaftliche Druck auf andere Weise. Dort wirkt sich der Verlust bei den Sago-Hainen und Jagdrevieren aus und gefährdet die Lebensgrundlage der örtlichen Bevölkerung. Ebenso wird der Kleinhandel oder der Verkauf lokaler Gartenprodukte an die Dorfbewohner von einem zugewanderten Händler übernommen, der mehr und bessere Ware anbietet. In den örtlichen Verwaltungszentren werden die kleinen Läden (*kiosk*) von Auswärtigen betrieben. Sie beherrschen die örtliche Wirtschaft völlig. Der indigenen Bevölkerung bleibt das Gefühl, dass sie lediglich diesen Leuten helfen, reich zu werden. Das Geld wandert so in die städtischen Zentren, wenn etwa der kleine Ladenbesitzer aus Enarotali (ländlicher Raum des Bezirks Paniai) sein Privathaus in Nabire baut, der Hauptstadt des Bezirks. Es ist völlig klar, dass diese wirtschaftliche Dominanz der Zuwanderergruppen einen bitteren Geschmack auf Seiten der Einheimischen hervorruft; sie empfinden:

1. ihnen würde ihr Besitz, wie etwa das Land, geraubt,
2. sie würden ihres Rechtes auf einen Arbeitsplatz beraubt,

<sup>25</sup> ICG Asia Report No. 23, *Indonesia: Ending Repression in Irian Jaya*, Jakarta/Brüssel, 20. September 2001, S. 5.

3. sie seien zum Wettbewerb zu schwach,
4. Neid auf den Erfolg anderer, und
5. sich als Unterlegene im Verein mit hässlichen Vorurteilen („dumm“, „arm“, „faul“ usw. ).

Laut Dr. Michael Rumbiak führte die Transmigration zur Verarmung der lokalen Gemeinschaft. Die örtliche Stammesgemeinschaft erlebt den endgültigen Verlust ihres Rechtes auf ihr Land, auf den Reichtum ihres Landes. Sie kann auch nicht einfach in andere Gebiete ausweichen, denn dort wohnen und leben andere lokale Gemeinschaften. Wohin sollen sie gehen, nachdem sie gezwungen wurden, ihr Land für die Transmigration herzugeben<sup>26</sup>? So fragen sich vor allem die von der Jagd lebenden Gruppen. Sie benötigen ein großes Gebiet, um ihre Existenz sicher zu stellen. Man kann nicht von ihnen erwarten, dass sie ihre Form des Wirtschaftens so einfach von der eines Jägers auf diejenige eines sesshaften Bauern umstellen können. Der *Arso*-Fall – ein Gebiet im direkten Umland von Jayapura und Teil des nördlichen Grenzgebietes zu Papua Neuguinea – ist sehr aufschlussreich und fasst die Auswirkungen der Transmigration zusammen (vgl. Anhang VII). Die einheimische Bevölkerung verlor nicht nur ihre wirtschaftliche Grundlage sondern auch **Selbstachtung und Selbstvertrauen**.

### *Ethnische Vielfalt, Diskriminierung und gewaltsame Konflikte*

Die Beschreibung der Auswirkungen der Transmigration führt uns auf das größere Thema der ethnischen Vielfalt. Dies hat nicht ausschließlich mit der Transmigration zu tun, aber der starke Zustrom von Auswärtigen, die sich in Papua niederlassen, verschärft Akzentuierungen. Ein anderer wesentlicher Aspekt bezieht sich auf das Gefühl, die Identität der lokalen Kultur sei ernsthaft bedroht. Laut Dr. Johan Rahail ist das Transmigrationsprogramm in Papua weit davon entfernt, demokratisch zu sein. Lokales traditionelles Wissen wird völlig missachtet. Jeder muss sich auf eine ‚fremdartige Kultur‘ einlassen. Jeder muss sich einer Kultur anpassen, die seinem oder ihrem Geburtsland fremd ist<sup>27</sup>. Alles muss auf „indonesische Weise“ geschehen. Lokale Traditionen werden als ‚nicht mehr gültig‘ oder allenfalls interessant für Touristen angesehen! In dieser Hinsicht wurde das Transmigrationsprogramm besonders scharf kritisiert. Regierungsbeamte haben dies Programm „zur Erziehung der Papuas“ empfohlen. Es sollte „ihnen notwendige Fähigkeiten und Arbeitsdisziplin beibringen“<sup>28</sup>.

26 Zitiert nach Dominggus Mampioer, *op. cit.*

27 Dominggus A. Mampioer, *op. cit.*. Vergleiche auch den Aufsatz des Militärkommandeurs in Papua, R. K. Sembiring Meliala, *Program transmigrasi di Irian Jaya harus ditangani secara khusus agar dapat membantu penyelesaian masalah keamanan*, Jayapura, Januar 1983, S. 2.

28 Dieses Ziel der Transmigration kann in fast jedem offiziellen Regierungsdokument nachgelesen werden.

So würden sie zu ‚richtigen indonesischen Bürgern‘. Den Papua wurde so das Gefühl vermittelt, sie seien **keine Menschen** mit eigener Kultur, mit eigenen Traditionen und hochstehenden Werten. Schon gar nicht seien sie richtige Bürger mit allen Rechten und Pflichten eines indonesischen Staatsbürgers. Sie fühlten und fühlen sich als Ware, als Gegenstand, den man beliebig herumstoßen kann.

Dieser Aspekt im Verhältnis zwischen Papua und Einwanderern ist in hohem Maße verletzend. Dies heizt das Gefühl des Widerwillens an und treibt die Menschen dem Nationalismus in die Arme. Die Feststellung ist nicht übertrieben, dass die Papua ihr Bewusstsein über ihre eigene Identität erst aus der Abneigung gegen die Leute geschärft haben, die die Arbeitsplätze okkupieren, die sie gern hätten, die sie bevormunden und die Schlüsselpositionen einnehmen<sup>29</sup>. Das kann bereits für die Kolonialverwaltung der Niederländer gelten, als die Einheimischen sich Ambonesen, Keiesen und Menadonesen mit Posten in der Verwaltung und anderen Institutionen gegenüber sahen. Heute stimmt dies ganz sicher, indem die Papua sich einer dramatischen, wirtschaftlichen und sozio-politischen Herrschaft von Auswärtigen gegenübersehen. Die höchst fatalen Veränderungen in der demographischen Zusammensetzung haben zu einer äußerst ausgeprägten ethnischen Verschiedenheit geführt. Dies bereitet den Boden vor, auf dem die Einheimischen das Empfinden entwickeln, sie seien 1) wirtschaftlich und politisch unterdrückt und ausgebeutet, sowie 2) sozio-kulturell missachtet, weil in ihrer Menschenwürde nicht anerkannt.

Ein auffälliges Moment der sozialen Klassifizierung der Bevölkerung in Papua ist der Trend zur Stigmatisierung bestimmter ethnischer Gruppen. Dies geht oft so: ‚Papuas sind für eine verantwortungsvolle Arbeit noch nicht vorbereitet, sie haben keine Disziplin, sind rückständig und faul und trinken gerne Alkohol‘. Derartige Äußerungen sind oft zu hören, und insbesondere Bewohner anderer indonesischer Inseln wachsen mit solchen negativen Vorurteilen auf. Ein kennzeichnendes Beispiel kann in der renommierten Wochenzeitschrift *Tempo* nachgelesen werden. Der Vorsitzende des nationalen Badmintonverbandes, Herr Sutiyo, sagte kategorisch, er rekrutiere *„keine Athleten aus Papua wegen ihrer Disziplinlosigkeit, da sie gerne harte Alkoholika trinken“*. Daher sei es nicht sinnvoll, in sie zu investieren<sup>30</sup>.

Die soziale Stigmatisierung ist nicht nur persönlich verletzend sondern äußerst gefährlich, wenn sie im politischen Zusammenhang zur Anwendung kommt, um bestimmte ethnische Gruppen als „Unruhestifter“ zu brandmarken. Diese Kennzeichnung erfuhren besonders die Leute vom Hochland (vor allem aus den Bezirken

<sup>29</sup> Richard Chauvel, *Decolonizing without the Colonized: The Liberation of Irian Jaya*, in: Dolores Elizade (Hg.) *Las Relaciones Internacionales en el Pacífico (Siglos XVII.XX): Colonización, Descolonización Y Encuentro Cultural*, Consejo Superior de Investigaciones Científicas, Madrid 1997, S. 560.

<sup>30</sup> *Tempo*, 14. August 2004, S. 46. Der zitierte Chef des Badmintonverbandes war auch Gouverneur von Jakarta.

Jayawijaya und Puncak Jaya) seit einem Überfall auf eine Polizeistation in Abepura am 7. Dezember 2000<sup>31</sup>. Damals erklärte der Polizeichef von Abepura den Leuten vom Hochland den Krieg<sup>32</sup>. Seitdem ist für die Beamten ein „Hochländer“ gleichbedeutend mit einem „Unruhestifter“ oder einem „Separatisten“. Dieses Vorurteil wurde auch durch den Zwischenfall in Wamena im Oktober 2000 untermauert<sup>33</sup>. In einem weiteren Fall wurde im April 2003 ein Waffenlager des Militärs in Wamena aufgebrochen, und einige Waffen wurden gestohlen<sup>34</sup>. Die Militärs nutzten das Stigma, um eine großräumige Militäraktion in der Region Jayawijaya zu rechtfertigen. Ein großes Gebiet des Hochlandes wurde zum Ziel einer Militäroperation und unzählige Menschen wurden bedroht, misshandelt, gefangen gesetzt oder sogar getötet. Die Operation gipfelte in der Exekution von zehn Verdächtigen in Yalengga am 5. November 2003. Ohne jegliche Überprüfung sah sich die ganze Region dem Verdacht ausgesetzt, in den erwähnten Zwischenfall verwickelt zu sein. Mindestens 7.000 Menschen flohen<sup>35</sup>. Offensichtlich wird das Recht, sich sicher und geschützt fühlen zu können, durch derartige Brandmarkungen zutiefst verletzt. Sie hindert die einheimische Bevölkerung daran, sich konstruktiv am Aufbau der Gesellschaft zu beteiligen, kreativ und teilhabend.

Vor dem Hintergrund, dass Transmigration und die Politik der ‚offenen Tür‘ einen starken und oftmals negativen Einfluss auf indigene Gemeinschaften haben, fragt man sich, ob die Zentralregierung sich der Folgen der Einwanderung nach Papua bewusst war. Die häufigsten Argumente für die Transmigration sind:

1. Die Förderung der Entwicklung in Papua durch Migranten mit anderen (besseren) Fähigkeiten, so dass die Papua von ihnen lernen können.
2. Die Entlastung überbevölkerter Gebiete durch die Entsendung von Menschen in vergleichsweise gering besiedelte Teile der Republik.
3. Die Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs für große landwirtschaftliche Kernprojekte (z.B. Palmölproduktion) und für die Entwicklung kleiner landwirtschaftlicher Unternehmen etwa im Gebiet von Arso und Manokwari.
4. Der Beweis, dass alle indonesischen Bürger über das Recht verfügen, den Ort in der Republik selbst wählen zu können, an dem sie leben wollen und sich so in eine multikulturelle Gesellschaft zu integrieren.

31 Zum ausführlichen Bericht dieses Zwischenfalls s. *Wamena Report*, 2001.

32 „*Polizei greift Studentenwohnheime in Jayapura an, massenhafte Verhaftungen*“, AFP, Jakarta, 7. Dezember 2000.

33 *Humanitarian Team Report*, S. 49; Details weiter unten.

34 *Laporan Awal – revised – Kasus Wamena*, von Koalisi LSM, Jayapura, Juni 2003, S. 11.

35 Die Folgen der Stigmatisierung sind deutlich in den Fällen von Wasior (2001) und Wamena (2003) zu sehen, die derzeit von der Nationalen Kommission für Menschenrechte (Komnas HAM) untersucht werden. In einem ersten Bericht für den Generalstaatsanwalt in Jakarta (3. September 2004) stellt Komnas HAM fest, dass das Sicherheitspersonal Verbrechen

Alle diese Argumente klingen vernünftig. Hört man aber die Klagen der Papua, dann drängt sich eine andere Argumentlinie auf. Die Menschen haben eher folgende Eindrücke:

1. Es gibt wenig Anlass zu der Erwartung, landlose Menschen aus Java könnten den Papuas etwas lehren;
2. es findet eine Javanisierung statt;
3. es wird ein spürbarer Prozess der Islamisierung in Gang gesetzt;
4. es wird ein höchst wirksamer „menschlicher Zaun“ errichtet, der Papua von Papua Neuguinea trennt.

Mit anderen Worten, die Transmigration erscheint den Papua als ein politisch motiviertes Programm. Die offiziellen Behörden lassen solche Argumente natürlich nicht zu, aber sie geben die Erfahrung der Leute wieder. Der wirtschaftliche Hintergrund wird zu einem Aspekt der ethnischen Überfremdung (Javanisierung) oder zeigt sich unter religiösen Vorzeichen (Islamisierung). Zwar hat die Regierung die Kritiker nicht völlig ignoriert, aber die vorgeschlagenen Änderungen der organisierten Transmigration haben die spontane Migration nicht beeinflusst. Darüber hinaus hat eine große Zahl der offiziellen Transmigranten niemals eine wirkliche Verbesserung ihres Lebens erfahren. Sie kehrten zurück oder siedelten sich an anderen Orten an. Diese Gruppe<sup>36</sup> ist in gleicher Weise ein Opfer der nationalen Politik der Transmigration wie die Angehörigen indigener Völker!

Diese Politik verändert die sozio-ökonomische und politische Landschaft Papuas einschneidend und tendiert dazu, das demographische Gleichgewicht zugunsten der nicht einheimischen Bevölkerung zu stören. Das macht die Einheimischen nervös, ersichtlich an einer Version des Gesetzes zur Sonderautonomie, das ein Expertenteam in Papua formulierte (Kp. XVIII, Art. 59.2)<sup>37</sup>. Abgesehen von der Tatsache, dass die Durchführung des Gesetzes zur Sonderautonomie vielen Schwierigkeiten unterliegt und darum nicht angemessen umgesetzt wird, legt das Gesetz zur spontanen Einwanderung keine Maßnahmen fest, so dass die Einwanderung immer noch in gleicher Weise ein Problem ist. Bis heute gibt es also keine wirklich spürbaren Änderungen in der demographischen Politik.

gegen die Menschenrechte begangen hat. Im Fall Wasior starben vier Menschen, sechs wurden gefoltert und eine Frau vergewaltigt. Im Fall Wamena starben während der militärischen Aktionen neun Menschen, tausende wurden zu Flüchtlingen (42 starben während der Zeit im ‚Flüchtlingslager‘), 38 wurden gefoltert und 15 weitere willkürlich verhaftet. Siehe: *Jakarta Post.Com*, 3. September 2004.

<sup>36</sup> Im Jahr 2000 hatten wir Verbindung zu einer solchen Gruppe, die in Bonggo lebte und für ihre legalen Rechte kämpfte. Die Behörde für Transmigration in Jayapura hat sich niemals wirklich darum gekümmert.

<sup>37</sup> *Rancangan UU tentang Otonomi Khusus bagi Provinsi Papua*, Entwurf 13, von Tim Pembentukan, Provinzregierung Papua, Jayapura, 4. April 2001.

Städtische Zentren in Papua unterscheiden sich nicht wesentlich von anderen kleinen Städten in Indonesien, die eine gemischte Einwohnerschaft aufweisen. Es herrscht der Einruck vor, die Leute kommen in den Angelegenheiten des Alltags gut miteinander aus. An der Oberfläche treten kaum Spannungen auf. Das ändert sich jedoch, wenn man mit den Menschen redet, insbesondere mit Papuas. Sie sprechen über andere ethnische Gruppen in einer beunruhigenden Weise, weil sie das Gefühl haben, ihr Leben wird von anderen bestimmt. Die Geschichten sind nicht immer sehr objektiv, aber sie helfen doch, die verborgenen Spannungen zu verstehen, die leicht zur Oberfläche durchstoßen.

In den letzten Jahren hat Papua mehrere Gewaltausbrüche erlebt, die einen Hinweis auf die Intensität dieser verborgenen Spannungen geben. Kleine Zwischenfälle reichen aus, um einen größeren Gewaltausbruch auszulösen. Anfang November 2000 war der Markt in Abepura Schauplatz einer Schlägerei zwischen Papuas und Siedlern aus Makassar-Bugis. Die Papuas hatten sich geweigert, für eine Mahlzeit zu bezahlen. Es folgte ein Streit mit fünf verletzten Papuas. Einige Tage später, am 11. November 2000, gab es einen erneuten Zusammenstoß, in den eine größere Zahl Menschen verwickelt war und der 16 Verletzte zur Folge hatte<sup>38</sup>. Der Markt war fast eine Woche lang geschlossen. Ähnliche Zwischenfälle – wenngleich in kleinerem Ausmaß – gibt es überall in Papua, und sie werden meist als lokale Kurznachrichten veröffentlicht.

Ernster wird es bei Zwischenfällen wie in Wamena am 6. Oktober 2000<sup>39</sup>. Die Sicherheitskräfte holten die Papua-Flaggen (Morgensternflaggen) ein und sägten die Fahnenmasten an den Versammlungsorten der lokalen Bevölkerung ab. Massweise wurden örtliche ‚Befürworter der Unabhängigkeit‘ ohne irgendeine juristische Grundlage verhaftet. Gegen 15.00 Uhr schlug der Zwischenfall in Gewalt um, als Mitglieder der Sicherheitskräfte, die sich in Häusern von Zivilisten (Nicht-Papua) versteckt hatten, auf die örtliche Bevölkerung zu schießen begannen. Da brach all der Ärger hervor, der sich den Tag über während der Verhaftungen durch die Sicherheitskräfte bereits angestaut hatte. Es folgte ein Massenangriff der Einheimischen. Sie griffen Siedler, sowohl Nicht-Papua als auch Papua aus den Küstengebieten, in ihren Häusern an und steckten die Häuser in Brand. Das Ergebnis war verheerend<sup>40</sup>: 37 Personen wurden getötet (24 Siedler, 7 Einheimische, 6 Unbekannte), 89 Personen verletzt, 13.565 Personen wurden vertrieben, verteilt auf 20 Orte, 83 Personen wurden verhaftet. Der Zwischenfall bewirkte in den folgenden Tagen und Wochen

38 „Streit auf dem Abepura-Markt mit 16 Verletzten“ *Jakarta Post*, 14. November 2000.

39 Vollständige Information in „*Peristiwa Tragedi Kemamusiaan Wamena*, 6. Oktober 2000. *Sebelum dan Sesudahnya* vom Team Menschenrechte des Büros für Gerechtigkeit und Frieden (SKP) der katholischen Kirche in Jayapura, Jayapura, Januar 2001. Siehe [www.hampapua.org/skp/indexe.html](http://www.hampapua.org/skp/indexe.html)

40 *Humanitarian Team Report*, S. 32.

den Auszug aller indonesischer Zivilisten und Papuas aus der Küstenregion aus Wamena und offenbarte damit die heiklen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Die Tageszeitung *Kompas* schätzte, 1.000 Siedler hätten das Gebiet verlassen (ungefähr 7 Prozent aller Siedler)<sup>41</sup>. Der Auszug wirkte sich insbesondere auf die öffentlichen Dienstleistungen aus, wie etwa das Bildungswesen. Viele Schulen außerhalb Wamenas schlossen, und 200 Lehrer beantragten ihre Versetzung aus diesem Gebiet<sup>42</sup>. Das dauerte mehrere Monate an. Während eines Seminars im Jahr 2001 sprach ein Vertreter von UNICEF erstmals über ‚die verlorene Generation‘ in Jayawijaya<sup>43</sup>.

Eine andere Entwicklung beschreibt Nicht-Papuas, die sich zu organisieren begannen, nachdem eine Delegation von 100 Papuas sich am 26. Februar 1999 mit Präsident Habibie getroffen hatte. Danach verwandelten sich lokal bekannte Versammlungsorte (*Posko*<sup>44</sup>) in Sammelplätze für örtliche Aktionen, wie das Hissen der Morgensternflagge. Das erste Signal eines organisierten Zusammenschlusses von Nicht-Papua kam aus Sorong. Sie wollten ihre Interessen oder ‚die Nation schützen‘ und boten den Sicherheitsdiensten ihre Unterstützung an, soweit nötig<sup>45</sup>. Ähnliche Signale bekam der Polizeichef von Papua, Brigadegeneral S. Y. Wenas. Er ermutigte die Nicht-Papua, sich zu bewaffnen und sich gegen die Papua zu verteidigen. Die Bildung der Solidaritätsbewegung indonesischer Nicht-Papua (*Gerakan Solidaritas Masyarakat Indonesia Non Papua*) geriet zum Trend, unterstützt vom Leiter der Bildungsbehörde Papuas in einem Brief an den Bildungsminister<sup>46</sup>. Ohne Zweifel erhöhen derartige Aktionen die bereits angespannten, interethnischen Beziehungen und tragen zur weiteren Brandmarkung der Papuas als ‚Unruhestifter‘ bei<sup>47</sup>.

41 „Suara Pengungsi Wamena. Biar dibangun seperti surga, kami tetap trauma“, *Kompas*, 24. Oktober 2000.

42 *Humanitarian Team Report*, S. 43-45.

43 Seminar *Pendidikan Kabupaten Jayawijaya*, Wamena, 18.-20. Juni 2001; „Lost Generation“, von Dr. Budi Subianto (UNICEF)

44 Die Abkürzung steht für ‚*pos kommando*‘, d.h. Kommandoposten. Diese kleinen Orte wurden überall in Papua nach dem Treffen mit Präsident Habibie eingerichtet. Dort traf sich die lokale Bevölkerung, um über aktuelle Themen zu reden, meistens politische. Sie stellten eine einfache Art der Massenorganisation dar. Über die *Poskos* konnten sich Nachrichten jeder Art schnell unter den Einheimischen verbreiten.

45 Dieses Zeichen wurde nach dem Aufzichen der Flagge in Sorong im Juli 1999 gegeben.

46 Brief Nr. 6626/118.H.I./MIN/2000 d.d. 23. Dezember 2000.

47 Viele Veröffentlichungen in regionalen und nationalen Zeitschriften trugen wesentlich zu dieser Stigmatisierung bei. Sie verbreiteten Nachrichten, die oft weder auf Fakten beruhten noch von Fachleuten kamen. Vgl. eine Liste derartiger Nachrichten in *Humanitarian Team Report*, S. 45-46.

Gewissen Gruppen, die ihre eigene politische Agenda verfolgen, versuchen immer wieder, diese Spannungen zu instrumentalisieren. Nachdem die Bildung einer neuen Provinz in Timika (*Central Irian Jaya Province*) ausgerufen worden war, erhob sich ein breiter Protest der Bevölkerung, und alles kam zum Stillstand. Eines Nachts wurden mindestens sieben Motorradtaxifahrer<sup>48</sup> – alle waren Nicht-Papua – angegriffen und zwei von ihnen getötet. Nur das besonnene Verhalten des Polizeichefs verhinderte einen Zusammenprall zwischen den „Makassaren“ und den Einheimischen<sup>49</sup>. Es scheint, als hätten ethnische Spannungen als Auslöser für einen blutigen Konflikt missbraucht werden sollen.

## II. Verwaltungsstrukturen in Papua

*Partizipation, Führungsvermögen und Demokratie* sind Schlüsselbegriffe, die verdeutlichen, wie eine Gemeinschaft regiert wird, und wer die Akteure sind. Die Untersuchung zeigt auf, wie sich diese Elemente entwickeln und prüft dabei besonders a) welche Form von Regierung und Verwaltung in Papua praktiziert wird, und wie sich diese auf die örtliche Bevölkerung auswirkt, und b) die Zuerkennung der Sonderautonomie und die Neueinteilung der Provinz als offizielle Strategie der Regierung.

### *Von traditionellen zu modernen Formen der ‚Regierung‘*

Die traditionellen Leitbilder des Gemeinschaftslebens geben uns eine Idee davon, wie die Gemeinschaft in der Vergangenheit regiert wurde. Der eigentliche Zusammenhalt resultierte aus einer Summe von Gewohnheitsrechten (*adat*)<sup>50</sup>. Das eigentliche Ziel der *adat* besteht darin, durch allgemein anerkannte Lebensregeln das Bestehen einer Gruppe auch in Zukunft zu sichern<sup>51</sup>. Die *adat* regiert die Gemeinschaft. Zusätzlich zu den Regeln gibt es in der Gemeinschaft bestimmte Persönlich-

48 Sogenannte ‘ojek-drivers’.

49 *ALDP report on Timika Case*, August 2003

50 Die *adat* betrifft den Besitz von Land, Regeln für die Eheschließung und akzeptiertes tägliches Verhalten, aber auch Sanktionen bei Verletzung der Regeln. Sie ist Teil des Erziehungssystems und betrifft verschiedene Stufen der Initiation auf dem Weg, ein erwachsenes Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Die *adat*-Regeln sind nicht schriftlich fixiert, jedes Mitglied einer traditionellen Gemeinschaft kennt aber ihren Inhalt genau. Für eine genauere Beschreibung der traditionellen Formen vgl. den Aufsatz von Siegfried Zöllner.

51 Vergleichbar der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, die ebenfalls eine gemeinsame Basis des Zusammenlebens schaffen und die zukünftige Existenz der Menschheit sicherstellen soll.



keiten – ein oder mehrere Führer, welche die Einhaltung der Regeln überwachen. In Papua kann man eine Anzahl verschiedener Formen von Führung unterscheiden<sup>52</sup>.

Ein weiteres besonderes Kennzeichen der traditionellen Gemeinschaft in Papua war immer das Empfinden des Zusammenhaltes; der Sinn für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und die gemeinschaftliche Verantwortung für ihre Zukunft. Dieses Gefühl des Zusammenhaltes geriet mit der Integration Papuas in die Republik Indonesien unter Druck; und zwar vor allem seit der Wiederbelebung der Befreiungsbewegung (Freiheit von allen Formen der Unterdrückung) seit 1999.

Der Verlust des Zusammengehörigkeitsgefühles kam mir schon früh schmerzhaft ins Bewusstsein, als ich im Jahr 1984 mit einem Bürger in Papua-Neuguinea (PNG) sprach. Wir redeten über das Anwachsen der Probleme in PNG und den lähmenden Mangel an Sicherheit. Er sagte: „Das ist richtig. Es ist ein Chaos. Aber es ist UNSER Chaos und WIR werden damit einmal fertig werden. Das kann man von deiner Situation auf der anderen Seite der Grenze wohl kaum sagen (West-Papua)“.

[tvdb]

Ein drittes Kennzeichen traditioneller Führung betrifft ihren egalitären Charakter. Es ist normal, dass sich im Lauf der Geschichte die Strukturen von Führung ändern. Der Wechsel wird jedoch schmerzhafter empfunden, wenn er schnell vor sich gehen muss, und die soziopolitischen Gegebenheiten kaum Raum geben, neue kompetente Führer hervor zu bringen. Papua durchläuft derzeit eine wichtige Periode seiner Geschichte und steht unvermittelt sehr plötzlichen Veränderungen gegenüber. Seit 1998 gibt es auch mehr Raum, die Empfindungen und den Schmerz über das Leiden der Vergangenheit und Gegenwart zum Ausdruck zu bringen. Daher ist es wichtiger denn je, dass kompetente örtliche Führer hervorgebracht werden.

Die traditionelle Führungsstruktur wurde durch die von der Regierung eingeführte ‚formelle bürokratische Leitung‘ zutiefst in Frage gestellt. Derzeit wird ein Dorfoberhaupt aufgrund seiner Schulbildung und nach einem Eignungstest durch die Regierung eingesetzt, nicht nach traditionellen Kriterien. So kommt die Stellung traditioneller Führer erheblich unter Druck. Diese Entwicklung wurde seit der Integration Papuas in die Republik Indonesien immer stärker vorangetrieben und mit dem Gesetz Nr. 1/1977 legalisiert. Dies Gesetz schrieb eine einheitliche Form der Dorfverwaltung für die ganze Nation vor und setzte das javanische Modell auch durch. Diese Politik zerstörte die traditionellen Führungsstrukturen Papuas endgültig.

<sup>52</sup> Zur ausführlichen Erklärung dieser verschiedenen Formen von Führung siehe Dr. J.R. Mansoben, *Sistem Politik Tradisional di Irian Jaya*, MA, Leiden 1995 und den Aufsatz von Siegfried Zöllner.

tig. Für die authentischen traditionellen Führer Papuas war das ein sehr schmerzhafter Prozess. Sie mussten erleben, dass sie nicht mehr für Wert befunden wurden, dass man ihnen noch zuhörte.

Manchmal ernennt die Regierung sogenannte „Stammesführer“, die eine solche Position im traditionellen Verständnis jedoch nie inne hatten und eine eher störende Rolle spielen<sup>53</sup>. Sie beanspruchen zwar, für die Gemeinschaft zu sprechen, stehen aber in keinem echten Dialog mit der Gemeinschaft. Sie schließen zum Beispiel einen Vertrag mit der Regierung über ein bestimmtes Stück Land ab und werden privat dafür bezahlt – oder besser: bestochen. Die betroffene Dorfgemeinschaft wurde dabei nicht gefragt, obwohl Land allgemein als unverkäuflich gilt, grundsätzlich der ganzen Gemeinschaft gehört und die eigentliche Existenzgrundlage der Gemeinschaft darstellt – in der Vergangenheit wie auch für die Zukunft. Die von der Regierung ernannten Stammesführer werden von den lokalen Behörden benutzt, um z.B. ihre Position als Bezirkschef (*Bupati*) zu stützen, die Rolle der Sicherheitskräfte zu stärken oder umstrittene Programme in der Region zu legitimieren, etwa eine Transmigrations-siedlung oder ein landwirtschaftliches Großprojekt. Die eigentlichen traditionellen Führer beschwerten sich oft über diese Strategie, und es schmerzt sie besonders, wenn sie ihre Gemeinschaften zerfallen sehen und keine Macht haben, einzugreifen<sup>54</sup>.

Der Mangel an Führungspersonal äußert sich bis zur örtlichen Ebene. Die Gemeinschaft in Iwur, nach ihren Hauptproblemen befragt, gab zur häufigsten Antwort: „*Die Verwaltung funktioniert in keiner Weise, die Beamten sind niemals da; seit seiner Ernennung hat der Leiter der Verwaltung noch nie in Iwur gewohnt. Dazu verschwinden die Haushaltsmittel zum Aufbau einer Infrastruktur schlicht infolge der Korruption unter den Beamten*“. Eine derart schamlose Pflichtverletzung ist keine Ausnahme – im Gegenteil!

SKP

53 Die Strategie zur Schwächung der traditionellen örtlichen Führer, die sich der *adat* verpflichtet fühlten, benutzte die Regierung oft, wenn sie einen Vertrag mit der örtlichen Gemeinschaft zur Bereitstellung von Land benötigte. Die von der Regierung ernannten lokalen Stammesführer werden oft ironisch als *Kepala Suku Inpres* - durch Regierungsdekret ernannte Häuptlinge – verhöhnt.

54 Dieses Empfinden kam sehr emotional während einer Schulung zum Ausdruck, die das Büro für Gerechtigkeit und Frieden Jayapura (SKP) in Wamena Ende 2002 organisiert hatte, bei der 15 authentische traditionelle Führer anwesend waren. Vgl auch den eingerückten Text, der über einen Feldbesuch berichtet und aus einer Schulung zitiert, die die SKP Jayapura in Iwur vom 26. Juli bis 3. August 2004 organisiert hatte. Iwur ist ein Landkreis im Hochland an der Grenze zu Papua Neuguinea, etwa die Hälfte der Strecke zwischen Jayapura und Merauke.

Der Mangel an fähigen Führern für die moderne Gesellschaft ist nicht nur das Ergebnis des schnellen Aufbrechens bislang isolierter, traditioneller Gemeinschaften, sondern auch auf das gnerelle Leitbild der Regierung zurückzuführen. Während 32 Jahre(!) Suharto-Regime durfte niemand selbständig denken, oder, im Sinne des genannten Zitates, es durfte niemand „unabhängig“ sein. Von Staatsbeamten – bis hoch zur Ebene des Gouverneurs – erwartete man lediglich die Umsetzung von Instruktionen der Zentralregierung. Außerdem lag die örtliche Führung seit langem in den Händen von Nicht-Papua. Einheimische hatten keine Chance, für eine Aufgabe in der Bürokratie ausgebildet zu werden und ihre Fähigkeiten einzuüben.

Offiziell soll die territoriale Neuaufteilung die Verwaltung näher zu den Menschen bringen, doch bisher hat das Programm den gegenteiligen Effekt (siehe unten) und hindert die Menschen daran, sich auf ihre eigenen Fähigkeiten zu besinnen. Sie verlieren das Vertrauen, weil sie nicht einbezogen werden. Sie sind in wachsendem Maße von Regierungsprojekten abhängig und werden daran gewöhnt, Anträge zu stellen, Bitten vorzubringen. Diese individualisierte ‚Projektmentalität‘ wird auf die Dauer jedes Selbstbewusstsein und jede Selbstverantwortung abtöten. Dies könnte in eine ‚Kultur der Armut‘ münden, in der die Menschen ihr Recht auf Hilfe nur deswegen beanspruchen, weil sie arm sind. Was ihnen bleibt, ist das Recht zu betteln.

In einem derartigen Kontext ist nicht zu erwarten, dass die Menschen angespornt werden, kreativ und unabhängig zu sein, geeignete Handlungsmodelle zu bedenken und sich zu Führerpersönlichkeiten zu entwickeln. Damit zahlt Indonesien einen hohen Preis auf diesem Gebiet, und Papua – über einen langen Zeitraum unterdrückt – hat heute keine neu gebildeten, einheimischen Führerpersönlichkeiten mehr. Das wurde im Jahr 1998 schmerzlich fühlbar, als sich die Tür zu einer „Papuanisierung“ öffnete. Damals übernahmen bevorzugt Einheimische Aufgaben in der offiziellen Verwaltung und anderen renommierten Positionen.

Diese bevorzugte Berücksichtigung war seit langem gefordert worden, wurde jedoch erst seit 1998, der Zeit der Reformen, wirklich umgesetzt. Ein neues Bewusstsein führte zu dem Schluss, dass man der einheimischen Bevölkerung ihr Erstgeburtsrecht nicht verweigern kann. Derzeit sind 26 von 30 Bezirkschefs (*Bupati*) Papuas. Eine Vielzahl weiterer Positionen in der Verwaltung – einschließlich der Position des Gouverneurs – wurde an Papuas vergeben. Doch die offizielle Verantwortung in einer hohen Position bedeutet nicht notwendigerweise, auch über die eigentliche Macht zu verfügen. Jede Position ist in eine komplizierte bürokratische Struktur eingebettet, innerhalb derer es eine Menge Machtgerangel gibt, insbesondere wenn es um die Verfügung über den Haushalt geht. Auch werden nicht alle der neu ernannten einheimischen Führungspersönlichkeiten den hohen Erwartungen gerecht, die man in sie gesetzt hat – und das ist noch sehr vorsichtig ausgedrückt<sup>55</sup>.

55 Vgl. „*Jayawijaya-Fall*“ in Anhang IX.

Die Entwicklung einer neuen Führungsschicht, die sich der Gemeinschaft verpflichtet fühlt, wurde unterbrochen. Die traditionellen Führer haben ihren Einfluss verloren, da ihnen das Verständnis für die Rolle einer Gemeinschaft als Teil einer komplizierteren, größeren Welt fehlt. Diese größer gewordene Welt kann nicht mehr auf traditionelle Weise regiert werden. Das entstandene Vakuum in diesem Bereich eröffnet viele Möglichkeiten des ‚Täuschens und Tarnens‘ und hat ausgesprochen zerstörerische Folgen für das Leben in einer örtlichen Gemeinschaft.

## Die Zivilgesellschaft: Akteure und ihre Möglichkeiten

Der Mangel an guten indigenen Führerpersönlichkeiten hat auch Folgen für die Zivilgesellschaft. Die Führungsmethoden des *Adat-Rates* von Papua (*Dewan Adat Papua*) und des Präsidiums des Papua-Rates (*PDP*) mit ihren jeweiligen Unterorganisationen bestehen noch immer aus einem traditionellen, charismatischen Führungsstil, gemischt mit einem modernen politischen Stil, wie er heute notwendig ist. Das lässt sich besonders gut an der Bildung des Präsidiums im Jahr 2000<sup>56</sup> und seiner Arbeitsweise in der Folgezeit aufzeigen. Der *Adat-Rat* von Papua soll sowohl die örtlichen *Adat*-Gremien ansprechen als auch die Regierung kontrollieren und ihr Anregungen geben. Wie andere Organisationen der Gemeinschaft, ist auch dem Vorgehen des *Adat-Rates* immer noch die Folge des jahrelang erzwungenen Schweigens anzumerken.

Wenn der Rat in der Vergangenheit eine Stellungnahme abgab und traditionelle Rechte beanspruchte, etwa das Recht auf Bodenschätze, wurde er stereotyp als „regierungsfeindlich“, „entwicklungsfeindlich“, „gegen nationale Interessen gestimmt“ oder gar als „subversiv“ gebrandmarkt. Bis heute hebt der Rat traditionelle Rechte wie das Landrecht hervor. Allmählich beginnt er auch, betroffene Dorfgemeinschaften gegen moderne Bedrohungen in Schutz zu nehmen<sup>57</sup>. Kürzlich schlug der Rat in seinen Verlautbarungen auch eine mehr ‚politische‘ Richtung ein. Er forderte Regierung und Gemeinschaft auf, das Gesetz zur Sonderautonomie konsequent umzusetzen und sich an den Parlamentswahlen sowie an der Wahl des Präsidenten zu beteiligen<sup>58</sup>. Diese deutliche Artikulierung ist ermutigend. Sie zeigt, dass im Kreis der traditionellen Führer die dringende Notwendigkeit erkannt worden ist, den Menschen klarere Richtlinien zu geben.

56 Es herrscht der Eindruck vor, als sei die Zusammensetzung des Präsidiums eher den Notwendigkeiten der Repräsentation und weniger den notwendigen Führungsqualitäten geschuldet. Siehe: *Memoria Passionis di Papua, Kondisi Sosial Politik dan Hak Asasi Manusia, Gambaran* 2000, von SKP Jayapura, S. 155.

57 SKP, *Memoria Passionis di Papua, op.cit.*, S. 215-216

58 Diese neue Zielrichtung wurde nach der Jahresversammlung des Kongresses in Biak vom 25.-29. Februar 2004 zum Ausdruck gebracht.

Im Prinzip ist die Rolle der Zivilgesellschaft noch sehr begrenzt und abhängig vom Prozess der Demokratisierung in Indonesien überhaupt. Trotzdem gibt es schon erste Ergebnisse bewusster Partizipation. Es gibt gegenwärtig in den verschiedenen städtischen Zentren eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit Fragen von Umwelt, Menschenrechten, wirtschaftlicher Entwicklung oder Gesundheit beschäftigen und gelegentlich das Handeln der Regierung in Papua einer kritischen Überprüfung unterziehen. Es kostet sie viel Energie, um sich auf die strukturellen, funktionalen oder professionellen Ebenen einzustellen. Zu ihren Schwächen gehört eine überraschend geringe Bereitschaft, die eigenen Aktivitäten kritisch zu betrachten. Sie sehen sich zu selbstverständlich auf der richtigen Seite der Gesellschaft, bei den ‚Unterdrückten‘. Dieser Anspruch entspricht nicht immer ihrem wirklichen Einsatz, wenn es z.B. um die Verbreitung von Nachrichten geht oder um offene Kritik an der Regierung und ihrer Sicherheitspolitik. Wie alle anderen Institutionen, so leiden auch die NGOs an der mehr als 30 Jahren währenden Unterdrückung, die eine „ängstliche und schweigende Gesellschaft“ hervorbrachte.

Neben internen Faktoren, die den Einfluss der NGOs schwächen, wird ihre Arbeit auch durch die Attitüde der Autoritäten behindert, die nicht gewohnt sind, dass ihre Maßnahmen hinterfragt werden. Diese Haltung demonstrierte z.B. der Bezirkschef (*Bupati*) von Merauke (im Süden von Papua), als er klarstellte, er wünsche keine Kritik<sup>59</sup>. Dieser *Bupati* ist dadurch bekannt, dass er mehr als jeder seiner Vorgänger der Sache der Papuas verpflichtet ist. Gleichzeitig wird er stark kritisiert, weil er unbedingt der erste Gouverneur einer neuen Provinz werden will, die im Süden eingerichtet werden soll. Darum beteiligt er sich an Show-Aktionen, stattet Interessengruppen mit Mitteln aus und fördert seine guten Beziehungen zu örtlichen Gruppen mit Zuwendungen, während grundlegende Erfordernisse des Schulwesens in seiner Region unberücksichtigt liegen bleiben<sup>60</sup>. Im September 2003 prüfte eine Gruppe von NGOs die Durchführung des regionalen Haushaltsplanes und stieß auf ein weit verzweigtes Netz von Korruption. Die Gruppe veröffentlichte ihre Ergebnisse und wollte damit eine Verbesserung der Verwaltung anregen. Die Reaktion des *Bupati* war höchst überraschend. Er traf mit den höchsten Regierungsvertretern, mit Armee und Polizei, mit örtlichen kirchlichen und traditionellen Führern zusammen

<sup>59</sup> Siehe den Jahresbericht des Büros für Gerechtigkeit und Frieden (SKP) der katholischen Kirche in Merauke, vorgetragen auf der gemeinsamen SKP Jahresversammlung in Sorong am 5. Januar 2004.

<sup>60</sup> *Cepos* berichtet am 18. Oktober 2004 über 10 Grundschulen im Kreis Okaba, die völlig vernachlässigt wurden: Gebäude fallen auseinander, Unterricht findet unter Bäumen statt, ein Lehrer ist für sechs Klassen zuständig usw. Der stellvertretende *Bupati* gibt zu, die Lage sei tatsächlich ernst.

Die Rolle der Intelligenz – Akademiker, die in der Hauptsache mit den Universitäten verbunden sind (Universität Cenderawasih / Jayapura und Universität Papua / Manokwari) – als lebendiger Teil der Zivilgesellschaft scheint sehr begrenzt und wird kaum sichtbar. Die meisten von ihnen gehen völlig in den akademischen Aktivitäten ihrer Fakultäten auf. Die Ergebnisse ihrer Forschungen kommen selten unter das Volk und haben keinen wirklichen Einfluss auf Gesellschaft oder politische Entscheidungen. Akademiker werden außerdem nicht wirklich gut bezahlt und nehmen gern lukrative Aufträge von großen Unternehmen oder von der Regierung an. Das Schweigen der Akademiker mag auch aus der Vergangenheit herrühren, als man sie – insbesondere in den 1970er und 80er Jahren – als ‚Sympathisanten der Unabhängigkeit‘ beschuldigte. Wie so viele andere in der Gesellschaft Papuas brachte man sie so zum Schweigen<sup>68</sup>.

Gleichwohl spielten die gleichen Akademiker eine sogar herausragende Rolle im Jahr 2001, als sie ein Konzept zur Sonderautonomie für Papua entwarfen<sup>69</sup>. Dies Konzept führte schließlich zu einem Text, der als Gesetz Nr. 21/2001 in Kraft trat. Sie arbeiteten daran gemeinsam mit Vertretern von Religionsgemeinschaften, NGOs, *Adat*-Räten und anderen. Es war ein gewaltiges Engagement, das man nie zuvor in Papua erlebt hatte; ein Unterfangen von wirklich hoher Qualität. Doch als die Arbeit getan war, spielte die Gruppe der Akademiker kaum eine Rolle bei der Umsetzung dieses Gesetzes, dessen kritische Begleitung alle Aufmerksamkeit erfordert hätte. Insbesondere die mit dem Gesetz verbundene Bereitstellung einer großen Summe Geldes wirkt zerstörerisch, wenn sie keine guten Entwicklungskonzepte zur Grundlage hat und mit entsprechenden Mechanismen kontrolliert wird. Die Intelligenz wird mehr denn je gebraucht, um ihre Fähigkeiten in die gegenwärtige Entwicklung Papuas einzubringen.

Eine besondere Rolle spielen immer noch die Religionsgemeinschaften. Während über Jahrzehnte die Regierungen wechselten – Holland, Japan, noch einmal Holland, Indonesien – waren die Kirchen die einzigen durchgehend präsenten Institutionen. Sie besaßen ein hohes Ansehen, weil sie in vielen höchst bedrohlichen Situationen den Menschen beistanden. Insbesondere im Innern des Landes waren die Kirchen die einzig funktionierenden Institutionen, die sich um Entwicklung, Bildung, Gesundheitsversorgung und auch geistlichen Beistand kümmerten. Die Regierung war erst seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre im Innern des Landes präsent. Wegen ihrer langen Geschichte ‚an der Seite der Menschen‘ schauen die Menschen nach wie vor

68 Die Angst begann sich unter den Dozenten nach der Ermordung des Anthropologen der UNCEN, C. A. Ap im Jahr 1984 zu verbreiten. Der Mord löste eine große Fluchtwelle von Papuas nach Papua Neuguinea aus. Unter den Flüchtlingen waren viele Studenten und Dozenten der UNCEN.

69 *Mengatasi Keterpecahan yang Melumpuhkan* von Theo van den Broek, Jakarta 2001.

auf die religiösen Institutionen und erwarten von ihnen ein klares Wort. Sie sind diesem Anspruch in den letzten Jahren auch gerecht geworden. Kaum ein größeres Ereignis, das von den Religionsführern nicht ernsthaft verfolgt worden wäre<sup>70</sup>.

Es ist zwar ermutigend, die Bereitschaft der Religionsgemeinschaften zu erleben, Stellungnahmen abzugeben. Gleichzeitig ist aber zu hoffen, dass sich die Menschen nicht nur auf die Religionsgemeinschaften verlassen, wenn sie auf die Regierungspolitik in der Provinz Einfluss nehmen wollen. Ebenso sollten sich die religiösen Institutionen immer bewusst sein, dass in einer Welt globaler Kommunikation eines Tages die Säkularisierung einsetzt. Dann wird es zu Veränderungen im Verhältnis zu allen Institutionen und Organisationen kommen. Die Menschen werden neu und selbständig entscheiden, auf wen sie hören. Diesem Prozess wird auch Papua nicht entgehen, und erste Kritik an Kirchen und ihren Führern setzt bereits ein<sup>71</sup>. Es bleibt aber von vitalem Interesse für die Gesellschaft Papuas, dass die religiösen Institutionen ihre eigene, ‚geistliche‘ Rolle spielen. Der Grundsatz ihrer Seelsorge bleibt die Parteinahme für die Unterdrückten. Die eigentliche Mission der religiösen Institutionen bedeutet, die Menschenwürde zu schützen und, wenn nötig, wieder herzustellen.

### *Restrukturierung der Region*

Bis zum Jahr 2003 bestand Papua formal aus 14 (ländlichen) Bezirken (*Kabupaten*) und dem Stadtbezirk Jayapura (*Kotamadya*). Heute gibt es 28 (ländliche) Bezirke und zwei Stadtbezirke (Jayapura und Sorong)<sup>72</sup>. Als Reaktion auf die schon lange

<sup>70</sup> In Zusammenarbeit mit dem Büro für Gerechtigkeit und Frieden (SKP) der katholischen Kirche in Jayapura haben die Religionsführer in den letzten fünf Jahren gemeinsam etwa 20 öffentliche Stellungnahmen und Forderungen verfasst, die sich an die Gesellschaft als solche, an die Zentralregierung, an den Nationalen Ausschuss für Menschenrechte und andere richteten (siehe website: [www.hampapua.org](http://www.hampapua.org)). Die letzte Aufforderung richtete sich an alle neu gewählten Mitglieder örtlicher Parlamente in Papua. (Siehe *Papua Post*, 6. September). Kürzlich luden die Kirchenführer die Präsidentschaftskandidaten (Megawati und Yudhoyono) zu einem Dialog nach Sentani ein (24.-25. August 2004). Zum Papier, das den Kandidaten übergeben wurde siehe [www.hampapua.org/skp/indexd.html](http://www.hampapua.org/skp/indexd.html). Zu weiteren Informationen über die Rolle der Kirchen vgl. auch den Artikel von Siegfried Zöllner.

<sup>71</sup> Viele kritischen Bemerkungen richteten sich gegen die katholische Kirche, weil es ihr nicht gelungen war, statt der Einsetzung auswärtiger Priester zu Bischöfen von Timika (April 2004) und Merauke (Juli 2004) einheimische, gut ausgebildete Kandidaten für die Position des Bischofs zu präsentieren. Diese Ordinationen führten zu vielen, sehr kritischen Äußerungen über Internet und email.

<sup>72</sup> Am 12. April 2003 verkündete der Innenminister Hari Sabarno offiziell die Errichtung von 14 neuen Bezirken in Papua: Keerom, Sarmi, Yahukimo, Tolikara, Puncak Jaya, Teluk Bintuni, Teluk Wondama, Supiori, Waropen, Kaimana, Raja Ampat, Pegunungan Bintang,

hörbare Kritik am Zentralismus führte die indonesische Regierung ein flächendeckendes System regionaler Autonomie ein<sup>73</sup>. Diese Autonomie betrifft nicht nur die Provinzregierung, sondern wirkt sich auch auf die unteren Verwaltungsebenen wie Bezirke (*Kabupaten*) und Kreise (*kecamatan*) aus. Schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Sonderautonomie in der Provinz Papua war die Aufteilung in neue Bezirke und Kreise bereits in vollem Gange. Offiziell wollte man die Verwaltung durch die Neuaufteilung näher zu den Menschen bringen. Sie sollte offener für örtliche Bedürfnisse und damit effektiver werden.

Die für Papua offiziell beschlossenen 14 neuen Bezirke wurden im Jahr 2003 arbeitsfähig, während die Neugliederung der unteren Ebenen schon seit Jahren andauerte. Die Umsetzung scheint aber nicht einfach zu sein. Einige Gebiete haben überhaupt keine lokale Infrastruktur, sind geographisch sehr isoliert und verfügen nicht über notwendige Kapazitäten, um die neu gegründeten Verwaltungseinheiten mit kompetentem Personal auszustatten. Es gibt begründete Zweifel, ob der Status eines Bezirks (*Kabupaten*) für solche Gebiete Sinn macht. Zwar wurden Machbarkeitsstudien erstellt, aber ihre Qualität darf bezweifelt werden. Eine Anzahl neuer Bezirke, z. B. Boven Digul, Mappi, Pegunungan Bintang, arbeiteten Ende 2004 noch nicht einmal in Ansätzen. Einige Aufgabenbereiche der Regierung – Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitswesen – sind in diesen Gebieten praktisch zum Erliegen gekommen! Währenddessen wurden die dafür verfügbaren Haushaltsmittel für umfangreiche Reisen<sup>74</sup> – für Leute, die mit der endgültigen Organisation des Bezirkes beauftragt waren – oder zur Vorbereitung von Großprojekten ausgegeben<sup>75</sup>. Einige neue Bezirke haben ihre Verwaltung immer noch im früheren ‚Mutterbezirk‘ belassen. Es ist darum nicht überraschend, dass der Gouverneur die Chefs der neuen Bezirke beauftragte, ihr Büros in den eigentlichen Bezirk zu verlegen<sup>76</sup>.

Mappi und Boven Digul und Asmat. Jayapura und Sorong sind unabhängige Stadtbezirke mit dem gleichen gesetzlichen Status wie ein ländlicher Bezirk. Vgl. auch Tabelle 1 oben.

73 Geregelt in den Gesetzen Nr. 22/1999 und Nr. 25/1999.

74 Auf dieses Problem bezieht sich offensichtlich eine Rede des Gouverneurs anlässlich der Einführung der Mitglieder örtlicher Parlamente in Boven Digul dan Asmat am 1. Oktober 2004: „(der Gouverneur) ermahnt die Mitglieder, vor Ort zu bleiben und keine sinnlosen Reisen nach Orten außerhalb des Bezirkes zu unternehmen.“ Die *Papua Post* vom 16. Juni 2004 berichtet, dass die Leute im neuen Bezirk Teluk Wondama das Büro des Bezirkspräsidenten vernagelt haben, um ihren Protest gegen sein häufiges Reisen zum Ausdruck zu bringen. Er sei praktisch niemals vor Ort.

75 Diese Information beruht auf mündlichen Berichten von Personen aus diesem Gebiet während eines Seminars in Sentani vom 5.–9. Juni 2004. Solche Projekte sind z.B. das Mieten oder Kaufen von Flugzeugen oder Booten. Die *Papua Post* vom 7. Juli 2004 berichtet, der Chef des neuen Bezirkes Yahukimo habe zwei Hubschrauber des Typs MI 8 AMT mit einer Kapazität von je 10 Tonnen und 10 Passagieren gechartert.

76 *Papua Post* 26. Mai 2004.



Es scheint eine ernsthafte Herausforderung zu sein, einen neuen Bezirk arbeitsfähig zu machen. Ich zitiere aus einer persönlichen Diskussion im Februar 2004<sup>77</sup>:

Ein prominenter Aktivist in Merauke äußerte: *„Die Umstrukturierung schafft die verschiedensten unvorhergesehenen Probleme (...). Nachdem die neuen Bezirke Boven Digul, Mappi und Agats geschaffen worden waren, forderte der Bezirkschef (Bupati) von Merauke – von dessen Bezirk wurden die neuen Bezirke abgeteilt – alle Angestellten auf, die über Nacht zu Beschäftigten eines neuen Bezirks geworden waren, ihre Büros in Merauke sofort zu verlassen und an die neuen Standorte umzuziehen. Das Problem war, es gab keine entsprechenden Örtlichkeiten in den neuen Bezirken, alle Familien lebten in Merauke, und die Kinder gingen dort zur Schule. Aber der Bupati kürzte ihre Gehälter und sagte, wenn sie ‚für ihr eigenes Land Verantwortung‘ tragen wollten, müssten sie dahin gehen.“* Er führt weiter aus: *„Viele völlig ungeeignete Leute wurden auf neue Posten im Bezirk berufen. Ein Grundschullehrer in Boven Digul wurde Leiter der Abteilung für Landwirtschaft. Weder hat er Erfahrung in der Landwirtschaft, noch hat er jemals ein Büro geleitet“.*

Ein weiteres beunruhigendes Element ist die Tendenz, Stellen nach ethnischer Gruppenzugehörigkeit zu besetzen (vgl. Anhang VIII). Je näher die Verwaltung an die örtliche Bevölkerung heranrückt, um so mehr erwartet diese für sich selbst neue Stellen und Arbeitsmöglichkeiten in der Verwaltung. Selbst der Bezirkschef (*Bupati*) in Merauke scheint diesen Trend zu fördern, was zusätzliche Probleme schafft<sup>78</sup>.

Die gleiche Diskussion offenbarte:

*„In Boven Digul gibt es bereits einen Machtkampf um die Besetzung der Stelle des Bupati zwischen den vier größten ethnischen Gruppen, die dort einigermaßen gleichmäßig verteilt sind: Muyu, Jair, Mandabo und Mappi. Innerhalb der Mappi gibt es eine Auseinandersetzung zwischen zwei Clans, den Yagai und den Awaya. In Agats gibt es einen Streit zwischen den Muyu und den Asmat“.*

So bringt die Neustrukturierung von Bezirken und Kreisen einige sehr beunruhigende Konsequenzen mit sich:

- einen – zumindest zeitweisen – Zusammenbruch der Grundversorgung in den betroffenen Gebieten;
- eine wachsende Spannung zwischen lokalen ethnischen Gemeinschaften;
- eine Stärkung der Projektmentalität, da Geld vorhanden und der Zugang dazu eine Frage der Beziehungen ist. Es ist auch kein Geheimnis, dass Angehörige der

<sup>77</sup> Sidney Jones äußerte diese Bemerkungen bei einem Seminar über Papua, organisiert vom CSIS (Zentrum für Strategie und internationale Studien) in Jakarta am 17. Februar 2004. Jones hatte Merauke zu Beginn des Monats besucht.

<sup>78</sup> Persönliche Information von Sidney Jones bei gleicher Gelegenheit am 17. Februar 2004 in Jakarta.

- nicht einheimischen Bevölkerung am meisten von den neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren;
- der Trend zur Neuaufteilung ermutigt die Bevölkerung, immer neue, kleinere Einheiten zu fordern, um so an Haushaltsmittel für besondere Projekte und Hilfsprogramme zu kommen;
  - die Schaffung eines fruchtbaren Bodens für wachsende Korruption;
  - die Auswahl des Personals für die neuen Stellen nach falschen Kriterien: Inkompetenz, geheime Absprachen, Korruption und Nepotismus (*KKN*);
  - Zunahme der Durchsetzung persönlicher Ambitionen;
  - eine lokale Bevölkerung, die nicht versteht, was vor sich geht, wohl aber erlebt, dass ihren Bedürfnissen nicht wirklich Rechnung getragen wird, und die zugleich sieht, wie eine ‚neue Elite‘ das zur Verfügung stehende Geld ausgibt.

Die genannten Probleme zeigen sich nicht nur in den neu geschaffenen Bezirken, sondern gelten auch für eine Reihe bestehender. Der Bezirk Jayawijaya war einer der ersten, der von der ‚Papuanisierung‘ profitierte und kann als abschreckendes Beispiel dienen (vgl. Anhang IX).

#### *Das Gesetz zur Sonderautonomie für Papua (Otsus) und die weitere Aufteilung*

Ohne Zweifel bedeutete die Annahme eines Gesetzes zur Sonderautonomie Papuas (*Otsus*)<sup>79</sup> den grundlegendsten Wandel in der Verwaltung während der letzten Jahre. Diese Sonderautonomie wurde Papua teils in Durchführung eines landesweiten Dezentralisierungsprogrammes und teils als Reaktion auf eine lauter werdende Forderung nach Unabhängigkeit angeboten. Diese Autonomie verdient den Zusatz ‚Sonder-‘, denn ihre Grundregeln folgen nicht in allen Einzelheiten den nationalen Grundsätzen der Regionalen Autonomie. Das Gesetz folgte einem Konzept, das von einem Team führender Papua nach den ermutigenden Vorschlägen der Wissenschaftler der Cenderawasih Universität in Jayapura entwickelt wurde. Als Folge dieses intensiven Bemühens spricht das Gesetz die wesentlichen Themen und Probleme an, die die Menschen in Papua bewegen. Nach viel Überzeugungsarbeit und substantiellen Schmälerungen durch die Zentralregierung wurde dieser Entwurf vom nationalen Parlament beschlossen und vom Präsidenten unterzeichnet.

Obzwar ein Teil der Bevölkerung Papuas, der sich für die ‚ungeschmälerter Unabhängigkeit‘ ausgesprochen hatte, das neue Gesetz nicht befürwortete und die Papua-Gemeinschaft in eine *pro-* und *contra-Otsus* Seite spaltete, trat die Sonderautonomie gleichwohl am 1. Januar 2002 in Kraft und wurde zur hauptsächlichen Leit-

<sup>79</sup> Das nationale Gesetz unter der Nummer UU 21/2001. Die Sonderautonomie wird vor Ort ‚*Otsus*‘ (*Otonomi Khusus*) genannt.

linie für die Arbeit der neuen Regierung. Die Befürworter von *Otsus* handelten entsprechend, wenngleich sie immer noch skeptisch waren und eine eher abwartende Haltung einnahmen. In ihrem Innersten hofften sie auf positive Ergebnisse und gingen davon aus, neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität in Papua seien in Reichweite. Die Sonderautonomie versprach reale substanzielle Veränderungen und Verbesserungen. Den Menschen vor Ort eröffnete sie die Möglichkeit zu eigener Verantwortung, zur Erfahrung „über das eigene Land wirklich verfügen zu können“. Mit dieser Perspektive formulierte der Gouverneur seine Sicht elementarer Entwicklungen für die Periode von 2001–2005<sup>80</sup>:

*„Bis zum Jahr 2005 wird es in Papua eine tragfähige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Basis geben, die den Wunsch der Bevölkerung Papuas, ‚Herr im eigenen Land zu sein‘, wirklich erfüllen wird“.*

*Otsus* eröffnet vielerlei Möglichkeiten, und bei konsequenter Anwendung des Gesetzes werden die Einflüsse von Interessengruppen wesentlich beschnitten. Insbesondere das Recht zur Kontrolle über die natürlichen Ressourcen ist von entscheidender Bedeutung. Allerdings hat es sich in den Jahren 2002–2004 heraus gestellt, dass die Umsetzung des *Otsus*‘ in keiner Weise einfach und von bestimmten Voraussetzungen abhängig ist, die beachtet werden müssen:

- informiertes und gut ausgebildetes Personal;
- die Aufstellung eines jährlichen Haushaltsplanes, der die von *Otsus* vorgegebenen Prioritäten berücksichtigt;
- die Umsetzung konkreter Maßnahmen und die reale Verbesserung im Alltagsleben der Menschen;
- die Umsetzung der Prinzipien des *Otsus*‘ in durchführbare und rechtlich bindende Bestimmungen;
- die Einrichtung notwendiger Beschlussgremien, insbesondere des Volksrates der Papua (*Majelis Rakyat Papua, MRP*). Dabei handelt es sich um ein neues, parlamentarisches Gremium, das aus gewählten Vertretern des *Adat*, der Religionsgemeinschaften und von Frauen bestehen soll.

Die eigentliche Verbreitung der Informationen über die Ziele des neuen Gesetzes steht noch aus. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die allgemein vorherrschende Ansicht, *Otsus* sei im wesentlichen eine Frage des Geldes; wenngleich das Gesetz in der Tat eine deutliche Anhebung des Budgets beinhaltet. Der Regierung war es im Jahr 2002 nicht gelungen, die Skepsis der Bevölkerung zu überwinden. Der Haushaltsplan kam den versprochenen Prioritäten zur Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Gesundheitsvorsorge und lokaler Wirtschaft nicht nach<sup>81</sup>. Ebenso wenig ließ die Regierung die versprochene Ernsthaftig-

<sup>80</sup> *Nota pengantar Laporan Keterangan Guberbur Propinsi Papua Tahun Anggaran 2003*, Buch II, S. 16 (Juni 2004).

<sup>81</sup> Zu Details vergleiche den wirtschaftlichen Teil dieser Studie.

keit bei der Umsetzung erkennen. Stattdessen wurden die neu verfügbaren Mittel für Reisen der Beamten, Dienstwagen für Regierung und Parlamentsabgeordnete, teure Baumaßnahmen usw. ausgegeben. Das Geld wurde ohne strenge und effektive Kontrollvorkehrungen freigegeben. Dies öffnete undurchsichtigen Verwendungszwecken Tür und Tor – um es zurückhaltend zu formulieren. Darüber hinaus verzögerte sich die Einsetzung des neuen Volksrates der Papua (MRP), auf dem so große Erwartungen ruhen, weil die damalige Präsidentin ihre Zustimmung verweigerte<sup>82</sup>. Bei den Menschen wuchs das Gefühl, ein weiteres Mal betrogen worden zu sein<sup>83</sup>.

Dies Empfinden verstärkte sich zu Beginn des Jahres 2003, als der Präsidentenerlass Nr. 1/2003<sup>84</sup> herauskam und Papua in drei Provinzen aufgeteilt werden sollte: *West-Irian-Jaya*, *Mittel-Irian-Jaya* und *Papua*. Das war für alle ein unerwarteter Schock. Die Frage einer möglichen Teilung der Provinz wurde vom Gesetz zur Sonderautonomie Papuas Nr. 21/2001 bereits ausreichend behandelt und legte Prozeduren dafür fest. Der Erlass von *Inpres Nr. 1/2003* in Verbindung mit der faktischen Errichtung einer neuen Provinz im Westen Papuas durch den Gouverneurskandidaten Bram Atururi warf grundlegende Fragen auf.

Von Beginn an waren scharfe Proteste gegen die Errichtung einer neuen Provinz im Westen Papuas laut geworden. Einige Regierungsvertreter – unterstützt von glaubwürdigen und kompetenten Fachleuten<sup>85</sup> – stellten fest, dass *Inpres Nr. 1/2003* keine gesetzliche Grundlage aufweise und zurück genommen sowie eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden müsse<sup>86</sup>. Sogar innerhalb des Kabinetts gab es

82 Während eines Treffens mit Kirchenführern in Sentani (Papua) am 25. August 2004 antwortete die Präsidentin auf die Frage nach dem Termin der Ratifizierung des MRP: „*Man sollte die Dinge nicht übereilen.*“ Vielleicht hatte sie vergessen, dass ihr der Entwurf im August 2002 zur Unterschrift vorgelegt worden war, also zwei Jahre zuvor!

83 Dieses Gefühl war weit verbreitet, als *Otsus* beschlossen worden war. Ein Teil der Leute war überzeugt, dass man wieder getäuscht würde, nachdem sie schon im Jahr 1969 mit dem Plebiszit betrogen worden waren.

84 Genannt *Inpres Nr. 1/2003*, erlassen am 27. Januar 2003.

85 *The Jakarta Post.com*, vom 29. Juli 2004; in seiner Erklärung vor dem Verfassungsgericht sagte Prof. Harun Alrasyid von der Universität von Indonesien: „*Die Teilung Papuas, wie sie im Gesetz Nr. 45/1999 festgestellt wurde, ist mit dem Gesetz Nr. 21/2002 außer Kraft gesetzt worden. Das folgert aus dem Prinzip, dass eine neues Gesetz ein älteres ersetzt.*“. Er fügte hinzu, die Teilung Papuas entspreche auch nicht dem Gesetz Nr. 22/1999 zur regionalen Autonomie. Dort werde die Bildung einer neuen Provinz von der Zustimmung der Bevölkerung der Mutterprovinz abhängig gemacht. Ein anderer Verfassungsexperte, Sri Soemantri, sagte in einer schriftlichen Stellungnahme für dasselbe Gericht, das Gesetz Nr. 45/1999 widerspreche Artikel 18b der Verfassung, der bestimmt, der Staat solle besondere, durch Gesetz eingerichtete Regionen respektieren.

86 Das nationale Verfassungsgericht hat eine Anfrage des Vorsitzenden des Provinzparlamentes von Papua angenommen, *Inpres Nr. 1/2003* zu überprüfen. Der Urteilsspruch war

Stimmen, die den Erlass von *Inpres Nr. 1/2003* in Frage stellten. Gleichwohl nahm alles den vorgezeichneten Weg. Inzwischen ist die Bildung einer neuen Provinz seit fast zwei Jahren im Gange und wird offensichtlich von einflussreichen Persönlichkeiten der Zentralregierung unterstützt<sup>87</sup>. Es ist bittere Realität, dass mit Ausnahme der gerichtlichen Überprüfung alle Proteste unbeachtet blieben.

Als ob die Bildung von *West-Irian-Jaya* nicht genug Unruhe geschaffen hätte, wurde ein ähnliches Vorgehen im August 2003 in Timika für eine neue Provinz *Mittel-Irian-Jaya* in Gang gesetzt. Die Vorgehensweise unterschied sich wenig von der vorhergehenden. *Inpres Nr. 1/2003* galt als ausreichende Legitimierung, wenngleich die Vorbereitungen hinter den Kulissen stattfanden. Die Unterstützung von Mitgliedern des Bezirksparlamentes (*DPR-D*) wurde gesucht, indem man sie privat aufsuchte und ihnen ein entsprechendes Statement zur Unterschrift vorlegte. Obwohl die Bevölkerung deutlich machte, dass sie mit der Einrichtung dieser neuen Provinz nicht einverstanden ist, bestand der Vorsitzende des Bezirksparlaments von Mimika, Andreas Anggaibak, darauf, diese Provinz zu proklamieren. Die Mehrzahl der Mitglieder des Bezirksparlaments wurde nachdenklich und wollte ihre Unterstützung verdeckt halten. Ebenso enthielten sich der Bezirkschef (*Bupati*) und andere Mitglieder der Regierungselite jeder Stellungnahme und ließen den Dingen einfach ihren Lauf.

Die Umstände bei all diesen Versuchen zur Aufteilung der Provinz hatten eine Reihe von Auswirkungen, die das soziale Klima in Papua in Gegenwart und Zukunft stark bestimmen:

- der **Vertrauensverlust der Bürger auf allen Ebenen der Regierung:** Bezirk (*Kabupaten*), Provinz (*Jayapura*) und Zentrum (*Jakarta*). Einmal mehr fühlt sich ein großer Teil der Bevölkerung übergangen, ja sogar getäuscht, weil das Gesetz zur Sonderautonomie missachtet und verletzt wurde. Es ist auch deutlich, dass die Zentralregierung sich nicht scheut, einander widersprechende Richtlinien herauszugeben;
- die **Umsetzung der Sonderautonomie stockte** infolge der Politik der Zentralregierung. Indem sie *Inpres Nr. 1/2003* erließ, verletzte sie selbst das Gesetz Nr. 21/2002 (*Otsus*);

zwiespältig: Einerseits verstößt *Inpres Nr. 1/2003* gegen geltendes Recht, andererseits könne an der neuen Provinz faktisch nichts mehr geändert werden; vgl. die Hinweise bei Willy Mandowens Beitrag und weiterführende Angaben in dortiger Fußnote 22.

<sup>87</sup> Diese Unterstützung kam sehr deutlich zum Ausdruck, als Bram Atururi offiziell als vorläufiger Gouverneur der Provinz West Irian Jaya nominiert wurde. Das geschah in den Räumen des Innenministerium in Jakarta am 14. November 2003 – eine Nominierung (durch *Keppres 213/M2003*), die vom obersten nationalen Verwaltungsgericht (PTUN) am 14. Juni 2004 für ungesetzlich erklärt wurde.

- die **Konkurrenz innerhalb der Elite Papuas**, die unterschiedliche Ziele verfolgt und oft von persönlichen Ambitionen bestimmt ist (siehe Text im Kasten). Die Solidarität der Führer in Papua ist nicht mehr erkennbar, und die Menschen haben das Gefühl, keine einheitliche Führung zu haben;
- die **Lähmung der Provinzregierung** und damit auch aller mit ihr verbundener Institutionen. Es wirkt wie ein Rückfall in den Zentralismus der Suharto-Zeit, denn in letzter Zeit sagen die Beamten auf Provinzebene in Papua allzu oft: „Wir warten auf eine Entscheidung aus Jakarta“, während die Leute der Meinung sind, ihre ‚Hirten‘ hätten sie verlassen;
- die **Spaltung der Gemeinschaften**. Jede Fraktion sammelt eigene Anhänger und spaltet damit die Gesellschaft. Man ködert die Menschen mit dem Argument: „*Demnächst wird es viel Geld geben. Derzeit wird alles in Jayapura verpulvert*“. Diese Entwicklung gründet nicht auf konstruktiven Diskussionen oder auf genauer, kritischer Information, sondern schürt die Emotionen und nutzt die Enttäuschungen der leicht zu beeinflussenden Menschen. In Timika hat das einen horizontalen Konflikt verursacht und zu vielen Opfern geführt.

Verschiedene Leute, die sich für die Errichtung der Provinz Mittel-Irian-Jaya einsetzten, ließen erkennen, dass es ihnen um ihre eigenen Interessen ging. Eine Interessengruppe wird von einem Papua, einem ehemaligen hohen Marineoffizier in Biak, angeführt, der Biak als zukünftige Hauptstadt fordert; eine andere Gruppe meldet sich aus Nabire und möchte Nabire als zukünftige Hauptstadt sehen. Ein früherer stellvertretender Gouverneur führt sie an, der ehemals auch Botschafter in Papua Neuguinea war. Und in Timika fährt der Vorsitzende des Bezirksparlamentes in seinem Bemühen fort, Timika zur Hauptstadt der neuen Provinz zu machen.

[tvdb]

Die verwirrende Aufteilung Papuas in mehrere Provinzen hatte einen außerordentlich negativen Einfluss auf das Leben in Papua während der vergangenen zwei Jahre. Er zerstörte mehr, als dass er aufbaute. Der Bischof von Jayapura übertreibt nicht mit seiner Feststellung: „*Die Gesellschaft geht in dieser chaotischen Demokratie unter*“, während der Führung in Papua angesichts der Politik der Zentralregierung mehrfach schwindelt<sup>88</sup>.

88 Ansprache von Mgr. Leo L. Laba Ladar OFM, Bischof der Diözese von Jayapura am 23. November 2003 in Würdigung der drei Führungsjahre von J.P. Solossa M.Si und Veterinär Constan Karma als Gouverneur und Vizegouverneur und zugleich in Würdigung der zwei Jahre Sonderautonomie für die Provinz Papua.

*Die Politik der Papua-Orientierung, Aufteilung und Dezentralisierung*

Einige der erwähnten wichtigen Veränderungen ergeben sich aus einem normalen Entwicklungsprozess, der aus dem Zustand einer relativen Isolierung in eine größere, globalisierte Welt führt. In diesem Prozess verändern sich wichtige Grundbedingungen: Werte, die Rolle der Gemeinschaft und ihre Strukturen. Maßnahmen der Regierung beschleunigten diesen Prozess zusätzlich. Die wichtigsten sind: 1) die Orientierung auf einheimische Mitarbeiter („Papuanisierung“), 2) die Neuaufteilung von Verwaltungseinheiten, 3) die Dezentralisierung (örtliche und regionale Autonomie).

Es ist klar, welche Vision dahinter steht, wenn bevorzugt einheimische Mitarbeiter eingestellt werden sollen. Über eine lange Zeit war die indigene Gesellschaft in der Verwaltung praktisch nicht präsent. Eine Tatsache, die oft genug zu Unzufriedenheit führte und das Gefühl verstärkte, von einer Kolonialmacht besetzt zu sein. Die einheimische Bevölkerung Papuas empfand, ihres Landes – einschließlich der Bodenschätze – beraubt und der Möglichkeit entthoben zu sein, über die eigenen Angelegenheiten mit zu entscheiden. Dieses Gefühl wurde oft im Schlagwort zum Ausdruck gebracht, Indonesien sehe Papua als „*anak mas*“ (wörtlich: Goldkind) an, sei aber mehr am „*mas*“ (Gold) interessiert als am „*anak*“ (Kind).

Auf starken und fortwährenden Druck hin versuchte die Regierung während der letzten Jahre, diesem Eindruck entgegen zu wirken. Angehörige indigener Gemeinschaften wurden in hohe Stellungen berufen und mit Verantwortung ausgestattet. Soll diese Politik erfolgreich sein, ist es allerdings entscheidend, dass entsprechend gut ausgebildete Leute zur Verfügung stehen. Es ist jedoch allgemein bekannt, dass just hier immer noch große Schwierigkeiten liegen. Teilweise gibt es in Papua noch keine Möglichkeit, Leute für hohe Posten heran zu bilden, teilweise ist die Konkurrenz der Migranten sehr groß. Gleichwohl hat sich eine Menge verändert und, wie erwähnt, 26 von 30 Bezirkschefs sind Papua. Ebenso sind viele andere Stellen formal von Papua besetzt, obwohl Beispiele wie der Fall Jayawijaya (Anhang IX) den Erfolg der Papuanisierung in Frage stellen.

Kritiker stellen mitunter die Frage: „*Lässt man Papua, die sich als unfähig erwiesen haben, absichtlich in ihren Stellungen, um so das Vorurteil belegen zu können, Papuas seien nicht fähig, Verantwortung zu tragen?*“ Eine recht unverblühte Frage, aber sie ist nicht unbegründet. Zu Beginn der Papua-Orientierung wurde für Merauke, Manokwari und Jayapura je ein Assistent des Gouverneurs benannt. Es stellte sich heraus, dass unter den Kandidaten einige von ihnen nicht in der Lage waren, den Anforderungen des Amtes gerecht zu werden und die Aufgaben zu erfüllen. Außerdem schien ihr Dienst im wesentlichen repräsentativer Natur zu sein. Dies ließ kein ernsthaftes Bemühen erkennen, Papuas in die Verantwortung für Maßnahmen auf Papua einzubeziehen. Ähnliches lässt sich mit Blick auf eine Anzahl der

*Bupatis* sagen, die in den vergangenen Jahren offiziell eingeführt wurden<sup>89</sup>. Dahinter verbirgt sich nicht immer nur die offizielle Politik sondern oft genug auch lokaler Machtpoker, gemischt mit Gelderwartungen (vgl. nachfolgenden Kasten). Letztlich ist die örtliche Bevölkerung das eigentliche Opfer, und es überrascht nicht, wenn einfache Bürger sich beschweren, ihre eigenen Leute würden, sobald sie an der Macht sind, ‚die Menschen vergessen‘. Eine Veränderung beim Personal bewirkt nicht notwendig eine Veränderung in der Kultur der Bürokratie.

Die Aufteilung der Verwaltungseinheiten wird offiziell mit der Notwendigkeit begründet, „*die Verwaltung näher an die Menschen heran zu bringen, um sie dadurch effektiver zu machen*“. Das klingt politisch korrekt, gerade in einem weitläufigen Gebiet wie Papua, wo Verkehrsverbindungen immer noch Probleme bereiten. Große Teile im Innern des Landes sind nur mit dem Flugzeug oder zu Fuß zu erreichen. Die Frage, wie diese Absicht umsetzbar ist, sollte also weiter diskutiert werden. Leider gibt es keine aufschlussreichen Erhebungen, ähnlich den fehlenden Programm-Machbarkeitsstudien.

Manchmal bekommt ein aufmerksamer Beobachter den Eindruck, dass die wichtigen Amtsträger der Regierung (Gouverneur, Bupati und andere) einfach nur Marionetten sind, die Geschäftsleute und andere Personen mit wirtschaftlichen Interessen steuern. Bis zu ihrer Wahl werden sie von einer bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppe gefördert, damit sie an die Spitze gelangen. Sind sie in ihr Amt eingeführt, stehen sie in der Pflicht und müssen zurück zahlen, indem sie z.B. Regierungsprojekte bewilligen. Wer Gouverneur, Bupati usw. werden will, braucht viel Geld, um die Entscheidungsträger für sich zu gewinnen.

[tvdb]

Auch die Aufteilung der Provinz in zwei oder mehr Provinzen wirft die Frage auf: Dient sie anderen Zwecken? Nachdem die Delegation der 100 Papua-Führer im Jahr 1999 dem damaligen Präsidenten Habibie<sup>90</sup> schlichtweg die Forderung nach Unabhängigkeit vorgetragen hatte, kam die Teilung der Provinz auf die Tagesordnung<sup>91</sup>. Der Vorschlag sollte die Wünsche nach Unabhängigkeit durchkreuzen, die unter der indigenen Bevölkerung laut geworden waren. Der Plan war also von Anfang an politisch aufgeladen, und der Verdacht auf einen geheimen Plan wurde im September 1999 noch deutlicher, als zwei neue Gouverneure in aller Heimlichkeit in Jakarta in

89 Mehr Informationen in SKP, *Memoria Passionis in Papua. op.cit.*

90 Treffen am 26. Februar 1999 zwischen der „Delegation der 100“ und Präsident Habibie.

91 Energisch vorangetrieben vom Mitglied des *Dewan Pertimbangan Agung* (DPA – Beratergremium des Präsidenten), Herrn Baramuli.



ihr Amt eingeführt wurden<sup>92</sup>. Als die beiden nach Papua zurück kehrten, begegnete ihnen wütender Protest. Daraufhin wurde die ganze Sache auf Eis gelegt. Die zukünftige Teilung der Provinz wurde ausdrücklich ein zu regulierender Bestandteil des späteren Gesetzes zur Sonderautonomie für Papua.

Die kritische Frage, inwieweit die Teilung der Provinz einem heimlichen politischen Fahrplan folgte, brach erneut auf, als der Präsidentenerlass *Inpres Nr. 1/2003* heraus kam, der eindeutig gegen das bereits seit einem Jahr gültige *Otsus*-Gesetz verstieß. Besonders im Fall von Timika drängte sich die Frage auf: Wer stützte den Vorsitzenden des Parlaments und warum? Er fühlte sich offensichtlich stark genug und wagte es, der Opposition der Bevölkerung die Stirn zu bieten. Die gleiche Frage stellte sich, als Bram Atuturi, der ‚Gouverneur‘ von West-Irian-Jaya, seine Aktivitäten in Manokwari begann!

Die Antwort ist nicht ganz einfach, wengleich es deutliche Hinweise gibt, dass in beiden Fällen der Nationale Geheimdienst (BIN) eine wichtige Rolle gespielt hat<sup>93</sup>. Warum ist der Geheimdienst daran interessiert, die Provinz aufgeteilt zu sehen? Die Antwort lässt sich nur vermuten. Sicher ist aber, dass die Teilung zu internen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft Papuas führt. Nicht nur das Land wird aufgespalten, sondern auch die Bevölkerung. Die Vorfälle in Timika unterstreichen diese Sicht in dramatischer Weise. Das Drängen auf die Einrichtung einer neuen Provinz führte zu einem horizontalen Konflikt. Welche Absicht stand hinter den nächtlichen Angriffen auf die Fahrer der Motorradtaxis? Sollte der horizontale Konflikt ausgelöst werden, da die meisten Fahrer der Motorradtaxis Migranten sind? Wer war für diese Bluttaten verantwortlich? Solche Fragen bewegten die Beobachter. Erst nach Monaten des Protestes legte die Zentralregierung das Teilungsprogramm bis nach den Präsidentenwahlen im September 2004 auf Eis<sup>94</sup>.

Es scheint, dass die erneute Überlegung zur Teilung der Provinz den Zusammenhalt der Papuas untereinander aufbrechen und ihren Wunsch nach Unabhängigkeit schwächen sollte. Ein anderes Resultat bestand im Stillstand bei der Umsetzung von *Otsus*. Es scheint, dass *Otsus* den regionalen Behörden zu viel Einflussmöglichkeit bei der Verwendung der Bodenschätze einräumt. Einige Stimmen in der Zentralregierung wollen das Gesetz grundlegend ändern; einschließlich der Rolle des Volksrates der Papua (*MRP*), die Vertretung der indigenen Gesellschaft Papuas. Dies führt zur Frage: Wer sonst noch könnte Interesse daran haben, eine effektive Umsetzung von *Otsus* zu hintertreiben<sup>95</sup>?

92 Herman Monim und Abraham Atuturi wuden in Jakarta am 11. Oktober 1999 nominiert.

93 Als Atuturi in Manokwari begann (Januar 2003), brachte er ein Beglaubigungsschreiben mit der Unterschrift von Hendropriyono, dem Chef des BIN, mit.

94 Der Aufschub weiterer Teilungen wurde durch einen Erlass des Innenministers Hari Sabarno am 8. März 2004 angeordnet, aber erst nach Juni 2004 durch den Gouverneur verkündet.

95 Eine weitere Teilantwort enthält der Artikel von Agus Sumule.

Abgesehen von solchen Fragen ist Dezentralisierung in einer Republik wie Indonesien durchaus sinnvoll, wo die einzelnen Teile geographisch derart weit auseinander liegen, und die Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilen so unterschiedlich sind<sup>96</sup>. Nach einer langen Periode extrem zentralistischer Politik unter Suharto wurde die Notwendigkeit und Forderung nach einer Dezentralisierung landesweit als wichtig erachtet. Die Dezentralisierung war Teil des Reformprogramms, das nach Suhartos erzwungenem Rücktritt beginnen konnte. Dezentralisierung bezog sich nicht nur auf die Ebene der Provinzen sondern entsprechend auf Bezirke und Landkreise. Dies erfordert eine große Anpassungsleistung und eine Vielzahl von Mitarbeitern vor Ort, die fähig und willig sind, den neuen Ansatz umzusetzen sowie die ihnen zugesprochene, neue Kompetenz verantwortungsvoll auszuüben. Wie erwähnt, geschah das nicht immer zufriedenstellend.

Formal ist die Partizipation der indigenen Bevölkerung an der politischen Entscheidungsfindung besser als je zuvor. Viele hohe Posten in der Verwaltung wurden an Papuas vergeben. Die konsequente Durchführung des Autonomiegesetzes würde die Partizipation an der Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene zusätzlich öffnen. Die Zahl der von Einheimischen gehaltenen Sitze in lokalen Parlamenten hat sich im Vergleich der Wahlen von 1999 und 2004 beträchtlich erhöht. Der Anteil der Papuas an den Parlamentssitzen in der Provinz und in den Bezirken stieg von 47 auf 65 Prozent<sup>97</sup> aller verfügbaren Sitze an; wengleich dies zum größten Teil an der erhöhten Anzahl der Parlamentssitze in den Inlandsbezirken liegt. In den Küstengebieten und den städtischen Zentren ist das viel weniger der Fall. In den wichtigen Machtzentren wird das Parlament immer noch von Leuten dominiert, die ursprünglich von außerhalb Papuas kommen. Deswegen wird die seit langem geforderte, gesetzliche Bestätigung des Volksrates der Papua (*MRP*) ein weiterer wichtiger Schritt sein, dem Entstehen einer örtlichen Führerschaft Raum zu verschaffen; allerdings unter der Bedingung, dass sie gegenüber der Verführung durch korrupte Strukturen standhält.

### **III. Öffentliche Dienstleistungen auf Papua: Ausbildung**

Hinsichtlich der öffentlichen Dienste werden zwei Felder mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt: Ausbildung und Gesundheitsversorgung als wesentliche Interessensbereiche der Gemeinschaft. Beiden Bereichen ordnet das Gesetz zur Sonderautonomie eine hohe Priorität ein, insbesondere in Bezug auf die Verwendung des ver-

<sup>96</sup> Die indonesische Republik besteht aus 13.677 Inseln (6.000 von ihnen sind bewohnt) und erstreckt sich von West nach Ost über eine Entfernung von 5.150 km (3.200 Meilen).

<sup>97</sup> Informationen vom Ausschuss für Allgemeine Wahlen (*KPU*) in Jayapura.

fügbaren Budgets<sup>98</sup>: Mindestens 30 Prozent aller Einkommen von bestimmten Bodenschätzen (v.a. Erdöl und Erdgas) sollen für Ausbildung verwendet werden. Mindestens 15 Prozent derselben Einkommensquellen sind für das Gesundheitswesen und Ernährung auszugeben. Da die Probleme in all diesen Feldern ähnlich sind, erfolgt die Analyse in den gleichen Schritten.

### *Pflichten, Recht und wesentliche Bedürfnisse*

In Kapitel XVI stellt Art. 56.1 des *Otsus*<sup>98</sup> fest: „die Regierung ist für die Organisation des Unterrichtswesens auf allen Stufen und in allen Bereichen in der Provinz Papua verantwortlich“. Außerdem: „alle Bewohner der Provinz Papua haben das Recht auf qualifizierten Unterricht (...) bis und einschließlich der Sekundarstufe zu einem Minimum an – finanziellen – Kosten für die Gemeinschaft“ (Art. 56,3)<sup>99</sup>.

Die Regierung ist sich ihrer Pflicht und der entscheidenden Rolle des Unterrichtswesens beim Aufbau der Provinz bewusst. Diese Rolle wird meistens in der Diskussion über die ‚Verfügbarkeit‘ von qualifizierten Leuten hervorgehoben, die für die Bewältigung der Aufgaben in Papua notwendig sind. Insbesondere in Bezug auf die Papua-Orientierung war geeigneter Unterricht und angemessener Zugang zum Unterricht jahrelang ein zentrales Thema. Hochwertige und qualifizierte Ausbildung ist ein Muss, soll die Partizipation der Papua-Gemeinschaft bei der Entwicklung Papuas wirklich zum Tragen kommen. In seiner Ansprache an das Parlament<sup>100</sup> betonte der Gouverneur einige Elemente, auf die er besondere Sorgfalt legen wollte: 1) die Vielfalt Papuas erfordere Anpassungen beim Lehrmaterial durch die Einbeziehung ‚örtlicher Materialien‘; 2) die Anstellung qualifizierter Lehrer; 3) ein angepasstes Unterrichtssystem, das a) ein auf Internaten fußendes Ausbildungssystem entwickelt; b) die Unterrichtskosten (Schulgebühren) mindert; und c) die privaten Stiftungen in der Ausbildung stärkt.

Vergleichen wir die Zahlen von 1985/86<sup>101</sup> mit 2002/03<sup>102</sup>, bekommen wir einen Einblick in die Entwicklungen über einen Zeitraum von ungefähr zwei Dekaden (siehe die folgenden Tabellen 4 bis 8). Quantitativ gibt es eine Zunahme bei den Schuleinrichtungen, die über die gesamte Provinz verfügbar sind. Dies könnte ein realer Fortschritt sein. Dasselbe kann zur Zunahme bei Schülern und Lehrern gesagt

<sup>98</sup> Gesetz Nr. 21/2001, Ch. IX, Art. 36.2

<sup>99</sup> Dieselben Rechte und Pflichten stehen in der indonesischen Verfassung in Art. 28 C (1), Art. 31 (1) und Art. 31 (2).

<sup>100</sup>*Nota pengantar LKPJ Gubernur Tahun 2003*, Juni 2004, S. 18.

<sup>101</sup>Regional Office of the Department for Education and Culture, *Jayapura, 1985-1986: und Irian Jaya dalam Angka (Irian Jaya in Zahlen) 1985*, S. 83-95.

<sup>102</sup>*Papua in Figures 2002*, S. 140-158.

Abgesehen von solchen Fragen ist Dezentralisierung in einer Republik wie Indonesien durchaus sinnvoll, wo die einzelnen Teile geographisch derart weit auseinander liegen, und die Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilen so unterschiedlich sind<sup>96</sup>. Nach einer langen Periode extrem zentralistischer Politik unter Suharto wurde die Notwendigkeit und Forderung nach einer Dezentralisierung landesweit als wichtig erachtet. Die Dezentralisierung war Teil des Reformprogramms, das nach Suhartos erzwungenem Rücktritt beginnen konnte. Dezentralisierung bezog sich nicht nur auf die Ebene der Provinzen sondern entsprechend auf Bezirke und Landkreise. Dies erfordert eine große Anpassungsleistung und eine Vielzahl von Mitarbeitern vor Ort, die fähig und willig sind, den neuen Ansatz umzusetzen sowie die ihnen zugesprochene, neue Kompetenz verantwortungsvoll auszuüben. Wie erwähnt, geschah das nicht immer zufriedenstellend.

Formal ist die Partizipation der indigenen Bevölkerung an der politischen Entscheidungsfindung besser als je zuvor. Viele hohe Posten in der Verwaltung wurden an Papuas vergeben. Die konsequente Durchführung des Autonomiegesetzes würde die Partizipation an der Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene zusätzlich öffnen. Die Zahl der von Einheimischen gehaltenen Sitze in lokalen Parlamenten hat sich im Vergleich der Wahlen von 1999 und 2004 beträchtlich erhöht. Der Anteil der Papuas an den Parlamentssitzen in der Provinz und in den Bezirken stieg von 47 auf 65 Prozent<sup>97</sup> aller verfügbaren Sitze an; wenngleich dies zum größten Teil an der erhöhten Anzahl der Parlamentssitze in den Inlandsbezirken liegt. In den Küstengebieten und den städtischen Zentren ist das viel weniger der Fall. In den wichtigen Machtzentren wird das Parlament immer noch von Leuten dominiert, die ursprünglich von außerhalb Papuas kommen. Deswegen wird die seit langem geforderte, gesetzliche Bestätigung des Volksrates der Papua (*MRP*) ein weiterer wichtiger Schritt sein, dem Entstehen einer örtlichen Führerschaft Raum zu verschaffen; allerdings unter der Bedingung, dass sie gegenüber der Verführung durch korrupte Strukturen standhält.

### III. Öffentliche Dienstleistungen auf Papua: Ausbildung

Hinsichtlich der öffentlichen Dienste werden zwei Felder mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt: Ausbildung und Gesundheitsversorgung als wesentliche Interessensbereiche der Gemeinschaft. Beiden Bereichen ordnet das Gesetz zur Sonderautonomie eine hohe Priorität ein, insbesondere in Bezug auf die Verwendung des ver-

96 Die indonesische Republik besteht aus 13.677 Inseln (6.000 von ihnen sind bewohnt) und erstreckt sich von West nach Ost über eine Entfernung von 5.150 km (3.200 Meilen).

97 Informationen vom Ausschuss für Allgemeine Wahlen (*KPU*) in Jayapura.

fügbaren Budgets<sup>98</sup>: Mindestens 30 Prozent aller Einkommen von bestimmten Bodenschätzen (v.a. Erdöl und Erdgas) sollen für Ausbildung verwendet werden. Mindestens 15 Prozent derselben Einkommensquellen sind für das Gesundheitswesen und Ernährung auszugeben. Da die Probleme in all diesen Feldern ähnlich sind, erfolgt die Analyse in den gleichen Schritten.

### *Pflichten, Recht und wesentliche Bedürfnisse*

In Kapitel XVI stellt Art. 56.1 des *Otsus* fest: „*die Regierung ist für die Organisation des Unterrichtswesens auf allen Stufen und in allen Bereichen in der Provinz Papua verantwortlich*“. Außerdem: „*alle Bewohner der Provinz Papua haben das Recht auf qualifizierten Unterricht (...) bis und einschließlich der Sekundarstufe zu einem Minimum an – finanziellen – Kosten für die Gemeinschaft*“ (Art. 56,3)<sup>99</sup>.

Die Regierung ist sich ihrer Pflicht und der entscheidenden Rolle des Unterrichtswesens beim Aufbau der Provinz bewusst. Diese Rolle wird meistens in der Diskussion über die ‚Verfügbarkeit‘ von qualifizierten Leuten hervorgehoben, die für die Bewältigung der Aufgaben in Papua notwendig sind. Insbesondere in Bezug auf die Papua-Orientierung war geeigneter Unterricht und angemessener Zugang zum Unterricht jahrelang ein zentrales Thema. Hochwertige und qualifizierte Ausbildung ist ein Muss, soll die Partizipation der Papua-Gemeinschaft bei der Entwicklung Papuas wirklich zum Tragen kommen. In seiner Ansprache an das Parlament<sup>100</sup> betonte der Gouverneur einige Elemente, auf die er besondere Sorgfalt legen wollte: 1) die Vielfalt Papuas erfordere Anpassungen beim Lehrmaterial durch die Einbeziehung ‚örtlicher Materialien‘; 2) die Anstellung qualifizierter Lehrer; 3) ein angepasstes Unterrichtssystem, das a) ein auf Internaten fußendes Ausbildungssystem entwickelt; b) die Unterrichtskosten (Schulgebühren) mindert; und c) die privaten Stiftungen in der Ausbildung stärkt.

Vergleichen wir die Zahlen von 1985/86<sup>101</sup> mit 2002/03<sup>102</sup>, bekommen wir einen Einblick in die Entwicklungen über einen Zeitraum von ungefähr zwei Dekaden (siehe die folgenden Tabellen 4 bis 8). Quantitativ gibt es eine Zunahme bei den Schuleinrichtungen, die über die gesamte Provinz verfügbar sind. Dies könnte ein realer Fortschritt sein. Dasselbe kann zur Zunahme bei Schülern und Lehrern gesagt

<sup>98</sup> Gesetz Nr. 21/2001, Ch. IX, Art. 36.2

<sup>99</sup> Dieselben Rechte und Pflichten stehen in der indonesischen Verfassung in Art. 28 C (1), Art. 31 (1) und Art. 31 (2).

<sup>100</sup> *Nota pengantar LKPJ Gubernur Tahun 2003*, Juni 2004, S. 18.

<sup>101</sup> Regional Office of the Department for Education and Culture, *Jayapura, 1985-1986*; und *Irian Jaya dalam Angka* (Irian Jaya in Zahlen) 1985, S. 83-95.

<sup>102</sup> *Papua in Figures 2002*, S. 140-158.

werden. Gleichwohl rechtfertigen die Zahlen eine solche Schlussfolgerung nur, wenn diese Zunahme den ebenfalls gesteigerten tatsächlichen Bedarf deutlich überschreiten würde, da das Wachstum der Bevölkerung und der erhöhte Anspruch der Eltern an die Bildung ihrer Kinder zu berücksichtigen sind. Verglichen mit einem Bevölkerungswachstum von 60 Prozent über dieselbe Zeitspanne beläuft sich die Zunahme der Einrichtungen bei Grundschulen auf 27,6 Prozent und auf 120 Prozent bei weiterführenden Schulen (Mittel- und Oberschule [d.h. vergleichbar Realschule und Gymnasium]; Junior und Senior High School; J&SHS). Die Zahl der Schülern stieg bei Grundschulen auf 68 Prozent und auf 135 Prozent bei weiterführenden Schulen. Für Lehrer lauten die Zahlen 118 und 84 Prozent (J&SHS).

**Tabelle 4 – Grundschulen auf Papua 1985 und 2003**

<i>Bezirk</i>	<i>Schulen</i>		<i>Schüler</i>		<i>Schüler pro Schule</i>	
	<b>1985/6</b>	<b>2002/3</b>	<b>1985/86</b>	<b>2002/3</b>	<b>1985/86</b>	<b>2002/3</b>
Jayapura	204	286	33.937	56.686	166	198
<i>Jayapura Bezirk</i>		204		28.431		139
<i>Jayapura Stadt</i>		82		28.255		345
Biak Numfor	154	182	17.261	28.919	112	159
Yapen Waropen	123	151	11.711	19.105	95	127
Manokwari	148	229	18.337	32.512	124	142
Sorong	248	308	31.684	47.690	128	155
Fakfak	148	200	13.883	29.284	94	146
<i>Fak-fak</i>		141		16.802		119
<i>Mimika</i>		59		12.482		216
Merauke	299	445	36.735	65.125	123	146
Jayawijaya	300	311	29.379	51.765	98	166
Paniai	262	295	28.827	42.250	110	143
<i>Paniai</i>		97		14.895		154
<i>Puncak Jaya</i>		77		6.849		81
<i>Nabire</i>		121		20.506		170
<b>Gesamt Papua</b>	<b>1.886</b>	<b>2.407</b>	<b>221.754</b>	<b>373.336</b>	<b>118</b>	<b>155</b>

- die Anzahl der Schulen beinhaltet öffentliche und private Schulen;
- die Anzahl der Schüler in der Grundschulausbildung betrug 1985/86 221.754; 65.621 davon in Jayapura and Sorong (=29.5%); die Anzahl der Schüler 2002/3 betrug 373.336; davon 104.376 in Jayapura and Sorong (=28%);
- Jayapura and Sorong (städtische Bezirke) machen 1985 zusammen 25,7% der Bevölkerung aus; 2002 sind es 28,8%;
- die Anzahl der Schüler in der Grundschulausbildung betrug 1985/86 221.754; 58.206 davon in Jayawijaya and Paniai (=26.2%); die Anzahl der Schüler 2002/3 betrug 373.336; davon 94.015 in Jayawijaya and Paniai (=25%);

- Jayawijaya and Paniai (ländliche Bezirke) machen 1985 zusammen 37,1% der Bevölkerung aus; 2002 sind es 31,6 %.

Will man feststellen, ob eine effektive Verbesserung erzielt wurde, ist es notwendig, nicht allein die Anzahl der Schulen zu erfahren, sondern ebenso die Anzahl der Klassenzimmer sowie den Zustand der Einrichtungen. Es darf als sicher gelten, dass die Zunahme bei den Einrichtungen, Schülern und Lehrern schlicht die Konsolidierung anzeigt, um mit den Anforderungen der Bevölkerung Schritt zu halten. Es gibt keine überzeugenden Indizien, dass die Ausbildung als solche sich verbessert hätte. Im Vergleich zu den Notwendigkeiten ist sie sogar eher als „rudimentäre Bereitstellung“ zu kennzeichnen.

**Tabelle 5 – Mittel- und Oberschulen auf Papua 1985 und 2003**

<i>Bezirk</i>	<i>Schulen</i>		<i>Schüler</i>		<i>Schüler per Schule</i>	
	1985/86	2002/3	1985/86	2002/3	1985/86	2002/3
Jayapura	49	108	14.096	28.850	288	267
<i>Jayap. Bezirk</i>		59		11.195		190
<i>Jayapura Stadt</i>		49		17.655		360
Biak Numfor	19	37	5.054	9.960	266	269
Yapen Waropen	12	25	2.487	7.311	207	292
Manokwari	25	44	4.969	12.213	199	277
Sorong	33	70	8.789	20.331	266	290
Fakfak	20	36	3.139	10.477	160	291
<i>Fak-fak</i>		24		6.631		276
<i>Mimika</i>		12		3.846		321
Merauke	31	72	5.670	15.729	183	218
Jayawijaya	22	40	4.466	10.233	203	256
Paniai	24	48	4.891	11.330	204	236
<i>Paniai</i>		11		2.373		216
<i>Puncak Jaya</i>		6		983		164
<i>Nabire</i>		31		7.974		257
<b>Gesamt Papua</b>	<b>235</b>	<b>477</b>	<b>53.615</b>	<b>126.434</b>	<b>228</b>	<b>265</b>

- die Anzahl der Schulen enthält öffentliche und private Schulen;
- die Anzahl der Schüler in Mittel- und Oberschulen betrug 1985/86 53.615; 22.885 davon in Jayapura and Sorong (=42,7%); 2002/3 betrug die Zahl 126.434; 49.181 davon in Jayapura and Sorong (=39%). Jayapura and Sorong (städtische Bezirke) machen 1985 zusammen 25,7% der Bevölkerung aus; 2002 sind es 28,8%;
- die Anzahl der Schüler in Mittel- und Oberschulen betrug 1985/86 53.615; 9.357 davon in Jayawijaya and Paniai (=17,4%); 2002/3 betrug die Zahl 126.434; 21.563 davon in Jayawijaya and Paniai (=17%). Jayawijaya and Paniai (ländliche Bezirke) machen 1985 zusammen 37,1% der Bevölkerung aus; 2002 sind es 31,6 %.

- das Zahlenverhältnis ist in den ländlichen Gebieten Merauke und Jayawijaya relativ hoch, dagegen in anderen ländlichen Gebieten wie Yapen Waropen and Paniai relativ niedrig;
- das Verhältnis Schüler-Lehrer für Mittel- und Oberschulen betrug 1985/6 13,6 und für 2002/3 21,4.

Bereits erwähnt wurde der Trend zu allgemeinbildenden, weiterführenden Schulen und Universitäten, während die eher berufliche Ausbildung vollständig unterentwickelt blieb (siehe Tabelle 8). Im Jahr 2002 wählten 87,4 Prozent die allgemeine akademische Ausbildung, nur 12,6 Prozent eine Berufsausbildung. Die Entwicklung des beruflichen Sektors müsste zu einer der obersten Prioritäten für die Unterrichtspolitik auf Papua werden. In den letzten 20 Jahren gab es hier keinerlei bedeutsamen Fortschritt.

**Tabelle 8 – Inanspruchnahme von beruflicher vs. allgemeiner Bildung auf Mittel- und Oberschulen auf Papua 1985 und 2003**

<i>Ausbildungstypus</i>	<i>Lehrer</i>		<i>Schüler</i>		<i>Schüler pro Lehrer</i>	
	1985/86	2002/3	1985/86	2002/3	1985/86	2002/3
Beruflich	673	915	10.648	18.168	16	20
Allgemein	3.198	5.900	53.615	126.434	13,6	21,4
<b>Gesamt</b>	<b>3.871</b>	<b>6.815</b>	<b>64.263</b>	<b>144.602</b>		

- Die Tabelle zeigt, dass bei Weiterführung der Ausbildung über 80 Prozent (83,4 im Jahr 1985 und 87,4 2003) die allgemeinbildende Sekundarstufe wählen. Diese Tendenz spiegelt die in der Gesellschaft vorherrschende Ansicht wieder, das oberste Ziel im Erwerb eines Diploms oder anderer, möglichst akademischer Titel zu sehen. Darüber hinaus ist der wichtigste Arbeitgeber die Regierung, und diese sucht normalerweise Personen mit einer allgemeinen akademischen Ausbildung. Beamter zu werden ist ein oft gehörtes Wunschbild der jungen Leute. Der Anreiz einer konkreten Fertigkeit wird von der Gesellschaft weniger gewürdigt und stellt deshalb nur eine zweite Wahl dar.

#### *Beteiligung privater Institutionen*

Die Ausbildungsversorgung für die Menschen in Papua wurde und wird noch immer gemeinsam von Regierung und privaten Institutionen vorgenommen (s. Tabellen 9 und 12). Besonders die Kirchen stellten diese Dienstleistung zur Verfügung. Sie richteten eigene Stiftungen ein, um diesen Bereich zu bedienen und besonders für den Unterricht im Innern des Landes präpariert zu sein. Dies Modell fand sich schon zu Zeiten der holländischen Verwaltung. Diese war sich der Notwendigkeit bewusst,



die Kirchen an Bord zu haben und unterstützte sie beim Betrieb von Schulen durch beträchtlich Subventionen (einschließlich des Gehalts für Lehrer)<sup>104</sup>. Die holländische Verwaltung übernahm praktisch die Betriebskosten der Schulen. Dasselbe Modell wurde anfänglich von der indonesischen Verwaltung übernommen. Nach und nach drängte die indonesische Regierung die privaten Institutionen zur Übernahme der Ausbildungseinrichtungen und begrenzte ihren eigenen Beitrag auf gelegentliche Hilfen, die Bewilligung von Projekten (ungefähr 25 bis 30 Prozent der Betriebskosten<sup>105</sup>), oder eine Art verdeckter Unterstützung durch die Bezahlung von Lehrern an Privatschulen.

**Tabelle 9 – Beteiligung privater Institutionen an der Grundschulbildung  
1985 und 2003**

<i>Bezirk</i>	<i>Schulen</i>		<i>Privat</i>		<i>Beteiligung in %</i>	
	1985/86	2002/3	1985/86	2002/3	1985/86	2002/3
Jayapura	204	286	89	103	43,6 %	36,0 %
<i>Jayapura Bez,</i>		204		72		35,3 %
<i>Jayapura Stadt</i>		82		31		37,8 %
Biak Numfor	154	182	95	95	61,7 %	52,2 %
Yapen Waropen	123	151	71	72	57,7 %	47,7 %
Manokwari	148	229	75	102	50,7 %	44,5 %
Sorong	248	308	123	142	49,6 %	46,1 %
Fakfak	148	200	89	95	60,1 %	47,5 %
<i>Fak-fak</i>		141		62		43,9 %
<i>Mimika</i>		59		33		55,9 %
Merauke	299	445	193	208	64,5 %	46,7 %
Jayawijaya	300	311	79	77	26,3 %	24,7 %
Paniai	262	295	103	111	39,3 %	37,6 %
<i>Paniai</i>		97		51		52,5 %
<i>Puncak Jaya</i>		77		9		11,7 %
<i>Nabire</i>		121		51		42,1 %
<b>Gesamt Papua</b>	<b>1.886</b>	<b>2.407</b>	<b>917</b>	<b>1.005</b>	<b>48,6 %</b>	<b>41,7 %</b>

- Diese Tabelle belegt, wie wichtig der private Sektor für die Menschen auf Papua bei der Ausbildungsversorgung gewesen ist. Fast die Hälfte der Dienstleistungen wurde vom privaten Sektor zur Verfügung gestellt. Die Veränderung der Regierungspolitik – Begrenzung der finanziellen Unterstützung – verursachte den Kirchen bei der Aufrechterhaltung ihrer Dienstleistungen beträchtliche Probleme. Dieser „über die Finanzen ausgetragene

<sup>104</sup>Diese Unterstützung wurde durch die Gesetze LOSO und MOSO legalisiert.

<sup>105</sup>Information durch den Leiter des Büros Katholischer Schulen in Jayapura. Mr. V. Ohoitmur, Sept. 2004.

Streit' ließ das private Lehrangebot in den vergangenen 15 Jahren deutlich sinken, vor allem im Innern des Landes.

### *Hochschulwesen*

Zur Vervollständigung der Grunddarstellung folgen einige Informationen zu Hochschulinstitutionen (vgl. Tabellen 10 bis 12). Über einen langen Zeitraum bildeten die Cenderawasih Universität (seit 1965) und einige Kirchenakademien – hauptsächlich zur Ausbildung von kirchlichen Mitarbeitern/innen – die wesentlichsten Einrichtungen zur Hochschulausbildung. Bis zu den 1990er Jahren verfügte die Cenderawasih-Universität (UNCEN) über vier Fakultäten: Erziehungswissenschaften (einschließlich Lehrerausbildung), Jura, Soziologie und Politische Wissenschaft sowie Landwirtschaft (letztere befand sich mit Sitz in Manokwari und bot eine Ausbildung in Landwirtschaft, Viehzucht und Forstwirtschaft an). Ende der 1980er Jahre legte die UNCEN die Zahlen in Tabelle 10 vor. Die Veränderungen zu 2002 ergeben sich aus Tabelle 11<sup>105</sup>.

**Tabelle 10 – Anzahl der Studierenden und Lehrenden  
an der Cenderawasih- Universität 1986 / 1987**

<i>Fachbereich</i>	<i>Studenten</i>	<i>Lehrende</i>	<i>Verhältnis Studenten–Lehrende</i>
Lehrerausbildung und Erziehungswissenschaften	1.337	86	15
Jura	433	15	29
Soziologie und Politische Wissenschaften	765	27	28
Landwirtschaft	577	58	10
<b>Gesamt</b>	<b>3.112</b>	<b>186</b>	<b>17</b>

<sup>106</sup>University Cenderawasih *Report, 1986/1987*, S. 3, 5.

**Tabelle 11 – Anzahl der Studierenden und Lehrenden  
an der Cenderawasih- Universität 2002**

<i>Fachbereich</i>	<i>Studenten</i>	<i>Lehrende Vollzeit</i>	<i>Lehrende Teilzeit</i>
Lehrerbildung und Erziehungswissenschaften	3.433	159	87
Jura	1.141	47	16
Soziologie und Politische Wissenschaften	2.855	69	71
Landwirtschaft *	n.a.	n.a.	n.a.
Ökonomie **	2.667	48	43
Naturwissenschaften***	484	26	72
Mathematik und Physik****	583	57	80
<b>Gesamt</b>	<b>11.163</b>	<b>406</b>	<b>369</b>

\* *die landwirtschaftliche Fakultät in Manokwari wurde 2001 in eine unabhängige Universität umgewandelt: Universitas Papua (UNIPA)*

\*\* *dieser Fachbereich entstand 1993*

\*\*\* *dieser Fachbereich entstand 1998*

\*\*\*\* *dieser Fachbereich entstand 2000*

Zusätzlich zu den staatlichen Universitäten UNCEN und UNIPA entwickelten einige private Institutionen ihr akademisches Angebot und boten Unterricht in verschiedenen Sektoren an: Religion, Ökonomie, Verwaltung, Ingenieurwissenschaften und soziale Wissenschaften. Einen groben Überblick für 2002 bietet Tabelle 12<sup>107</sup>.

Tabelle 12 – Anzahl der Studierenden und Lehrenden an privaten Akademien 2002

<i>Name der Einrichtung</i>	<i>Studenten</i>	<i>Lehrende Vollzeit</i>	<i>Lehrende Teilzeit</i>
STIE Ottow and Geissler Jayapura (Ökonomie)	793	18	6
STIE Yapis Jayapura (Verwaltung – Management)	900	n.a.	n.a.
STIE Port Numbay (Ökonomie)	n.a.	n.a.	n.a.
STFT Fajar Timur Jayapura (Philosophie und Katholische Theologie)	89	16	11
STAIS Yapis Jayapura (Philosophie und Islam)	100	n.a.	n.a.
STISIPOL Silas Papare Jayapura (Politische Wissenschaft)	883	10	43
Institut Sains and Teknologi Papua (Natur- / Ingenieurwissenschaften)	3.690	75	92
ST Baptis Jayapura (Philosophie – Theologie der Baptisten)	85	8	12
ST IS Kijne Jayapura (Philosophie und protestantische Theologie)	125	n.a.	n.a.
ASMI Jayapura (Verwaltungswissenschaften)	838	12	70
Akademi Pertanian S. Thomas Aquino Jayapura (Landwirtschaft)	100	n.a.	n.a.
<b>Gesamt</b>	<b>7.603</b>		

- Im Vergleich zur Anzahl der Studierenden an der UNCEN (11.163) stellen die privaten Einrichtungen zusätzlich 7.603 Studienplätze zur Verfügung, d.h. 40,5 Prozent aller Plätze in Jayapura. Noch immer ist das Ausbildungsangebot privater Institutionen beachtenswert;
- alle Zahlen beziehen sich auf Einrichtungen in Jayapura und konzentrieren sich in der ‚studentischen Vorstadt‘ Abepura. Neben Jayapura wurde Manokwari zu einem wesentlichen Ausbildungszentrum. In den letzten Jahren wurden auch verschiedene Hochschuleinrichtungen in Sorong, Merauke und Timika geschaffen. Für das Jahr 2002 ist sogar von 42 akademischen Ausbildungseinrichtungen die Rede<sup>108</sup>;

<sup>108</sup>*Identifikasi permasalahan pendidikan di provinsi Papua*, Diskussionspapier von Dr. Festus Simbiak MPd, Dozent der Cenderawasih-Universität, 10. Oktober 2002, S. 14.

- die Qualität der verschiedenen Einrichtungen lässt sich kaum bestimmen; das Verhältnis von Vollzeit- zu Teilzeit-Lehrenden mag ein Indiz dafür sein.

### *Die Wirklichkeit im Alltag*

In Ergänzung zu statistischen Angaben über die Verfügbarkeit von Ausbildungseinrichtungen wenden wir uns den Erfahrungen in der Praxis zu. Es ist allgemein bekannt, dass der Unterricht in Papua von geringer Qualität ist und weit unterhalb des Standards liegt, der eine hoffnungsvolle Zukunft garantieren könnte. Während eines Bildungsseminars in Wamena (2001) wurden Berichte über die tatsächliche Situation vorgestellt. Aufmerksamkeit verdienen dabei: 1) der Lehrplan; 2) das Lehrpersonal; 3) die Einrichtungen; und 4) das soziale Milieu. Der Chef des Bezirksbüros für Bildung in Jayawijaya listet Einzelheiten auf<sup>109</sup>:

- die Einstellung eines Teils der Lehrer, der nicht wirklich motiviert ist. Sie sind zuallererst Beamte mit garantiertem Gehalt;
- die Sicherheit vor Ort ist nicht immer garantiert und veranlasst Lehrer zum Wegzug, [*insbesondere nach blutigen Zusammenstößen wie in Wamena im Jahr 2000, als über 200 Lehrer die Gegend verließen – tvdb*];
- die Regierung vermag nicht, angemessen zu agieren. Diejenigen Lehrer, die nie Unterricht halten, werden in gleicher Weise bezahlt und unterstützt wie diejenigen, die wirklich unterrichten. Ersteren wurde sogar noch die Gelegenheit gegeben, sich in ein zusätzliches Unterrichtsprogramm einzutragen. Die anderen erhalten erst gar keine Chance;
- es gibt keine effektiven Sanktionen durch die Regierung, wenn Lehrer in ihrem Beruf versagen;
- die Qualität der Lehrer ist schlecht. Die Spatzen pfeifen es vom Dach, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Lehrern kaum Lesen, Schreiben und Rechnen kann;
- ein offensichtlicher Mangel an naturwissenschaftlich ausgebildeten Lehrern (Mathematik etc.);
- die Auswahl der Lehrer ergibt sich eher zufällig – oder durch Korruption – und einige sind daher nicht qualifiziert;
- ein Mangel an Bewusstsein auf Seiten der Eltern, dass Unterricht für ihre Kinder wichtig ist. Viele kümmern sich nicht darum, ob ihre Kinder überhaupt zur Schule gehen;
- lokale Traditionen, nach denen z.B. Eltern ihren Töchtern keinen Schulbesuch erlauben;

<sup>109</sup>*Pendidikan tetap menjadi prioritas utama*, von Dr. G.W. de Fretes, S.Th, S. 2, im Rahmen des Seminars *Pendidikan Kabupaten Jayawijaya*, Wamena, 18.-20. Juni 2001.

- kaum eine Beaufsichtigung; einige Schulen haben noch nie jemanden aus dem regionalen Unterrichtsministerium gesehen;
- das Leitbild des Unterrichts ist noch immer weit von dem entfernt, was in Papua notwendig und angemessen ist, insbesondere mit Blick auf die Bevölkerung im Innern des Landes;
- faktisch räumt der Regierungsetat dem Unterricht nicht die gebotene Priorität ein.

Diese Zusammenfassung setzt einen besonderen Akzent auf das Personal. Sie bezieht sich weniger auf den Lehrplan (nur angedeutet) oder die Einrichtungen (indirekt darauf verwiesen). Die Ergebnisse des Seminars halten weitere Einzelheiten zu verschiedenen Aspekten bereit. Einige sind recht erhellend<sup>110</sup>:

- das Budget für den Unterricht erreicht nicht die Zielgruppe;
- der Lehrplan berücksichtigt die lokale Kultur der Leute in Jayawijaya nicht. Inhalte und Präsentation orientieren sich vorwiegend an der Kultur von West-Indonesien / Java;
- Schüler, die die Grundschule beendet haben, können oft weder lesen, schreiben, noch rechnen;
- um in der Schule weiter zu kommen, reicht es oft aus, den Lehrer zu bestechen.

Dieser Zustand herrscht nicht nur in Jayawijaya. Ein kürzlich verfasster Bericht zur Situation in der Diözese von Jayapura fasst die Probleme wie folgt zusammen<sup>111</sup>:

- die Anzahl und Qualität der Lehrer geht immer mehr zurück;
- die finanziellen Ressourcen werden zusehends weniger;
- die Unterrichtsmaterialien und Schuleinrichtungen sind begrenzt oder schlicht unbrauchbar;
- die Unterstützung der Regierung für private Unterrichtseinrichtungen wird zunehmend begrenzt;
- die Unterstützung durch die Gemeinschaft ist unterschiedlich und eher begrenzt.

Zur Illustration nachfolgend die Situation einer Oberschule in Arso, Bezirk Kerom (Hinterland von Jayapura), geführt von der Ausbildungsstiftung (YPPK) der katholischen Kirche<sup>112</sup> (vgl. Tabellen 13 bis 15).

<sup>110</sup>Zusammenfassung der qualitativ erfassten Daten; Seminar *Pendidikan Kabupaten Jayawijaya*, Wamena, 18.-20. Juni 2001

<sup>111</sup>*Perbaikan dan Peningkatan Mutu Pendidikan dan Persekolahan Katolik, Keuskupan Jayapura melalui Sekolah Prioritas*, Diözese Jayapura, November 2003, S. 5.

<sup>112</sup>*Laporan Hasil Lokakarya Pendidikan YPPK Kabupaten Kerom*, Waena-Jayapura, 11.-15. März 2003.

**Tabelle 13 – Zustand der Einrichtungen der Oberschule YPPK Teruna Tegasa in Arso (Bezirk Kerom)**

Einrichtungen	tatsächlicher Zustand		zusätzlich benötigt
	Anzahl	Beschaffenheit	
Klassenzimmer	5	3 befriedigend 2 gut	2
Büro Direktor	1	befriedigend	1
Lehrerzimmer	1	befriedigend	1
Sekretariat	1	befriedigend	1
Bibliothek	-	-	1
Laborräume	-	-	1
Sprachlabor	-	-	1
Unterkunft für Lehrpersonal	-	-	1
Sanitäre Anlagen für Lehrpersonal	-	-	2
Sanitäre Anlagen für Schüler	-	-	2

**Tabelle 14 – Anzahl der Schüler auf der Oberschule YPPK Teruna Tegasa in Arso (Bezirk Kerom)**

Schule	Schüler			Geschlecht		Gesamt
	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II	Sekundarstufe III	m	w	
Teruna Tegasa	50	71	41	100	72	172

**Tabelle 15 – Anzahl der Lehrer und benötigten Lehrer für die Oberschule YPPK Teruna Tegasa in Arso (Bezirk Kerom)**

Fachrichtung	Lehr- oder Verwaltungspersonal			Gesamt	zusätzlich benötigt
	<i>Beamter</i>	<i>Privat-Dozent</i>	<i>Honorar / Teilzeit</i>		
Religion	1	-	-	1	1
Staatsbürgerkunde	-	-	1	1	1
Indonesische Sprache	-	-	1	1	2
Mathematik	-	-	1	1	2
Biologie	-	-	1	1	1
Physik	-	-	1	1	1
Chemie	-	-	1	1	1
Geschichte	-	-	1	1	1
Ökonomie	-	-	1	1	1
Geographie	1	-	1	2	1
Soziologie	-	-	1	1	1
Ethnologie	-	-	1	1	1
Verwaltung	-	-	1	1	1
Kulturgeschichte	-	-	1	1	1
Englisch	-	-	1	1	1
Deutsch	-	-	1	1	1
Kunst	-	-	1	1	1
Sport	-	-	1	1	1
Beratungswissenschaft	-	-	1	1	1
Management	1	1	-	2	-
Wachpersonal	-	-	-	-	1
<b>Gesamt</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>17</b>	<b>21</b>	<b>22</b>

Die Übersicht über eine solche Schule ist recht repräsentativ, vor allem für Schulen außerhalb städtischer Zentren. Sie illustriert die ärmlichen Bedingungen der Unterrichtserteilung. Um das Bild abzurunden, verweisen wir auf die Untersuchung im Anhang X.

#### *Vorläufige Schlußfolgerungen*

Die Informationen aus den Feldstudien – leider sind derartige Informationen beliebig vermehrbar – lassen nur einen Schluß zu: die Unterrichtseinrichtungen im



Innern des Landes befinden sich in einem erschreckend schlechten Zustand. Unbeschadet des offiziellen Diskurses liegt die Unterrichtsleistung im Innern unterhalb jeglichen akzeptablen Standards. Der Chef der Bezirksbehörde für Kultur und Unterricht bestätigt diese Schlussfolgerung und fasst die Hauptursachen der geringen Qualität zusammen: „1) die geringe Befähigung der Schüler [geringer Input; ivdb], psychologisch wie physisch (...), Intelligenzniveau, Ernährung, geringes Interesse am Unterricht, mentale Einstellung (...) und die Entfernungen zur Schule (...); 2) der Mangel und die beschränkte Anzahl an erforderlichen Komponenten wie Bücher; Materialien zur Darstellung, Mittel für die Praxis; und 3) die Mängel in der unmittelbaren Umgebung wie geringe Aufmerksamkeit und Motivation der Eltern (...), die Fürsorge für die Lehrer.“<sup>113</sup> Es verblüfft, dass er nicht auf die Schwächen der Regierungsbehörden zu sprechen kommt, die entsprechend dem Gesetz zur Sonderautonomie direkt verantwortlich sind<sup>114</sup>: „Die Regierung ist für die Organisation des Unterrichtswesens auf allen Stufen und in allen Bereichen der Provinz Papua verantwortlich“.

Implizit lässt sich der Schluss ziehen, dass die meisten Verbesserungen im Unterrichtswesen nur in städtischen Zentren auftreten. Dies führt zu einer immer größer werdenden Kluft in der Entwicklung zwischen Stadt und Land sowie zur vermehrten Abwanderung von Kindern im Schulalter in die größeren Zentren. Dies verursacht wiederum Probleme in der Stadt, da die ‚jungen Migranten‘ einen Platz zum Wohnen und Lebensunterhalt finden müssen. Sie richten ihre Hoffnung auf die Verwandtschaft in der Stadt, was jedoch eher abträgliche – physisch wie psychologisch – Situationen und Spannungen in den Familien nach sich zieht. Sie müssen ebenso auf weitsichtige Planungen der Regierung hoffen, in den ländlichen Bezirken Internate einzurichten. Solche Internate befinden sich überall, sind aber in der Regel ziemlich überbelegt. Ihr Betrieb hängt von Zuwendungen durch die Bezirksverwaltung oder den Eltern ab. Beide erweisen sich nicht immer als zuverlässig.

Die Mängel bei Lehrern und Materialien betreffen öffentliche und private Einrichtungen gleichermaßen und sind auf fehlende Finanzmittel sowie eine dünne Personaldecke zurückzuführen. Soweit Geld vorhanden ist, wird es schlecht verwaltet. Was Lehrer betrifft, sind viele undiszipliniert und müssen auch keine Sanktionen erwarten. Häufig nutzen sie den Status des Lehrers als Sprungbrett, um zu einem ‚Bürojob‘ in der Verwaltung zu kommen. Die privaten Institutionen sind diesen Problemen verschärft ausgesetzt, da sie in Sachen Geld und Personal mehr als der öffentliche Dienst von ihren eigenen Mitteln – d.h. der Gemeinschaft – abhängen. In der Diözese von Jayapura führte die Situation den Bischof und seine Mitarbeiter

<sup>113</sup>*Kebijakan Pendidikan*, Handono, Chef der Bezirksbehörde für Kultur und Bildung auf Papua, Seminar Pendidikan, 18.-20. Juni 2001, S. 6.

<sup>114</sup>UU Nr. 21/2001, Art. 56.1

dazu, ihr Angebot und Engagement zu begrenzen bzw. nach vordringlichen Aufgaben zu unterteilen<sup>115</sup>. Von den 126 Grundschulen unter der Verantwortung der Diözese können nur 27 wirklich betreut und in der Zukunft entwickelt werden. Die verbleibenden 99 werden zwar weiter betrieben, aber ohne reale Investitionen. Von den Mittelschulen erhalten nur 3 von 12 diese Vorrangstellung, und bei den Oberschulen kommen nur 2 von 6 in den Genuss der notwendigen und effektiven Zuwendung. Mit diesen Maßnahmen hofft die Diözese, dass wenigstens die vorrangig ausgewählten Schulen – fast ausschließlich im Inland! – abgesichert werden und eine gute Ausbildung anbieten können. Es ist ein Pragmatismus, der die ernste Situation reflektiert und sich an die jetzt und in naher Zukunft vorhandenen Mittel anpasst.

Die beschriebene Situation verweist auf einen weit verbreiteten Mangel an Aktivität und Engagement der öffentlichen Verwaltung, die für den Unterricht oder andere einschlägige Maßnahmen zuständig ist. Ihre Inaktivität kann durch fehlendes, qualifiziertes Personal, mangelnde Bereitschaft oder offensichtliche Misswirtschaft verursacht sein. Diese Trägheit – am offensichtlichsten in den entfernteren Regionen – ist schlicht desaströs. Während des Seminars in Wamena zirkulierte ein Ausdruck wie „verlorene Generation“, und niemand schien wirklich verwundert darüber. Es überrascht auch nicht, dass am 12. August 2004 der Radiosender Republik Indonesien (RRI) in Jayapura ankündigte, alle Lehrer im Bezirk Serui würden für einen Tag streiken, da sie über keine Finanzen für den Betrieb der Schulen im Bezirk verfügen.

Der Generaldirektor für Grundschulunterricht vom Ministerium für Bildungswesen, Indradjati Sidi, berichtete, dass mehr als 30 Prozent der Grundschulen entweder zerstört oder sich in einem Zustand unwiderruflichen Verfalls befinden. Er gestand ein, dass der altersschwache Zustand der Gebäude nur eines von vielen Problemen darstellt, von denen das Bildungssystem im Land geplagt wird.

Indradjati führte aus, dass ein großer Prozentsatz staatlicher Grundschulen nicht den Sicherheitsanforderungen genügt, und dass dort alle Schulaktivitäten außerhalb der Gebäude stattfinden müssen, da die Regierung kein Geld zur Renovierung bereit stellt. (...)

Die Regierung hatte für den Staatshaushalt 2003 625 Milliarden Rupien zur Sanierung der Schulen zugewiesen, aber der Betrag war weit vom real Notwendigen entfernt, so dass sie vorrangig solche Schulen auswählen mussten, die völlig unbenutzbar geworden waren und sich in dicht besiedelten Gebieten befanden.

Die Regierung hat angekündigt, den Bildungsetat entsprechend der Verfassungsänderung auf 20 Prozent des nationalen Etats zu erhöhen, dann aber nur ein Fünftel davon angewiesen. (...)

<sup>115</sup>*Perbaikan dan peningkatan mutu pendidikan dan persekolahan katolik (YPPK) Keuskupan Jayapura melalui sekolah prioritas, Diözese Jayapura, November 2003.*

Laut Ki Spriyoko, Professor an der *Sarjanawiyata Tamansiswa Universität* in Yogyakarta, stellt der schlechte Zustand der Schulgebäude nur eine Komponente des erbärmlichen Zustands des Unterrichtswesens im Land dar. Die Situation sei nicht neu, das Land habe diese Probleme seit seiner Unabhängigkeit 1945. Er sagte: „*Das eigentliche Problem besteht darin, dass die Nation versagt hat, der Entwicklung der Ausbildung ernsthaft Aufmerksamkeit zu schenken*“. Spriyoko führte weiter aus, dass staatliche Grundschulen bei der Einrichtung und der Lehrerschaft zu kurz gekommen sind. „*Viele Grundschullehrer haben keine Dauerstellung, und viele örtliche Verwaltungen in entfernt liegenden Gebieten sind dazu übergegangen, Sicherheitspersonal einzusetzen, um die Schüler in Grundschulen zu unterrichten*“, sagte er.

Die Lage auf Papua ist dabei kein Einzelfall für Indonesien sondern Teil einer nationalen Malaise, die der obige Textkasten beschreibt<sup>116</sup>.

### *Die Ausbildungspolitik*

Nachdem die bedenkliche Unterrichtslage deutlich geworden ist, stellt sich die Frage: was macht eigentlich die Regierung? Zitieren wir den Gouverneur mit seiner jährlichen Bilanz an das regionale Parlament mit Blick auf die drei Hauptelemente seiner Politik, die er in seiner Antrittsrede vor dem Parlament betont hat und die am Beginn dieses Untersuchungsteils erwähnt worden sind: 1) Anpassung an die Vielfalt auf Papua einschließlich ‚örtlichen Lehrpersonals‘; 2) bessere Streuung von qualifiziertem Personal; und 3) Anpassung des Unterrichtssystems durch Förderung einer Internatsausbildung, Verringerung der Schulgebühren und Förderung privater Stiftungen. Schauen wir uns die Bilanz und die Liste der Programme im Bereich des Unterrichtswesens an. Der Gouverneur berichtet zu verschiedenen Aufgabenbereichen folgendes<sup>117</sup>:

#### **1) in Bezug auf Elementarbildung (Kindergarten, Grund- und Mittelschule)**

- die Verbesserung der Einrichtungen wird betont, ist aber im Umfang sehr begrenzt;
- der Bestand von Lehrpersonal und deren Qualität war Gegenstand von Projekten:

<sup>116</sup>Auszug aus einem Artikel von Yuli Tri Suwami in der *Jakarta Post* vom 2. März 2004, zitiert im *Indonesia Human Development Report 2004*, BAPPENAS/UNDP, S. 37.

<sup>117</sup>*Nota pengantar LKPJ Gubernur Tahun 2003*, Juni 2004, S. 28-32; zu Details s. Anhang XI.

- weitere Aufmerksamkeit wurde der Verfügbarkeit von Unterrichtsmaterialien geschenkt; und
- es gab eine gewisse Förderung zur Einrichtung von Internatsschulen zur Unterstützung des Unterrichts.

## 2) in Bezug auf Oberschulen

- die Verbesserung der Einrichtungen wird betont, ist aber im Umfang sehr begrenzt; dies schließt Reparaturen und Praxisräume wie Labors ein;
- der Bestand von Lehrpersonal und deren Qualität war Gegenstand von Projekten; wengleich nicht der ursprünglichen Aufgabenstellung entsprechend.

## 3) in Bezug auf die weitere akademische Ausbildung

- zusätzliche Stipendien für den Zugang zur Hochschulausbildung wurden geschaffen;
- die Einrichtungen an den beiden hauptsächlichen Hochschulen wurden verbessert; und
- private Institutionen wurden animiert, ihre Rolle bei der Ausbildung auszuweiten.

Die Auswertung der Unterrichtsentwicklung auf Papua durch den Gouverneur fällt eher positiv aus. Die Anzahl der Schüler im Elementarunterricht stieg leicht an. Der Gouverneur hebt dies (2 Prozent) als Indiz erfolgreicher Regierungsarbeit hervor. Die enttäuschend geringe Zunahme bei der sekundären Unterrichtsstufe kühlt seinen Enthusiasmus jedoch etwas ab. Darüber hinaus gesteht er ein, dass der neue Ansatz von „Internatsschulen“ und „Stipendien“ noch nicht dazu geführt hat, dass der Prozentsatz der Schulabbrecher verringert werden konnte. Dieser Prozentsatz liegt 2003 auf allen Stufen über 2002:

<i>Schulabbrecher</i>	<i>2002</i>	<i>2003</i>
Grundsschule	4,91%	5,73%
Realschule	4,16%	4,98%
Gymnasium	4,12%	4,53% <sup>118</sup> .

Angesichts der eher kurzen und begrenzten Auswertung durch den Gouverneur entsteht der Eindruck, dass die offizielle Politik oder die aufgeführten Programme die volle Dimension der enormen Probleme im Unterrichtswesen, vor allem im Inland, kaum reflektieren. So sind die Inhalte der in den Programmen wiedergegebenen Politik für 2003 tatsächlich recht begrenzt. Es verwundert außerdem, den Gouverneur sagen zu hören, dass alle Programme mit 100 Prozent Erfolg(!) realisiert wurden. Dies vermittelt den Eindruck, die beträchtlichen Probleme wären tatsächlich

und effektiv angegangen worden. Unsere dargelegte Auswertung unterstützt eine derartige Schlussfolgerung jedoch nicht. Wahrscheinlich entwickelt sich die Lage eher zum schlechteren, als dass Gründe für Hoffnung auf Verbesserungen vorliegen würden.

Die Verbesserung der Ausbildung wurde als eine der höchsten Prioritäten eingestuft. Es stellt sich die Frage, ob genügend Geld – mindestens 30 Prozent der Einkünfte aus Erdöl- und Erdgasförderung – dafür aufgewandt worden ist. Außerdem sollte gefragt werden, ob die Gelder angesichts der realen Probleme angemessen verwandt und die Programme angepasst wurden. Aufgrund unserer Befunde überwiegt der Eindruck, die Programmliste des Gouverneurs beruhe auf einer eher oberflächlichen Sicht der Dinge, die sich von einer bedenklichen „Projektmentalität“ leiten lässt. Es bleiben Zweifel am politischen Willen und der Disziplin, zu den Wurzeln der Probleme vorzustoßen – die Verfügbarkeit und Qualität des Unterrichtswesens zu verbessern. Es ist dabei eher verstörend, die Amtsträger so viel und so leicht über die Entwicklung „qualifizierten Personals“, reden zu hören.

#### IV. Öffentliche Dienstleistung in Papua: Gesundheit

##### *Pflichten, Recht und wesentliche Bedürfnisse*

In Kapitel XVII des *Otsus* legen die Artikel 59 und 60 ausdrücklich fest, „die regionale Regierung ist verpflichtet, eine allgemeine und qualifizierte Gesundheitsversorgung für seine Einwohner anzubieten“ (Art. 59.1) und „alle Bewohner der Provinz Papua haben das Recht, eine qualifizierte Gesundheitsversorgung (...) gegen minimales Entgelt für die Gemeinschaft zu erhalten“ (Art. 59.3). Die Verpflichtung enthält „die Organisation von Programmen zur Verbesserung der Ernährung“ (Art. 60.1)<sup>119</sup>.

Die Bedeutung der Gesundheitsversorgung benötigt kaum weiterer Erklärung. Der Zugang zu einem qualifizierten Gesundheitsdienst ist schlicht ein Muss für jede erhoffte positive Entwicklung der Gemeinschaft. In seiner Ansprache an das Parlament<sup>120</sup> betonte der Gouverneur auch hier einige Elemente, auf die er besondere Sorgfalt legen wollte: 1) die gleichförmige Verbreitung und Verbesserung der Qualität im Gesundheitswesen; mit 2) einer die gesamte Papua-Gesellschaft einbeziehenden Reichweite; 3) Programme der gesundheitlichen Vorbeugung und Behandlung; 4) eine Erhöhung der Anzahl an medizinischem und anderem Fachpersonal; 5)

<sup>119</sup>Gleiche Rechte und Pflichten finden sich in der indonesischen Verfassung: Art. 28H (1) und Art. 34 (3).

<sup>120</sup>*Nota pengantar LKPJ Gubernur Tahun 2003*, Juni 2004, S. 18.

die Verbesserung des Krankenhausdienstes; 6) die Versorgung mit Medikamenten; 7) eine bessere Ernährung; und 8) die Verbesserung der Umweltbedingungen.

Der Vergleich einiger allgemeiner Daten von 1985/86<sup>121</sup> und 2002/3<sup>122</sup> erlaubt einen ersten Einblick in die Entwicklung über zwei Jahrzehnte (vgl. die Tabellen 16 bis 25).

**Tabelle 16 – Bevölkerung, Landfläche, Dichte, Geburtenrate, Sterberate, Kindersterblichkeitsrate in Indonesien und auf Papua, 1986 und 2002**

	INDONESIEN		PAPUA	
	1986	2002	1986	2002
Bevölkerung	165.153.600	232.073.070	1.453.919	2.387.427
Fläche km <sup>2</sup>	1.919.443	1.904.443	421.982	421.982
Personendichte / km <sup>2</sup>	86,0	122	3,5	5,66
Bevölkerungswachstum	2,15 %	1,8 %	3,15 %	3,18 %
Kindersterblichkeitsrate / 1000	107	43,5	106	50,5 *
Lebenserwartung (Alter)		66,2		65,2

Die Zahl zur Kindersterblichkeit im Jahr 2002 (\*) entstammt dem *Indonesia Human Development Report 2004*. Eine kürzliche Stellungnahme von UNICEF besagt, dass die Kindersterblichkeitsrate zwischen 1999 und 2002 im nationalen Durchschnitt von 91 Todesfällen pro 1.000 auf 45 gefallen sei; wobei in einigen Gebieten vor allem im Osten Indonesiens die Sterblichkeit der unter Fünfjährigen hoch sei. Dort könne die Rate um das Doppelte über dem nationalen Durchschnitt liegen; „(...) (die Politik sollte) auf diese regionalen Unterschiede besonders achten“.<sup>123</sup>

Die Hauptursachen der Kindersterblichkeit auf Papua sind akute Erkrankungen der Atemwege, Komplikationen nach der Geburt, Durchfall, Wundstarrkrampf, Erkrankungen der Nerven und Typhus. Noch beunruhigender sind die Zahlen der regionalen Gesundheitsbehörde der Provinz Papua. Demnach lag im Jahr 2003 die Sterblichkeitsrate bei Müttern (MMR) bei 102 von 10.000 lebend Geborenen (1,02 Prozent), die Sterblichkeitsrate (IMR) für Säuglinge – jünger als ein Jahr – bei 122 von 1.000 lebend Geborenen (12,2 Prozent) und die Sterblichkeitsrate der unter Fünfjährigen (U5MR) bei 186 von 1.000 lebend Geborenen (18,6 Prozent). Die Gesamtzahl von IMR und U5MR ergibt eine Todesrate von 30 Prozent (!) pro 1.000

121 *Irian Jaya Health Situation, 1985 and Irian Jaya dalam Angka* (Irian Jaya in Zahlen) 1986.

122 *Papua in Figures 2002*, S. 160-179; *Indonesia Human Development Report 2004*, BPS/Bappenas/UNDP, S. 97 und S. 155.

123 *Agence France-Press*, 7. Oktober 2004.

lebend geborener Kinder. Es ist schwer vorstellbar, dass dies die Lage auf Gesamt-Papua sein soll; für die entfernt liegenden Gebiete könnte es zutreffen. Die folgenden Ergebnisse einer einfachen Momentaufnahme aus Ngalik (Bezirk Jayawijaya) illustrieren dies<sup>124</sup>: 36 Totgeburten (3,9 Prozent) von 933 Geburten. Von den lebend Geborenen starben 13 Prozent innerhalb eines halben Jahres und 24,7 Prozent vor Erreichen des fünften Lebensalters.

Hauptsächliche Krankheiten auf Papua sind Atemwegsinfektionen, Malaria und Hautkrankheiten. Über einen Zeitraum von 5 Jahren sank die Zahl der Patienten in allen drei Hauptkategorien beträchtlich. Dies könnte ein Hinweis auf eine tatsächliche Verbesserung bei Vorbeugemaßnahmen oder im öffentlichen Bewusstsein sein. Wenngleich dazu gesagt werden muss, dass es vor allem in den letzten Jahren (2000-2002) kaum eine Verbesserung gegeben hat. Bei Atemwegsinfektionen zeigen die Zahlen sogar einen leichten Rückschlag.

Wir haben einige oft auftretende Krankheiten aufgelistet, die auf ‚Atemwegsschwierigkeiten‘ als eines der häufigsten Probleme verweisen. Nach anderen Quellen und den Aussagen von Otto Normalbürger zu urteilen, sind die Hauptkrankheiten Malaria, Tuberkulose und AIDS. Dabei könnte es sich um die Benennung von Krankheiten handeln, die am ehesten von der Öffentlichkeit wahrgenommen und befürchtet werden, wenngleich sie den Aussagen der Statistik nicht entsprechen. Es scheint jedoch, dass nicht allein diese tägliche Wahrnehmung dahinter steht, sondern auch andere Quellen zur selben Einschätzung kommen<sup>125</sup>. Nach Angaben der Einrichtung *Malaria Kontrol Papua* sind zwischen zwei und drei Personen pro fünf Einwohner mit Malaria infiziert. Dies umfasst Patienten mit klaren Anzeichen von Malaria wie auch einer Art ‚verdeckter Malaria‘, die die Betroffenen nur weniger aktiv sein lässt.

Tuberkulose tritt besonders häufig im Gebiet um Jayapura, Sorong und Merauke auf, zeigt sich jedoch aufgrund der erhöhten Mobilität der Bevölkerung auch schon im Hochland. Doktor M. Rybi Machmoed M.Ph verursachte Schlagzeilen, als er den Teilnehmenden eines kürzlich stattgefundenen Workshops in Jayapura mitteilte, dass im Verlauf von 2003 1.280 neue Fälle von Tb festgestellt wurden. Dies würde eine Zunahme um 80 Prozent bedeuten, verglichen mit dem Jahr davor<sup>126</sup>. Bei beiden Krankheiten – Malaria und Tb – spielt Ernährung eine wichtige Rolle. Leute, die sich nur schlecht und unzureichend ernähren können, werden am ehesten

<sup>124</sup>Kurt Hanevik, *Chants, Prayers and Drugs, a medical-anthropological survey among the Ngalik people in Jayawijaya, Papua*, MD, MSF, Juli 2000, S. 33.

<sup>125</sup>*Papua Post*, 1. Juni, 2004, vgl. Artikel *Menciptakan pelayanan kesehatan masyarakat yang tepat sasaran dalam rangka Otonomi Khusus di Papua*, von Dr. Bagus Sukaswara Widjaya (Vizechef der regionalen Gesundheitsbehörde von Papua) and Frau L. Christine Ansanay, S.E. (Geschäftsführende Direktorin der Stiftung zur Entwicklung der Öffentlichen Gesundheit).

<sup>126</sup>*Papua Pos*, 31. August 2004.

infiziert. Dieser Hinweis richtet sich auf einen grundsätzlichen Aspekt, der Beachtung verdient, sollen die hohen Werte der erwähnten Krankheiten abnehmen.

**Tabelle 17 – Anzahl der Patienten bei Hauptkrankheiten auf Papua  
1998, 1999, 2000 and 2002<sup>127</sup>**

Krankheiten	PAPUA			
	1998	1999	2000	2002
Atemwegsinfektionen	129.257	104.622	99.041	101.357
Lungenentzündung	28.827	26.851	24.776	24.140
Bronchitis	6.275	5.983	5.280	5.322
Asthma	9.869	11.374	8.893	9.107
<b>Gesamt Atemwegsinfektionen</b>	<b>174.228</b>	<b>152.030</b>	<b>137.990</b>	<b>139.926</b>
Malaria <i>tropical</i>	22.993	19.871	19.528	18.775
Malaria <i>tertiana</i>	19.795	21.794	18.682	17.904
Malaria <i>mix</i>	2.938	2.586	2.193	2.046
Malaria <i>klinisch</i>	85.431	83.940	81.752	80.552
<b>Gesamt Malaria.</b>	<b>131.157</b>	<b>128.191</b>	<b>122.155</b>	<b>119.277</b>
Hautkrankheiten	74.367	69.862	67.591	66.709
Krätze	27.765	21.946	19.403	19.216
Pilzinfektionen	21.327	19.518	17.890	18.447
<b>Gesamt Hautkrankheiten</b>	<b>123.459</b>	<b>111.326</b>	<b>104.884</b>	<b>104.372</b>
Diarrhea	31.553	33.479	28.651	n.a.
Ruhr	10.787	11.268	9.427	9.169
<b>Gesamt Diarrhea und Ruhr</b>	<b>42.340</b>	<b>44.747</b>	<b>38.078</b>	<b>n.a.</b>
Magenprobleme	27.861	25.841	22.113	21.873
Würmer	25.077	23.858	20.773	18.819
Gehörinfektionen	15.219	14.842	12.722	12.503
Tuberkulose	14.221	13.728	12.605	12.093
Blutarmut	26.757	17.466	11.861	10.861

Besondere Aufmerksamkeit sollte auch dem beunruhigenden Anstieg bei HIV/AIDS auf Papua gewidmet werden. Die Statistiken zeigen alarmierende Werte. Die Ausbreitung dieser Krankheit über die Bezirke zeigt Schwerpunkte in Merauke und Mimika und zunehmend in Sorong und Jayapura. Auch in Nabire breitet sich eine beunruhigende Lage aus. Bei den Schwerpunkten handelt es sich um Stadtgebiete oder Sektoren, die wie in Merauke (Fischer) durch intensiven Kontakt mit Auswärtigen oder durch das überproportionale Auftreten von Singles (wie in Timika) gekennzeichnet sind. Nach den jüngsten Entwicklungen zu urteilen, könnte die boomende Bergbaustadt Timika die ‚Spitzenposition‘ von Merauke übernehmen. Es

<sup>127</sup>Papua in *Figures 2002*, S. 170-171, Tabelle 4.2.10.



sollte gleichwohl erwähnt werden, dass sich auch in recht entfernt liegenden Gebieten einige reale Ansteckungsherde entwickeln; wie im Asmat-Bezirk und dem Unterbezirk Asgon (Bezirk Merauke)<sup>128</sup>. Dort sind wirtschaftliche Aktivitäten wie die Gewinnung und der Handel mit Sandelholz entstanden. Es ist allerdings schwierig, zu diesen entfernten Gebieten überhaupt Zahlen zu erhalten. Sie werden gegenüber allzu kritischen Beobachtern gut abgeschirmt oder liefern für zu viele Leute Gewinne, einschließlich derjenigen, die solche Entwicklungen eigentlich beobachten, die Gemeinschaft schützen und geeignete Maßnahmen treffen sollten.

**Tabelle 18 – HIV/AIDS-Fälle (kumuliert) in Papua zum 31. August 2004<sup>129</sup>**

Bezirk / Stadt	HIV +	AIDS	Gesamt	Tote
Jayapura Bezirk	18	37	54	12
Jayapura Stadt	35	91	126	25
Biak	6	0	6	0
Serui	1	3	4	1
Nabire	12	66	78	11
Manokwari	3	6	9	0
Fak-fak / Kaimana	30	1	31	0
Mimika	516	76	592	22
Sorong	57	64	121	53
Merauke	362	295	657	104
Jayawijaya	8	0	8	0
Paniai	0	1	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>1.049</b>	<b>640</b>	<b>1.689</b>	<b>229</b>

<sup>128</sup>Cepos, 20. Oktober 2004, berichtet von ersten eindeutigen Indizien, dass sich HIV/AIDS im entfernt liegenden Bezirk Puncak Jaya ausbreitet, hoch oben im Hochland. Die Ausbreitung wird mit Kontakten nach Wamena, der Bezirkshauptstadt für Jayawijaya in Verbindung gebracht. Der positiv getestete Patient verschwand. Es wird befürchtet, dass er zur Quelle weiterer Verbreitung werden könnte.

<sup>129</sup>Nr. 1689 *Aids News From Papua*, Gesundheitsbehörde von Papua, 31. August 2004.

**Tabelle 19 – HIV/AIDS-Fälle auf Papua 1992-2004<sup>130</sup>**

<b>Jahr</b>	<b>HIV +</b>	<b>AIDS</b>	<b>Gesamt</b>
1992	6	0	6
1993	48	0	48
1994	10	5	15
1995	24	5	29
1996	10	16	26
1997	22	25	47
1998	24	30	54
1999	63	9	72
2000	113	17	130
2001	205	186	391
2002	38	44	82
2003	350	204	554
31/08/2004	136	99	235
<b>Gesamt</b>	<b>1.049</b>	<b>640</b>	<b>1.689</b>

Laut Statistik stieg die Anzahl der Patienten im Laufe der Jahre recht steil an. Einige Zahlen sind merkwürdig, wenn wir vor allem das Jahr 2002 im Vergleich mit 2001 und 2003 betrachten. Eine verbesserte Registrierung mag der Grund dafür sein. Es bleibt allerdings die schnelle, gigantische und alarmierende Ausbreitung.

**Tabelle 20 – HIV/AIDS-Fälle (kumuliert) auf Papua nach Geschlechterzugehörigkeit<sup>131</sup>**

<b>Geschlecht</b>	<b>HIV +</b>	<b>AIDS</b>	<b>Gesamt</b>
Männer	508	414	992
Frauen	493	218	711
Unbekannt	148	8	56
<b>Gesamt</b>	<b>913</b>	<b>541</b>	<b>1.689</b>

Am 31. April 2004 betrug die registrierte Anzahl von HIV/AIDS-Patienten in Indonesien 4.159 Personen. Die Provinz Papua nimmt mit 30 Prozent Anteil an den national Registrierten dabei eine Sonderrolle ein. In Papua wurde die Kampagne gegen diese unheilvolle Krankheit daher mit besonders hoher Dringlichkeit verfolgt. Unter Experten herrscht außerdem die Einschätzung vor, dass die Zahlen für Papua

130Nr. 1689 *Aids News From Papua*, Gesundheitsbehörde von Papua, 31. August 2004.

131Nr. 1689 *Aids News From Papua*, Gesundheitsbehörde von Papua, 31. August 2004.

(1.689 für Ende August 2004) nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Die Zahlen müssten mit mindestens 10 oder gar 20 multipliziert werden, um sich der realen Größe der durch die Krankheit infizierten Menschen anzunähern. Wäre dies der Fall (multipliziert mit 20), würden wir von ungefähr 1,4 Promille der Bevölkerung sprechen (14 Personen pro 10.000 Einwohner). Die Krankheit ist auf beide Geschlechter und alle Altersklassen verteilt. Laut L. Christine Ansanay<sup>132</sup> zeigen Regierung und Parlament allerdings noch wenig „Krisenbewusstsein“. Die Kampagne gegen HIV/AIDS ist noch immer kein integraler Bestandteil der offiziellen Politik, während der Bezirk Merauke in dieser Angelegenheit eine klare Politik verfolgt<sup>133</sup>.

**Tabelle 21 – HIV/AIDS-Fälle (kumuliert) auf Papua nach Altersgruppen<sup>134</sup>**

Altersgruppe	HIV +	AIDS	Gesamt
< 1	10	4	14
1 - 4	6	10	16
5 - 14	13	5	18
15 - 19	102	54	156
20 - 29	441	262	595
30 - 39	218	188	406
40 - 49	64	68	132
50 - 59	24	24	48
> 60	5	5	10
Unbekannt	166	20	186
<b>Gesamt</b>	<b>1.049</b>	<b>640</b>	<b>1.689</b>

Eine kürzlich veröffentlichte Überblicksstudie<sup>135</sup> deckt auf, dass die Politik zur Handhabung dieser tödlichen Krankheit noch immer kaum koordiniert wird. Die Regierung hat noch keinen klaren gemeinsamen Willen zu drastischen Maßnahmen erkennen lassen. Private Institutionen sind sich nicht einig, auf welcher Zielgruppe der Fokus liegen (Stadt und / oder Land) und was über die reine Informationen hinaus an vorbeugenden Maßnahmen entwickelt werden sollte. Die Kirchen verhalten sich noch recht zögerlich dazu. Speziell die katholische Kirche steht vor der Schwie-

<sup>132</sup>*Papua Post*, 1. Juni 2004, vgl. Dr. Bagus Sukaswara Widjaya und Frau L. Christine Ansanay, *op.cit.*

<sup>133</sup>*Peraturan daerah Kabupaten Merauke, No. 5 tahun 2003, tentang pencegahan dan Penanggulangan HIV/AIDS.*

<sup>134</sup>Nr. 1689 *Aids News From Papua*, Gesundheitsbehörde von Papua, 31. August 2004.

<sup>135</sup>Programm *Penanggulangan Infeksi Menular Seksual dan HIV/AIDS di Papua. Laporan Survey Terbats*, von Dr. Tahi Butar-Butar, Lauliene Ansanay, SE, und Dr. Theo van den Broek, Jayapura, November 2004.

rigkeit, dass ihre offizielle Lehre die Benutzung von Kondomen verbietet, während sich vor ihrer Tür die Katastrophe ausbreitet und der Appell an sie gerichtet wird, seelsorgerlich tätig zu werden. Lokale NGOs haben oft keine Mittel und mühen sich trotzdem damit ab, das Programm möglichst effizient umzusetzen, soweit es überhaupt eines gibt.

Wenngleich HIV/AIDS die Aufmerksamkeit auf sich zieht, sollten auch andere Geschlechtskrankheiten nicht weniger beachtet werden. Eine kurze Nachricht in der örtlichen Zeitung macht dies deutlich<sup>136</sup>: Der Chef der Gesundheitsbehörde im Bezirk Wamena teilt mit, dass im Zeitraum 2001-2002 die Anzahl der an Geschlechtskrankheiten leidenden Patienten 2.255 Personen betrug; 13,89 Prozent aller Patienten. Er führt aus, dass die Zahl in 2002 um 64 Fälle (3 Prozent) angestiegen ist. Der Chef der Gesundheitsbehörde im Distrikt Yapen Waropen verweist auf die gleiche Entwicklung<sup>137</sup>.

### *Einrichtungen im Gesundheitswesen*

**Tabelle 22 – Krankenhäuser und Gesundheitszentren pro Bezirk auf Papua 2002<sup>138</sup>**

Bezirk	Krankenhäuser		Öffentliche Gesundheitszentren			
	öffentlich	privat	Hauptzentrum	Subzentrum	Erste-Hilfe-Einrichtung	Mobile Einheit
Merauke	1	-	26	169	33	57
Jayawijaya	1	1	30	86	65	30
Jayapura						
<i>Jayapura Stadt</i>	3	3	9	16	12	34
<i>Jayapura Bezirk</i>	-	-	22	96	7	43
Paniai						
<i>Paniai</i>	-	-	13	19	1	5
<i>Puncak Java</i>	-	1	6	12	1	5
<i>Nabire</i>	1	-	22	32	3	35
Fak-fak						
<i>Fak-fak</i>	1	-	10	61	3	19
<i>Mimika</i>	-	2	7	112	15	6
Sorong						
<i>Sorong Stadt</i>	2	2	3	18	8	12
<i>Sorong Bezirk</i>	-	-	17	103	7	25
Manokwari	1	1	22	104	7	38
Yapen Waropen	1	-	11	62	5	35
Biak Numfor	1	2	18	54	12	44
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>216</b>	<b>944</b>	<b>179</b>	<b>388</b>

<sup>136</sup>Cepos, 9. Februar 2003.

<sup>137</sup>Papua Post, 26. Februar 2004.

<sup>138</sup>Irian Jaya dalam Angka 1986 und Papua dalam Angka 2002.

**Tabelle 23 – Einrichtungen im Gesundheitswesen in Papua, 1986 and 2002<sup>139</sup>**

Einrichtung	1986		2002	
	Anzahl	Betten	Anzahl	Betten
<i>Staatliche Hospitale</i>	11	1.142	12	1.282
<i>Private Hospitale</i>	4	130	6	306
<i>Militärhospitale</i>	9	416	6	233
<b>Gesamt Hospitale</b>	<b>24</b>	<b>1.688</b>	<b>24</b>	<b>1.821</b>
<i>Öffentl. Gesundheitszentren</i>	93		216	
<i>Öffentl. Sub-Gesundheitszentren</i>	535		944	
<b>Gesamt Öffentl. Gesundheitszentren</b>	<b>628</b>		<b>1.160</b>	
<i>Öffentl. Erste-Hilfe-Einrichtungen</i>			179	
<i>Mobile Versorgungseinheiten **</i>			388	

\*\* diese Einheiten sind für die Betreuung der Gemeinden mit einem Boot, Auto oder Motorrad ausgestattet.

**Tabelle 24 – Medizinisches Personal pro Bezirk auf Papua, 1986 and 2002<sup>140</sup>**

Bezirk	1986 *			2002 *		
	Ärzte	Mediz. Personal	nicht-mediz. Personal ***	Ärzte	Mediz. Personal	nicht-mediz. Personal
Merauke	11	224	280	33	682	79
Jayawijaya	6	258	148	13	672	33
Jayapura	65	592	208	86	989	457
<i>Jayapura Stadt</i>				74	725	396
<i>Jayapura Bezirk</i>				12	264	61
Paniai	9	238	186	28	617	141
<i>Paniai</i>				4	55	15
<i>Puncak Jaya</i>				2	289	62
<i>Nabire</i>				22	273	64
Fak-fak	7	114	166	24	750	116
<i>Fak-fak</i>				19	463	81
<i>Mimika</i>				5	287	35
Sorong	17	287	252	28	585	125
<i>Sorong town</i>				2	298	99
<i>Sorong district</i>				4	287	26
Manokwari	10	208	235	19	317	55
Yapen Waropen	7	130	133	12	281	67
Biak Numfor	11	166	187	19	234	51
<b>Gesamt</b>	<b>143</b>	<b>2.237</b>	<b>1.795</b>	<b>262</b>	<b>5.127</b>	<b>1.124</b>

\* die Statistik berücksichtigt leider kein medizinisches Personal, das in privaten Hospitälern oder in Gesundheitszentren arbeitet.

139Irian Jaya dalam Angka 1986 und Papua dalam Angka 2002.

140Irian Jaya dalam Angka 1986 und Papua dalam Angka 2002.

\*\*\* die in ‚Irian Jaya dalam Angka 1986‘ verfügbaren Zahlen scheinen wenig realistisch. Die Übersicht in ‚Irian Jaya dalam Angka 1988‘ scheint realistischer, wenngleich es sich um relativ hohe Zahlen handelt, verglichen mit 2002.

**Tabelle 25 – Medizinisches Personal in öffentlichen Hospitälern and Gesundheitszentren\* pro Bezirk auf Papua 2002<sup>141</sup>**

Bezirk	Hospitäler			Öffentliche Gesundheitszentren		
	Ärzte	Mediz. Personal	nicht-mediz. Personal	Ärzte	Mediz. Personal	nicht-mediz. Personal
Merauke	9	108	24	24	574	55
Jayawijaya	8	79	19	5	593	14
Jayapura						
Jayapura Stadt	48	508	368	26	217	28
Jayapura Bezirk	-	-	-	12	264	61
Paniai						
Paniai	-	-	-	4	55	15
Puncak Jaya	-	-	-	2	289	62
Nabire	8	64	30	14	209	34
Fak-fak						
Fak-fak	11	124	33	8	339	48
Mimika				5	287	35
Sorong						
Sorong Stadt	12	198	91	12	100	8
Sorong Bezirk	-	-	-	4	287	26
Manokwari	8	95	24	11	222	31
Yapen Waropen	6	52	31	6	229	36
Biak Numfor	10	78	27	9	156	24
<b>Gesamt</b>	<b>120</b>	<b>1.306</b>	<b>647</b>	<b>142</b>	<b>3.821</b>	<b>477</b>

\* die Statistik berücksichtigt leider kein medizinisches Personal, das in privaten Hospitälern oder in Gesundheitszentren arbeitet.

### Weitere Anmerkungen

In einem Bericht zum Gesundheitssektor vom November 1987 zieht Lavalin International Inc. den Schluss<sup>142</sup>:

1. in Irian Jaya ist die Gesundheitssituation gegenwärtig unbefriedigend. Eine wesentliche Komponente des regionalen Entwicklungsplans ist die Verstärkung der bestehenden Gesundheitsdienste und die Entwicklung neuer Gesundheitseinrichtungen;

141 Irian Jaya dalam Angka 1986 und Papua dalam Angka 2002.

142 Lavalin International Inc., *Regional Development Planning for Irian Jaya, Health Sector Draft Report*, November 1987.

2. der Zugang zur grundlegenden Gesundheitsversorgung ist auf Irian Jaya mangelhaft und ungleich verteilt. Nur 60 Prozent der Bevölkerung hat Zugang zu allen Gesundheitsdiensten;
3. die Ausbildungsniveaus des bestehenden Personals sind überall unterhalb nationaler Standards, und Dienstleistungen oft mangelhaft;
4. die Lebensmittelversorgung entspricht in vielen Gebieten nicht den Mindeststandards. Es gibt kein Programm, das für die gesamte Provinz eine sichere Versorgung mit Trinkwasser gewährleisten soll. Vorkommen und Wirkungen von Krankheiten werden durch Unterernährung und Mangel an sauberem Wasser außerordentlich erhöht;
5. die gegenwärtigen Gesundheitsdienste werden ungefähr zu gleichen Teilen von staatlichen Organisationen und NGOs geleistet. Die Initiativen sind bemüht, in ihrer Arbeit zu kooperieren und sie mit anderen Sektoren zu koordinieren, um eine ausgewogene Entwicklung und Verstärkung aller Basisdienste für die Menschen zu erreichen.

In Anbetracht dieser Schlussfolgerungen und der seit 1987 erfolgten Entwicklungen kann gesagt werden:

1. in den letzten zwei Jahrzehnten wurden neue Gesundheitseinrichtungen geschaffen, die örtlichen Gesundheitszentren praktisch verdoppelt, während die Gesamtzahl der verfügbaren Krankenhäuser unverändert blieb;
2. die Zahlen im *Indonesia Human Development Report 2004* sind äußerst beunruhigend: 36,1 Prozent der Bevölkerung haben im Jahr 2002 keinen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, 61,1 Prozent keinen Zugang zu sauberem Wasser, und 28,3 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt<sup>143</sup>. Der Direktor der regionalen Trinkwasserbehörde zeichnet ein noch pessimistischeres Bild. Er stellt fest, dass von den 750.000 in städtischen Zentren Lebenden nur 15 Prozent Zugang zu sauberem Trinkwasser haben<sup>144</sup>;
3. die Statistiken geben keine Aufschluss über die Entwicklung der Ausbildungsniveaus des medizinischen Personals. Um dies in Erfahrung zu bringen, sind Felduntersuchungen notwendig (s. unten). Entsprechend dem statistischen Vergleich über zwei Jahrzehnte nahm die Zahl des Personals beträchtlich zu. Es sollte jedoch erwähnt werden, dass vor kurzem – 2002/2003 – veröffentlichte Zahlen zur Anwesenheit von Ärzten und ausgebildetem medizinischem Personal einen gegenläufigen Trend verzeichnen<sup>145</sup>;
4. es wäre zu erwarten, dass sich das Fachpersonal, insbesondere Krankenhausangestellte, hauptsächlich in der Stadt konzentriert. Im Bereich öffentlicher Ge-

<sup>143</sup>*Indonesia Human Development Report 2004*, BAPPENAS/UNDP, S. 101.

<sup>144</sup>*Papua Post*, 1. Juni 2004.

<sup>145</sup>*Laporan Keterangan Pertanggungjawaban Gubernur Tahun 2003, Buku II*, S.197.

sundheitszentren hat sich die Zahl der Angestellten vor allem in den entfernteren Gebieten verdoppelt. Ob diese Anzahl allerdings auch einer vergleichbaren Zunahme beim Ausbildungsniveau und in der Präsenz vor Ort entspricht, muss noch kritisch ausgewertet werden;

5. die für 2002 verfügbaren Statistiken erlauben kaum einen Einblick in die Beteiligung privater Institutionen bei der Gesundheitsversorgung. Die Beobachtungen aus dem Landesinnern lassen gleichwohl den begründeten Eindruck entstehen, dass die privaten Institutionen ihre Dienste nach und nach auf die öffentlichen Gesundheitsdienste übertragen haben: aus Mangel an Personal (vor allem aus dem Ausland<sup>146</sup>), an Geld oder aufgrund der Meinung, die Gesundheitsdienste sollten vorrangig von der Regierung betrieben werden und private Institutionen nur so lange eine Rolle spielen, wie die Regierung als Alternative nicht zur Verfügung steht. Dieses letztere Argument trifft insbesondere auf Kircheninstitutionen zu. Gleichwohl sind Organisationen wie „*Ärzte ohne Grenzen*“ und „*World Vision Indonesia*“ im Gesundheitssektor aktiv geworden.

### *Die Wirklichkeit im Alltag*

Beim Lesen einiger Stellungnahmen durch Beamte in der örtlichen Zeitung stellt sich der Eindruck ein, das die Gesundheitsdienste noch weit von einem befriedigenden Status entfernt sind. Dieselbe Schlussfolgerung bringen Regierungsbeamte zum Ausdruck, die direkt für die Gesundheitsprogramme verantwortlich sind. Sie verweisen auf den Mangel an Betriebskapital oder Medikamenten. Die gleiche Schlussfolgerung zogen Beamte, die uns über die sehr hohe Zahl bei Kindersterblichkeit und deren Gründe informierten. Schließlich sagen dies auch Angestellte in der Verwaltung, die erkennen, dass ihre Gemeinschaften keine effektive Unterstützung erhalten, um etwa eine Epidemie effektiv zu bekämpfen.

Andererseits wird der Eindruck vermittelt, es sei Geld vorhanden oder sollte verfügbar sein; wie die Vorgaben des *Otsus*-Gesetzes (15 Prozent der Einkommen aus Erdgas und Erdöl). Diesen Eindruck unterstreicht der Bezirkschef von Merauke, wenn er ankündigt, dass die Regierung Japans bereit sei, eine Anleihe von 2,4 Trillionen Rupien für Ausbildung und Gesundheit zu gewähren<sup>147</sup>. In ähnlicher Weise verkündet der Chef der regionalen Gesundheitsbehörde, dass 22 Milliarden Rupien zur Verteilung von Arzneien ausgegeben werden<sup>148</sup>. Der Gouverneur schließlich

146In früheren Zeiten bestanden die Führungskräfte im privaten Bereich der Gesundheitsdienste oft aus Ausländern; inzwischen ist es nicht mehr so leicht, für Papua eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

147*Cepos*, 17. Juni 2003

148*Cepos*, 4. Juli 2003.



hinterlässt den Eindruck, die Verfügbarkeit von Geld sei kein Problem. Laut seiner Information weist das Budget für das Jahr 2002 Ausgaben im Gesundheitsbereich in Höhe von 138 Milliarden aus und im Etat für 2003 von 114 Milliarden Rupien<sup>149</sup>.

Die so deklarierte Verfügbarkeit von Geld kann jedoch nicht Endpunkt der kritischen Überlegungen sein. Andere Faktoren müssen ebenfalls in ihrer Bedeutung einbezogen werden. Eine erste Erklärung könnte in der Art und Weise gefunden werden, in der in den vergangenen Jahren einige Epidemiefälle gehandhabt wurden; wie der Fall ‚Starmountains‘ veranschaulicht. Der Chef des Unterbezirks Kiwirok (Hochland / Starmountains; Bezirk Jayawijaya) äußerte in der lokalen Zeitung seine Sorge, dass *„seit Juni 2002 in verschiedenen Dörfern in seinem Unterbezirk 65 Leute wegen einer Epidemie (Ruhr / Malaria) gestorben [sind], und 313 Personen noch auf Hilfe [warten]“*. Er gab diese Erklärung am 23. August 2002 ab<sup>150</sup>, während am 24. Juni 2002 der Chef des Gesundheitsamtes in Wamena (Verwaltungszentrum des Bezirks Jayawijaya) darüber informierte, dass er die Epidemie kannte, die zu diesem Zeitpunkt bereits 40 Opfer gefordert hatte<sup>151</sup>. Der Chef des Unterbezirks Oksibil (in der Nachbarschaft zu Kiwirok) äußerte sich ähnlich und fragte sich, warum das zentrale Gesundheitsamt so lange brauche um zu reagieren<sup>152</sup>. Als Mitarbeiter des Büros für Gerechtigkeit und Frieden, SKP, das Gebiet einige Monate später besuchten, berichteten die örtlichen Mitarbeiter des Gesundheitsamtes über die Epidemie und die von den Behörden ergriffenen Maßnahmen. Obwohl sie nur nach Medikamenten gefragt hatten und über genügend Sanitäter vor Ort zur Versorgung der Patienten in dem ausgedehnten Gebiet verfügten, traf schließlich (September 2002) eine Team aus Wamena ein. Es flog über Jayapura kommend ein, was wegen der Flugpreise und der Tagegelder recht kostspielig war. Die mitgebrachten Medikamente deckten hingegen nur ein Drittel des Bedarfs. Da der Arzt ein so schwieriges Gelände nicht gewohnt war, konnte das Team nur ein Drittel der vorgesehenen Gebiete abdecken, bevor sie zurück nach Wamena flogen. Die örtlichen Sanitäter fragten sich: Warum wird so viel auf ‚ein Projekt‘ verwandt, während nur Arzneien benötigt worden wären? Warum wurde ein ganzes Team entsandt, während es Personal vor Ort gab, das auch an die schwierigen geographischen Bedingungen gewöhnt war und das ganze Gebiet hätte betreuen können? Ist dies ein Beispiel für die Kluft zwischen Bürokratie und praktischer Arbeit vor Ort, wo die wirklichen Bedürfnisse bekannt sind? Ist es diese ‚Projekt-Mentalität‘, die das reale Engagement oft in den Hintergrund drängt?

<sup>149</sup>Cepos, 15. Oktober 2004.

<sup>150</sup>Cepos, 23. August 2002.

<sup>151</sup>Cepos, 24. Juni 2002.

<sup>152</sup>Cepos, 26. August 2002.

Die weiteren folgenden ‚Tatsachen, die das Leben schreibt‘ ermöglichen einen tieferen Einblick in die Lage vor Ort, und das Beispiel zum Unterbezirk Iwur (Anhang XII) rundet das Bild ab.

- *„Im Verlauf der Feiern zum nationalen Familientag gibt der Gouverneur bekannt, dass in Papua 362.508 Familien nach wir vor als „besonders hilfsbedürftig“ oder „hilfsbedürftig“ eingestuft sind. D.h., 74,43 Prozent der Familien können kein würdiges Leben führen.“* Cepas, 10. Juli 2002.
- *„Ein Mitglied des nationalen Parlaments besucht Merauke und teilt dem Bezirksschef dort mit, dass der Gesundheitsdienst in dieser Region recht bescheiden sei. Er illustriert sein Resümee mit der Information, dass im Innern des Landes die Kindersterblichkeitsrate bei 143 von 1.000 Neugeborenen liege.“* Cepas, 2. Oktober 2002.
- *„Ein Medizinstudent berichtet, dass zwischen Dezember 2002 bis Januar 2003 65 Menschen an einer Epidemie im Unterbezirk Okbibab (Starmountains) gestorben sind.“* Cepas, 31. Januar 2003.
- *„Der Chef des Gesundheitszentrums von Sentani, Dr. Petronella, verkündet, dass innerhalb eines Monats mindestens 60 neue Patienten registriert wurden, die an Tb erkrankt waren.“* Cepas, 11. Juli 2003.
- *„Ein Mitglied des nationalen Parlaments besucht den Bezirk Jayawijaya und berichtet, dass er 200 Menschen aus drei Dörfern getroffen habe, die an Tb und Hautwucherungen [framboesia] erkrankt waren. Er äußert auch seinen Verdross, da das dortige Gesundheitszentrum weder einen Arzt, noch eine Krankenschwester noch Medikamente habe.“* Cepas, 9. September 2003.
- *„Der Vizechef des Gesundheitsamtes in Wamena berichtet, dass von 2001 bis 2003 eine Menge Geld missbräuchlich verwendet wurde, das für den Gesundheitsdienst bestimmt war. Es überrascht ihn insofern auch nicht, dass die Menschen in dieser Region keine gute Versorgung erhalten.“* Cepas, 6. Oktober 2003.
- *„Der Chef des Unterbezirks Rumberpon (Bezirk Teluk Wondama) berichtet, dass das Gebiet offensichtlich von einer Epidemie heimgesucht wird, der Krankheitserreger aber nicht identifiziert werden kann, weil es kein medizinisches Personal vor Ort gibt.“* Cepas, 10. November 2003.
- Während eines Ortstermins des SKP in Wamena verdeutlichte Dr. Viviana, Direktor des öffentlich geführten Krankenhauses im Bezirk, dass sich das Krankenhaus in einer kritischen Lage befindet. Aus Sicht der Verwaltung herrscht ein Mangel an Arzneien, an medizinischen Instrumenten und an Personal. Die gemeinsame Ursache ist: kein Geld. Bis zum August 2004 haben vier Fachärzte das Krankenhaus verlassen. Es verbleiben sechs Allgemeinmediziner, von denen zwei dem Krankenhaus dauerhaft angehören und vier von der örtlichen Gesundheitsbehörde ausgeliehen sind.
- Die Bezahlung für tägliche Untersuchungen konnte im vergangenen Jahr nicht sichergestellt werden, was rund 150 Personen betraf.

- Trotz Demonstrationen sind weder der Bezirkschef noch das örtliche Parlament an Gesundheitsfürsorge interessiert. Sie gaben lediglich eine Milliarde Rupien für Medikamente aus. Umgekehrt forderte der Bezirkschef das Dienstauto vom Krankenhaus zurück und übergab es dem Militärkommandanten.
- Vom Krankenhausbudget (10 Milliarden Rupien) wurden nur drei Milliarden zur Verfügung gestellt; interner Bericht zum SKP-Ortstermin am 14. September 2004.
- „*Neun Ärzte im Abeputra-Krankenhaus drohten mit Streik, sollten sie ihre Honorare für ihren ‚Bereitschaftsdienst‘ der letzten elf Monate nicht erhalten. Aufgrund des Protests gegen die Auszahlungsverzögerungen war in den letzten Tagen kein Arzt in der Notaufnahme des Hospitals verfügbar.*“ Cepas, 30. September 2004.
- „*Die Chefin der Abteilung für ansteckende Krankheiten des Gesundheitsamtes in Wamena, Ety Ubra, erklärte, dass sie das Programm 2003 zur Impfung von Kindern unter fünf Jahren aus Mangel an Geld nicht umsetzen konnte. Fehlendes Betriebskapital beeinträchtigt in der Umgebung von Wamena auch die Versorgung der Gesundheitszentren mit Medikamenten. Darüber hinaus können die dortigen Gesundheitszentren die benötigten Impfstoffe nicht angemessen aufbewahren, da die Kühlanlagen nicht richtig oder überhaupt nicht funktionieren.*“ Cepas, 7. Oktober 2004.

### *Vorläufige Schlussfolgerungen*

Alle Informationen aus den Feldstudien – und diese Informationen liegen leider vielfach vor – führen zur Schlussfolgerung: Die Gesundheitsversorgung in Papua benötigt noch sehr viel Sorgfalt, um allein auf die dringendsten Notwendigkeiten insbesondere im Innern des Landes reagieren zu können. Dort liegt die Gesundheitsversorgung unterhalb eines jeglichen akzeptablen Standards. Soweit die Gesundheitsversorgung verbessert wurde, macht sich dies nur in den städtischen Zentren bemerkbar, was zu einer sich vergrößernden Kluft zwischen Stadt und Land führt. Diese Wirklichkeit reflektieren auch die Zahlen im *Indonesia Human Development Report 2004*. Der Prozentsatz der Bevölkerung mit keinem Zugang zu Gesundheitseinrichtungen betrug 2002 36,1 Prozent, mit keinem Zugang zu sauberem Wasser 61,6 Prozent und bei unterernährten Kindern unter fünf Jahren 28,3 Prozent.

Öffentlich wie private Institution sehen sich einem Mangel an medizinischem Personal und Einrichtungen gegenüber. Es ist schlicht kein Geld oder Personal verfügbar. Wenn Geld vorhanden ist, wird es absolut schlecht verwaltet. Wenn es medizinisches Personal gibt, ist es oft undiszipliniert, ohne dass Sanktionen zu fürchten wären. Auch hier – wie beim Ausbildungssektor – bevorzugen Krankenpfleger und Ärzte oft einen ‘Bürojob’. Die Motivation leidet ebenso, wenn das Personal nicht entsprechend den

Verträgen bezahlt wird (die Proteste des medizinischen Personals in Wamena und Abepura sind nur zwei Beispiele). Es ist allgemein bekannt, dass eine beträchtliche Anzahl des medizinischen Personals sich nach Nebenverdiensten umsieht, um ihr Einkommen auf ein würdiges Niveau heben zu können. Diese Praxis beeinträchtigt natürlich ihre offizielle Berufsausübung. Dieses Phänomen tritt auch dort auf, wo Patienten aus Bequemlichkeit auf privat praktizierende Ärzte verwiesen werden, anstatt sie in den öffentlichen Gesundheitseinrichtungen gut zu behandeln. Dies bedeutet einen oft teureren Service, und auch die Arzneien dürfen nur in bestimmten Apotheken gekauft werden (der Beziehung zwischen Apotheke und behandelndem Arzt geschuldet)<sup>153</sup>.

Die privaten Institutionen durchleben eine harte Zeit, um sich am Leben und gleichzeitig ihren Leistungsstandard erhalten zu können. Dies kann dazu führen, dass sie ebenfalls teurer oder zu teuer werden und damit nur noch dem besser verdienenden Teil der Gesellschaft zur Verfügung stehen. In der Vergangenheit konnten einige private Gesundheitsdienste – insbesondere der Kirchen und Missionen – auf medizinisches Personal aus dem Ausland zurückgreifen, um das lokale Personal zu unterstützen und auszubilden. Heutzutage gibt es das fast nicht mehr, da ausländisches Personal kaum noch Arbeitserlaubnis erhalten kann.

Die beschriebene Situation verweist auf einen weit verbreiteten Mangel an Aktion und Koordination der staatlichen Gesundheitsdienste und anderer einschlägiger Ämter. Der Mangel an gemeinsamem Vorgehen lähmt jeglichen öffentlichen Dienst. Die Lage ist aller Wahrscheinlichkeit nach das Ergebnis von mangelnder Fachkraft, fehlendem Engagement oder schlichtem Missmanagement der verfügbaren Mittel. Der Mangel an Koordination und gemeinsamem Vorgehen schlägt sich insbesondere im Landesinnern nieder.

Die Situation in Papua ist kein Einzelfall in Indonesia und rührt insofern auch an nationale Probleme. In diesem Zusammenhang ist ein Zitat aus dem folgenden Abschnitt des *Indonesia Human Development Report 2004* aufschlussreich<sup>154</sup>:

*„Die WHO [Weltgesundheitsorganisation] hat eine Schätzung veröffentlicht, was es kosten würde, den Gesundheitsdienst auf die 49 am weitesten entfernten Gebiete in Indonesien auszuweiten. So etwa auf den Bezirk Paniai in Papua, wo alle Dörfer unter dem Kriterium des schwierigen Zugangs als entfernt oder weit entfernt liegend einzustufen sind. (...) Der Bericht vergleicht die Ausstattung dieser Bezirke mit Personal und den langfristigen Vorgaben im Dokument ‚Gesundes Indonesien 2010‘. Das Ziel lautet dort 2.500 Patienten pro Arzt, während das aktuelle Verhältnis im nationalen Durchschnitt bei 7.972 und in den entfernt liegenden Bezirken bei 16.420 liegt. Die WHO würde aus Grün-*

<sup>153</sup>*Papua Post*, 1. Juni 2004, vgl. Bagus Sukaswara Widjaya und L. Christine Ansanay, op.cit..

<sup>154</sup>*Indonesia Human Development Report 2004*, BPS/BAPPENAS/UNDP, S. 35.

*den der Praktikabilität in den entfernt liegenden Bezirken ein Verhältnis von 12.000 pro Arzt als ausreichend erachten. Eine solche Deckung setzt für Ärzte nicht nur ein zusätzliches, stimulierendes Honorar für einen sehr entlegenen Posten voraus sondern auch Einrichtungen für ihre Familien und gute Arbeitsbedingungen. Ähnliche Erwägungen sind auf Krankenschwestern und Hebammen für Gesundheitszentren und Dörfer anzuwenden. Die gesamten Kosten für eine solch angemessene, garantierte Versorgung in den 49 Bezirken würden sich auf zusätzliche 1,4 Trillionen Rupien belaufen.“*

### *Die Gesundheitspolitik*

Ein solches Bild wirft die Frage auf: Was macht eigentlich die Regierung? Zitieren wir den Gouverneur aus seinem jährlichen Rechenschaftsbericht an das regionale Parlament zu den drei wesentlichen, von ihm hervorgehobenen Politikbereichen, die er in seiner Antrittsrede an das Parlament genannt hat und zu Beginn dieses Abschnitts erwähnt worden sind: 1) die gleichförmige Verbreitung und Qualitätsverbesserung der Gesundheitsdienste, durch 2) eine die gesamte Papua-Gesellschaft einbeziehende Reichweite; 3) Programme der gesundheitlichen Vorbeugung und Behandlung; 4) eine Erhöhung der Anzahl an medizinischem und anderem Fachpersonal; 5) die Verbesserung des Krankenhausdienstes; 6) die Versorgung mit Medikamenten; 7) eine bessere Ernährung; und 8) die Verbesserung der Umweltbedingungen. Laut Rechenschaftsbericht haben die von der Regierung umgesetzten Programme folgende Arbeitsbereiche umfasst<sup>155</sup>:

1. die Grundversorgung wurde durch die Ausstattung mit medizinischen Instrumenten verbessert, inklusive ‚Mutter und Kind‘-Sets zur Gesundheitsfürsorge. Es wurden zusätzliche Ernährungspakete verteilt, und das Personal örtlicher Gesundheitszentren wurde zusätzlich geschult. Viele Materialien zur Bekämpfung der Ausbreitung von HIV/AIDS wurden geliefert;
2. die Labordienste wurden durch die Ausstattung mit notwendigen Instrumenten verbessert; einschließlich Tests für HIV/AIDS. Einige Laborfachkräfte erhielten zusätzliche Schulungen;
3. die Kapazitätssteigerung und Ausbildung innerhalb der Einrichtungen wurde angegangen, so begrenzt dies auch sein mag; neues Personal wurde eingestellt, anderes ersetzt;
4. besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Verbesserung der Dienstleistungen in den Krankenhäusern in und um Jayapura, ebenso die Versorgung mit Medikamenten und die Ausstattung mit Notfalleinrichtungen;
5. Datenerhebung und Analysen zur Trinkwasserqualität in neun Bezirken.

<sup>155</sup>Zu weiteren Details vgl. Anhang XIII.

In seiner Auswertung der Entwicklung im Gesundheitswesen auf Papua hebt der Gouverneur zunächst den Anstieg der Lebenserwartung auf Papua von 65,2 im Jahr 2002 auf 65,4 in 2003 hervor. Im weiteren Verlauf schaut er mit etwas mehr Sorge auf die abnehmende Anzahl von Ärzten von 414 im Jahr 2002 auf 321 in 2003. Dies bedeutet eine Abnahme von immerhin 22,46 Prozent. Dasselbe Bild zeigt sich beim medizinischen Personal, das in öffentlichen Krankenhäusern arbeitet. Die Gesamtzahl verringerte sich von 2.073 im Jahr 2002 auf 1.995 in 2003. Der Gouverneur vergleicht die Abnahme mit anderen Provinzen oder der Abwanderung in die Verwaltung (Ämter). Demgegenüber nahm die Zahl des Personals in den Gesundheitszentren der Bezirke von 4.440 im Jahr 2002 auf 4.810 in 2003 zu (eine Erhöhung von 8,33 Prozent). Laut Gouverneur nahm die Todesrate bei Kindern unter fünf Jahren, verursacht durch Diarrhoe, von 5 Prozent im Jahr 2001 auf 3,5 Prozent in 2002 und 3 Prozent in 2003 ab. Die Todesrate bei Malaria reduzierte sich von 86 Promille im Jahr 2001 auf 49 Promille in 2002 und 14 Promille in 2003. Andererseits zeigte sich der Gouverneur über die schnelle Zunahme von HIV/AIDS-Fällen auf Papua besorgt.

Die vom Gouverneur gezeichnete Lage mit Fortschritten und Rückschritten ist recht gemischt. Insbesondere der Verlust an medizinischem Personal ist ein wirklicher Rückschlag, da es sich um einen der Hauptpfeiler zur Verbesserung des Gesundheitswesens handelt. Diese Abnahme erfordert eine objektive Auswertung, um einen realen Einblick in das Problem und den Hintergrund dieser beunruhigenden Tatsache zu bekommen. Es kann nicht einfach mit ‚Abwanderung‘ oder örtlicher politischer Unruhe verknüpft werden. Wenngleich der Gouverneur eine reale Abnahme bei der Todesrate von Kleinkindern erwähnt, lohnt sich der Hinweis, dass die Rate in Papua noch immer die höchste in der Republik ist. Der kürzlich publizierte UNICEF-Bericht weist darauf hin.

Die eher kurze und begrenzte Auswertung durch den Gouverneur lässt den Eindruck zurück, dass die volle Skala der Probleme im Gesundheitswesen, vor allem im Innern des Landes, sich in der offiziellen Politik oder den aufgelisteten Programmen kaum wiederfindet. Kann es wirklich sein, dass keine anderen als die vom Gouverneur erwähnten Programme geplant waren? Oder hat er nur von denen berichtet, in denen etwas umgesetzt wurde? Die Inhalte der Politik, wie sie in der Programmliste von 2003 stehen, sind tatsächlich begrenzt. Es ist insofern eher beunruhigend, den Gouverneur sagen zu hören, dass alle Programme mit 100 Prozent Erfolg (!) umgesetzt wurden. Dies vermittelt den Eindruck, substanzielle Probleme wären effektiv angegangen worden. Das von uns gezeichnete Bild unterstützt diesen Optimismus nicht und beschreibt die Situation eher als zunehmend beunruhigend. Der ausschlaggebende Faktor für die Verschlechterung der Situation mag weniger mit medizinisch-technischen Angelegenheiten als beispielsweise mehr mit Misswirtschaft, Projekt-Mentalität, ungenügender Verwaltung, Mangel an Kontrolle und keinen funktionierenden Mechanismen der Rechenschaftslegung zusammenhängen.

Die Verbesserung des Gesundheitswesens gehört zu den höchsten Prioritäten. Es stellt sich die Frage, ob genügend Geld eingesetzt wurde, um auf diese hohe Priorität eine Antwort geben zu können (mindestens 15 Prozent der Einkünfte aus Erdöl und Erdgas). Zusätzlich sollte die Frage gestellt werden, ob das verfügbare Geld für die Zwecke verwandt wurde, um die wirklichen Probleme und angepassten Programme berücksichtigen zu können. Es handelt sich um dieselben Fragen wie im Abschnitt zur Ausbildung und auch hier wieder mit Bezug auf das eher verwirrende Reden über die Entwicklung von „qualifiziertem Fachpersonal“.

Wir schließen unsere begrenzte Analyse mit einem Zitat aus einem Artikel der Direktorin der Stiftung zur Entwicklung von gesellschaftlicher Gesundheit<sup>156</sup>, einer im Gesundheitswesen tätigen NGO. Sie legt vier Bedingungen fest, die vorangebracht werden müssen, wenn das Gesundheitswesen seriös verbessert werden soll. Erstens **Transparenz**, die eine klare Vermittlung der Programme an die Gemeinschaften erfordert und finanzielle Komponenten wie Inhalte des Programms einschließt. Zweitens **die notwendige Relevanz**, so dass das Programm wirklich den Bedarf erfüllt. Drittens die **Bedeutung der Partizipation**, derzufolge die Gemeinschaft in den Prozess von der Planung bis zur Auswertung des Programms einbezogen werden sollte, um das Empfinden zu erhöhen, tatsächlich zum Programm zu gehören. Viertens, die **Rechenschaftspflicht**, d.h. das Programm muss öffentlich verantwortet werden. Diese vier grundlegenden Prinzipien müssen ernsthaft beachtet werden, da sie darüber entscheiden, ob irgendeine Verbesserung im Gesundheitswesen in Zukunft wirklich erreicht wird.

## Literatur

- George Aditjondro (1986), *Datang dengan Kapal, Tidur di Pasar, Pulang naik Peawat*. YPMD, Jayapura
- BPS / BAPPENAS / UNDP (2004), *Indonesian Human Development Report 2004. The Economics of Development*. Jakarta
- Theo van den Broek (2001), *Mengatasi Keterpecahan yang Melumpuhkan*, Jakarta
- Tahi Butar-Butar / Lauliene Ansanay / Theo van den Broek (2004), *Penanggulangan Infeksi Menular Seksual dan HIV/AIDS di Papua, Laporan Survey Terbats*, Mskt., Jayapura
- Richard Chauvel (1997), *Decolonizing without the Colonized: The Liberation of Irian Jaya*, in: Dolores Elizade (Hg.), *Las Relaciones Internacionales en el Pacifico (Siglos XVII.XX): Colonizacion, Descolonizacion Y Encuentro Cultural*. Consejo Superior de Investigaciones Cientificas, Madrid

<sup>156</sup>*Papua Post*, 1. Juni 2004, vgl. Bagus Sukaswara Widjaya und L. Christine Ansanay. *op.cit.*

- G.W. de Fretes (2001), *Pendidikan tetap menjadi prioritas utama*. Mskt., Wamena Diözese Jayapura (2003), *Perbaikan dan Peningkatan Mutu Pendidikan dan Persekolahan Katolik, Keuskupan Jayapura melalui Sekolah Prioritas*, Mskt., Jayapura
- Kurt Hanevik (2000), *Chants, Prayers and Drugs, a medical-anthropological survey among the Ngalik people in Jayawijaya, Papua*, Mskt., Jayapura
- International Crisis Group (2001), *Indonesia: Ending Repression in Irian Jaya*, Asia Report No. 23, Jakarta-Brüssel
- Irian Jaya dalam Angka 1986*, Jakarta
- Koalisi LSM (2003), *Laporan Awal – revised – Kasus Wamena*, Jayapura
- Lavalin International Inc. / Hasfarm Dian Konsultan (1987), *Regional Development Plan for Irian Jaya. Anthropology Sector Report*. Jayapura
- Lavalin International Inc. (1988), *Regional Development Planning for Irian Jaya. Framework for Provincial Development*, Volume I, Jayapura
- M. Macdonald and Partners Asia (1986), *Final Report by Jayapura Regional Advisory Group*, September 1983–Juni 1986, Volume 1, Jayapura
- Dominggus A. Mampioer (2000), *Dari kolonisasi sampai transmigrasi di Tanah Papua\**, Mskt. Jayapura
- Papua dalam Angka 2002*, Jayapura
- Dr. J.R. Mansoben (1995), *Sistem Politik Tradisional di Irian Jaya*, MA, Leiden
- Tim Pembentukan (2001), *Rancangan UU tentang Otonomi Khusus bagi Provinsi Papua*, Entwurf Nr. 13, Provinzregierung Papua, Jayapura
- Regional Department for Education in Papua (2001), *Figures 1999/2000*, Jayapura.
- Regional Office of the Department for Education and Culture (1987), *Jayapura 1985-1986*. Jayapura
- M. C. Rumbiak (2000), *Sumber Daya Manusia Papua*, Wirtschaftsfakultät der Universität Cenderawasih, Mskt., Jayapura
- Sagoss / Provinzregierung Papua (2004), *Nota pengantar Laporan Keterangan Gubernur Propinsi Papua Tahun Anggaran 2003*, Buch II
- R. K. Sembiring Meliala (1983), *Program transmigrasi di Irian Jaya harus ditangani secara khusus agar dapat membantu penyelesaian masalah keamanan*, Jayapura
- Festus Simbiak (2002), *Identifikasi permasalahan pendidikan di provinsi Papua*, Cenderawasih-Universität, Mskt., Abepura / Jayapura
- SKP (Hg.) [2000], *Memoria Passionis di Papua. Kondisi Sosial Politik dan Hak Asasi Manusia, Gambaran 2000*. Jayapura
- Bagus Sukaswara Widjaya / L. Christine Ansanay (o.J.); *Menciptakan pelayanan kesehatan masyarakat yang tepat sasaran dalam rangka Otonomi Khusus di Papua*, Mskt., Jayapura
- Statistik Indonesia 1986*, Jakarta
- Team Menschenrechte des Büros Gerechtigkeit und Frieden (SKP) der katholischen Kirche in Jayapura (Hg.) [2001], *Sebelum dan Sesudahnya*, Jayapura



The Netherlands Government (1960), *Netherlands Government Annual Report to the United Nations on Netherlands New Guinea*. The Hague  
 University Cenderawasih (1988) *Report 1986/1987*, Abepura / Jayapura

## Anhang VII: Der ARSO-Fall<sup>157</sup>

„Mit der Einrichtung staatlicher Plantagen 1982 erhielten Arso-Familien (insgesamt 600) das Recht, Grundstücke innerhalb der Plantagen zu erwerben [es sei darauf verwiesen, dass sie ihr eigenes, traditionelles Land kauften, das von der Regierung für Plantagen freigegeben wurde - tvdb] und ihre Kredite über 30 Jahre durch den Verkauf von Palmfrüchten zu begleichen. Die Plantagen selbst waren in zwei Teile geteilt: ein Kernbereich mit der Hälfte der Gesamtfläche und angrenzende Bereiche in Parzellengröße, die an Kleinbauern verkauft wurden. Die Arso machten nur einen kleinen Teil der Kleinbauern aus, da Hunderte von Parzellen Transmigranten aus Java und anderen Teilen Indonesiens angeboten wurden. Die heutige Verteilung der Bevölkerung von Arso spiegelt diese fundamentale Verschiebung wieder: Die Zahl der Nicht-Arso-Menschen (größtenteils Einwanderer aber auch Papuas aus anderen Gebieten) beläuft sich auf 20.000 [gegenüber dem Original-Zeitungsausschnitt aufgrund neuerer Informationen korrigiert; tvdb], während es nur 3.000 Einheimische gibt.

Arso-Bewohner beschreiben die Einführung der Ölplantage als unheilvollen Schlag gegen ihre Art zu leben. Sie mussten erkennen, dass sie als Ölpalmenanbauer nicht konkurrieren konnten. Sie verstanden es nicht, und niemand lehrte die erforderlichen komplizierten Landwirtschaftstechniken beim Palmanbau. Sie konnten mit den besser ausgebildeten Auswärtigen nicht konkurrieren. So verkauften die meisten Arso ihre Parzellen an Einwanderer und nahmen in vielen Fällen Tätigkeiten als Arbeiter auf dem Land an, das sie einmal besessen hatten.

Die schwere wirtschaftliche Verwerfung brachte die Arso-Kultur und ihren Lebensstil in ziemliche Unordnung. Die Ältesten der Gemeinschaft berichteten, wie unfähig sie waren, ihre Opposition zu den sich abspielenden Änderungen zu Gehör zu bringen. Die indonesischen Sicherheitskräfte hätten jegliches Anzeichen von Opposition als Ausdruck der Unterstützung für die Unabhängigkeitsbewegung (OPM) gedeutet, die in diesem Gebiet noch operierte. Bewohner erklärten, dass es während des New-Order-Regimes [der geläufige Name für Suhartos Regierungssy-

<sup>157</sup>Zitat aus einem Berichtsentwurf zur Beurteilung von „*Resistance, Recovery, Re-empowerment: Adat Institutions in Contemporary Papua*“ Jakarta, 2002. S. 35-36. zur Beratung des Programms *Indonesia Civil Society Support and Strengthening Program (CSSP)* sowie USAID / Indonesia. Das Expertenteam bestand aus Richard Howard, Rodd McGibbon und Jonathan Simon.

stem - tvdb] zahlreiche militärische Posten in dem Gebiet gab, und die Streitkräfte oft brutale Maßnahmen gegen jeden ergriffen, der seine andere Meinung ausdrückte. Daher lernten die Bewohner zu schweigen, und das Überleben auf der Grundlage von Tagelohn und Nahrungssuche in den zunehmend entfernten und schrumpfenden Wäldern zu sichern.“

## **Anhang VIII: Zeitungsausschnitt<sup>158</sup>: Jobs in neuen Bezirken**

Die Engstirnigkeit von Papua-Protestierern im Kontext der Autonomie: Salossa

Eine dreitägige Auswertung zur regionalen Autonomie auf Papua endete am Freitag mit einer der strittigsten Fragen: die Ernennung von staatlichen Beamten in der Provinz.

Die Angelegenheit wurde inmitten ausgedehnter Proteste durch einheimische Papuas gegen die Berufung von staatlichen Beamten von außerhalb Papuas vorgebracht. Solche Proteste traten seit 2001 häufig auf, als die Zentralregierung ihre Wendung zu mehr regionaler Autonomie nahm, die den regionalen Verwaltungen eine größere Rolle und mehr Macht bei der Verwaltung ihrer Gebiete einräumte.

Der jüngste Protest richtet sich gegen die Amtseinführung des Chefs der Fischereibehörde auf Papua, Astiler Maharadja, und die Amtseinführung des Chefs der Finanzbehörde im Sekretariat der Papua-Regierung, Paul Onibala.

Die Protestierer wandten sich während der Zeremonie zur Amtseinführung am 11. Oktober dagegen, dass beide keine einheimischen Papuas sind. Die Ernennung behindere den Geist der regionalen Autonomie, da die Papuas so nicht zu den Herren über ihr Land würden.

Nicht alle Papuas sind damit einverstanden. Der Gouverneur Papuas, Jaap Salossa, ein einheimischer Papua, zeigte sich angesichts des organisierten Protestes besorgt und meinte, die Protestierer legten ein engstirniges Verständnis über regionale Autonomie an den Tag. Er kritisierte die allgemeine Einstellung unter Papuas, einschließlich Regierungsbeamten, dass im Zuge der Umsetzung der regionalen Autonomie alle strategischen Posten automatisch an einheimische Papuas fallen sollten.

„Sie meinen, alle Posten sollten an einheimische Papuas fallen. Sie missachten den Leistungsgedanken, und das ist falsch. Wenn wir dieser falschen Einstellung nachgeben, werden die Papuas dumm bleiben“ sagte Salossa.

Den Protest ignorierend führte Salossa weiter aus, dass die Provinzverwaltung auch weiterhin strategische Posten mit Papuas und Nicht-Papuas auf der Grundlage von Leistung und intellektueller Fähigkeit besetzen würde. Dies würde letztlich den einheimischen Papuas und der Verwaltung nutzen und Papuas motivieren, härter zu

<sup>158</sup>Jakarta Post, 18. Oktober 2004.

arbeiten, um ihre beruflichen Fähigkeiten zu verbessern und mit Indonesiern von außerhalb der Provinz konkurrieren zu können.

Außerdem, wenn die besten Leute die Provinzverwaltung führten, würden alle Bewohner Papuas Nutzen daraus ziehen, Einheimische wie Auswärtige. Eine ähnliche Ansicht vertrat der Rektor der Cenderawasih-Universität, Frans Wospakrik. Eine enge Auslegung der regionalen Autonomie könnte Konflikte zwischen einheimischen Papuas und Auswärtigen schüren.

Er fügte hinzu, dass die regionale Autonomie die Papuas zu härterer Arbeit motivieren sollte, um mit Leuten aus anderen Regionen konkurrieren zu können, so dass die Qualität der Humanressourcen auf Papua gleich der in anderen Provinzen wäre.

## Anhang IX: Der JAYAWIJAYA-Fall

*April – Oktober 2004*

In der landesweit verbreiteten Zeitung *Media Indonesia* konnte am 22. Juli 2004 die folgende Nachricht gelesen werden<sup>159</sup>:

*Das Mitglied des regionalen Parlaments (DPRD) der Provinz Papua, Piet Hein Kulalelin, STh., gab bekannt, dass er während seines kürzlichen Besuchs in Wamena das dortige Krankenhaus geschlossen vorfand. Diese Situation herrschte wegen Mangel an Betriebskapital, an Arzneien und wegen nicht bezahlter Honorare für das letzte Jahr an das angestellte medizinische Personal bereits einige Zeit vor. Dies, obwohl der verfügbare Etat der Bezirksregierung recht eindrucksvoll ist, verglichen mit dem Etat anderer Bezirke. „Es ist wirklich eine Schande, dass örtliche Verwalter verschwenderisch mit Geld für recht unklare Zwecke umgehen, während ein vitaler Sektor wie das Gesundheitswesen unberücksichtigt bleibt,“ sagte er. Darüber hinaus ist nicht nur der Gesundheitssektor sondern auch der Ausbildungssektor betroffen, und die allgemeinen öffentlichen Dienstleistungen an die Gemeinschaft sind vollständig paralysiert. (...) Diese Situation wird angesichts der Tatsache noch absurder, als alle höheren örtlichen Verwalter des Jayawijaya-Bezirks vor kurzem ihr Treffen zur Koordinierung der Entwicklung im Marcopolo-Hotel in Jakarta abhielten, das Hunderte von Millionen von Rupien verschlang.*

Solche Nachrichten werden durch unsere eigenen Beobachtungen während eines Ortstermins in Wamena Ende April 2004 bestätigt. Es lohnt sich daher, einen genaueren Blick auf die Situation zu werfen, um verstehen zu lernen, welche Widrigkeiten bei der Verwaltung von Bezirken auftreten, die jetzt einen bestimmten Grad von

<sup>159</sup>*Media Indonesia*, 22. Juli 2004.

Autonomie genießen. Wir gehen dabei den Entwicklungen nach, wie sie in den örtlichen Zeitungen berichtet wurden.

Seit Mitte April 2004 berichten die Zeitungen über mehrere Demonstrationen. Fast alle – hauptsächlich Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst – nehmen an diesen Demonstrationen teil. Die Proteste werden teilweise durch die Gruppierung *Solidarity Civil Servants* organisiert. An den Demonstrationen nehmen viele Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst aus allen Sektoren teil. Die Schulen sind geschlossen und die Eingänge zu öffentlichen Büros, auch zum Büro des Bezirksparlaments sind versperrt (*dipalang*). Die Forderungen haben fast alle mit Geld zu tun. Die Menschen erhielten lange Zeit keinen Lohn, Projektgelder wurden nicht zur Verfügung gestellt, Lieferanten nicht ausbezahlt, oder es ist kein Geld verfügbar, um tägliche Dienstleistungen für die Gemeinschaft zu erbringen. Sie fordern den Rücktritt des Bezirkschefs (*Bupati*), ein Einheimischer, und sie tragen Spruchbänder mit Texten wie: *„Hiroshima wurde durch eine Bombe vernichtet, Wamena durch den Bupati.“* Sie besetzten den Wohnsitz des *Bupati* und schoben Wache auf seinem Anwesen. Der *Bupati* reagiert und verspricht, „nächste Woche“ zu bezahlen. Der Müll in der Stadt türmt sich und lässt die Kleinstadt in Gestank und Dreck versinken. Man kann Angestellte des öffentlichen Dienstes spazieren gehen und plaudern sehen, sie versuchen, ihre Zeit auszufüllen. Die Ämter sind geschlossen, doch wenn sie geöffnet sind, dann ohne irgend eine Funktion, da kein Geld zum Arbeiten vorhanden ist. Diese Situation dauert wochenlang. Wamena vermittelt den Anschein eines Generalstreiks, und die Regierungaktivitäten sind völlig gelähmt.

Während der Feiern zu 50 Jahren protestantischer Mission im Bezirk (22. April 2004) veröffentlichen die Vereinigten Kirchen (elf Konfessionen) ein sehr kritisches Statement in Bezug auf die örtlichen Entwicklungen. In einer mündlichen Erklärung stellt der Vorsitzende der Baptistenkirche – ein Einheimischer – recht unverblümt fest: *„Unsere Verwalter sind zu Dieben an der Leute Geld geworden; sie haben das Gefühl für Werte verloren, wie sie das Evangelium verkündet, sie arbeiten daher unehrlich, ungerecht und nicht wahrhaftig“*<sup>160</sup>. Die Vereinigten Kirchen können, so seine Schlussfolgerung, diese Situation nicht länger tolerieren, und ihr Schweigen könne nicht erkaufte werden.

Anfang Mai feuert der *Bupati* seinen Bezirkssekretär (*sekda*). Er suggeriert, die Schuld bei dessen Mitarbeitern zu suchen. Der Regionalsekretär in Jayapura stellt allerdings fest, dass diese Maßnahme des *Bupati* gegen das Gesetz verstößt: *„Bei Entlassungen sind Regeln zu beachten“*, sagt er den Medien<sup>161</sup>. Die Entlassung des Bezirkssekretärs löst einen ziemlich heftigen Protest des Vorsitzenden der Baptistenkirche aus. Der Mann sollte nicht entlassen werden, *„da er nicht Teil des Problems und eine gebildete Person aus dem örtlichen Hochland ist“* [dieser letzte Teil

<sup>160</sup> *Papua Post*, 23. April 2004.

<sup>161</sup> *Papua Post*, 21. Mai 2004.

*der Begründung ist interessant, da er auf eine ethnisch orientierte Argumentation verweist – tvdb].*

Prominente des Bezirks, die in Jayapura wohnen, setzen den Gouverneur unter Druck, den *Bupati* und das örtliche Parlament aufzufordern, Rechenschaft über das Geschehene abzulegen. Die Gemeinschaft kann den *Bupati* zwar nicht entlassen, aber ihrer Meinung nach kann es das Parlament. Sie fragen sich, „*wie es ist möglich, dass ein Bupati, der über fünf Jahre im Amt ein derartiges Chaos angerichtet hat, vom Parlament für weitere fünf Jahre bestätigt wird*“?

Was läuft wirklich falsch im Bezirk? Der Gouverneur beruft ein Untersuchungsteam zur Abklärung der dortigen Lage ein. Die *Papua Post* berichtet über dessen Befund am 7. Mai 2004 mit der Schlagzeile: „*Die Bezirksverwaltung von Jayawijaya ist mit 150 Milliarden verschuldet*“<sup>162</sup>. Die örtliche Verwaltung schuldet diesen Betrag den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst, Sanitätern, Gemeinschaften, Lieferanten einschließlich auswärtiger Piloten und Luftfahrtgesellschaften, die die Versorgung des Bezirks mit den Hauptnahrungsmitteln, mit Baumaterialien usw. sicher stellen. Mit anderen Worten: der Bezirk ist faktisch pleite. Aufgrund dieses ersten Berichts trifft der Gouverneur die Entscheidung, vor jeglicher anderen Handlung eine offizielle Finanzrevision durchführen zu lassen, um die Gründe in Erfahrung zu bringen, warum die Regierungskasse leer ist.

Aus Protest gegen die Bedingungen im Bezirk ‚besetzen‘ Studenten das Gebäude des Bezirksparlaments und verlangen die Entfernung des *Bupati* aus dem Amt. Der Gouverneur lehnt es allerdings ab, sie während seines Besuchs in Wamena zu treffen. Letztlich empfängt er einen Vertreter und legt dar, dass die Auswechslung eines *Bupati* nach Recht und Gesetz vonstatten gehen muss und daher nicht leicht ist. „*Wir unterwerfen uns besser den Regeln, als einen sehr gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen*“ erklärt er dem studentischen Vertreter<sup>162</sup>. Die Organisation der Studenten aus Jayawijaya setzt in Jayapura den Gouverneur gleichwohl unter Druck, möglichst schnell zu handeln. Sie werfen der politischen Elite aus Jayawijaya vor, die Gelder für ihre eigenen Zwecke oder ihrer Gruppen verbraucht und so eine enorme Kluft zwischen ihnen und den lokalen Gemeinschaften geschaffen zu haben, die in bitterer Armut leben. Sie weisen außerdem darauf hin, dass die wachsende Unzufriedenheit in den Gemeinschaften mit zum Auslöser für die Gewalttätigkeiten im Jahr 2000 und 2003 wurde. Sie machen auch darauf aufmerksam, dass Polizei und Militär im Distrikt die Korruption decken. Die Studenten werden zusehends ungeduldiger mit dem Gouverneur, weil er die Angelegenheit nicht in die Hand nehme, während der Gouverneur darauf hinweist, dass er einen *Bupati* nicht einfach entlassen kann. Die örtliche Versammlung kann dies. Der Zorn der Studenten über den Gouverneur war noch nicht verraucht, als dieser kürzlich den *Bupati* für weitere fünf Jahre im Amt akzeptierte: trotz der stu-

<sup>162</sup> *Papua Post*, 21. Mai 2004.

dentischen Proteste. Einmal mehr verwies der Gouverneur darauf, dass er kein Recht zur Ablehnung des *Bupati* habe. Dies falle in die Kompetenz des Bezirksparlaments.

Mitte Juni ist das Team zu Überprüfung der Finanzen noch keinen Schritt vorgekommen. Der Regionalsekretär erklärt die Verzögerung mit der Abwesenheit des *Bupati*, der sich anscheinend in Jakarta zur ärztlichen Behandlung aufhält. Der Sekretär bestätigt, dass sich die Revision nicht allein auf eine Person sondern auf die ganze örtliche Verwaltung bezieht. Die Auditoren können ohne das grüne Licht durch den *Bupati* allerdings nicht anfangen. Der Sekretär bestreitet, dass der *Bupati* die Revision ablehnt. Ende Juli<sup>163</sup> informieren die örtlichen Medien die Öffentlichkeit, dass der Gouverneur die Ablehnung des *Bupati* von Jayawijaya sehr bedauert, eine Revision zuzulassen. Daher müsse er nun die Hilfe von Polizei und Gericht in Anspruch nehmen. Anderntags erklärt der *Bupati*, dass er die Revision nicht ablehnt, aber wegen seiner ärztlichen Behandlung eine Verschiebung anstrebt. Abgesehen davon bestreitet er jegliche Korruption. Das Defizit sei den zu hohen Zielen des Programms geschuldet, die nicht erreicht werden könnten.

Ende Juni nimmt das Krankenhaus seine Tätigkeiten wieder auf, obwohl die Schulden noch nicht beglichen sind. Der Krankenhauschef erklärt, dass sie tun, was sie können, wobei er die Information enthüllt, dass einige Ärzte (Fachärzte) möglichst schnell weggehen wollen. Mittlerweile richtet sich die Aufmerksamkeit auf die anstehenden Wahlen und deren Ergebnisse, Nachrichten über den Wahlauschluss stehen im Vordergrund der Berichterstattung.

Anfang August kommt das Bezirksparlament in die Schlagzeilen, als es den jährlichen Rechenschaftsbericht des *Bupati* diskutiert. Es mag überraschen, aber letztendlich wird der Rechenschaftsbericht des *Bupati* von der Versammlung angenommen. Die Volksvertretung beschränkt sich auf einige Ratschläge an den *Bupati*, einige Dinge zu verbessern. Der *Bupati* führt mit den Medien Gespräche, als wäre in seinem Gebiet alles in Ordnung, als würden Gehälter bezahlt, Projekte ausgeführt etc.<sup>164</sup>. Einige Wochen lang spricht niemand mehr von der Revision zur kritischen Überprüfung des Haushaltsgebahrens.

Mitte September berichtet ein Mitglied des SKP vom Besuch in Wamena, dass sich die Situation dort und in der Umgebung im Vergleich zu den Monaten davor verschlechtert hat. Es herrscht ein sichtbarer Mangel an öffentlichen Diensten. Die Straßen müssten dringend repariert werden, zum Tanken braucht es Stunden, weil Benzin Mangelware ist, und junge Leute hungern an öffentlichen Orten herum, nicht wissend, wie sie ihren Tag verbringen sollen, der oft in Trunkenheit endet. Gleichzeitig kann man Luxusautos begegnen, und kleine Läden bieten eine große Auswahl an Mobiltelefonen an. Es entsteht der Eindruck, dass nur eine kleine Gruppe Zugang

<sup>163</sup>*Papua Post*, 29. Juli 2004.

<sup>164</sup>*Cepos*, 3. August 2004.

zu fortschrittlichem Transport und Kommunikation hat, während sich die Mehrheit allenfalls mit einem Minimalstandard an Wohlstand zufrieden geben muss<sup>165</sup>.

Mitte Oktober titelt *Cepos*, dass die Polizei in Wamena eine Untersuchung gegen den *Bupati* führt. Überraschenderweise jedoch nicht wegen des Problems, dass die Verwaltung die Hälfte des letzten Jahres paralyisiert gewesen ist, sondern wegen einer persönlichen Klage durch den früheren Vorsitzenden der lokalen Volksvertretung. Er reichte bei der Polizei seine Klage ein, dass durch ein Schreiben des *Bupati* sein guter Ruf beschädigt worden sei, weil es ihn und andere mit einem Einbruch in das Waffendepot des Militärs im April 2003 in Verbindung bringt<sup>166</sup>.

Ende Oktober liegen keine neuen Informationen über die geplante Untersuchung der Verwendung von Regierungsgeldern vor. Es scheint, als gebe es keine wirkliche Bemühung, den Bezirk aus seiner umfassenden Malaise zu befreien.

*Anmerkung der Redaktion:* Erst im August 2005 kommt es zu ernsthaften polizeilichen Untersuchungen gegen den Bupati von Wamena (Jayawijaya) aufgrund von begründetem Korruptionsverdacht.

## Anhang X: Ausbildung im Unterbezirk IWUR und ähnlichen Gebieten

In diesem Anhang zitieren wir einige Berichte über die sehr konkreten Bedingungen im Innern des Landes, beobachtet während einer Schulung in Iwur<sup>167</sup>, sowie einige kurze Berichte aus dem Bezirk Jayawijaya im Rahmen eines Seminars 2001.

Die Beteiligten hoben die fehlende Aufmerksamkeit der Regierungsinstitutionen hervor, wie die Unterrichtsabteilung in Jayapura (Provinz) oder in Wamena (Bezirk), was sich in einem offensichtlichen Mangel an Unterrichtseinrichtungen äußert. Der Mangel an Lehrern ist ein anderes Problem. Entweder sind sie nicht da, oder sie unterrichten nicht. Ebenso herrscht ein Mangel an Unterrichtsmaterialien wie Büchern. Diese Realität führt die Teilnehmenden zum Schluss, dass das Recht der Kinder auf Ausbildung nicht im mindesten gewährleistet ist. Bei näherem Hinsehen auf Einrichtungen und Lehrer ergibt sich nachfolgendes Bild.

<sup>165</sup>*Memo kunjungan Wamena*, unveröffentlichter Bericht des SKP, 18. September 2004.

<sup>166</sup>Die Beziehung zwischen *Bupati* und dem Vorsitzenden der Volksvertretung ist nicht frei von politischer Rivalität. Beide stammen aus dem Hochland; der *Bupati* aus der Talgegend, der andere aus der Berggegend. Beide zeigen starken Ehrgeiz, im Bezirk Verantwortung zu tragen, und beide scharen eigene Unterstützer um sich, um dieses Ziel zu erreichen.

<sup>167</sup>Iwur ist eine kleine Gemeinde im östlichen Hochland von Papua, in Grenznähe zu Papua Neuguinea. *Refleksi pastoral paroki Kristus Bangkit Iwur, Kabupaten Pegunungan Bintang*, unveröffentlichte Studie des SKP vom August 2004.

**Tabelle 26 – Vom Recht auf Ausbildung in Iwur laut Teilnehmenden des Trainingprogramms**

<b>Rechte / Pflichten</b>	<b>Wer verletzt diese Rechte</b>	<b>Wer sind die Opfer</b>
Ungenügende Pflege der Ausbildungseinrichtungen durch die Regierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsressort der Provinz Papua</li> <li>- Bildungsressort des Bezirks Jayawijaya</li> <li>- Schulamt in Oksibil</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kinder, die in die Schule gehen wollen</li> <li>- Lehrer vor Ort</li> <li>- die Gemeinde Iwur</li> </ul>
Keine Lehrer verfügbar	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsressort der Provinz Papua</li> <li>- Bildungsressort des Bezirks Jayawijaya</li> <li>- Schulamt in Oksibil</li> <li>- Lehrer, die nicht unterrichten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kinder, die in die Schule gehen wollen</li> <li>- die Gemeinde Iwur</li> </ul>
Achtlosigkeit der Eltern	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eltern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kinder, die in die Schule gehen wollen</li> </ul>
Achtlosigkeit gegenüber der Fürsorge für Lehrer	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsressort der Provinz Papua</li> <li>- Bildungsressort des Bezirks Jayawijaya</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lehrer der Gemeinde Iwur</li> </ul>

Die Tabelle über den Zustand der Grundschulen verdeutlicht, dass von sieben Grundschulen im Gebiet nur drei funktionieren. Zusätzlich sollte erwähnt werden, dass in vier Dörfern (04 bis 07) es keine Gelegenheit gibt, überhaupt zur Schule zu gehen. Wer zur Schule gehen will, muss zu Fuß in das Nachbardorf gehen, wo die Schule stattfindet.

**Tabelle 27 – Zustand der Grundschulen im Unterbezirk Iwur**

<b>Nr.</b>	<b>Name der Schule</b>	<b>Ort</b>	<b>Schüler</b>	<b>Zustand</b>
01.	SD Inpres Iwur	Iwur	114	Findet statt
02.	SD Inpres Arimtap	Dewok	107	Findet statt
03.	SD Inpres Walapkubun	Kawor	180	Findet statt
04.	SD Inpres Imsin	Imsin	80	Findet nicht statt
05.	SD Inpres Kurumkim	Kurumkim	-	Findet nicht statt
06.	SD Inpres Ulkubi	Ulkubi	-	Findet nicht statt
07.	SD Inpres Katoabib	Katoabib	-	Findet nicht statt



**Tabelle 28 – Lehrer, ihre Eignung und ihr Status im Unterbezirk Iwur**

	Name	SD	Eignung	Status
01.	Willem Oropka	Iwur	SPG	Schulleiter des SD Inpres Iwur; unterrichtet seit 1985
02.	Engel Kalakmabin	Iwur	SGO	Unterrichtet nicht
03.	Albert Kakyarmabin	Iwur	IPI	Unterrichtet nicht
04.	Osep Yikwa	Iwur	SPG	Unterrichtet nicht, Bewerbung in Wamena wird nicht bearbeitet
05.	Welem Nikson Walam	Dewok	PGSD	Will Angestellter im öffentlichen Dienst werden
06.	Fredy Oropyana	Dewok	PGSD	Will Angestellter im öffentlichen Dienst werden
07.	Simon Kalyana	Dewok	PGSD	Will Angestellter im öffentlichen Dienst werden
08.	Agustinus Okbirok	Dewok	PGSD	Will Angestellter im öffentlichen Dienst werden
09.	Daniel Well	Dewok	PGSD	Will Angestellter im öffentlichen Dienst werden
10.	Ananias Maling			Unterrichtet nicht, umgezogen nach Langda
11.	Paulus Well		IPI	Honorarkraft
12.	Bartol Kalakmabin	Kawor	IPI	Honorarkraft
13.	Bablang Kakyarmabin		n.a.	Unterrichtet nicht
14.	Eko Bintoro		n.a.	Unterrichtet nicht, umgezogen nach Oksibil
15.	Tobias Kalakmabin	Imsin	SD	Lehrer auf freiwilliger Basis
16.	Johanis Ketokyana	Imsin	SD	Lehrer auf freiwilliger Basis
17.	Matias Kalakmabin	Iwur	SMK	Lehrer auf freiwilliger Basis
18.	Anton Oropka		SMU	Lehrer auf freiwilliger Basis
19.	Titus Kimkuri		SD	Lehrer auf freiwilliger Basis
20.	Yopy Amirka		SD KLAS IV	Lehrer auf freiwilliger Basis
21.	Beni Oropyana		SD KLAS IV	Lehrer auf freiwilliger Basis
22.	Yeuri Enoka		Putus SMP	Lehrer auf freiwilliger Basis
23.	Blasidus Mopyok		SMU	Lehrer auf freiwilliger Basis
24.	Beni Itul		SMU	Lehrer auf freiwilliger Basis

Diese Liste ist recht anschaulich. Sie zeigt, wie viele Lehrer, die offiziell einer Schule zugewiesen sind, offensichtlich nicht unterrichten oder sich auf einen ‚Bürojob‘ im öffentlichen Dienst vorbereiten. Die Liste der Eignungen ist ebenfalls aufschlussreich, da diejenigen Lehrer, die die offiziellen Anforderungen erfüllen (SPG SGO PGSD oder IPI) kaum am Unterricht beteiligt sind, während letztere Aufgabe Freiwillige wahrnehmen, die dazu eigentlich nicht befähigt sind. Fünf von ihnen weisen sogar lediglich Grundschulausbildung oder nur einen Teil davon auf.

Eine ähnliche Situation trafen wir an verschiedenen Orten im Innern des Landes an. Wir zitieren von einem Seminar in Wamena 2001:

Es wurde der Fall geschildert, dass sich 20 Personen als Lehrer beworben hatten, wovon 11 ein falsches Diplom besaßen, und neun als Lehrer unpassend waren. Gleichwohl wurden fünf angenommen; zwei Auswärtige, und von den anderen dreien ist die Eignung ziemlich fraglich. Die Provinzbehörde von Jayapura reagierte auf die Beschwerden nicht. Es kann als sicher gelten, dass eine derartige Politik keinen anständigen Unterricht garantiert.

Die Schule in Tulem (Gemeinde Kurulu) funktioniert kaum, während die Schüler an den jährlichen Abschlussprüfungen gleichwohl teilnehmen müssen. Der Schulleiter ist nicht vor Ort, von den acht zugewiesenen Lehrern unterrichten nur vier regelmäßig.

Im Gebiet von Yalengga, Bugi, Milimo und Korage (Unterbezirk Bolakme) unterrichten in jeder Schule durchschnittlich nur zwei bis drei Lehrer. Die meisten Lehrer bleiben nicht länger als ein Jahr und schauen sich nach anderen Möglichkeiten in der Stadt um.

Im Unterbezirk Kurulu fallen die Gebäude der Grundschule wie die Häuser für die Lehrer beinahe auseinander, die Sitze sind kaputt, die Wände durchlöchert usw. Diese Situation findet sich in den Schulen SD Inpres Wadlangku, SD Inpres Wosi, SD Inpres Obia, SD Inpres Umpakalo, SD Inpres Meagama, SD Inpres Abusa, SD YPPK Waga-Waga und SD YPPK Wenabubaga.

Im Unterbezirk Abenaho gibt es vier Grundschulen (SD Inpres Dombomi, SD Inpres Namoken, SD YPK Landikma, SD Somburu). Seit 1994 findet in dreien davon keinerlei Unterricht statt während in der vierten eine Honorarkraft der Kirche tätig ist. In dieser Schule (SD Somburu) gibt es 100 Schüler. Der Unterbezirk verfügt über eine Mittelschule (SLTP 2 Kurulu), aber seit Oktober 2000 gibt es keine Lehrer (nach den blutigen Auseinandersetzungen in Wamena). Die Beamten der Regierung für den Unterbezirk, der aus neun Dörfern besteht, befinden sich ebenfalls nicht vor Ort.

## **Anhang XI: Bildungsprojekte der Regierung im Jahr 2003**

Laut Rechenschaftsbericht des Gouverneurs für 2003 können folgende Projekte durchgeführt werden:

### **1) Elementarbildung (Kindergarten, Grund- und Mittelschule)**

- Verbesserung der Einrichtungen: Reparatur von fünf Mittelschulen, ein neues Klassenzimmer für eine Mittelschule, Spielsachen für 29 Kindergärten, sechs Wohnhäuser für Schuldirektoren, vier Wohnhäuser für Lehrer, Reparatur von sieben Grundschulen, Bau eines weiteren Gebäudes an einer Grundschule. Umsetzung: 100 Prozent.

- Verbesserung der Lehrerbildung: Training für 430 Lehrer [*keine Angaben über Dauer und Inhalt des Trainings – tvdb*], zusätzliche Bildungsmaßnahmen für 59 Lehrer bis zum Diplom II, Managementschulung für 469 Schuldirektoren, Schulung für 325 Fachlehrer, vergleichende Studien zu 20 Schuldirektoren. Umsetzung: 90,68 Prozent.
- Verfügbarkeit von Lehrmaterial: Verbreitung von 93.300 Büchern zur Grundbildung [*keine Angaben zur Art der Verbreitung – tvdb*]. Umsetzung: 100 Prozent.
- Verfügbarkeit von Lehrern: Anstellung von zusätzlichen 600 Lehrern für entfernt liegende Gebiete. Umsetzung: 100 Prozent.
- Internatssystem: Unterstützung für Unterbringung an 23 Schulen mit 2.223 Schülern. Umsetzung: 100 Prozent.

## 2) Gymnasialbildung

- Verbesserung der Funktionen: Reparatur von neun Schulen; Bau zweier Schulen, Mobiliar für zwei Schulen, Bau dreier Klassenräume. Umsetzung: 100 Prozent.
- Verbesserung bei Laborplätzen: Bereitstellung von 44 Laborsets, praktische Instrumentarien für vier Schulen. Umsetzung: 100 Prozent.
- Verfügbarkeit von Lehrern: von den angepeilten 235 Verträgen konnten 181 vereinbart werden. Umsetzung: 77 Prozent.
- Verfügbarkeit einer ‚Eliteschule‘: zwei Schulen wurden ausgewählt – eine in Jayapura und eine in Sorong. Sie erhielten Sonderzuwendungen [*ohne Angabe von Einzelheiten – tvdb*]. Umsetzung: 100 Prozent.
- Verfügbarkeit von ‚Sonderklassen‘: 15 Klassen wurden ausgewählt und erhielten besondere Hilfen (Lehrmaterialien, zusätzliches Personal, zusätzliche Schulungen für die Lehrer). Umsetzung: 100 Prozent.

## 3) akademische Ausbildung

- Verbesserung des Zugangs: Stipendien für weiterführende Ausbildung an 1.191 Schüler aus 14 Bezirken. Stipendien für Aufbaustudien (S2, S1, DIII. and DII) an 1.944 Studierende. Umsetzung: 100 Prozent.
- Verbesserung der Funktionen: Bau von neun Vorlesungsräumen, 20 zusätzliche Computer und Bau zweier Laboratorien – eins für die UNCEN. eins für die UNIPA. Umsetzung: 100 Prozent.
- Förderung privater Institutionen: Unterstützung und Anreize an fünf Stiftungen in Jayapura [*ohne Einzelheiten – tvdb*]. Umsetzung: 100 Prozent.

## 4) allgemeine Einrichtungen

- Bibliothek: 625 neue Bücher für den postgraduierten Bereich; 12.000 Bücher für Allgemeinbildung, 110 neue CDs. Umsetzung: 100 Prozent.

## Anhang XII: Gesundheitssituation im Unterbezirk IWUR

Als Beispiel für ein entfernt liegendes Gebiet kann Iwur gelten (vgl. auch den Teil zur Ausbildung). Die dortige Lage kann summarisch aus den folgenden Tabellen entnommen werden<sup>168</sup>:

**Tabelle 29 – Hauptprobleme im Unterbezirk Iwur**

1. Mangel an medizinischem Personal
2. Mangel an Gesundheitseinrichtungen
3. Sauberes Wasser
4. Vom öffentlichen Gesundheitszentrum (*pukesmas*) existiert nur der Name. Es gibt keine Leitung, nur eine Hebamme und zwei Gesundheitshelfer (Sanitäter).

**Tabelle 30 – Schlüsselprobleme, Verbesserungen und Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung im Unterbezirk Iwur**

Schlüsselprobleme	Verbesserungen	Einschränkungen
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mangelndes Interesse des Gesundheitsministeriums</li> <li>2. Das medizinische Personal hat sich nie heimisch und motiviert gefühlt</li> <li>3. Mangelnde Ausrüstung zur Untersuchung</li> <li>4. Mangelnde Ausstattung mit Wohnräumen für das medizinische Personal</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ein neues öffentl. Gesundheitszentrum</li> <li>2. Ein Haus für medizin. Personal</li> <li>3. Zwei Sanitäter</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Leiter des Gesundheitszentrums ist nie vor Ort</li> <li>2. Das Haus für das Personal ist für den Leiter bestimmt; die anderen müssen in traditionellen Häusern unterkommen</li> </ol>

<sup>168</sup>Interner Bericht zur SKP-Felduntersuchung vom 26 Juli bis 3. August 2004.

**Tabelle 31 – Vom Recht auf Gesundheitsversorgung im Unterbezirk Iwur**

Rechte / Pflichten	Wer verletzt diese Rechte	Wer sind die Opfer
1. Unterhalt durch das Gesundheitsministerium	- Leitung Gesundheitswesen im Bezirk Jayawijaya	- Gemeinschaft des Unterbezirks Iwur
2. Verfügbarkeit der Funktionen in den Gesundheitszentren	- Leitung Gesundheitswesen im Bezirk Jayawijaya	- Gemeinschaft des Unterbezirks Iwur
3. Zugang zu angemessener Versorgung	- Leitung Ges.-Zentrum in Iwur	- Gemeinschaft des Unterbezirks Iwur
4. Budget Ges.-Versorgung (öffentl. Etat; Impfbudget – 15 Mio. für das Ges.-Zentrum Iwur)	- Leitung Ges.-Zentrum in Iwur	- Gemeinschaft des Unterbezirks Iwur

**Tabelle 32 – Gesundheitsversorgung – Einrichtungen, Personal – Verfügbarkeit im Unterbezirk Iwur**

Nr.	Gemeinde	Einrichtungen			Personal	Gruppen / Familienplanung
		Ges.-Zentrum	Sub-Zentrum	Erste Hilfe		
01.	Iwur	verfüg.	nicht-verf. (n.a.)	vrfgb.	4 med. Personal 1 Aushilfe 2 Sanitäter	sieben Frauen
02.	Tirnot	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	eine Frau
03.	Tarub	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.
04.	Marantikin	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.
05.	Arim	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.
06.	Walapkubun	n.a.	n.a.	n.a.	2 Sanitäter	n.a.
07.	Ulkubi	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.
08.	Ewen	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
09.	Kawor	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.
10.	Ater	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.
11.	Mikir	n.a.	n.a.	n.a.	1 Sanitäter	n.a.

**Tabelle 33 – Häufigste Krankheiten im Unterbezirk Iwur**

Nr.	Krankheit	Nr.	Krankheit
1	Hautkrankheiten	5	Blutarmut
2	Rheuma	6	Würmer
3	Diarrhoe, Cholera	7	Geschlechtskrankheiten (bei Männern)
4	Atemwegsinfektionen		

## **Anhang XIII: Regierungsprojekte im Bereich Gesundheit 2003**

Laut Rechenschaftsbericht des Gouverneurs für 2003 können folgende Projekte aufgeführt werden:

### **1) Grundlegende Gesundheitsversorgung**

Neue Instrumente für öffentliche Gesundheitszentren: 76 Einheiten mit medizinischen Handbüchern (3 Sorten), Handbücher für häusliche Therapien (220 Exemplare) und Handbücher für einen Garten mit Medizinalpflanzen (220). Umsetzung: 100 Prozent.

### **2) Verbesserung der Labordienste**

150 Packungen an Ausstattungsmaterialien für Laboratorien und öffentliche Gesundheitszentren; 135 Muster Testmaterial für HIV/AIDS; 80 Einheiten Instrumente für Laboratorien; Schulung für 20 Laboranten und 20 andere Angestellte des Gesundheitszentrums. Umsetzung: 100 Prozent.

### **3) Verbesserung der Mutter-Kind-Betreuung**

Lieferung von 96 Sets „Ponek“-Instrumenten; 300 Ausrüstungssätze für Hebammen; Ausstattung der Säuglingsstation mit 1.500 Ausrüstungssätzen, 2 Ausrüstungssätze an GSI-Instrumenten; Schulung von 37 Hebammen. Umsetzung: 100 Prozent.

### **4) Verbesserung der Ernährung und Beratung vor Ort**

Lieferung von 500 Ernährungspaketen; 500 Pakete Vitamin- und Mineralstoffe; eine Computereinheit; Behandlung von 500 Fällen an Mangelernährung; 10.000 Kartons an zusätzlicher Nahrung (Milch, Vitamin A, u.a.) für Schulkinder in 1.000 Dörfern [*keine Angabe zur Umsetzungsrate – tvdb*].

Schulung für 120 Mitarbeiter von Erste-Hilfe-Posten (*posyandu*); Unterstützung der Funktionen solcher *posyandu* in drei Bezirken; Unterstützung der Funktionen von KHPPIA in fünf Bezirken und PMT-AS in 14 Bezirken. Umsetzung: 100 Prozent.

### **5) Ausbildung medizinisches Personal**

Ausstattung mit Stühlen und Tischen für 50 Studierende; Stipendien für 1.257 Studierende. Umsetzung: 100 Prozent.

Schulung für 530 Angehörige des medizinischen Fachpersonals; Schulung in der Analyse von Daten für 18 Mitglieder; technische Schulung für 17 Mitglieder. Umsetzung: 100 Prozent.

# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

THEODOR RATHGEBER

Die vorliegende Studie belegt zur Genüge, dass die spezifischen, historisch gewachsenen Beziehungen zwischen West-Papua und Indonesien die wesentliche Ursache für den fortdauernd unterprivilegierten, in Teilen diskriminierenden Status der Papuas in ihrem eigenen Land darstellt. Selbst die Daten aus den offiziellen Berichten und Statistiken zur Lage der Nation zeigen allein schon numerische Nachteile Papuas etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Verwaltung. Offensichtlich sind, zumindest als Teil einer Lösung, mehr finanzielle Investitionen notwendig, um die dortige Lebenslage zu verbessern und im Vergleich zu anderen Regionen Indonesiens in sozialen Belangen einen höheren Rangplatz einzunehmen als momentan den zweitletzten. Papua ist eine reiche Provinz, aus der die Zentralregierung Indonesiens beträchtliche Einnahmen abzieht; die eigentlich zur Verbesserung der offensichtlichsten sozialen Bedürfnisse der Papuas eingesetzt werden sollten.

Gleichwohl bedeutet mehr Geld allein keine Lösung des Problems. Dies würde Gefahr laufen, zum einen die Korruption zu fördern, solange weder ein unabhängiges Kontrollsystem noch Mechanismen mit automatisierten Abläufen existieren. Die Ergebnisse der Studie belegen zum anderen, dass das Problem nicht allein eine Frage der Anzahl sondern der Qualität ist, vor allem dort, wo Teile Papuas als unterentwickelt gelten und nicht zufälligerweise überwiegend indigene Völker siedeln. Der Reichtum Papuas kommt dem Land nicht zugute. Bis heute erfolgt kein Transfer zugunsten der Versorgung der dortigen indigenen Völker. So gewinnen diese den Eindruck, Außenseiter in der eigenen Umgebung zu sein. Dies muss nicht überraschen, wenn wir uns die bestimmenden Schlüsselfaktoren für die Entwicklung Papuas vor Augen halten.

Zum ersten rekrutiert die politische und militärische Elite in Jakarta einen gewichtigen Teil ihres Führungspersonals und ihrer Mitglieder nach wie vor aus dem traditionell herrschenden System. Ein Bruch mit der Vergangenheit und deren kritische Neubewertung hat nicht wirklich stattgefunden: etwa in Bezug auf Gerechtigkeit und Rehabilitierung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere ist es schwer vorstellbar, dass in naher Zukunft – soweit Militär und Sicherheitskräfte ihre autonomen Aktivitäten unter Einschluss wirtschaftlicher Interessen beibehalten – mehr als eine allenfalls prekäre Balance für jegliche Regierung möglich sein wird, um eine demokratische Regierungsführung und rechtsstaatliche Prinzipien durchzusetzen. Inwieweit der neu gewählte Präsident Yud-

hoyono in der Lage sein wird, Alternativen zu entwickeln, die eine demokratische Kontrolle insbesondere der Sicherheitskräfte, ein Ende der Straflosigkeit zumindest für schwere Menschenrechtsverletzungen und vor allem eine angemessene Berücksichtigung Papuas zum Inhalt haben, kann zu diesem frühen Zeitpunkt seiner Präsidentschaft noch nicht vorausgesagt und muss erst noch erprobt werden. Wir können jedoch Kriterien in Form von Empfehlungen formulieren (s.u.), die die Tendenz und Dynamik des Prozesses identifizieren helfen.

Zum zweiten bringt das Gesetz zur Sonderautonomie zwar einige wichtige Veränderungen und Verlagerungen in Bezug auf die lokale Selbstverwaltung Papuas mit sich. Grundlegende Strukturen bleiben jedoch unverändert. Es ist ohne Zweifel wichtig festzustellen, dass mittlerweile 26 von 30 Distriktchefs (*Bupati*) Papuas sind. Die Rekrutierung und die Gestaltung der Verwaltung sowie die Regeln zur Verwendung des lokalen und regionalen Budgets folgen jedoch nach wie vor den Vorgaben aus Jakarta. Das Dezentralisierungsprogramm und die Einrichtung der 28 Distrikte und zweier städtischer Zentren auf Papua erfolgte ohne Teilnahme politischer Institutionen seitens der Papuas. Im Dezember 2004 erließ Präsident Yudhoyono ein Dekret, das den lange geforderten Volksrat der Papuas (MRP) konstituierte; jedoch ebenfalls ohne vorherige Konsultation und die konkreten Kompetenzen offen lassend. Im Januar 2005 berichteten Zeitungen, dass die Regierung in Jakarta weiter vorhabe, das Land sogar in fünf Provinzen aufzuteilen. Als Antwort auf all diese Ambivalenzen stellten Papua-Repräsentanten der Regierung in Jakarta bis zum 15. August 2005 ein Ultimatum, um das Gesetz zur Sonderautonomie gemäß den Forderungen und Bedürfnissen der Papuas umzusetzen. Andernfalls wollten die Papuas ihre Teilnahme am Dialogprozess zurückziehen. Zusätzlich zu den Mängeln im Hinblick auf interne Regulierungen kommt für die meisten Papuas der Makel hinzu, dass per Gesetz die Zuständigkeiten für Sicherheit, Steuererhebung und staatliche Finanzen, Außenbeziehungen und religiöse Fragen exklusiv bei der Regierung in Jakarta liegen.

Zum dritten strukturiert das hohe Interesse der Regierung in Jakarta an den Ressourcen Papuas die Politik gegenüber diesem Landesteil. Allein die Tatsache, dass Papua im Vergleich mit anderen Regionen Indonesiens an dritter Stelle innerhalb des nationalen BSP-Aufkommens liegt, verdeutlicht, dass seine ungeschmälerete Integration für Jakarta eine schlichte wirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. Über diese grundsätzliche Beziehung zu Indonesien hinaus lassen sich allerdings verschiedene Optionen beschreiben, wie eine Politik zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten aussehen könnte. Im Prinzip ermöglichen die Vorgaben des Gesetzes zur Sonderautonomie, die sich auf das Steuereinkommen und dessen Verteilung beziehen, eine größere Teilhabe an den Ressourcen. Dies würde eine Verbesserung und Angleichung der Lebensstandards im allgemeinen erlauben. Es macht einen Unterschied, ob nur 10 bis 15 Prozent des Gewinnaufkommens im Land ver-



bleiben, oder ob der Anteil auf 70 bis 80 Prozent klettert; wie bei natürlichen Ressourcen vorgesehen.

Damit ist noch nichts über die Programme gesagt, die notwendig wären, um die noch vorhandenen natürlichen Ressourcen in einer Art und Weise zu nutzen, um insbesondere Vorkehrungen zugunsten optionaler Einkommensbeschaffung für die künftigen Generationen zu treffen sowie den extrem beschleunigten Wandel der Wirtschaft im Kontext der Globalisierung zu berücksichtigen. Zusätzlich zur Dynamik der an Indonesien orientierten Wirtschaft und ihrer Folgen erzwingt die Globalisierung bedeutsame Veränderungen für die nationale wie die lokale Wirtschaft zuungunsten der sowieso schon benachteiligten und schwächsten Mitglieder der Gesellschaft; in Papua vorwiegend der indigenen Völker. In diesem Zusammenhang muss davon ausgegangen werden, dass bei ungebrochenem Fortgang der Entwicklung Wirtschaft und Politik weiterhin an der Aufgabe scheitern werden, würdige Lebensbedingungen herzustellen. Stattdessen ist zu erwarten, dass die soziale und kulturelle Reproduktion der Gemeinschaften, ihrer Umwelt und in einigen Fällen die Grundlage für ihr schlichtes Überleben in Frage gestellt werden.

Ein vierter Aspekt lenkt auf Überlegungen, Indonesien über die Konzeption des Einheitsstaates, der hierarchischen Ordnung und der zentrumsorientierten Entwicklungsparadigma hinaus denken zu wollen. Solche Überlegungen sind bis heute unüblich und mitunter sogar gefährlich, obwohl sich mit dem Fall Suhartos 1998 die Räume für politische Debatten über das Wie einer zivilen Gesellschaft auf der Basis grundlegender Rechte und Freiheiten öffneten. Die heutigen Überlegungen mit Blick auf die Nationen- und Institutionenbildung in Indonesien werden weiterhin von alten Vorstellungen beherrscht. Dazu kommt, dass Politik in Papua traditionellerweise nicht allein von politischen Parteien sondern eher von Institutionen bestimmt wird, die den historischen Mustern der Versammlungen und Delegiertensysteme folgen sowie die angemessene geographische Repräsentanz aller indigenen Gemeinschaften gegenüber der parteipolitischen Gesinnung bevorzugen. Der Volksrat der Papua (MRP) entspricht dieser Tradition, benötigt jedoch eine größere Kompetenz und die Anerkennung einer auf Partnerschaft angelegten Beziehung zur indonesischen Regierung. Im Moment erscheint der Volksrat dagegen seiner aus dem Gesetz zur Sonderautonomie zugewiesenen Kompetenz sogar beraubt und eher als folkloristisches Anhängsel der Politik.

Gegenüber solchen Situationen nicht zu resignieren und immer wieder ihre Interessen im Rahmen historischer Formen der Führungsstruktur, trotz Repression und Manipulation, politisch zu artikulieren: diese bislang überwiegend informell ausgebildete Fähigkeit der Papuas, auf solche Situationen eine Antwort geben zu können, bildet den ermutigenden Teil dieser Studie. Die Papuas sind durchaus selbst in der Lage, der Regierung in Jakarta gegenüber zu treten und grundlegende Reformen einzufordern: einen freien und offenen Dialog über den politischen Status

von Papua, Respektierung und Schutz der Menschenrechte, die Herstellung eines tatsächlich funktionierenden Rechtsstaates, die volle und angemessene Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie unter Einschluss der entsprechenden Kompetenzen für den Volksrat der Papuas, die Beendigung der Aufteilung der Provinz und die Integration insbesondere des Militärs in die demokratische und auf Rechten basierende Regierungsführung.

Ermutigend und gleichermaßen ambitiös nimmt sich die gewissenhafte Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie aus, wenngleich nur ein Teil der Führungskräfte der Papua diese Autonomie unterstützt. Dieser Teil steht gleichzeitig in der Kritik, weil er die Beschränkung und die Einsicht in Kauf nimmt, dass jeder andere Ansatz in Richtung Selbstbestimmung momentan jenseits jeglicher Realität läge. In zweierlei Hinsicht: zum einen in Bezug auf die Entschlossenheit Indonesiens, Papua als integralen Bestandteil der indonesischen Nation zu behaupten. Zum anderen verdeutlicht die Studie den Mangel an Institutionen und Führungskräften auf Seiten Papuas, um das Land selbst zu regieren zu können, ohne dabei notwendigerweise in die Schemata der bisherigen politischen Entscheidungsfindung Indonesiens zu verfallen. In ähnlicher Weise haben die Dynamik der Verstädterung, die Prozesse der sozialen und kulturellen Diversifizierung sowie die erfolgte Integration der nicht einheimischen Papuas die historischen Konzepte einer Zivilgesellschaft auf Papua nachhaltig in Frage gestellt, während Alternativen noch kaum entwickelt sind.

Studenten und Studentinnen, an den christlichen Kirchen orientierte Organisationen und Fraueninitiativen scheinen momentan am ehesten in der Lage und vielversprechend für die Zukunft, neue Plattformen für eine Zivilgesellschaft auf Papua hervor zu bringen. Neue Plattformen, auf denen diese Zivilgesellschaft sich versammeln, ihre Stimme erheben und ihre politischen Institutionen der Checks und Balances entwickeln kann – immer bedroht und beeinträchtigt durch die staatlichen Sicherheitskräfte. Nicht zuletzt deshalb ist eine beständige Überprüfung der Sicherheitskräfte, der Herstellung des Rechtsstaates und der Gestaltung der bereits bestehenden, lokalen und regionalen Politikorgane unabdingbar.

Neben dem Bereich der Spiritualität zeigen sich die christlichen Kirchen – Katholiken und GKI auf protestantischer Seite – pro-aktiv vor allem zugunsten des Schutzes der Menschenrechte, in der Bewahrung und im Aufbau einer angemessenen sozialen Infrastruktur wie in der Planung und beispielhaften Auswahl lokalen Wirtschaftens, das an die Bedürfnisse der indigenen Völker angepasst ist. Als eine der wenigen Institutionen in Papua mit Erfahrung und Befähigung wäre an die Kirchen der Anspruch zu stellen, für die Wirtschaft einen menschenrechtlichen Ansatz ins Spiel zu bringen und die Initiativen zu verstärken, die die Folgen der globalen wirtschaftlichen Integration unter dem neoliberalen Diktat des freien Marktes abfedern helfen. In Bezug auf Frauenorganisationen verdeutlicht die Studie die fort-

während die Notwendigkeit weiterer Forschung und Debatte über die unterschiedlichen Rollen, die Frauen in Zukunft in einer nachhaltig veränderten Zivilgesellschaft spielen; nicht zuletzt mit Blick auf die institutionalisierte Beteiligung am Volksrat.

In gewisser Weise hoffnungsvoll sind die Stellungnahmen der jüngsten indonesischen Regierung, soweit sie sich auf die Ausweitung der an Rechten orientierten Politik beziehen und etwa die Ratifizierung der zwei grundlegenden, internationalen Standards in naher Zukunft in Aussicht stellen; das Internationale Abkommen über die zivilen und politischen Rechte (ICCPR; Zivilpakt) sowie das Internationale Abkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (CESCR; Sozialpakt). Die Studie weist nach, dass es für alle mit Papua befassten Parteien hilfreich wäre, sich in der Diskussion um die Zukunft des Landes auf einer Plattform einzufinden, die Standards zum politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellem Leben bereit hält, verschiedenste Erfahrungen weltweit umfasst und auch Verfahren der Streitschlichtung kennt, sollten sich die beteiligten Parteien nicht einigen können. Die Ratifizierung der beiden Pakte würde ein erster und bedeutsamer Schritt zur Erweiterung der legalen Perspektive für Papua darstellen – und gleichzeitig einen angemessenen Rahmen für das Konzept der Papuas abgeben, Papua als ‚Land des Friedens‘ zu entwickeln.

Außerdem enthalten die internationalen Menschenrechtsstandards wichtige Fingerzeige, auch unabhängig vom spezifischen Streit um Papua, welche humangeleiteten Antworten auf die Globalisierung der Wirtschaft, Kultur und Kommunikationsmedien sowie der damit einhergehenden Erosion jeglicher staatlicher Macht möglich sind. Die aus der Globalisierung erwachsende Gefahr für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und Gemeinschaften, die tendenziell jegliche staatliche Souveränität in Frage stellt, ist für Papua von nicht minderer Bedeutung als die politische und militärische Dominanz durch Indonesien.

Ausgestattet mit einem derartigen Instrumentarium und beruhend auf den sich bildenden Initiativen, sollte der Dialog zwischen Repräsentanten der Papuas und der Regierung in Jakarta gestärkt werden. Es handelt sich um einen der wenigen Schlüssel, der die gegensätzliche und komplexe Situation Papuas erschließen kann. Ein auf den Menschenrechten basierender Dialog würde vertrauensbildend wirken und sich auf eine friedliche Lösung konzentrieren helfen. Damit ein solcher Ansatz umsetzbar ist und die Wirklichkeit tatsächlich verändern hilft, benötigen die Akteure auf Papua Unterstützung, Assistenz und unabhängige Akteure, die einen solchen Prozess kritisch begleiten und überprüfen.

Dafür sind Zielvorgaben notwendig. Auf indonesischer Seite richten sich die Erwartungen an einen gleichberechtigten Dialog und die effektive Umsetzung der bereits bestehenden rechtlichen Vorgaben für Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur mit Blick auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie für die Berei-

che Verteidigung und Sicherheit in Bezug auf die Aufgaben des Staates. Im spezifischen Kontext von Papua und bezugnehmend auf die Ergebnisse der Studie müssten der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie die unmittelbare und umfassende Untersuchung und Strafverfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen mit höchster Priorität angegangen werden.

Dabei handelt es sich zweifelsohne um einen sensiblen Sachverhalt. Die Studie verdeutlicht allerdings, dass eine nicht länger tolerierte Strafflosigkeit ein wichtiges Signal für einen substanziellen Wandel darstellen würde. Ein ebensolches Zeichen wäre auch die Aussage der Regierung in Jakarta, die Zukunft Indonesiens und Papuas auf zivile Mittel der Konfliktbearbeitung zu gründen. Einige der Autoren der vorliegenden Studie kommen aus Deutschland und wissen insofern, wovon sie sprechen: Die Schreckensherrschaft in der eigenen jüngeren Geschichte vor Augen, stehen wohl langwierige, zähe Auseinandersetzung bevor, um die durch den Schrecken bedingten Traumata zu überwinden. Wir wissen jedoch ebenso, dass nicht früh genug damit begonnen werden muss. Zusätzlich notwendig im indonesischen Rahmen sind Schritte, um Opfer und Zeugen von schweren Menschenrechtsverletzungen gegen den fortgesetzten Kleinkrieg der Täter in Schutz zu nehmen sowie für eine Entschädigung zu sorgen. Die Erwartungen richten sich nicht zuletzt an eine adäquate Umsetzung des Gesetzes zur Sonderautonomie, das zumindest ab dem jetzigen Zeitpunkt die Repräsentanten und Institutionen der Papuas in die Gestaltung und Realisierung einbeziehen sollte.

Es ist außerdem eine unabdingbare Notwendigkeit – gerade den sensiblen Aspekt der Strafflosigkeit in Erwägung ziehend – die Basis der legalen Ordnung zu erweitern und insofern den internen Prozess zur Ratifizierung des Zivilpaktes und seines Zusatzprotokolls sowie des Sozialpakts zu beschleunigen. Dies würde die Dynamik bei der Umsetzung der Grundrechte in Indonesien deutlich verbessern. Die beiden internationalen Pakte mit ihren Vertragsorganen und Verfahrensschritten zum Schutz der Menschenrechte würden notwendige Instrumente an die Hand geben, um konkrete Problemsituationen lösen zu helfen und gegebenenfalls streitschlichtend in die Auseinandersetzung um Reichweite und Mittel derartiger Rechte eingreifen zu können. Die Erfahrungen mit ratifizierten Übereinkommen belegen hinreichend, dass die Umsetzung solcher internationalen Abkommen in nationales Recht erst den Anfang darstellen. Dieselben Erfahrungen besagen, dass die Umsetzung am erfolgreichsten gelingt, wenn sie von einem unabhängigen Prüfsystem begleitet wird, und internationale Experten in Bezug auf die beiden Pakte daher freien Zugang nach Indonesien haben sollten. Im Kontext der UNO existiert das Instrument der ‚ständigen Einladung‘ an solche Experten. Es wäre auch im Fall Indonesiens die angemessene Maßnahme, um das dringend benötigte, unabhängige Prüfsystem einzurichten. Unbeschadet der von Natur aus kritischen Ausrichtung einer solchen Begleitung handelt es sich um einen konstruktiven, die Bemühungen der Regierung stützenden Beitrag.

Zusätzlich zu den Mechanismen und Verfahren der beiden internationalen Pakte stellen das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, die UN-Menschenrechtskommission, der Dritte Ausschuss der UN-Vollversammlung sowie UN-Einrichtungen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder das Kinderhilfswerk (UNICEF) eine weitreichende Expertise in Form technischer Unterstützung und Länderteams zur Verfügung, um der Regierung Indonesiens bei der Bewältigung der in der Studie aufgedeckten Mängel zur Seite zu stehen. Die Erwartungen und Empfehlungen an die Europäische Union einschließlich der Bundesrepublik Deutschland richten sich darauf, dass im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Hilfestellung vor allem bei der weiteren Demokratisierung, Dezentralisierung, Rechtsstaatsgarantie und beim Schutz der Menschenrechte geleistet wird; unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Papuas. Über die Frage der historischen Verantwortung der internationalen Gemeinschaft insbesondere für die 1960er Jahre hinaus ergibt sich auch eine auf den heutigen Schutz der Menschenrechte bezogene Verpflichtung internationaler Einrichtungen, den Papuas Mittel und Wege für eine friedliche Konfliktlösung an die Hand zu geben. Die aus einem multilateralen Ansatz gewonnene Expertise würde außerdem den Papuas helfen, die momentan wichtigen Fragen für sie selbst in Bezug auf Land und Leute zu klären.

Schließlich, wenngleich im Hinblick auf Umsetzungsfragen an erster Stelle stehend, sollten diese Potenziale und erprobten Instrumente internationaler und nationaler Institutionen die Papuas in ihrer Fähigkeit zur Selbstorganisation und eigenen Institutionenbildung stärken: etwa durch gemeinsame Arbeitsgruppen, weitere Studien, oder Ausdifferenzierung des Regelwerks. Die vorliegende Studie belegt die Fähigkeit und das Potenzial der Papuas – aber auch die Notwendigkeit konzeptionellen Arbeitens – um insbesondere die aufgezeigten Mängel im Bereich der WSK-Rechte zu beheben. Eine Unterstützung ohne Stärkung der Selbstorganisation liefe Gefahr, statt zu helfen das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gefüge weiter zu zerstören.

Es ist sowieso zuallererst Sache der indigenen Akteure in Papua – soweit sie wollen, mit Hilfe von Freunden – die Art und Weise der Veränderung ihrer Wirklichkeit entsprechend ihren Vorgaben für die zukünftige Entwicklung zu bestimmen, zu definieren und in Angriff zu nehmen. Am Ende eines solchen Unterfangens haben wir möglicherweise ermutigte und befähigte, relativ souverän agierende Papuas – souverän auch gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung – die den politischen Status Papuas nicht mehr allein entlang den Polaritäten von Sezession oder willkürlicher und erzwungener Integration bestimmen wollen.

## Häufig gebrauchte Abkürzungen und Begriffe

ABRI	<i>Angkatan Bersenjata Republik Indonesia</i> , Bewaffnete Streitkräfte der Republik Indonesien
BUPATI	Bezirkschef
DAP	<i>Dewan Adat Papua</i> ; traditioneller Rat der Papua
DOM	<i>Daerah Operasi Militer</i> ; Militärisches Operationsgebiet
DPR	<i>Dewan Perwakilan Rakyat</i> ; nationale Volksvertretung
DPRD	<i>Deawan Perwakilan Rakyat Daerah</i> ; regionales Parlament
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf
GKI	<i>Gereja Kristen Injili di Tanah Papua</i> ; protestantisch-christliche Kirche im Land der Papua
KABUPATEN	Bezirk, Regierungsbezirk
KOMNAS HAM	<i>Komisi Nasional Hak Asasi Manusia</i> ; Nationale Menschenrechtskommission
KOPERMAS	<i>Koperasi Peranserta Masyarakat</i> ; genossenschaftliches Unternehmen auf Gemeindeebene
LMA	<i>Lembaga Masyarakat Adat</i> ; traditionelle Gemeinschaftsinstitutionen
MRP	<i>Majelis Rakyat Papua</i> ; Papua Volksrat
NGO	Non-Governmental Organisation, Nichtregierungsorganisation
OPM	<i>Organisasi Papua Merdeka</i> , Organisation Freies Papua
OTSUS	Lokale Bezeichnung für das Gesetz zur Sonderautonomie
PDP	<i>Presidium Dewan Papua</i> ; Präsidium des Papua-Rates
SKP	<i>Sekretariat Keadilan dan Perdamaian</i> ; Büro Justitia et Pax der katholischen Kirche (Büro für Gerechtigkeit und Frieden)
SOZIALPAKT	Internationales Übereinkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
UN	United Nations, Vereinte Nationen
UNCEN	Universität Cenderawasih, Abepura / Jayapura
WSK-RECHTE	wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
ZIVILPAKT	Internationales Übereinkommen über zivile und politische Rechte

## Zu den Autoren

THEO VAN DEN BROEK

Theo van den Broek arbeitete mit der Diözese in Jayapura, West-Papua, von 1975 bis Ende 2004. Seit 1987 war er Direktor des Diözesanbüros in Jayapura und seit 1997 Direktor des Büros für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax; SKP) der Diözese Jayapura. Zuvor war er von 1979 bis 1985 Direktor der Stiftung Biro Medis Bethesda (heute Yayasan Kesehatan Bethesda). Er gehört zu den Pionieren, die für West-Papua mit Programmen zur Überwachung der Menschenrechte zu arbeiten begannen: *„Eine ganze Menge läuft hier falsch. Leute in der Polizei oder in der Armee finden sich damit ab, nichts tun zu können. So gibt es niemanden, um dies alles aufzuhalten. Und Menschen von außerhalb kommen hierher mit einer äußerst geringen Wertschätzung für Einheimische.“* Theo van den Broek betont drei Aspekte im Kampf der Papuas: Entwicklung, Menschenrechte und Würde, sowie die Korrektur der Geschichte. Ursprünglich stammt er aus den Niederlanden. Später wurde er Staatsbürger von Indonesien. Er forschte auch in angewandter Soziologie in Kolumbien und Senegal.

WILLY MANDOWEN

Willy Mandowen ist Dozent an der Universität Cenderawasih (Abepura / Jayapura), interner und internationaler Mittler des Präsidiums des Papua-Rates (Presidium Dewan Papua), Generalsekretär von FORERI (Forum zur Versöhnung der Irian Jaya Gesellschaft) und Delegierter der GKI (Gereja Kristen Injili di Tanah Papua, protestantisch-christliche Kirche im Land Papua) für den Weltkirchenrat. Er spielte nach dem Fall von Suharto eine wesentliche Rolle in der Mediation zwischen den repräsentativen Einrichtungen der Papuas wie etwa dem Präsidium und der indonesischen Regierung. Er gilt als einer der philosophischen Köpfe in der Papua-Bewegung und versucht, die vielen, um eine Stimme konkurrierenden Gruppen zu strukturieren und fokussieren. *„Wir arbeiten mittels traditioneller Führer, religiöser Führer und der Studentenbewegung. Wir befinden uns im Anfangsstadium, um die richtigen Leute für die richtige Führungsaufgabe auszuwählen.“*

## THEODOR RATHGEBER

Theodor Rathgeber ist Lehrbeauftragter am Fachbereich Soziologie / angewandte Sozialwissenschaften an der Universität Kassel und lehrt politische Wissenschaft, Völkerrecht und Menschenrechte. Er ist Gründer und Vorstandsmitglied der Adivasi-Koordination, ein Netzwerk deutscher NGOs, das indigene Völker in Indien fördert. Er ist außerdem Koordinator eines Netzwerks, das die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 169 in Deutschland zum Ziel hat. Theodor Rathgeber arbeitete 12 Jahre für die Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) im Bereich indigene Völker. Momentan arbeitet er freiberuflich als unabhängiger Berater und Gutachter in den Bereichen Menschenrechte, indigene Völker und Entwicklungszusammenarbeit. Seit 2003 beobachtet er offiziell die UN-Menschenrechtskommission für das Forum Menschenrechte, ein Netzwerk in Deutschland von über 40 Nichtregierungsorganisationen.

## HERMIEN RUMBRAR

Hermien Rumbrar arbeitet beim Zentrum der evangelischen Kirche in Papua (P3W-GKI; Pusat Pembinaan dan Pengembangan Wanita) zur Schulung und Förderung von Frauen. Sie koordiniert die Abteilung Forschung, Information und Publikation. Sie war im Februar 2005 vom West-Papua-Netzwerk nach Berlin eingeladen, um einen Vortrag über die jüngere Generation in Papua zu halten. Das Zentrum P3W wurde 1962 in Abepura / Jayapura gegründet. Heute gibt es zwei zusätzliche Zentren in Polimo im zentrales Hochland und in Teminabuan in der Vogelkopf-Region. Die Zentren schulen und leiten Frauen aus der Stadt und vom Land an, um ihnen eine bessere Ausbildung und eine größere Unabhängigkeit zu ermöglichen sowie das Leben in der Familie, Gemeinschaft und Kirche qualitativ zu verbessern. Die Programme von P3W passen sich fortlaufend an örtliche Bedürfnisse an. Das Zentrum in Abepura verfügt über vier Abteilungen: (a) Unterricht und Schulung, (b) Forschung, Information und Publikation, (c) Führungsvermögen und (d) wirtschaftliche Entwicklung und Einkommen.

## AGUS SUMULE

Agus Sumule ist Professor am Fachbereich landwirtschaftliche Extension an der jüngst unabhängig gewordenen Universität Negeri Papua Manokwari (früher Bestandteil der Cenderawasih Universität in Jayapura) und lehrt Agrarökonomie. Er war der führende Kopf des Unterstützerteams, das den Papua-eigenen Entwurf zum



Sonderautonomiegesetz ausarbeitete. Er gehört zum Beraterkreis des Gouverneurs in Sachen Sonderautonomie und ist einer der hervorragenden Akademiker. Er war Gast beim Programm Ressourcenmanagement für Asien und Pazifik (RMAP) der Nationalen Universität Australien. Er gehörte zur Delegiertenvertretung aus Manokwari für den Zweiten Volkskongress der Papua, wo er zum Mitglied der Kongressleitung gewählt wurde. Eine seiner momentanen Aktivitäten zu Papua besteht in der Beratung der Freeport-Mine zum Programm zur Förderung der lokalen Wirtschaft für örtliche Papuas.

#### SIEGFRIED ZÖLLNER

Siegfried Zöllner ist Pfarrer im Ruhestand. Er war von 1960 bis in die frühen 1970er Jahre Missionar auf Papua im Gebiet der Yali. Als er mit seiner Arbeit anfang, hieß West-Papua noch Niederländisch-Neu-Guinea und war eins der letzten Kolonialgebiete des Königreichs der Niederlande. Die Yali leben in tief eingeschnittenen Tälern des Hochlandes bis zu 2.000 Meter. Er konnte eine vertrauensvolle Beziehung zu den Yali aufbauen und lernte ihre Kultur verstehen. Es gelang ihm, die traditionellen kriegerischen Streitigkeiten zwischen benachbarten Gemeinschaften zu befrieden. Siegfried Zöllner war bis 2004 Koordinator des West-Papua-Netzwerkes – ein Forum deutscher Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, solidarischer und die Umwelt schützender Gruppen und Individuen. Die Arbeit dort, die seit Februar 2004 von Uwe Hummel weitergeführt wird, umfasst Informationsvermittlung, die Förderung der Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen in Deutschland. Das Netzwerk wurde 1996 gegründet, nachdem von schweren Menschenrechtsverletzungen und Unruhen in Abepura und Timika berichtet worden war. Das Büro in Wuppertal gibt eine vierteljährlich Informationszeitschrift heraus und informiert auch über Email.